



Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen

Ludwigsburg

University of Applied Science

**Die Umsetzung des Jugendbegleiter-Programms
am Beispiel der Stadt Ludwigsburg**
- insbesondere der Koordination an den Schulen

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
Gehobener Verwaltungsdienst
- Public Management -

vorgelegt von

Stefanie Isabelle Heidt

Studienjahr 2012/2013

Erstgutachter: Dr. Hans-Ingo von Pollern
Zweitgutachter: Dipl.- Verwaltungswirt (FH) Andreas Reichert

Vorwort

Das Schulsystem in Deutschland ist ständig im Wandel.

–

Doch das nicht ohne Grund!

Denn der demographischen Entwicklung, dem Wandel der Gesellschaft und den sich damit ändernden Ansprüchen der Eltern an die Schulen muss Rechnung getragen werden.

Diesen Entwicklungen und neuen Anforderungen müssen sich sowohl die Regierungen, die Kultusministerien, die Schulträger als auch die Schulen täglich stellen.

Und auch in den nächsten Jahren wird sich mit dem Trend hin zu Ganztags- und Gemeinschaftsschulen vieles in der Schullandschaft verändern.

Dass es dabei auch darum geht, frühzeitig zu agieren und nicht nur zu reagieren, habe ich während meines Praktikums bei dem Schulträger „Stadt Ludwigsburg“ gelernt.

Mein herzlicher Dank gilt meinen Betreuern Herrn Dr. Hans-Ingo von Pollern und Herrn Andreas Reichert. Außerdem möchte ich mich an dieser Stelle für die Bereitstellung ausführlicher Informationen und Materialien und die Beantwortung meiner vielen Fragen bei den Ludwigsburger Schulen und den für die Organisation des Jugendbegleiter-Programms zuständigen Personen, der Stadtverwaltung Ludwigsburg insbesondere der Abteilung Jugend und Schule und den Mitarbeitern der Servicestelle Jugend und Schule der Jugendstiftung Baden-Württemberg bedanken. Zusätzlich geht mein Dank an alle, die mich während der Erstellung meiner Bachelorarbeit moralisch und mit „Rat und Tat“ unterstützt haben.

Vaihingen an der Enz, im September 2012

Stefanie Isabelle Heidt

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	II
Abkürzungsverzeichnis	VI
Abbildungsverzeichnis	VII
Anlagenverzeichnis	VIII
1 Einleitung	1
2 Das Landesprogramm Jugendbegleiter	4
2.1 Gesetzliche Grundlagen und politische Entwicklung.....	4
2.2 Zielsetzung und Intention	5
2.2.1 Baustein zum Ausbau der Ganztagsbetreuung	6
2.2.2 Öffnung zum Gemeinwesen	8
2.2.3 Bezug zur Kinder- und Jugendbildung	9
2.3 Durchführung und Entwicklung.....	10
2.3.1 Grundsätze	11
2.3.2 Zuständigkeiten.....	13
2.3.3 Finanzierung	14
2.3.4 Ausbaustand an baden-württembergischen Schulen.....	15
2.3.5 Übergang von der Modell- in die Regelphase.....	17

3	Das Jugendbegleiter-Programm in der Stadt Ludwigsburg.....	20
3.1	Ludwigsburgs städtisches Engagement für Bildung und Betreuung	20
3.1.1	Finanzielle Beteiligung	22
3.1.2	Veranstaltungen.....	23
3.1.3	Öffentlichkeitsarbeit und Arbeitshilfen.....	24
3.2	Entwicklung des Programms an Ludwigsburger Schulen	24
3.3	Praktische Erfahrungen und Zweckerfüllung	26
4	Koordination	29
4.1	Theoretische Ansätze des Gesetzgebers und Modelle.....	29
4.1.1	Jugendbegleiter-Koordinator.....	29
4.1.2	Koordinierungsgruppe.....	30
4.1.2.1.	Organisatorische Empfehlung.....	31
4.1.2.2.	Umsetzung in der „Lenkungsgruppe Karlsruhe“	31
4.1.3	Das System „Bereichsverantwortliche“	32
4.1.4	Externe Organisation des Jugendbegleiter-Programms	33
4.2	Koordination des Jugendbegleiter-Programms an den Ludwigsburger Schulen	34
4.2.1	Koordinationsmodelle an ausgewählten Schulen.....	37

4.3	Praxisrelevanz der theoretischen Ansätze.....	40
4.3.1	Jugendbegleiterkoordinator	41
4.3.2	Koordinierungsgruppe.....	42
4.3.3	Bereichsverantwortliche.....	42
4.3.4	Externe Organisation	43
5	Fazit.....	45
	Glossar	XI
	Anlagen - TEIL A.....	XV
	Quellenverzeichnis	XX
	Erklärung.....	XXV

Abkürzungsverzeichnis

Abg.	Abgeordneter/Abgeordnete
a.a.O.	am angeführten Ort
BSS	Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales der Stadt Ludwigsburg
GT	Ganzttag
GTS	Ganzttagsschule
Hrsg.	Herausgeber
IGLU	Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung
i.S.d.	Im Sinne des
IZBB	Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung
KMK	Kultusministerkonferenz
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
LHO	Landeshaushaltsordnung
MdL	Mitglied des Landtags
Mio.	Millionen
PISA	Programme for International Student Assessment (Internationale Schulleistungsstudie)
SEK	Stadtentwicklungskonzept
SGB	Sozialgesetzbuch
StEG	Studie zur Entwicklung von Ganzttagsschulen
TIMMS	Third International Mathematics and Science Study (Dritte Internationale Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie)

Abbildungsverzeichnis

		Seite
Abbildung 1	Programmstart und Anzahl der am Jugendbegleiter-Programm teilnehmenden Schulen	15
Abbildung 2	Verteilung der Jugendbegleiter auf die Schulformen	16
Abbildung 3	Budgetkategorien in der Modell- und der Regelphase im Vergleich	18
Abbildung 4	Vergleich zwischen dem Budget des Landes und dem Zuschuss der Stadt Ludwigsburg in der Modell- und Regelphase	23
Abbildung 5	Entwicklung der teilnehmenden Schulen und der Zahl der Angebote in Ludwigsburg	25
Abbildung 6	Organisationsstruktur Ludwig-Uhland-Schule Birkenfeld	33
Abbildung 7	Aufgabenverteilung bei der Koordination	35

Anlagenverzeichnis

Anlagen Teil A

		Seite
Anlage 1	Öffentliche allgemeinbildende Schulen mit Ganztagesangebot	XV
Anlage 2	Art der Jugendbegleiterangebote	XVI
Anlage 3	Mittelzuteilung und Kooperationspartner im Jugendbegleiter-Programm, Schuljahr 2011/12	XVII
Anlage 4	Übersicht über die Ludwigsburger Schulen	XVIII
Anlage 5	Exemplarischer Fragebogen	XIX

Anlagen Teil B

(befinden sich auf der CD-ROM)

Anlage 6	Befragungen der Ludwigsburger Schulen	
<u>Persönliche</u>	August-Lämmle-Schule	
<u>Befragungen</u>	Elly-Heuss-Knapp-Realschule	
	Friedensschule	
	Friedrich-Schiller-Gymnasium	
	Gottlieb-Daimler-Realschule	
	Hirschbergschule	
	Justinus-Kerner-Schule	
	Mörrike-Gymnasium	

	Otto-Hahn-Gymnasium
	Pestalozzischule
	Schlößlesfeldschule
<u>Telefonische</u>	Anton-Bruckner-Schule
<u>Befragungen</u>	Eberhardt-Ludwig-Schule
	Eichendorffschule
	Friedrich-von-Keller-Schule
	Goethe-Gymnasium
	Grundschule Hoheneck
	Grundschule Pflugfelden
	Lembergschule
	Oststadtschule I
	Oststadtschule II
	Schubartschule
<u>Schriftliche</u>	Osterholzschule
<u>Befragung</u>	

Anlage 7

Internetquellen

- 7.1 Bertelsmann Stiftung:
Ausbau der Ganztagschule kommt nur langsam
voran
- 7.2 Bundesministerium für Bildung und Forschung:
Kultusministerin genehmigt 84 neue
Ganztagschulen zum kommenden Schuljahr

- 7.3 Eckpunkte des Jugendbegleiter-Programms
- 7.4 Ehrhardt, Zähle:
5 Jahre Kinderland Baden-Württemberg
- 7.5 Jugendbildung in Baden-Württemberg:
Originaltext der Rahmenvereinbarung zum
Jugendbegleiter-Programm
- 7.6 Köppe, S.:
Auswertung des Vorlaufes des Modellprojekts
„Jugendbegleiter-Management“
- 7.7 Landesjugendring Baden-Württemberg:
Der Jugendbegleiter in der verbandlichen
Jugendarbeit
- 7.8 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg:
Neues Ganztagschulprogramm
- 7.9 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg:
Neuerungen im Jugendbegleiter-Programm
- 7.10 Masterplan zum SEK Ludwigsburg
- 7.11 Masterpläne zu den Themenfeldern des SEK

1 Einleitung

Die „klassische Halbtagschule“ rückt für eine Mehrheit der deutschen Eltern immer mehr aus dem Blickfeld. Gründe hierfür sind vor allem der Bedarf an ganztägiger Betreuung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und verschiedene Studien, die die Aktualität des Deutschen Schulsystems anzweifeln.

In einer Elternbefragung zu den schulischen Entwicklungen in Ludwigsburg geben 51 % der Eltern von Grundschulern an, sich die Sekundarschule als Ganztagschule zu wünschen, 40 % würden auch die Grundschule als Ganztagschule befürworten.¹

Mit dem Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" (IZBB) hat die Bundesregierung im Jahr 2003 den Grundstein zum Ausbau der Ganztagesbetreuung in Deutschland gelegt. Das baden-württembergische Bildungs- und Betreuungssystem hat sich 2006 mit dem Ganztagsschulprogramm „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg" dann auch endgültig auf den Weg in Richtung Ganztagschule gemacht.

Doch mit dem Schritt hin zur Ganztagesbetreuung wird auch deutlich, dass sich Schule in Zukunft nicht mehr nur als Ort des Lernens begreifen darf, sondern zu guter Schule mehr gehört als qualitativ hochwertiger Unterricht. Schule muss sich immer mehr als „Lern- und Lebensort“ und auch „Freizeitstätte“ für Kinder und Jugendliche verstehen. Darum wird gemeinsam mit dem Ausbau der Ganztagschulen auch die Öffnung der Schulen zu außerschulischen Lernwelten angestrebt.

Das Jugendbegleiter-Programm in Baden-Württemberg, um das es in dieser Arbeit schwerpunktmäßig geht, ist dabei kein isolierter Ansatz im Bereich der Schulentwicklung, sondern Teilstück dieses umfassenden Reformprozesses.

¹ vgl. Elternbefragung zu den schulischen Entwicklungen, Stadt Ludwigsburg, S. 37 ff.

Ziel dieser Arbeit ist eine Darstellung der Intention und Grundlagen des Jugendbegleiter-Programms, der bisherigen Entwicklungen auf politischer Ebene und in den baden-württembergischen Schulen. Speziell soll aber auf die Situation in Ludwigsburg eingegangen und die theoretischen Ansätze der Koordination mit der Wirklichkeit an den Schulen verglichen werden. Abschließend soll diese Arbeit einen Einblick in die „Wirksamkeit“ des Jugendbegleiter-Programms geben.

In der nachfolgenden wissenschaftlichen Untersuchung wird daher im Anschluss an dieses Kapitel 1, nach einer Zusammenfassung über die Schulentwicklung hin zur Ganztagschule in Kapitel 2 der Fokus auf das Jugendbegleiter-Programm in Baden-Württemberg gelegt. Die Umsetzung in der Stadt Ludwigsburg wird in Kapitel 3 dargestellt und die in der Theorie gewonnenen Erkenntnisse mit der Wirklichkeit an den Ludwigsburger Schulen verglichen. Die Anforderungen an die Schulen bezüglich der Koordination des Jugendbegleiter-Programms, Instrumente und Modelle zur Koordinierung werden in Kapitel 4 dargestellt und anschließend unter Verwendung der Befragung an Ludwigsburger Schulen auf die Praxis übertragen. Im letzten Kapitel werden die gewonnenen Erkenntnisse abschließend zusammengefasst und sowohl Chancen sowie Grenzen des Jugendbegleiter-Programms aufgezeigt.

Da das Jugendbegleiter-Programm ein Projekt des Landes Baden-Württemberg ist, wird in dieser Arbeit das Augenmerk auf die Situation in Baden-Württemberg und speziell in Ludwigsburg gelegt und nur sehr begrenzt auf die Bundesrepublik Deutschland.

Um einen tieferen Einblick in das Jugendbegleiter-Programm und die Arbeitsweisen der Schulen zu gewinnen, wurden mit allen öffentlichen Ludwigsburger Grundschulen und Sekundarschulen Gespräche geführt. Mit elf ausgewählten Schulen fanden persönliche Interviews statt, welche aufgenommen und später ausgewertet wurden. Um aber ein vollständiges Bild zu erhalten, wurden alle verbleibenden Schulen auch telefonisch oder schriftlich in verkürzter Form zu der Koordination des

Jugendbegleiter-Programms an ihrer Schule befragt. Dabei wurden diese Interviews sehr frei gestaltet, um auf die unterschiedlichen Situationen an den Schulen, Schwerpunkte und Probleme der Schulen individuell eingehen zu können. So ist es zu erklären, dass die Auswertungen in einigen Fragestellungen bei manchen Schulen ausführlicher ausfallen, während sie bei anderen Schulen keine oder nur eine abgeschwächte Rolle spielen.

Aus Vereinfachungsgründen und zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich die männliche Sprachform verwendet, die auch die weibliche Sprachform umfasst.

2 Das Landesprogramm Jugendbegleiter

Am 20. Februar 2006 hat der Ministerrat des Landes Baden-Württemberg über den „Ausbau von Ganztagschulen an allen allgemeinbildenden Schulen und den Grund- und Hauptschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung entschieden. Ziel ist, ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Netz von Ganztagschulen zu schaffen [...]“²

Bausteine dieses Ganztagschulprogramms sind Ganztagschulen in offener Angebotsform, Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung und **das Jugendbegleiter-Programm**.³

2.1 Gesetzliche Grundlagen und politische Entwicklung

Nach einem Beschluss des Ministerrats vom 19. Dezember 2005 wurde am 14. Februar 2006 die Rahmenvereinbarung zum Jugendbegleiter-Programm von dem damaligen Ministerpräsidenten Günther H. Oettinger und dem damaligen Kultusminister Helmut Rau als Vertreter des Landes, den kommunalen Partnern aus Gemeindetag, Landkreistag, Städtetag und rund 80 Verbänden, Kirchen und anderen Organisationen unterzeichnet.⁴

In dieser Rahmenvereinbarung werden die Ziele, die mit dem Jugendbegleiter-Programm verfolgt werden und die Grundsätze, nach denen das Jugendbegleiter-Programm durchzuführen ist, dargestellt. Ergänzt wurde die Rahmenvereinbarung durch den Kabinettsbeschluss vom 2. Februar 2011. Dieser legt auch die Modalitäten für die Regelphase des Jugendbegleiter-Programms ab dem Schuljahr 2011/12 fest.

In einem zusätzlichen Eckpunktepapier wird die Ausgestaltung und Umsetzung des Jugendbegleiter-Programms noch genauer ausgeführt.

² Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Neues Ganztagschulprogramm.

³ vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Neues Ganztagschulprogramm.

⁴ vgl. Jugendbildung in Baden-Württemberg, Originaltext der Rahmenvereinbarung.

Die Details sollen sich aber in der praktischen Umsetzung vor Ort entwickeln.

Auch im Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/ Die Grünen und der SPD Baden-Württemberg für 2011 bis 2016 wird das Jugendbegleiter-Programm explizit als Teil des Konzepts zum Ganztagsschulausbau erwähnt:

*„[...] Wir werden die Ganztagsschule als Regelform im Schulgesetz verankern und wollen für alle Schülerinnen und Schüler ein wohnortnahes Ganztagsschulangebot aufbauen. [...] Unser Ziel ist eine rhythmisierte Ganztagsschule [...], in der Unterricht, Lernzeit, Arbeitsgemeinschaften sowie Freizeit- und Bildungsangebote sinnvoll über den Schultag verteilt sind. Dabei sollen die Ganztagsschulen vielfältige Kooperationen eingehen können, mit der außerschulischen Jugendbildung und Vereinen oder auch mit den Bildungseinrichtungen der Kommunen. Ehrenamtliche Jugendbegleiter können auch weiterhin die Arbeit der pädagogischen Fachkräfte ergänzen. [...]*⁵

2.2 Zielsetzung und Intention

In der Rahmenvereinbarung zum Jugendbegleiter-Programm wird verstärkt darauf hingewiesen, dass Bildung, Erziehung und Betreuung nicht nur Aufgabe der Eltern, sondern der ganzen Gesellschaft ist. Daher sollen Schulen weiter für außerschulische Institutionen und engagierte Bürger geöffnet und qualifizierte ehrenamtliche Mitarbeiter in die Ganztagesbetreuung integriert werden.⁶

Mit dem Jugendbegleiter-Programm hat die baden-württembergische Landesregierung ein Programm zum Auf- und Ausbau der Ganztagsschulen und Öffnung der Schulen zum Gemeinwesen hin initiiert.

⁵ a.a.O., S.7.

⁶ vgl. Jugendbildung in Baden-Württemberg, Originaltext der Rahmenvereinbarung.

Die gesellschaftspolitischen Ziele des Jugendbegleiter-Programms werden in der Rahmenvereinbarung wie folgt zusammengefasst:⁷

- ganztägiges Betreuungsangebot im schulischen Raum sichern und neu schaffen
- die gemeinsame Arbeit aller für Kinder und Jugendliche Verantwortung tragenden Personen stärken und das Ehrenamt intensiv in den schulischen Lebensraum einbeziehen
- außerschulische Bildung als Teil eines Gesamtbildungskonzepts
- Herstellen eines bewussten Zugangs der Schüler zur außerschulischen Jugendbildung und Jugendarbeit

In den nächsten Abschnitten werden diese Ziele näher erläutert.

2.2.1 Baustein zum Ausbau der Ganztagsbetreuung

Mit dem Ganztagsschulausbau soll der Weg zur ganzheitlichen Bildung geebnet werden, Bildungsgerechtigkeit gestärkt und ein wichtiger Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet werden.⁸ Außerdem bietet der Ausbau zum Ganztage die Chance zur Rhythmisierung des Unterrichts.

Schon 1968 hat der Deutsche Bildungsrat eine Empfehlung zur Einrichtung von Schulversuchen mit Ganztagsschulen ausgesprochen.⁹ Aber erst seit den Ergebnissen der großen Leistungsvergleichsstudien TIMMS (seit 1995), PISA (seit 2000) und IGLU (seit 2006) wurden Ganztagsschulen in der Bildungspolitik ernsthaft diskutiert. Mit dem Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" (IZBB) hat die

⁷ Jugendbildung in Baden-Württemberg, Originaltext der Rahmenvereinbarung.

⁸ vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung, S. 3.

⁹ vgl. Deutscher Bildungsrat.

Bundesregierung die Länder von 2003 bis 2009 beim Auf- und Ausbau von Ganztagschulen unterstützt.¹⁰

Neben dem bundesweiten Schulentwicklungsprogramm „Ideen für mehr! Ganztägig lernen“ ist das Jugendbegleiter-Programm derzeit zentrales Förderinstrument des Landes Baden-Württemberg für den Ausbau von außerunterrichtlichen Angeboten an Ganztagschulen.¹¹

Der Ganztagschulausbau soll sich auf alle Schularten und damit grundsätzlich auch auf alle Schüler erstrecken. Am Jugendbegleiter-Programm teilnehmen können daher nicht nur bereits genehmigte Ganztagschulen, sondern alle Schulen, die langfristig den Ausbau zur Ganztagschule planen. Letztendlich soll jedem Schüler die Möglichkeit geboten werden, eine Ganztagschule zu besuchen.¹²

40% der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2014/15 zu Ganztagschulen auszubauen, ist Ziel der Landesregierung.

Während im Schuljahr 2001/02 nur ca. 7% der baden-württembergischen öffentlichen allgemeinbildenden Schulen ein Ganztagesangebot hatten, waren es 2007/08 schon ca. 15% und 2010/11 etwa 24,4%. Bezieht man alle privaten und öffentlichen Schulen in die Berechnung mit ein, verfügten ca. 27% der Schulen im Schuljahr 2010/11 über ein Ganztagesangebot nach der Kultusministerkonferenz (KMK)-Definition bzw. dem Landeskonzept Baden-Württemberg.¹³

Im Schuljahr 2011/12 kamen weitere 101 Schulen hinzu und zum Schuljahr 2012/13 werden weitere 73 Schulen zu Ganztagschulen. Damit liegt der Anteil der baden-württembergischen öffentlichen

¹⁰ vgl. Höhmann / Holtappels / Schnetzer, S.169 f.

¹¹ vgl. Rauschenbach / Borrmann / Düx / Liebig / Pothmann / Züchner, S.X.

¹² vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Neues Ganztagschulprogramm.

¹³ vgl. Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 15/1187, 01.02.2012.

allgemeinbildenden Schulen, mit einem Ganztagsangebot, bei etwa 28%.¹⁴

Privatschulen einbezogen, waren in Baden-Württemberg im Schuljahr 2010/2011 26,7% der allgemeinbildenden Schulen Ganztagschulen, womit sie weit hinter dem Bundesdurchschnitt (51,1%) lagen. Lediglich 10,1% der baden-württembergischen Schüler besuchten im Schuljahr 2010/11 eine gebundene Ganztagschule (bundesweit: 12,7%). Die Anzahl der Schüler, die Ganztagesangebote in Anspruch nehmen, lag mit 15,7% ebenfalls weit hinter dem Bundesdurchschnitt (28,1%).^{15 16 17 18}

2.2.2 Öffnung zum Gemeinwesen

Konzeptionelle Grundlage des Jugendbegleiter-Programms ist die Idee einer zivilgesellschaftlichen Öffnung der Schule. „Ziel muss es deshalb sein, die Schulen für außerschulische Institutionen und für engagierte Bürgerinnen und Bürger noch viel weiter zu öffnen als dies bisher der Fall ist. Hierzu soll qualifiziertes Ehrenamt von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Eltern in die Ganztagsbetreuung integriert werden“ heißt es dazu in den Eckpunkten zum Jugendbegleiter-Programm.¹⁹

Durch den Prozess hin zur Ganztagschule werden außerschulische Aktivitäten immer mehr eingeschränkt. Vieles Wissen und Können sowie zahlreiche Kompetenzen, die bisher ungeplant nebenher als Bestandteil des Aufwachsens in der Familie, auf der Straße, im Gemeinwesen, in Vereinen und anderen lebensweltlichen Orten vermittelt worden sind, müssen auf andere Weise den Kindern und Jugendlichen nahe gebracht werden. Während sich Schule und Unterricht auf Themen und Fächer spezialisieren, versteht sich „Alltagsbildung“ als „unhintergebares Gesamtbildungsprojekt“ jeder einzelnen Person, so beschreibt es

¹⁴ vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung.

¹⁵ vgl. Bertelsmann Stiftung.

¹⁶ vgl. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren, S. 6.

¹⁷ vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung.

¹⁸ vgl. Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 15/1187, 01.02.2012.

¹⁹ a.a.O.

Prof. Dr. Rauschenbach, Vorstand und Direktor des Deutschen Jugendinstituts e.V..²⁰

Die Kooperation mit außerschulischen Partnern ist ein wichtiger Baustein in der aktuellen Schul- und Jugendpolitik des Landes Baden-Württemberg. Darum zielt das Jugendbegleiter-Programm auch darauf ab, den Prozess dieser „Alltagsbildung“ in den Schulalltag zu integrieren. Ziel des Jugendbegleiter-Programms ist es dabei, eine Brücke zwischen dem schulischen Lebensraum und den Menschen, Vereinen und Institutionen aus dem Umfeld der Schulen und Schülern zu bilden. Es soll aktive Bürgerbeteiligung in der bildungspolitischen Arbeit ermöglichen und eine thematische Vielfalt in die Schulen tragen, gemeinsam mit den Menschen vor Ort Schule gestalten.²¹

2.2.3 Bezug zur Kinder- und Jugendbildung

„Der Auftrag in einer Ganztagschule ist es, junge Menschen auf ihrem Weg in das Leben verantwortungsvoll zu begleiten und sie auf das Leben vorzubereiten. Neben fachlichen Kompetenzen, die im Unterricht vermittelt werden, gilt es, soziale und personale Kompetenzen im schulischen Alltag zu fördern.“ so begründet Dorle Mesch, Diplom-Pädagogin, Schulsozialarbeit im Ganztage.²²

Bisher wurde die Kinder- und Jugendarbeit oft als Art Ergänzung und Gegenpol zur Schule verstanden. Der Ausbau der Ganztagesbetreuung stellt diese nun vor neue Herausforderungen.

Wie in Punkt 2.2.2. schon erläutert, reicht das formale Bildungssystem für die Anforderung der Gesellschaft an eine umfassende Bildung und Befähigung der Schüler nicht aus. Auch die außerschulischen „informellen“ Bildungsorte wie Familie, Freundeskreis und auch die

²⁰ Rauschenbach / Borrmann / Dux / Liebig / Pothmann / Züchner, S. 243.

²¹ vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg: Rahmenkatalog Jugendbegleiter-Programm, Grußwort.

²² Mesch, S. 54.

Kinder- und Jugendarbeit sind wichtig, um Kinder und Jugendliche zu selbstständigen und eigenverantwortlichen Mitgliedern der Gesellschaft zu formen.²³ Eine Studie von 2008 über den Kompetenzerwerb von Jugendlichen im freiwilligen Engagement belegt zum Beispiel, dass ehrenamtliches Engagement innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit erhebliche Bildungspotenziale enthalten.²⁴

Freiwilligenarbeit, Selbstorganisation, Ehrenamtlichkeit, Beteiligung und Lebensweltorientierung sind Qualitäten der Kinder- und Jugendarbeit, diese kann Schule damit bereichern und vielfältige Bildungsprozesse in Gang setzen.²⁵ Die Schulen können von den pädagogischen Angeboten der Sozialarbeit, wie Angeboten im Bereich der Beratung, individuellen Förderung, Gremienarbeit, Berufsorientierung und Zusammenarbeit mit Erziehungsberechtigten profitieren.²⁶ Im Gegenzug erschließen sich der Kinder- und Jugendarbeit durch eine Beteiligung am Ganztagschulkonzept neue Zielgruppen und ein ständiger gesicherter Zugang zu allen Schülern ist möglich.

Sowohl im KJHG (§ 81 SGB VIII) als auch in den Richtlinien des Landes zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen ist die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe verankert. Die Ganztagschule und das Jugendbegleiter-Programm bieten Möglichkeiten, beide Bereiche miteinander zu verbinden, frühzeitig und präventiv zusammenzuarbeiten.²⁷

2.3 Durchführung und Entwicklung

Das Jugendbegleiter-Programm startete am 1. Februar 2006 und wurde seither in sechs Evaluationen, durchgeführt von der Jugendstiftung

²³ vgl. Rauschenbach / Borrmann / Düx / Liebig / Pothmann / Züchner, S.242.

²⁴ vgl. Rauschenbach / Borrmann / Düx / Liebig / Pothmann / Züchner, S.241.

²⁵ vgl. Landesjugendring Baden-Württemberg.

²⁶ vgl. Mesch, S.54.

²⁷ vgl. Mesch, S.54.

Baden-Württemberg im Auftrag des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, untersucht und dokumentiert. Die wichtigste Arbeitshilfe für die Schulen vor Ort ist der Rahmenkatalog zum Jugendbegleiter-Programm, herausgegeben durch die Servicestelle Jugend und Schule der Jugendstiftung Baden-Württemberg. Darin werden unter anderem die wesentlichen Informationen zum Jugendbegleiter-Programm, Arbeitshilfen und -materialien, organisatorische Empfehlungen und Kontaktstellen zusammengestellt.

Nachfolgend werden die wichtigsten Grundsätze, nach denen das Jugendbegleiter-Programm durchgeführt wird, dargestellt. Anschließend folgt ein kurzer Blick auf die formalen Zuständigkeiten und die Finanzierung um dann die bisherige Entwicklung und den Ausbaustand des Jugendbegleiter-Programms an baden-württembergischen Schulen zu betrachten.

2.3.1 Grundsätze

Die Grundsätze der „Koordination auf Landesebene“ und „Koordination auf örtlicher Ebene“, nach denen das Jugendbegleiter-Programm unter anderem durchgeführt wird, sorgen dafür, dass zwar die grundlegenden Rahmenbedingungen auf Landesebene festgelegt werden, Jugendbegleitung aber kein starres, von oben aufgesetztes Programm ist, sondern ein individuell zu entwickelndes Angebot vor Ort für jede einzelne Schule, das, abgestimmt auf die konkreten lokalen Gegebenheiten, Partner und Bedürfnisse, umgesetzt wird.²⁸

Ein eigenständiges Betreuungs- und Bildungsangebot mit unterschiedlichen inhaltlichen Themenbereichen außerhalb des Pflichtunterrichts und die Unterstützung der Jugendbegleiter durch hauptamtliches Personal und Kooperationspartner sind ebenfalls Grundsätze.

²⁸ vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg: Rahmenkatalog Jugendbegleiter-Programm, Kapitel 1.1, S. 1 f.

Weiterhin wird in den Grundsätzen auf die „Anforderungen an Jugendbegleiter“, „Qualifikation von Jugendbegleitern“ und „Versicherung der Jugendbegleiter“ eingegangen.

Mit ihrer Persönlichkeit, Lebenserfahrung und Professionalität, ihren Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sollen Jugendbegleiter die Schüler in den unterschiedlichsten Themenbereichen unterstützen und begleiten und eine Brücke zum Gemeinwesen und gesellschaftlichen Umfeld bilden. Schüler können an der eigenen oder anderen Schulen als „Junior-Jugendbegleiter“ tätig werden.

Eingesetzt werden können Jugendbegleiter in den verschiedensten Feldern mit den unterschiedlichsten inhaltlichen Themenbereichen, wie zum Beispiel der Hausaufgabenbetreuung, Sprachförderung, bei Sportangeboten, Musik (Chor, Instrumentalmusik), kulturellen Aktivitäten (Theater, Kunst, Literatur), aber auch in den Bereichen Wirtschaft, Naturwissenschaften, Umwelt oder Naturschutz. Die Schulverpflegung darf allerdings nicht durch Jugendbegleiter erfolgen.

Es handelt sich immer um ein über den klassischen Unterricht hinausgehendes Angebot. Jugendbegleiter ersetzen nicht das hauptamtliche Personal oder ausgebildete Pädagogen und können nicht als Ergänzung der Lehrkräfte im Unterricht eingesetzt werden. Eine pädagogische, organisatorische und administrative Grundqualifikation (ausgebildete Übungsleiter, Schülermentoren, Fachleute, qualifiziertes Ehrenamt) wäre trotzdem wünschenswert.

Da Angebote mit Jugendbegleitern im Rahmen des pädagogischen Konzepts der Schule stattfinden, handelt es sich um schulische Veranstaltungen, sodass die Jugendbegleiter ausreichenden Versicherungsschutz erhalten. Wenn ein anderer Versicherungsschutz nicht besteht, greifen die Sammelversicherungsverträge des Landes für ehrenamtlich Engagierte.

Das Angebot, für das ehrenamtliche Jugendbegleiter eingesetzt werden, muss für mindestens ein Schulhalbjahr zuverlässig als Teil des schulischen Wochenplans stattfinden.

Des Weiteren werden die jährliche Evaluation, die Finanzierung des Jugendbegleiter-Programms und die Möglichkeit, Vereinbarungen mit gemeinnützigen außerschulischen Einrichtungen zu schließen, in den Grundsätzen festgelegt.

2.3.2 Zuständigkeiten

Für die Abstimmung über grundlegende Angelegenheiten des Programms wurde auf Landesebene eine Koordinierungsgruppe eingerichtet, in der Vertreter der wichtigsten Verbände und Institutionen, der kommunalen Landesverbände und des Kultusministeriums mitwirken.

Die Servicestelle Jugend und Schule der Jugendstiftung Baden-Württemberg ist für die operative, inhaltliche und organisatorische Umsetzung des Jugendbegleiter-Programms im Auftrag des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport zuständig. Dabei berät die Servicestelle die interessierten und beteiligten Schulen bei der Durchführung des Programms, bei der Suche nach und Begleitung von Jugendbegleitern und Kooperationspartnern. Sie führt Schulungen und Fachtage durch, erstellt verschiedene Broschüren und Hilfen für die Schulen und ehrenamtlichen Engagierten.²⁹

„Um dem Grundsatz der „Koordinierung auf örtlicher Ebene“ Rechnung zu tragen, ist die enge Zusammenarbeit von Schule, Vereinen, Kirchen, Kommune und Eltern innerhalb der Schulgemeinschaft wesentlich. Von Bedeutung ist insbesondere eine gute Zusammenarbeit zwischen den Jugendbegleitern und den Lehrkräften.“³⁰ Aus diesem Grund, und um das

²⁹ vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg: Rahmenkatalog Jugendbegleiter-Programm, Grußwort.

³⁰ Jugendstiftung Baden-Württemberg: Rahmenkatalog Jugendbegleiter-Programm, Kapitel 1.1, S.1 f.

Jugendbegleiter-Programm in das von der Schule zu entwickelnde pädagogische Konzept einzubinden, liegt die letzte Verantwortung bei der jeweiligen Schulleitung. Ihr obliegt die pädagogische, fachliche und organisatorische Aufsicht.

2.3.3 Finanzierung

Finanziert wird das Jugendbegleiter-Programm durch das Kultusministerium Baden-Württemberg. Während der Modellphase wurde von Seiten der Politik kommuniziert, dass im Endausbau bis zu 40 Millionen Euro bereitgestellt werden sollen.³¹ Inzwischen gibt es dazu keine offiziellen Äußerungen mehr.³² Von Seiten des Landes wurde das Programm im Jahr 2009 mit 5,65 Mio. Euro und im Jahr 2010 mit ca. 8 Mio. Euro unterstützt.³³ Die Jugendstiftung Baden-Württemberg führt die Bestimmung der Förderkategorien und Auszahlung des Budgets an die Schulträger durch, welche den Schulen das Geld zukommen lassen.

Jede Schule kann individuell weitere Mittel zur Durchführung des Jugendbegleiterprogramms akquirieren (z.B. kommunale Gelder, Elternbeiträge bei besonderen Angeboten und Sponsorengelder) und so das vom Land gewährte Budget aufstocken.³⁴

Die Förderkategorie einer Schule wird vor Beginn des Schuljahres ermittelt, indem die Schule der Jugendstiftung die geplante Anzahl der Jugendbegleiter-Stunden benennt. Die daraus errechnete Förderhöhe wird in sechs Raten über das Schuljahr ausgezahlt. Mögliche Abweichungen werden bei der Zwischenabrechnung im Januar und der Endabrechnung im Juli korrigiert. Die Grundsätze der LHO müssen dabei beachtet werden.³⁵ Jeweils zum Ende des Schuljahres erhält jede

³¹ vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport: Neues Ganztagschulprogramm.

³² Aussage der Jugendstiftung Baden-Württemberg während eines Telefonats.

³³ vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport: Neuerungen im Jugendbegleiter-Programm.

³⁴ vgl. Jugendbildung in Baden-Württemberg: Originaltext der Rahmenvereinbarung.

³⁵ vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg: Rahmenkatalog Jugendbegleiter-Programm, Kapitel 2.4, S.1.

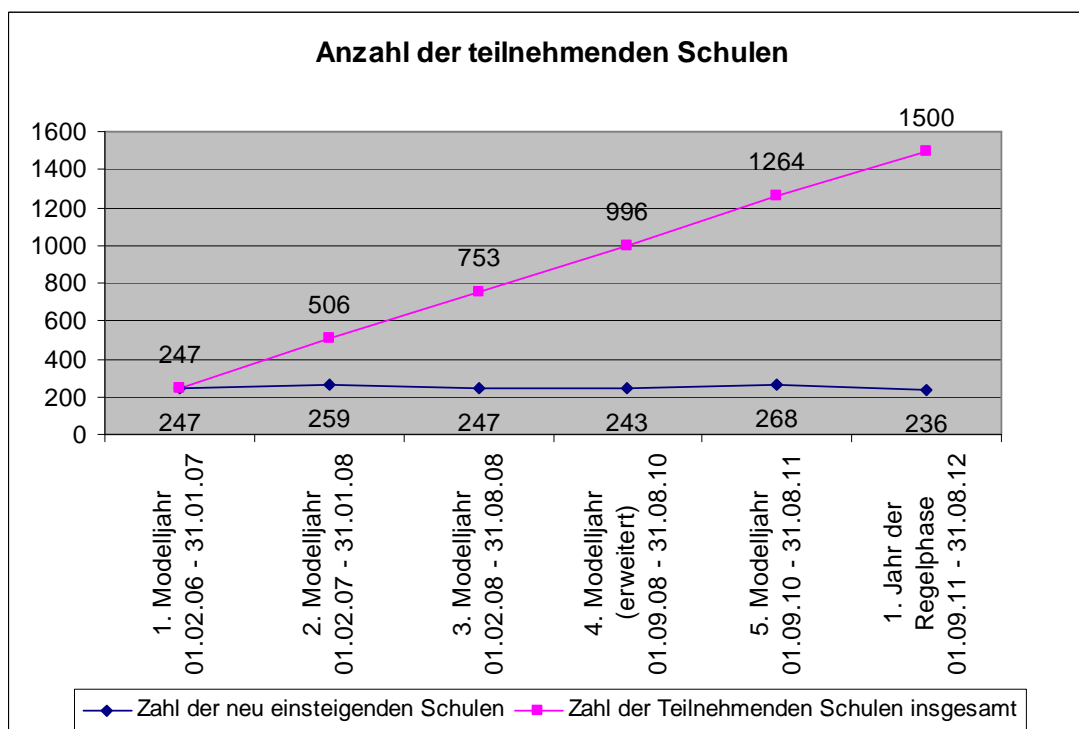
teilnehmende Schule einen Rückmeldebogen, in dem sie ihren Bedarf an Jugendbegleiter-Stunden für das nächste Schuljahr einträgt.

2.3.4 Ausbaustand an baden-württembergischen Schulen

Als im Februar 2006 die Umsetzung der Programmkonzeption Jugendbegleiter startete, beteiligten sich 248 Schulen. Die Zahl der teilnehmenden Schulen ist seitdem jedes Jahr konstant um ca. 250 weitere Schulen auf 1.500 im September 2011 gestiegen.

Grundschulen sind dabei mit 24 % die am meisten vertretene Schulart, dicht gefolgt von Grund-, Haupt-, Werkrealschulen mit 20% und Gymnasien mit 17%.

Abbildung 1: Programmstart und Anzahl der am Jugendbegleiter-Programm teilnehmenden Schulen



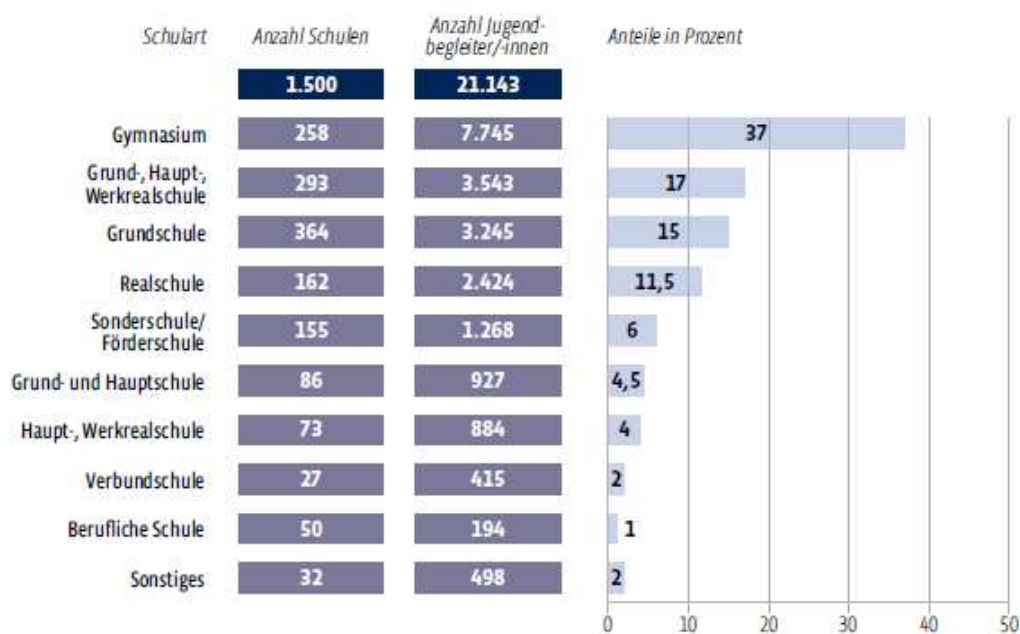
Quelle: *Jugendstiftung Baden-Württemberg (Hrsg.) Sechste Evaluation von Schulen im Jugendbegleiter-Programm 2011/2012. S. 15*

An den 1.500 Jugendbegleiterschulen, die sich an der sechsten Evaluation des Jugendbegleiter-Programms beteiligt haben, engagieren sich 21.143 Jugendbegleiter mit 41.510 Betreuungsstunden pro Schulwoche. Den größten Anteil der Jugendbegleiter stellen dabei die Junior-Jugendbegleiter und organisationsunabhängige Einzelpersonen aus dem schulischen Umfeld mit jeweils 39%. Vereine, Verbände und Organisationen stellen 16,5% der Jugendbegleiter.

50,5% der am Jugendbegleiter-Programm teilnehmenden Schulen sind vom Land Baden-Württemberg anerkannte Ganztagschulen. 14,5% befinden sich zurzeit im Ausbau.

Abbildung 2: Verteilung der Jugendbegleiter auf die Schulformen

Verteilung der Jugendbegleiter/-innen auf die Schulformen



Quelle: Jugendstiftung Baden-Württemberg (Hrsg.) Sechste Evaluation von Schulen im Jugendbegleiter-Programm 2011/2012. S. 14

2.3.5 Übergang von der Modell- in die Regelphase

Die Modellphase des Jugendbegleiter-Programms begann am 1. Februar 2006 und ging zum Schuljahr 2011/12 endgültig in die Regelphase über. Ursprünglich sollte dieser Übergang schon zum 1. August 2010 erfolgen. Die Verschiebung des Termins hatte vor allem politische Hintergründe. Wegen verschiedener Unklarheiten bezüglich des Übergangs von der Modellphase und der Weiterführung in die Regelphase wurde der Wechsel um ein Jahr verschoben.³⁶

Gleichzeitig mit dem Übergang in die Regelphase traten die neuen Förderrichtlinien in Kraft.³⁷

Nach der Regelung während der Modellphase erhielten Schulen mit einem Angebot von vier bis zehn Stunden 2.000 Euro, von elf bis 40 Stunden 4.000 Euro und ab 41 Stunden 5.000 Euro. Weitere Mittel für Jugendbegleiter-Manager u. ä. mussten zusätzlich beantragt werden.³⁸

Die bisherigen Budgetkategorien wurden für die Regelphase erweitert und ausdifferenziert. Die Schulen erhalten nun, abhängig von der Zahl der wöchentlichen Jugendbegleiter-Stunden, ein Förderbudget zwischen 2.500 und 7.000 Euro. In Abstimmung mit dem Schulträger wird dieses Budget selbstständig von den Schulen bewirtschaftet. 20% des Grundbudgets können für Qualifizierungsmaßnahmen der Jugendbegleiter und für Koordinationskosten verwendet werden, weitere maximal 20% als Ausgaben für Sachkosten.³⁹

Die Schulen können, abhängig von der Höhe ihres Grundbudgets, zusätzlich ein Kooperationsbudget zwischen 500 und 1.500 Euro zur

³⁶ Aussage der Mitarbeiter der Jugendstiftung Baden-Württemberg bei einem Telefonat.
³⁷ vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg: Rahmenkatalog Jugendbegleiter-Programm, Kapitel 1.2, S.1.

³⁸ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport: Neuerungen im Jugendbegleiter-Programm.

³⁹ vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg: Rahmenkatalog Jugendbegleiter-Programm, Kapitel 1.2, S.1.

Förderung von Jugendbegleiter-Angeboten in Zusammenarbeit mit außerschulischen gemeinnützigen Vereinen und Organisationen (i. S. d. §§ 51 - 68 Abgabenordnung) erhalten. Dieses kann ausschließlich für Aufwandsentschädigungen von Jugendbegleitern aus Kooperationen verwendet werden.⁴⁰

Abbildung 3: Budgetkategorien in der Modell- und der Regelphase im Vergleich

Jugendbegleiterstunden	Modellphase			Regelphase		
	Grundbudget	Jugendbegleiter-Manager	Summe	Grundbudget	Kooperationsbudget	Summe
	Aufwandsentschädigung, Sach- und Kooperationskosten ohne Begrenzung	1. Jahr 1.000 € ab dem 2. Jahr 700 €	Zzgl. 100 % Übernahme der Qualifizierungskosten für Jugendbegleiter	Davon bis 20 % Koordination/ Qualifizierung und 20 % für Sachkosten		
4-10 Std.:	2.000 €	700 €	2.700 €	2.500 €	500 €	3.000 €
11-20 Std.:	4.000 €	700 €	4.700 €	4.500 €	500 €	5.000 €
21-40 Std.:	4.000 €	700 €	4.700 €	5.000 €	1.000 €	6.000 €
41-60 Std.:	5.000 €	700 €	5.700 €	6.000 €	1.500 €	7.500 €
Ab 60 Std.:	5.000 €	700 €	5.700 €	7.000 €	1.500 €	8.500 €

Quelle: Servicestelle Jugend und Schule, eigene Darstellung

Ob und in welcher Höhe Jugendbegleiter eine Aufwandsentschädigung erhalten, liegt im Ermessen der Schulen.⁴¹ Außerdem kann wie bisher ab

⁴⁰ vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg: Rahmenkatalog Jugendbegleiter-Programm, Kapitel 2.3, S.1.

⁴¹ vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg: Rahmenkatalog Jugendbegleiter-Programm, Kapitel 1.5, S.3.

21 Jugendbegleiter-Stunden eine Lehrkraft mit einer Deputatsstunde für die Programmverwaltung eingesetzt werden.⁴²

Das Programm wird mit Übergang in die Regelphase auch für die beruflichen Schulen geöffnet.⁴³

Staatssekretär Georg Wacker (MdL) begründete den Ausbau so: *„Die neuen Förderrichtlinien im Jugendbegleiter-Programm tragen dem starken Programmausbau an vielen Schulen Rechnung und sind zugleich ein deutliches Signal zur Stärkung lokaler, ehrenamtlicher Strukturen im schulischen Bereich. [...] Wir haben es geschafft, die Schulen für das gesellschaftliche Umfeld zu öffnen und die Bildungslandschaft mit Jugendbegleitern zu bereichern. Dies ist ein weiterer Beleg für die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs zu ehrenamtlichem Engagement. Deshalb stärkt die Landesregierung das Programm auf dem Weg in die Regelphase zum neuen Schuljahr und setzt auf einen weiteren Ausbau.“*⁴⁴

Die „Eigenständigkeit der Schulen bei der Programmverwaltung und der Schwerpunktsetzung“ wird gestärkt.⁴⁵ Die Schulen erhalten mit den neuen Richtlinien eine große Freiheit in den Feldern Programmkoordination und Qualifizierungsmaßnahmen, gleichzeitig wird der Verwaltungsaufwand für die Schulen geringer. Mit dem zusätzlichen Kooperationsbudget wird der Spielraum für Vereinbarungen mit Vereinen und Organisationen vergrößert.⁴⁶

⁴² vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg: Rahmenkatalog Jugendbegleiter-Programm, Kapitel 2.3, S.1.

⁴³ vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg: Rahmenkatalog Jugendbegleiter-Programm, Kapitel 1.2, S.1.

⁴⁴ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport: Jugendbildung in Baden-Württemberg, S.1.

⁴⁵ Ministerium für Kultus, Jugend und Sport: Neuerungen im Jugendbegleiter-Programm.

⁴⁶ vgl. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport: Jugendbildung in Baden-Württemberg, S.3.

3 Das Jugendbegleiter-Programm in der Stadt Ludwigsburg

Der Stadt Ludwigsburg ist es wichtig, ihre Bildungslandschaft kontinuierlich auszubauen und weiterzuentwickeln. Mit der „Bildungsoffensive“ hat sich die Stadt Ludwigsburg bereits im Jahr 2006 zum Ziel gesetzt, die Bildungschancen der Ludwigsburger Kinder und Jugendlichen ganz entscheidend zu verbessern und sie von Anfang an zu fördern.⁴⁷ Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird ein flächendeckender Aus- und Umbau der Kinderbetreuung, sowie ein größeres Angebot an Ganztagesplätzen angestrebt.⁴⁸

3.1 Ludwigsburgs städtisches Engagement für Bildung und Betreuung

Bildung und Betreuung sind auch in der Stadt Ludwigsburg zentrale Themen. Mit dem Stadtentwicklungskonzept "Chancen für Ludwigsburg" (SEK) hat die Stadt gemeinsam mit Bürgerschaft, Politik und Verwaltung ein Zukunfts(arbeits)programm erarbeitet. Eines der darin enthaltenen elf Themenfelder des SEKs beschäftigt sich mit der Thematik „Bildung und Erziehung“.

„Der Aus- und Umbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dies erfolgt zukunfts- und bedarfsorientiert. Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen wird unabhängig von Geschlecht, Nationalität, sozialer Herkunft und individuellen Voraussetzungen ermöglicht, ihre Persönlichkeit zu

⁴⁷ vgl. Jahresbericht 2011: Fonds Jugend, Bildung, Zukunft.

⁴⁸ Masterplan zum SEK, S.51.

entwickeln, an der Gesellschaft teilzuhaben und eine Beschäftigungsfähigkeit zu erreichen.“⁴⁹ So lautet der Leitsatz.

Im Rahmen des SEK lassen sich im Bereich der Bildung folgende, für dieses Thema relevante, strategische Ziele kurz zusammenfassen: Vorhandene Bildungs- und Betreuungsangebote sollen vernetzt und der breiten Öffentlichkeit zielgruppengerecht bekannt gemacht werden. Eltern sollen sich dabei aktiv einbringen. Kinder und Jugendliche sollen individuell entsprechend ihrer Voraussetzungen und ihrer Lebenssituation gefördert werden. Ziel ist die Förderung von Chancengleichheit unabhängig von Geschlecht, Nationalität, sozialer Herkunft, Einkommen der Eltern und individuellen Voraussetzungen. Schule soll dabei als attraktiver Lebensort für Kinder und Jugendliche gestaltet werden.⁵⁰

Passend dazu werden im Masterplan 9 zum SEK Strategien zur Umsetzung und das Arbeitsprogramm der Verwaltung zum SEK ausgearbeitet:⁵¹

- 1. Die Ludwigsburger Bildungslandschaft wird durch die Stadt Ludwigsburg aktiv gestaltet.*
- 2. Zur Verbesserung der Bildungschancen und zur Förderung eines gleichberechtigten Zuganges zur Bildung werden Angebote zur Elternbildung und Integrationsförderung unterbreitet.*
- 3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitätsvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.*
- 4. Ludwigsburg baut seine Schullandschaft nachhaltig, attraktiv, zukunftsorientiert und demographiegerecht aus. Allen Schülerinnen und Schülern werden optimale Bildungs- und Lernchancen ermöglicht, die langfristig gesichert werden.*
- 5. Die außerschulische Kinder- und Jugendbildung bringt ihre Konzepte und Stärken in die Ludwigsburger Bildungslandschaft ein. Sie macht damit deutlich, dass Bildung mehr als Schule ist.*

[...]

⁴⁹ SEK Ludwigsburg, S.18.

⁵⁰ vgl. SEK Ludwigsburg, S.18.

⁵¹ vgl. Masterpläne zu den Themenfeldern des SEK „Chancen für Ludwigsburg“, S.63.

Vergleicht man die Ziele und Strategien des SEKs der Stadt Ludwigsburg mit den Zielen, welche das Jugendbegleiter-Programm des Landes verfolgten, stellt man viele Überschneidungen und Gemeinsamkeiten fest. Ausbau der Betreuung, Vernetzung der Schulen mit der Kinder- und Jugendarbeit, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ganztagsausbau sind nur einige wenige davon.

Daher ist es seit Start des Jugendbegleiter-Programms im Jahr 2006 ein Anliegen der Stadt, die „Initiative außerschulische Bildung durch qualifiziertes Ehrenamt zu erweitern“⁵² – das Jugendbegleiter-Programm zu unterstützen.

3.1.1 Finanzielle Beteiligung

Den Ludwigsburger am Jugendbegleiter-Programm teilnehmenden Schulen stellt die Stadt Ludwigsburg ein zusätzliches Budget zur Verfügung. Die Ausschöpfung der Landesmittel ist allerdings Voraussetzung für die Inanspruchnahme des städtischen Zuschusses.

Während der Modellphase von 2006 bis 2011 hat die Stadt Ludwigsburg den Zuschuss maximal in der gleichen Höhe wie die Landesförderung gewährt.⁵³ In dieser Zeit hat die Stadtverwaltung insgesamt 257.729 Euro an die Schulen ausgezahlt. (Im gleichen Zeitraum betrug das vom Land ausgezahlte Budget für das Jugendbegleiter-Programm in Ludwigsburg 412.658 Euro.)⁵⁴

Mit Beginn der Regelphase hat der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS) beschlossen, den Zuschuss nicht weiter an die Höhe der Landesförderung zu koppeln, sondern den Zuschuss „auf dem bisherigen Niveau, angepasst an die neuen Kategorien“⁵⁵ zu gewähren.

⁵² Jugendbegleiter in Ludwigsburg, Engagement der Stadt Ludwigsburg, S.3.

⁵³ vgl. Jugendbegleiter in Ludwigsburg, Engagement der Stadt Ludwigsburg, S.3.

⁵⁴ vgl. Beschlussvorlage Nr. 187/12 S.2.

⁵⁵ vgl. Beschlussvorlage Nr. 187/12 S.2.

Abbildung 4: Vergleich zwischen dem Budget des Landes und dem Zuschuss der Stadt Ludwigsburg in der Modell- und Regelphase

<u>Modellphase</u>			<u>Regelphase</u>		
	Mittel des Landes	Zuschuss der Stadt		Mittel des Landes	Zuschuss der Stadt
4-10 Std.:	2.700 €	2.700 €	4-10 Std.:	3.000 €	2.000 €
11-40 Std.:	4.700 €	4.700 €	11-20 Std.:	5.000 €	3.600 €
			21-40 Std.:	6.000 €	4.000 €
Ab 41 Std.:	5.700 €	5.700 €	41-60 Std.:	7.500 €	4.800 €
			Ab 61 Std.:	8.500 €	5.600 €

Quelle: Stadtverwaltung Ludwigsburg, Servicestelle Jugend und Schule, eigene Darstellung

3.1.2 Veranstaltungen

Die Stadt Ludwigsburg führte verschiedene Veranstaltungen durch, um die Schulen bei der Ein- und Durchführung des Jugendbegleiter-Programms zu unterstützen.

Die Kooperationsbörse Bildung und Betreuung im Jahr 2006 sollte die Schulen bei der Suche nach Kooperationspartnern und potenziellen Jugendbegleitern unterstützen. Dazu wurden Vereine, Verbände, Betriebe und Ehrenamtliche eingeladen, die ihr Angebot vorstellten und mit den

Schulen in einen direkten Austausch gehen konnten.⁵⁶ 54 Anbieter nutzten die Präsentations- und Kommunikationsplattform und machten die Veranstaltung zu einem Erfolg.

In Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Bildung, Familie, Sport der Stadt Ludwigsburg wurden verschiedene Workshops und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendbegleiter, Schulleitungen und Vereine angeboten. Ebenso fanden in Ludwigsburg verschiedene (Fach-)Kongresse zum Thema Jugendbegleiter statt.

3.1.3 Öffentlichkeitsarbeit und Arbeitshilfen

Auf ihrer Homepage (www.ludwigsburg.de) informiert die Stadt Ludwigsburg über das Jugendbegleiter-Programm und stellt für Interessierte das Formular „Jugendbegleiter-Angebot“ zum Download bereit, mit dem Vereine und Ehrenamtliche neue Angebote einreichen können.

Die Stadt Ludwigsburg veröffentlichte im Februar 2008 die Broschüre „Jugendbegleiter in Ludwigsburg“ und im Juli 2008 eine überarbeitete Version. Diese Arbeitshilfe enthält alle relevanten Informationen zum Jugendbegleiter-Programm, zu den in Ludwigsburg teilnehmenden Schulen und ihren Jugendbegleiterangeboten, Kooperationspartnern und weiteren Ansprechpartnern. Eine Aktualisierung der Arbeitshilfe auf den aktuellen Stand ist derzeit in Planung.

3.2 Entwicklung des Programms an Ludwigsburger Schulen

Schon im ersten Modelljahr beteiligten sich 15 der 24 Ludwigsburger Schulen am Jugendbegleiter-Programm. Seitdem stieg die Zahl der

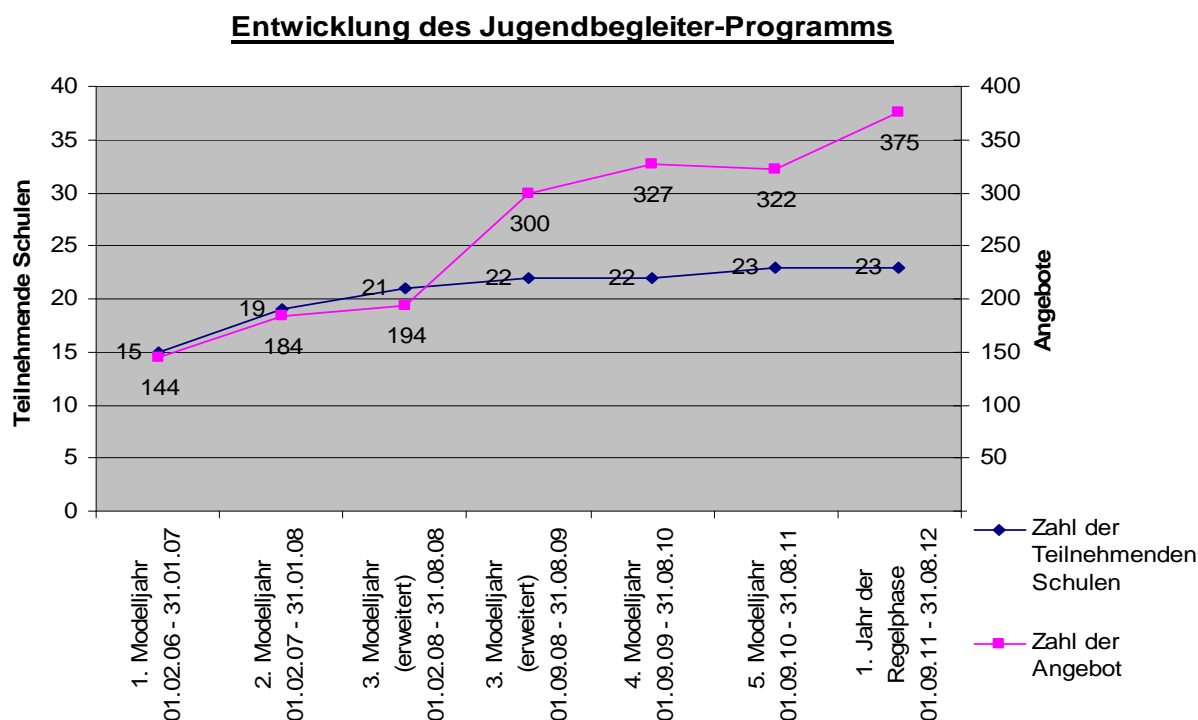
⁵⁶ vgl. Jugendbegleiter in Ludwigsburg, Kapitel: Engagement der Stadt Ludwigsburg, S.3.

teilnehmenden Schulen kontinuierlich an, sodass inzwischen alle Schulen Jugendbegleiter-Angebote vorweisen können.⁵⁷

Mit insgesamt 144 Jugendbegleiter-Angeboten im 1. Modelljahr und 357 Angeboten im Schuljahr 2011/12 ist auch hier ein starker Zuwachs zu verzeichnen. Damit verfügte im Schuljahr 2011/12 jede Schule im Durchschnitt über 15 Angebote, im Vergleich zu durchschnittlich 10 Angeboten pro Schule im Jahr 2006.

Dabei ist zu beobachten, dass trotz gleich bleibender Anzahl der teilnehmenden Schulen die Anzahl der Angebote im Schuljahr 2011/12 weiter gestiegen ist.

Abbildung 5: Entwicklung der teilnehmenden Schulen und der Zahl der Angebote in Ludwigsburg



Quelle: Stadtverwaltung Ludwigsburg, eigene Darstellung

⁵⁷ Mit Ablauf des Schuljahres 2013/14 wird die Silcherschule aufgelöst, anderenfalls hätte sie zum Schuljahr 2012/13 auch am Jugendbegleiter-Programm teilgenommen.

Aktivitäten im Bereich des Sports bildeten mit 35% den größten Anteil am Jugendbegleiter-Angebot an Schulen. Es folgten Hausaufgabenbetreuung und Förderangebote mit 15%, Musikangebote mit 13% und Kunst und Kreatives mit 11%.⁵⁸

Im Schuljahr 2011/12 leisteten Jugendbegleiter an Ludwigsburger Schulen 403 Betreuungsstunden, dabei waren insgesamt 307 Jugendbegleiter im Einsatz.⁵⁹ 17 Schulen schlossen mit 22 Kooperationspartnern insgesamt 38 Vereinbarungen.⁶⁰

3.3 Praktische Erfahrungen und Zweckerfüllung

Alle Ludwigsburger Schulen bieten Jugendbegleiterangebote an. Allein diese Resonanz zeigt schon die große Akzeptanz des Landes-Programms.

Dass das Jugendbegleiter-Programm eine große Bereicherung für die Schulen ist und inzwischen fester Bestandteil des Schulalltags darstellt, bestätigen auch die Schulen in der Befragung.

Bei genauerer Betrachtung erkennt man allerdings, dass das Jugendbegleiter-Programm seinen Zweck wohl nicht in allen Punkten erfüllt. So zumindest die Meinung der befragten Schulen.

95% der zu dem Thema befragten Schulen bestätigen, dass das Jugendbegleiter-Programm ein guter Baustein zum Ausbau der Betreuung ist und 85%, dass durch das Jugendbegleiter-Programm eine Öffnung für das Gemeinwesen erfolgt, hingegen sehen aber nur 23% der befragten Schulen das Jugendbegleiter-Programm als geeignetes Mittel zum Ausbau einer Ganztagschule.

⁵⁸ vgl. Anlage 2.

⁵⁹ vgl. Anlage 4.

⁶⁰ vgl. Anlage 3.

Eine Betreuung auch nach Ende des Unterrichts am Nachmittag wird immer wichtiger und dafür ist das Jugendbegleiter-Programm sehr gut geeignet. Es ist eine hervorragende Ergänzung zum normalen Unterricht und durch neue Gesichter sowie die große Motivation der Jugendbegleiter wird das Programm zu „Farbtupfern“ und „Motivationskicks“ im Schulalltag und macht das Schulleben „bunt, vielfältiger und schön“, so die mehrheitliche Meinung der befragten Schulen. „Die speziellen Kenntnisse und Qualifikationen der Jugendbegleiter eröffnen den Schülern ganz neue Erfahrungswelten.“

Durch das Jugendbegleiter-Programm werden Schüler an die verschiedensten Angebote von Vereinen herangeführt und die Vereine können so neue Mitglieder werben. Viele Schulen berichteten von einem großen Interesse der Vereine, Institutionen und Ehrenamtlichen, die sogar teilweise von sich aus mit Angeboten an die Schulen herantreten. Nur zwei Schulen geben an, dass bisher hauptsächlich viele Eltern und Bekannte als Jugendbegleiter tätig sind und Vereine schwer anzuwerben und kompliziert zu gewinnen sind.

Nur das Ziel des Aufbaus einer Ganztagschule mit Jugendbegleitern wird problematisch gesehen. Die Schulen berichten, dass eine nur auf Lehrerstunden basierende Ganztagschule bisher nicht möglich ist und eine Finanzierung durch die Eltern, anstatt durch vom Land finanzierte Jugendbegleiter, zu kostenintensiv wäre. Angesprochen auf den möglichen Ausbau der Schule zum Ganztage durch Jugendbegleiter führen aber viele Schulen an, dass das Jugendbegleiter-Programm zwar sinnvoll und wichtig zur Betreuung am Nachmittag sei, dass aber für eine Ganztagschule ein pädagogisches Konzept und qualifizierte Kräfte benötigt würden und eine Verlässlichkeit gewährleistet sein müsse.

Zwei Schulleiter haben die Problempunkte sehr gut zusammengefasst:

- Die Ganztagesbetreuung kann durch solche Aktionen zusätzlich erfolgen, aber „das Jugendbegleiter-Programm als Säule für eine

Ganztagsschule zu sehen ist völlig falsch“. Die Betreuung durch Jugendbegleiter ist kein „ständiges“ gesichertes Angebot und damit keine gesicherte Säule. Viele der Jugendbegleiter sind selbst berufstätig und können nur nachmittags Angebote anbieten. Eine Rhythmisierung des Unterrichts ist damit nicht möglich.

- Das Jugendbegleiter-Programm ist sinnvoll und eine Bereicherung des Schulprofils und ein wesentlicher Baustein für die Ganztagsschule; allerdings braucht es zur vollständigen Integration und zur nachhaltigen Implementation des Jugendbegleiter-Programms einen Kern von fest angestellten Personen (pädagogische Assistenz), um den herum sich das ehrenamtliche Engagement gruppieren kann. Dieser feste Personenkreis ist die wichtigste und unverzichtbare Voraussetzung für einen gelingenden Ganztagsschulbetrieb.

4 Koordination

Die Koordination des Jugendbegleiter-Programms ist komplex und zeitaufwändig und beinhaltet zahlreiche Aufgaben und Tätigkeiten. Neben den organisatorischen Aufgaben wie Suche, Auswahl und Betreuung der Jugendbegleiter und Kooperationspartner, Vertragsabschlüsse, Angebotserstellung, Raumbelagungen, Einteilung von Jugendbegleitern und Schülern fallen auch viele verwaltungstechnische Aspekte wie Ausschreibungen, Anmeldungen, Schülerlisten, Evaluationen, Abrechnungen, Überweisungen/ Auszahlungen, Elternbriefe u.ä. an.

In den folgenden Abschnitten werden zunächst die organisatorischen Empfehlungen zur Koordination und Praxisbeispiele präsentiert. Anschließend werden diese Ansätze mit der Wirklichkeit an Ludwigsburger Schulen und deren Meinung zur Umsetzbarkeit der verschiedenen Modelle dargestellt.

4.1 Theoretische Ansätze des Gesetzgebers und Modelle

Um den Schulen die Durchführung und Koordination des Jugendbegleiter-Programms zu erleichtern gibt es verschiedene Einrichtungen, Arbeitshilfen und Praxisbeispiele, die im Folgenden beschrieben werden.

4.1.1 Jugendbegleiter-Koordinator

In der ersten Evaluation des Jugendbegleiter-Programms im Herbst 2006 wurde deutlich, dass die Durchführung des Programms an den Schulen mit einem erheblichen zeitlichen und organisatorischen Aufwand verbunden ist. Aus diesem Grund wurde ab März 2007 an 14 ausgewählten Schulen das Pilotprojekt „Jugendbegleiter-Manager“ umgesetzt.⁶¹

⁶¹ vgl. Köppe, S.3.

Aufgabenschwerpunkte des Managers sollten die Entlastung der Schulleitung durch Übernahme von Organisationsaufgaben und den Aufbau von Kooperationsnetzwerken sein.

Bis zum Schuljahr 2010/11 haben 410 Schulen ehrenamtliche Personen als Jugendbegleiter-Manager eingesetzt, die in den verschiedensten Bereichen tätig waren. Netzwerkbildung, Suche nach Jugendbegleitern/ Kooperationspartnern und Betreuung, Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Qualifizierungsmaßnahmen, Abrechnungen und finanzielle Abwicklung, Ansprechpartner sind nur einige der vielfältigen Aufgaben, die Jugendbegleiter-Manager übernahmen. Jede Schule erhielt im ersten Jahr eine Fördersumme von 1.000 Euro pro Manager, in den Folgejahren 700 Euro.

Um die Unterstützung allen Schulen zugute kommen zu lassen wurde das Budget für die Programmkoordination mit dem Beginn der Regelphase in das Schulbudget integriert. Seit dem Schuljahr 2011/2012 können 20% des Grundbudgets für die Koordination und Qualifizierung im Jugendbegleiter-Programm abgerechnet werden und der „Jugendbegleiter-Manager“ wurde zu „Jugendbegleiter-Koordinator“ umbenannt.

477 Schulen (32%) gaben in der Evaluation zum Schuljahr 2011/12 an, einen Jugendbegleiter-Koordinator, teilweise unterstützend zur Schulleitung, für die Koordination einzusetzen.⁶²

4.1.2 Koordinierungsgruppe

Zur Unterstützung bzw. Entlastung der Schulen soll vor Ort ein Koordinierungsgremium eingerichtet werden, in dem möglichst alle am Jugendbegleiter-Programm beteiligten Personengruppen und Institutionen vertreten sind.

⁶² vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg, Sechste Evaluation, S.21.

4.1.2.1. Organisatorische Empfehlung

Mögliche Aufgaben des Gremiums könnten darin liegen, feste Ansprechpartner zu benennen, den Einsatz der Jugendbegleiter zu planen, ein Gesamtkonzept aufzustellen und ein Wochensystem mit Angeboten der offenen Ganztagsbildung zu entwickeln. Weiterhin kann es auf dauerhafte, verlässliche Kooperationen hinwirken, indem es die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Institutionen als gleichberechtigte Partner gestaltet und Formen für Gestaltungsprozesse und Kooperationen findet, in denen möglichst alle betroffenen Personen (Lehrkräfte, Schüler, Partnerorganisationen, Eltern) beteiligt sind und miteinander im Austausch stehen.

Dabei ist ein Gremium für eine einzelne Schule und ihre Partner, aber auch eine Koordinierungsgruppe übergreifend für mehrere Schulen denkbar.

Um Doppelstrukturen zu vermeiden und den organisatorischen Aufwand so gering wie möglich zu halten, können schon vorhandene Strukturen wie Schulausschüsse, Jugendhilfeausschüsse, Runde Tische oder Arbeitsgemeinschaften für die Einrichtung einer Koordinierungsgruppe genutzt werden.⁶³

4.1.2.2. Umsetzung in der „Lenkungsgruppe Karlsruhe“

Schon seit 2006 begleitet eine Lenkungsgruppe die praktische Umsetzung des Jugendbegleiter-Programms in Karlsruhe. In der Lenkungsgruppe vertreten sind die geschäftsführende Schulleitung, Vertreter des Gesamtelternbeirats, des Stadtjugendausschusses, des Aktivbüros, des staatlichen Schulamts und des Schul- und Sportamts der Stadtverwaltung Karlsruhe.

⁶³ vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg, Rahmenkatalog Jugendbegleiter-Programm, Kapitel 2.2, S.1.

Die Lenkungsgruppe wurde gebildet, um das vorhandene vielseitige Fachwissen zu den Bereichen Kinder und Jugendliche, Schulen, Bürgerengagement, Ehrenamt und Verwaltung zu konzentrieren und die gemeinsamen Aufgaben aus möglichst vielen unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten. Schulübergreifende zentrale Fragen, Bedürfnisse und Unterstützungswünsche werden in der Lenkungsgruppe aufgegriffen, diskutiert, bewertet und Empfehlungen, Handreichungen und Unterstützungsstrukturen erarbeitet, die allen Karlsruher Schulen zentral zur Verfügung stehen.⁶⁴

4.1.3 Das System „Bereichsverantwortliche“

An der Ludwig-Uhland-Schule in Birkenfeld sind Schulleiter, Sekretärin für Finanzen, Sekretärin für Vertragswesen, Bereichsleiterin Jugendbegleiter und jeweils ein Fachbetreuer für Sport, Musik, Bildende Kunst und Schule/Wirtschaft gemeinsam in die Betreuung der Jugendbegleiter eingebunden. Dabei übernimmt jeder seine Aufgaben in eigener Verantwortung. Diese offizielle Leitungsgruppe soll eigenverantwortliches Arbeiten der einzelnen Mitglieder ermöglichen.

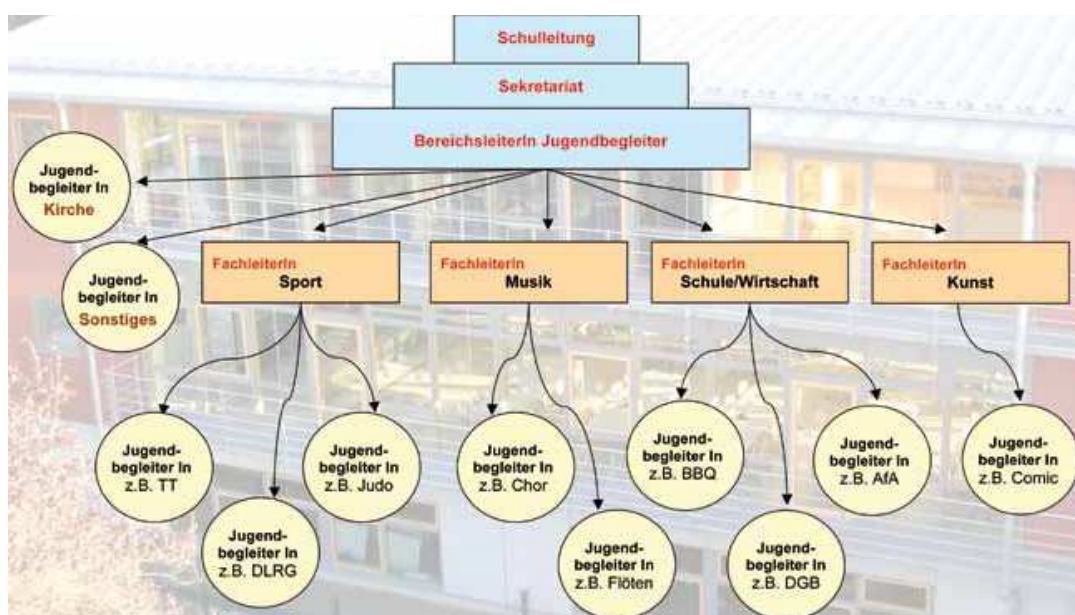
Die Aufgabenverteilung und Differenzierung des Organisationssystems orientiert sich an den Funktionen, welche im Rahmen des Jugendbegleitereinsatzes zu bewältigen sind. Die Gesamtverantwortung, Leitung und Außenvertretung liegt bei der Schulleitung. Sie ist für das Akquirieren weiterer Finanzmittel und Erstellen der Jahresfinanzplanung zuständig, ist Ansprechpartner für Vereine und Verbände und trifft die endgültige Entscheidung über den Einsatz von Jugendbegleitern.

Die verwaltungstechnische und finanztechnische Betreuung findet durch Mitarbeiter des Schulsekretariats statt. Datenerfassung, Dokumentation, Budgetverwaltung, Anschaffungen sind einige wenige der dort anfallenden Aufgaben. Die fachliche und emotionale Betreuung der Jugendbegleiter

⁶⁴ vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg, Freiwillige gewinnen, S.79.

erfolgt, je nach Angebot, durch den jeweiligen Bereichsleiter. Vor dem Einsatz der Jugendbegleiter wird (gemeinsam mit der Schulleitung) ihre fachliche und pädagogische Eignung überprüft. Der Fachbereichsleiter ist Ansprechperson bei Problemen, er hospitiert in unregelmäßigen Abständen und gibt Rückmeldung an die Schulleitung. Ihm obliegt die Planung bezüglich der Weiterentwicklung des Fachbereichs und dem Ausbau der Mitwirkung von Jugendbegleitern.⁶⁵

Abbildung 6: Organisationsstruktur Ludwig-Uhland-Schule Birkenfeld



Quelle: *Jugendstiftung Baden-Württemberg, Freiwillige gewinnen – Neue Konzepte für die Arbeit an Schulen, 2010, S.61*

4.1.4 Externe Organisation des Jugendbegleiter-Programms

Die Betreuung der Schüler außerhalb des Unterrichts an Kirchheimer Schulen übernimmt die Familien-Bildungsstädte Kirchheim. Das Angebot wird in enger Zusammenarbeit mit den Schulen erarbeitet und von Pädagogen, die bei der Familien-Bildungsstädte Kirchheim angestellt sind und ehrenamtlichen Jugendbegleitern durchgeführt.

⁶⁵ vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg, *Freiwillige gewinnen*, S. 61-64.

Die Aufgaben der Organisation, Koordination und Abrechnungen der Betreuungsangebote, Suche und Auswahl der Ehrenamtlichen liegen allein bei der Familien-Bildungsstädte Kirchheim. Die Familien-Bildungsstädte Kirchheim begleitet die Jugendbegleiter, bietet Qualifizierungen an und unterstützt ihre Arbeit durch regelmäßige Treffen zum Informations- und Erfahrungsaustausch.

Eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Schulträger, Schulen, Familien-Bildungsstädte Kirchheim, hauptamtlichen Mitarbeitern und Jugendbegleitern macht das Modell in Kirchheim zu einem Erfolg.⁶⁶

4.2 Koordination des Jugendbegleiter-Programms an den Ludwigsburger Schulen

Die in diesem Abschnitt dargestellten Sachverhalte beziehen sich auf die in den Befragungen gemachten Aussagen.

Dass der Gesetzgeber den Schulen eine große Freiheit bezüglich der Gestaltung des Jugendbegleiter-Programms und der Koordination einräumt, spiegelt sich auch in den Ludwigsburger Schulen wider. Es gibt eine große Vielfalt in der Art der Aufgabenverteilung. Allerdings zeigt die Praxis auch, dass sich einige Personenkreise besonders in die Koordination einbringen, sodass sich in vielen Schulen ähnliche Strukturen entwickelt haben, die zwar alle auf die jeweilige Schule, die Gegebenheiten und ihr Profil zugeschnitten sind, sich aber im Kern gleichen.

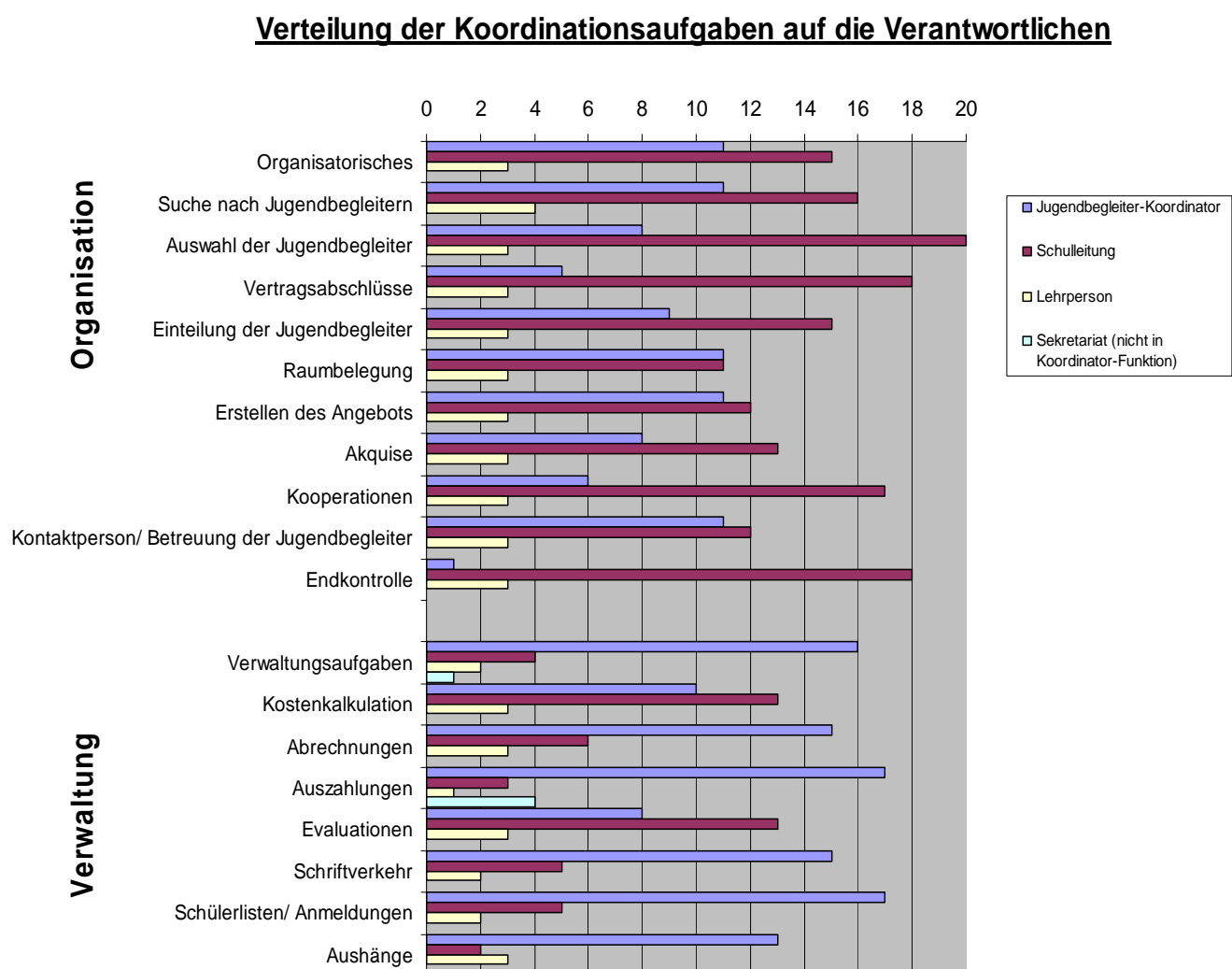
18 der 23 befragten Ludwigsburger Schulen geben an, einen Jugendbegleiter-Koordinator einzusetzen. An 14 Schulen sind die Sekretärinnen als Jugendbegleiter-Koordinatoren eingesetzt und an jeweils einer Schule sind der Hausmeister, die Mutter einer Schülerin, die

⁶⁶ vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg, Freiwillige gewinnen, S. 72-73.

Leitung der Kernzeitbetreuung und eine externe Person als Koordinator tätig. Schon zum Zeitpunkt der Befragung gab eine weitere Schule an, ab dem Schuljahr 2012/13 einen Jugendbegleiter-Koordinator zur Entlastung der Schulleitung einzusetzen.

Es ist dabei auffällig, dass der Jugendbegleiter-Koordinator in vielen Fällen hauptsächlich Verwaltungsaufgaben übernimmt, während die Schulleitung oder in manchen Fällen eine Lehrkraft die Organisation durchführt. Die folgende Darstellung, basierend auf den Angaben, die die Schulen während den Befragungen gemacht haben, stellt diese Verteilung deutlich heraus.

Abbildung 7: Aufgabenverteilung bei der Koordination



Quelle: Befragungen an Ludwigsburger Schulen, eigene Darstellung

Es fällt auf, dass die Schulleitung sehr stark in die Auswahl der Jugendbegleiter, die Vertragsabschlüsse und Bildung von Kooperationen eingebunden oder sogar allein zuständig ist. Der Jugendbegleiter-Koordinator wird dagegen verstärkt für Verwaltungstätigkeiten wie Abrechnungen, Auszahlungen und Dokumentation eingesetzt. Nur bei Aufgaben, welche einen differenzierten Einblick in das Jugendbegleiter-Programm und die Schule erfordern, wie die Kostenkalkulation vor Beginn und die Evaluation am Ende des Schuljahres, übernehmen die Schulleitungen vermehrt Verwaltungsaufgaben. Die letzte Entscheidungsgewalt und Endkontrolle aller mit dem Jugendbegleiter-Programm zusammenhängenden Entscheidungen und Aufgaben liegt bei fast allen Schulen bei der Schulleitung. Wo die Schulsekretariate nicht die Rolle des Jugendbegleiter-Koordinators übernimmt, sind sie auch in anderer Weise kaum in die Organisation und Verwaltung des Jugendbegleiter-Programms involviert.

An vier Schulen ist die Schulleitung allein für die Koordination zuständig, an einer Schule ein Lehrer. Nur vier Schulen gaben an, dass die Schulleitung keine Aufgaben betreffend der Organisation oder Verwaltung übernimmt. In einer Schule ist die Schulleitung überhaupt nicht involviert, in den anderen drei Schulen hat die Schulleitung zwar den Gesamtüberblick, wird regelmäßig informiert und bei größeren Problemen wird Rücksprache gehalten. Weiter werden in der einen Schule aber nur große Kooperationen mit der Schulleitung abgesprochen, in der anderen wird der Einsatz und die Verträge mit Jugendbegleitern und Kooperationspartnern mit der Schulleitung abgesprochen und in der dritten wird bei allen wichtigen Entscheidungen die Zustimmung der Schulleitung eingeholt.

In den folgenden Punkten wird auf die Koordinierung des Jugendbegleiter-Programms an fünf ausgewählten Schulen eingegangen,

die einmal beispielhaft für die meisten Schulen stehen und in den anderen Fällen Besonderheiten aufweisen.

4.2.1 Koordinationsmodelle an ausgewählten Schulen

Für Ludwigsburg modellhafte Koordinierung und Aufgabenverteilung am Beispiel der Schlösslesfeldschule:

Die an der Schlösslesfeldschule praktizierte Aufgabenverteilung findet sich so oder leicht verändert in fast allen Ludwigsburger Schulen.

Dabei ist das Sekretariat als Jugendbegleiter-Koordinator tätig, übernimmt kleinere Organisations- und Verwaltungsaufgaben, kümmert sich um Abrechnungen, Auszahlungen und Rückfragen der Jugendbegleiter. Es steht in engem Kontakt und Austausch mit der Schulleitung, die die Endkontrolle durchführt, die Jugendbegleiter auswählt und einteilt und alle wichtigen Entscheidungen trifft.

Koordinierung durch ein Elternteil und die Schulleitung an der August-Lämmle-Schule:

In der August-Lämmle Grundschule ist zurzeit die Mutter einer Schülerin als Jugendbegleiter-Koordinatorin eingesetzt. Sie übernimmt den Großteil der anfallenden Aufgaben. Sie sucht nach Jugendbegleitern und Kooperationspartnern, kümmert sich um die Anmeldungen, führt Listen über teilnehmende Schüler. Sie übernimmt die Mittelverwaltung, Abrechnungen und Auszahlungen an die Jugendbegleiter.

Die Schulleitung kontrolliert den Ablauf vor Ort, ist Ansprechpartner für die Jugendbegleiter, übernimmt die Vertragsunterzeichnungen.

Die Vorstellung und Auswahl der Jugendbegleiter erfolgt, ebenso wie die Erstellung des endgültigen Programms gemeinsam und in Absprache.

Koordinierung durch einen externen Koordinator in Zusammenarbeit mit einer Lehrkraft an der Gottlieb-Daimler Schule:

Die Jugendbegleiter-Koordinatorin Frau Siegel engagiert sich ehrenamtlich an der Gottlieb-Daimler Realschule, ohne einen direkten Bezug zu der Schule zu haben. Sie organisiert das Jugendbegleiter-Programm gemeinsam mit Frau Tschurl, einer Lehrkraft der Gottlieb-Daimler-Realschule, die dafür eine Deputatsstunde erhält.

Während Frau Siegel nach Jugendbegleitern für das AG-Angebot sucht und diese betreut, ist Frau Tschurl eher für die Hausaufgabenbetreuung und die Suche nach geeigneten Studenten und Betreuung eben dieser zuständig. Informationen und Angebote, die bei der Schule eingehen, werden über Frau Tschurl an Frau Siegel weitergeleitet.

Der Bedarf an AG-Angeboten, der Einsatz der Jugendbegleiter, das Programm, Abrechnungen und Evaluationen werden gemeinsam besprochen. Frau Siegel übernimmt dabei die schriftlichen Verwaltungsaufgaben, Ausschreibungen, Aushänge, Listen, Anmeldungen. Frau Tschurl ist Ansprechpartnerin für die Lehrerseite, kümmert sich um die Organisation in der Schule, sammelt Anmeldungen ein, informiert die Schulleitung bei wichtigen Entwicklungen und unterschreibt als Vertreter der Schule die Verträge mit den Jugendbegleitern. Allerdings besteht keine strikte Aufgabentrennung sondern eine kooperative Zusammenarbeit in allen Feldern. Frau Großmann, Mutter eines Schülers, unterstützt und vertritt Frau Tschurl, wenn es nötig ist.

Bei Bedarf übernimmt das Sekretariat kleinere Aufgaben wie Aushänge am Schwarzen Brett bei Ausfällen oder Ähnlichem. Das Sekretariat führt außerdem die Überweisungen an die Jugendbegleiter und Kooperationspartner durch. Zwischen der Schulleitung und den Koordinatoren des Jugendbegleiter-Programms besteht ein Vertrauensverhältnis, sodass die Koordination ohne Eingreifen der

Schulleitung erfolgt. Einzig größere Kooperationen werden erst nach und in Absprache mit der Schulleitung eingegangen.

Schulübergreifendes Angebot und dezentralisierte Suche nach Jugendbegleitern am Mörike-Gymnasium:

Organisatorisch ist das Jugendbegleiter-Programm am Mörike Gymnasium komplett bei der Schulleitung angesiedelt. Begründet wird dies von Herrn Hohloch, Rektor des Mörike-Gymnasiums, mit der Vielzahl der Informationen und Entscheidungen, die mit dem Jugendbegleiter-Programm zusammenhängen. Das dafür nötige Wissen und die Entscheidungskompetenz liege ausschließlich bei der Schulleitung vor und die Koordination könne daher nicht an eine andere Person abgegeben werden.

Als Jugendbegleiter-Koordinator ist das Sekretariat für die Abwicklung der Zahlungen und für den Schriftverkehr in Zusammenarbeit mit der Schulleitung zuständig.

Allein die Suche nach Jugendbegleitern liegt in der Hand einer Lehrkraft, die für die „offenen Angebote“ am Mörike-Gymnasium zuständig ist. Zusätzlich engagieren sich die Fachbereiche und der Förderverein, indem sie den Kontakt zu potenziellen Jugendbegleitern herstellen.

Besonderheit des Mörike-Gymnasiums in Bezug auf das Jugendbegleiter-Programm ist auch die enge Zusammenarbeit mit dem Schiller-Gymnasium. Die räumliche Nähe der beiden Schulen ermöglicht einige schulübergreifende Angebote wie z.B. Schwimmen, Capoeira oder die Betreuung durch den CVJM. Diese teilweise etwas teureren Angebote werden gemeinsam angeboten, um Kosten zu sparen. Es finden regelmäßige Absprachen über die Organisation statt und somit auch ein Erfahrungsaustausch. Es wurde auch schon ein „Campus-Angebot“ in

Erwägung gezogen, aber wegen des großen koordinativen Aufwands wieder verworfen.

Koordinierung durch einen Fachbereichsleiter an der Justinus-Kerner-Werkrealschule:

An diesem Beispiel erkennt man sehr gut, dass das Jugendbegleiter-Programm auch zur Stärkung des Schulprofils dienen kann. Die Justinus-Kerner-Werkrealschule legt den Schwerpunkt in ihrem Schulkurriculum auf den musischen Bereich. Es gibt eine „Bläserklasse“ und verschiedene AG-Angebote wie Singen, Chor und Schul-Band.

Herr Brilmaier, Lehrkraft und zuständig für den musischen Bereich der Justinus-Kerner-Werkrealschule ist hier auch für den reibungslosen Ablauf des Jugendbegleiter-Programms zuständig. Die Suche und Betreuung der Jugendbegleiter, Angebot und Raumbelugung, Abrechnungen und Evaluation liegen in seiner Hand.

Die Sekretärin, über welche das Jugendbegleiter-Koordinator-Budget abgerechnet wird, ist lediglich für die Überweisungen und kleinere Verwaltungsaufgaben zuständig.

Mit der Schulleitung erfolgt eine Absprache über den Einsatz von neuen Jugendbegleitern, die Bezahlung und Rücksprache bei Problemen. Sie hat den Gesamtüberblick und gibt Anregungen zur Gestaltung des Programms.

4.3 Praxisrelevanz der theoretischen Ansätze

In den Befragungen der Ludwigsburger Schulen wurden die Interviewten auch nach ihrer Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und zu den Modellen, die in der Broschüre „Freiwillige gewinnen“ dargestellt werden

(vgl. 4.1), befragt. Außerdem konnten Sie ein Statement zur der Möglichkeit / Interesse an der Umsetzung an ihrer Schule geben.

Ein Gesamtbild der Äußerungen und Meinungen wird im Folgenden dargestellt.

4.3.1 Jugendbegleiterkoordinator

Dass 18 von 23 Ludwigsburger Schulen Jugendbegleiter-Koordinatoren einsetzen, spricht an sich schon für eine große Akzeptanz dieser Einrichtung. Zwei der 14 Schulen, die sich schon 2007 am „Pilotprojekt Jugendbegleiter-Manager“ beteiligten, sind aus Ludwigsburg.

Zwölf Schulen haben sich während der Befragung konkret zum Konzept des Jugendbegleiter-Koordinators geäußert. Zehn davon halten den Jugendbegleiter-Koordinator und die Möglichkeit, mithilfe des Budgets, welches für die Schaffung eines Ausgleichs zur Verfügung steht, für wichtig und sinnvoll. Viele Tätigkeiten, die mit diesem Amt verbunden sind, sind aufwändig und zeitintensiv und können (im Fall von Schulsekretärinnen) nicht während der regulären Arbeitszeit und neben dem regulären Arbeitspensum erledigt werden. Es handelt sich um zusätzliche Aufgaben die, würden sie nicht von einem Koordinator übernommen werden, von der Schulleitung ausgeführt werden müssten. Daher ist der Jugendbegleiter-Koordinator für die Schulen eine große Stütze und Entlastung für die Schulleitung. Die Schulen halten die Möglichkeit, mit dem Budget, das für die Koordination verwendet werden kann, den Jugendbegleiter-Koordinatoren eine kleine Vergütung für ihre Arbeit zukommen zu lassen, für angemessen.

Eine Schule hält den Jugendbegleiter-Koordinator zwar für eine gute Sache, aber nicht für unverzichtbar. Und in einer anderen Schule wird kein Jugendbegleiter-Koordinator gebraucht, da die Aufgaben in den Bereich des Abteilungsleiters für außerunterrichtliche Veranstaltungen fallen.

4.3.2 Koordinierungsgruppe

Zur Möglichkeit der Einrichtung einer Koordinierungsgruppe haben sich 22 Schulen geäußert. 18 Schulen, knapp 86 %, stehen dieser Idee positiv gegenüber, nur drei Schulen wären an einer solchen Einrichtung nicht interessiert.

Die Schulen, die an einer Koordinierungsgruppe oder einer ähnlichen Einrichtung teilnehmen würden äußerten sich einhellig, dass ein Treffen zwischen den an den Schulen verantwortlichen Personen sehr sinnvoll zum direkten Erfahrungsaustausch wäre.

Man könnte sich über gemeinsame Probleme austauschen und versuchen gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Schulen, die Schwierigkeiten mit der Gewinnung von Freiwilligen haben, könnten so von den Erfahrungen anderer Schulen profitieren. Man kann sich über die Umsetzung, Finanzierung, Kooperationspartner und Projekte an anderen Schulen informieren und so möglicherweise Ideen und Anregungen für die eigene Schule sammeln. Auch der Ausbau des Ganztags mithilfe des Jugendbegleiter-Programms könnte Thema sein.

Ein mögliches Problem, das viele Schulen aber sehen, ist die Suche nach einem gemeinsamen Termin.

4.3.3 Bereichsverantwortliche

Zum Modell „Bereichsverantwortliche“ der Ludwig-Uhland-Schule in Birkenfeld haben sich die elf Schulen, mit denen ein persönliches Interview geführt wurde, geäußert.

Fünf Schulen können sich nicht vorstellen, das Konzept an ihrer Schule durchzuführen, vor allem aus dem Grund, dass das Lehrpersonal schon mit anderen Aufgaben und Projekten ausgelastet ist und sie nicht an eine große Entlastung der endverantwortlichen Person durch „noch mehr beteiligte Personen“ glauben. Vor allem die Grundschulen sehen ein

Problem in der Umsetzung, da es in der Primarstufe keine Fachbereichsleiter gibt.

Sechs Schulen sehen zwar die Einbeziehung von Fachbereichsleitern und verantwortlichem Lehrpersonal und Rücksprache mit dem Fachpersonal als sehr sinnvoll an, sind aber der Meinung, dass dies automatisch und bei Bedarf erfolgen sollte und nicht als formale Struktur mit festem Personenkreis und bestimmten Abläufen festgelegt werden muss.

In vielen Schulen besteht bereits ein reger Austausch zwischen Lehrerkollegium, Jugendbegleiter-Koordinator, Schulleitung und Jugendbegleiter, sodass keine „Strukturierung“ notwendig ist.

4.3.4 Externe Organisation

Die Möglichkeit einer externen Organisation nach dem „Kirchheimer Modell“ wird in Ludwigsburg sehr differenziert gesehen.

Während sieben Schulen sich eine externe Koordination des Jugendbegleiter-Programms an ihrer Schule vorstellen könnten, lehnen dies elf Schulen ab. Zwei Schulen sehen sowohl die Möglichkeit aber auch die Probleme.

Als problematisch wird gesehen, dass ein externer Koordinator keinen Einblick in die Schule hat. Er kennt die schulinternen Abläufe und Strukturen nicht, kennt somit nicht den Bedarf. Die Erreichbarkeit wäre eingeschränkt und es fehlt ein direkter Ansprechpartner vor Ort. Die Schule wäre immer noch erster Ansprechpartner bei Problemen und müsste bei kurzfristigen Änderungen reagieren. Um das Jugendbegleiter-Programm in die Schulorganisation zu integrieren, müssten zahlreiche Gespräche und Treffen stattfinden und Daten weitergegeben werden. Verschiedene Schularten und -typen brauchen verschiedene Angebote, diese müssten eng mit den Schulen abgestimmt werden. Daher besteht bei einigen Schulen Zweifel an der tatsächlichen

Entlastung der Schulleitung oder der zuständigen Person durch eine externe Koordination.

Bei einem externen Organisator würden Eltern und ältere Schüler weniger als Betreuungspersonen berücksichtigt und die Schulen hätten keinen Einfluss auf die Jugendbegleiter, die eingesetzt werden und die Betreuung ihrer Schüler übernehmen.

Schulen, die dem Konzept offen gegenüber stehen, sehen eine Chance in der externen Koordination. Sie könnten sich gut vorstellen vor allem die Verwaltung auszulagern. Ein externer Partner könnte Ansprechpartner für die Jugendbegleiter sein, Abrechnungen, Suche nach Jugendbegleitern, Personalpflege, Verträge u.ä. übernehmen. Kurzfristig reagieren kann die Schule und die Organisation könnte in Absprache mit den Trägern erfolgen. Sie sehen eine Erleichterung und Entlastung. „Die Schulleitung könnte Wünsche äußern, welche dann von den externen Trägern umgesetzt, organisiert und gestaltet werden.“

Eine sehr enge Absprache und gute Zusammenarbeit zwischen Koordinator und Schule wäre aber Voraussetzung für ein funktionierendes Konzept. Darüber sind sich alle einig.

5 Fazit

Ziel dieser Arbeit war es einen Überblick über das Jugendbegleiter-Programm in Baden-Württemberg und in Ludwigsburg im Speziellen zu geben und einen Einblick in die Umsetzung des Jugendbegleiter-Programms und seine „Wirksamkeit“ in der Praxis zu ermöglichen.

Die Arbeit hat gezeigt, dass das Jugendbegleiter-Programm in Baden-Württemberg eine zentrale Stellung im Ausbau der Ganztagesbetreuung und im Feld der Kooperationen mit außerschulischen Partnern eingenommen hat und bei vielen Schulen nicht mehr wegzudenken ist. Trotzdem gibt es auch hier noch ausbaufähige Bereiche und allein durch dieses Programm nicht erreichbare Ziele.

Das Jugendbegleiter-Programm wurde als zivilgesellschaftliches Engagementprojekt konzipiert, doch die Wirklichkeit in den baden-württembergischen Schulen zeigt, dass sich zwar viele ehrenamtliche Personen engagieren, viele davon aber schon vorher Kontakt zu der Schule hatten oder in einer Beziehung zu ihr stehen. 20% der Jugendbegleiter im Schuljahr 2011/12 waren „Personen mit Bezug zu der Schule (Eltern, Bekannte, u.ä.)“ und 39% der Jugendbegleiter kamen aus der älteren Schülerschaft. Insgesamt hatten nur knapp über 40% der Jugendbegleiter keinen direkten Bezug zu der Schule an der sie sich engagieren, bevor sie ihre Tätigkeit starteten. Nur 16,5% der Jugendbegleiter kamen aus Vereinen/Verbänden und Organisationen.⁶⁷ Hier ist noch großes Potenzial vorhanden. Mit Einführung des Kooperationsbudgets zu Beginn der Regelphase haben die Verantwortlichen auf diesen Missstand reagiert. Inwieweit sich dadurch eine Verbesserung ergibt, bleibt aber abzuwarten. Trotzdem ist, zumindest aus Sicht der Ludwigsburger Schulen, ein großer Fortschritt bei der

⁶⁷ vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg, Sechste Evaluation, S. 8-10.

Öffnung ihrer Schulen gegenüber dem Gemeinwesen durch das Jugendbegleiter-Programm wahrnehmbar.

In Betracht gezogen werden sollte, ob ein außerunterrichtlicher Teil der Ganztagesbetreuung, der nicht nur verlässliche Betreuung, sondern auch pädagogische und nachhaltige Bildungsprozesse anregen will, nicht auch ein gewisses Maß an fachlichen und professionellen Standards benötigt. Diese können durch Kooperationsbezüge mit Organisationen aus der Kinder- und Jugendarbeit entstehen. Diese existieren aber bisher nur sehr selten. Nur 2% aller Jugendbegleiter kommen aus dem Bereich Jugend/ Soziales mit Vereins-/ Verbandshintergrund, so die Auswertung der Evaluation des Jugendbegleiter-Programms im Schuljahr 2011/12. An den Schulen, in denen bisher keine Schulsozialarbeit angeboten wird, ist das Jugendbegleiter-Programm eine große Chance, Angebote der Jugendarbeit an die Schule zu holen.

Die Richtlinien und Vorgaben des Jugendbegleiter-Programms geben zwar einen Rahmen vor, lassen den Schulen aber viel Gestaltungsspielraum in Fragen der Umsetzung und Koordination. Dies ist sehr zu befürworten, da jede Schule einzigartig ist. Die Schulen haben so die Chance, das Jugendbegleiter-Programm in ihren Schulalltag nach ihren Bedürfnissen und angepasst an die individuellen Gegebenheiten einzubinden. Der Jugendbegleiter-Koordinator ist eine sehr große Unterstützung für die Schulen und Schulleitungen und trifft auf großen Zuspruch, und auch hier wird den Schulen genug Spielraum gelassen, die für die Schule passende Koordinations- und Organisationsstruktur, entsprechend der an der Schulen vorliegenden Verhältnisse zu finden und den Koordinator darin zu integrieren. Es gibt keine „Universallösung“ in Bezug auf die Organisation, Koordination des Jugendbegleiter-Programms und das Implizieren in das Schulkurriculum. Trotzdem würde ich der Stadtverwaltung Ludwigsburg neben der Aktualisierung des Jugendbegleiter-Ordners vorschlagen, die Einrichtung einer Koordinierungsgruppe zur Unterstützung der Schulen zu prüfen. Die

Abfrage bei den Schulen zeigt, dass ein sehr großes Interesse an einem jährlichen Treffen zwischen den für das Jugendbegleiter-Programm zuständigen Personen der verschiedenen Schulen besteht, um sich auszutauschen und das Jugendbegleiter-Programm in Ludwigsburg gemeinsam weiterzuentwickeln. Eine andere Möglichkeit im Zeitalter der zunehmend digitalen Arbeitswelt wäre die Einrichtung einer Internet-Plattform zum Jugendbegleiter-Programm in Ludwigsburg. Dort könnten die Schulen sich immer und nach Bedarf austauschen und informieren. Im Gegenzug könnte die Stadtverwaltung das Portal zur Abfrage aktueller Daten nutzen, Informationen könnten an alle Personen, die mit der Koordinierung zu tun haben, weitergeleitet werden und das Problem der Termin-Findung für eine Koordinierungsgruppe wäre nichtig. Inwieweit und ob der organisatorische Aufwand der Einrichtung und Pflege einer solcher Homepage geringer wäre als die Durchführung eines jährlichen Treffens, wäre zu prüfen. Auch ist fraglich, ob eine solche Plattform von den Schulen genutzt werden würde und einen direkten Austausch ersetzen kann.

Neben all den anderen Themen, die mit dem Jugendbegleiter-Programm verbunden sind, wie der Öffnung zum Gemeinwesen, Ausbau der Betreuung, Bezug zur Kinder- und Jugendarbeit, strukturellen, organisatorischen und finanziellen Anforderungen darf nicht vergessen werden, dass die ganzheitliche Bildung der Kinder und deren Entwicklung im Mittelpunkt stehen sollte und Ganztagesbetreuung nicht Beaufsichtigen und „reines“ Beschäftigen bedeuten darf. Der Ausbau des Ganztags und Rhythmisierung des Unterrichts erfordert ein Umdenken in den Schulen und bei den Lehrkräften, die neben fachlicher Qualifikation auch immer mehr soziale Kompetenzen benötigen. Wer dabei initiativ werden muss, Bundesregierung, Landesregierung, Schulträger oder die Schulen selbst, ist aber offen. Daher sehe ich im Jugendbegleiter-Programm ein sehr sinnvolles und praktikables Projekt zur Öffnung der Schulen in Richtung Gemeinwesen und zum Ausbau der Betreuung am Nachmittag. Für den tatsächlichen Schritt in den Ganztags und Rhythmisierung des Unterrichts

fehlen allerdings noch pädagogisch hinterlegte Konzepte und Fachkräfte mit pädagogischer Qualifikation, was auch von den Schulen in den Gesprächen bestätigt wurde.

Es zeigt sich also, dass das Jugendbegleiter-Programm in der Praxis nicht alle Ziele der Theorie erfüllt, aber dennoch zu einer positiven Entwicklung unseres Bildungswesens beiträgt.

Glossar

Alltagsbildung	Alltagsbildung umschreibt das, was vor, neben und nach der Schule an Bildung geschieht.
Ganztagsschule in offener Angebotsform	Ganztagsschulen in offener Angebotsform können in allen Schularten der allgemeinbildenden Schulen (Grundschulen und Sekundarstufe I) eingerichtet werden. Die Ganztagsschule in offener Angebotsform muss einen Ganztagsbetrieb an vier Tagen mit täglich mindestens sieben Zeitstunden gewährleisten. Die Teilnahme ist freiwillig und kann sich auch nur auf drei von vier Tagen beschränken. Aus Gründen der Planungssicherheit ist die Anmeldung der Schüler am Ganztagsbetrieb für mindestens ein Schuljahr verbindlich. Abhängig vom örtlichen Bedarf können bestimmte Klassen(-stufen) oder Züge im Ganztagsbetrieb eingerichtet werden.
Ganztagsschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung	Ganztagsschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung können bei Vorliegen der Voraussetzungen an folgenden Schularten eingerichtet werden: Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen und Förderschulen in Nachbarschaft zu einer solchen Hauptschule/Werkrealschule. Der Ganztagsschulbetrieb geht an vier Tagen über acht Zeitstunden täglich. Dieser Ganztagsschultyp ist voll gebunden (die ganze Schule nimmt am Ganztagsbetrieb teil) oder teilweise gebunden (ein Teil der Schüler, beispielsweise ein Zug, nehmen verpflichtend am Ganztagsbetrieb teil). Es kann für die Schule, selbst wenn die Voraussetzungen einer besonderen pädagogischen und sozialen Aufgabenstellung vorliegen, auch der Ganztagsbetrieb in offener Form beantragt werden.
Gebundene Ganztagsschule	In der gebundenen Ganztagsschule ist die Teilnahme am Ganztagsbetrieb für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich. Der Unterricht und andere Angebote sind regelmäßig miteinander verzahnt.
Grundbudget	Das Förderbudget für die am Jugendbegleiter-Programm teilnehmenden Schulen wird ab dem Schuljahr 2011/2012 neu ausgerichtet. Das Grundbudget kann für die Aufwandsentschädigungen für Jugendbegleiter sowie für die Erstattung von Sachkosten verwendet werden. Ausgaben für den

Jugendbegleiter-Koordinator sowie Kosten für die Qualifizierung der Ehrenamtlichen sind für alle Schulen in das Grundbudget integriert. Jeweils 20 Prozent des Grundbudgets können für Koordination und Qualifizierung einerseits sowie für Sachkosten andererseits verwendet werden.

IGLU	Die Internationale Grundschul-Leseuntersuchung 2006 (IGLU 2006) erhebt die Lesekompetenzen von Grundschulkindern am Ende der vierten Jahrgangsstufe in allen 16 Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland. Mit IGLU 2006 beteiligt sich Deutschland zum zweiten Mal an der internationalen Schulleistungsstudie PIRLS (Progress in International Reading Literacy Study).
IZBB	Mit dem Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" (IZBB) hat die Bundesregierung die Länder von 2003 bis 2009 beim Auf- und Ausbau von Ganztagschulen mit 4 Milliarden Euro unterstützt. Mit den IZBB-Mitteln wurden über 8.200 Schulen gefördert.
Jugendbegleiter	Jugendbegleiter führen eigenständige Bildungs- und Betreuungsangebote in der Ganztagsbetreuung in der Primarstufe und Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen sowie an beruflichen Schulen, die zu vergleichbaren Abschlüssen der Sekundarstufe I führen, durch. Das Angebot muss kontinuierlich für ein Schulhalbjahr angelegt sein. Außerschulische Partner werden mit einbezogen, indem sie Ehrenamtliche an den Schulen einsetzen.
Jugendbegleiter-Koordinator	Schulleitungen, die vor besonderen Herausforderungen beim Aufbau eines Netzwerks Ehrenamtlicher stehen, werden durch einen Jugendbegleiter-Koordinator (bisher Jugendbegleiter-Manager) entlastet. Das Amt kann von ehrenamtlichen Personen, Elternteilen oder Personen aus Vereinen übernommen werden. Das Aufgabenspektrum des Jugendbegleiter-Koordinators umfasst u. a. Netzwerkbildung, Gewinnung von Jugendbegleitern, Begleitung und Betreuung der Jugendbegleiter, Öffentlichkeitsarbeit, Koordinierung und Abwicklung der Aufwandsentschädigung und allgemeine organisatorische Tätigkeiten.
Jugendbegleiter-Manager	Siehe Jugendbegleiter-Koordinator.

Jugendbegleiter-Programm	Jugendbildung wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen. Mit dem Jugendbegleiter-Programm des Kultusministeriums erhalten Schulen die Möglichkeit, ehrenamtlich Engagierte aus ihrem Umfeld oder aus Vereinen und Verbänden mit Bildungs- und Betreuungsangeboten in einen rhythmisierten Schulablauf konzeptionell einzubinden. Die Schule öffnet sich damit für unterschiedliche Lernorte und für gesellschaftliche Gruppen, die zur Vernetzung von Bildungsangeboten beitragen.
Junior-Jugendbegleiter	Schülerinnen und Schüler, die 14 Jahre oder älter sind, können als so genannte Junior-Jugendbegleiter tätig werden. Gymnasiasten können beispielsweise an Grund-, Haupt- und Realschulen Hausaufgabenbetreuung übernehmen und jüngere Schülerinnen und Schüler beaufsichtigen.
Kooperationsbudget	Das Kooperationsbudget können Schulen zusätzlich zum Grundbudget beantragen, wenn sie eine schriftliche Kooperationsvereinbarung mit einem außerschulischem gemeinnützigem Verein (i. S. d. §§ 51 - 68 Abgabenordnung) haben. Das Kooperationsbudget kann ausschließlich für die Aufwandsentschädigung der Jugendbegleiter aus der Kooperation verwendet werden.
Modellphase	Das Jugendbegleiter-Programm befand sich ab seinem Start am 01. Februar 2006 in der Modellphase und ging zum Schuljahr 2011/2012 mit einigen Änderungen in die Regelphase über.
PISA	Die internationale Schulleistungsstudie der OECD untersucht, inwieweit Schülerinnen und Schüler gegen Ende ihrer Pflichtschulzeit die Kenntnisse und Fähigkeiten für eine volle Teilhabe an der Wissensgesellschaft erworben haben.
Regelphase	Das Jugendbegleiter-Programm befindet sich seit dem Schuljahr 2011/12 in der Regelphase. Gegenüber der vorhergehenden Modellphase gab es vor allem bezüglich der Höhe des Budgets Änderungen. Ein separates Kooperationsbudget wurde eingeführt und Sach-, Koordinierungs und Qualifizierungskosten in das Grundbudget integriert.
Rhythmisierung	Die Rhythmisierung des Unterrichts ist vor allem im Zusammenhang mit der Entwicklung von Halbtagschulen hin zu Ganztagschulen ein wichtiges Thema. Ganztagschulen sind mehr als zeitlich ausgedehnte

Halbtagschulen mit Betreuungselementen. Die Rhythmisierung beinhaltet eine Neuverteilung des Unterrichts auf den Vor- und Nachmittag (z. B. vormittags nur 5 statt 6 Unterrichtsstunden, längere Pausen) und bietet der Schulleitung die Chance, Unterrichtsstrukturen mit außerunterrichtlichen Elementen zu kombinieren und damit den Unterricht besser auf den Biorhythmus der Kinder und Jugendlichen abzustimmen. Die konkrete Realisierung ist abhängig von den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Beteiligten – Schüler, Eltern, Lehrkräfte, Jugendbegleiter –, aber auch von ganz praktischen Gesichtspunkten wie der Raumsituation und der Schülerbeförderung.

Schulentwicklungsprogramm „Ideen für mehr! Ganztägig lernen.“

Seit 2004 ist die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung mit ihrem Programm „Ideen für mehr! Ganztägig lernen.“ Ansprechpartnerin, wenn gebündeltes Fachwissen zur Ganztagschulentwicklung in Deutschland gefragt ist.

„Ideen für mehr! Ganztägig lernen.“ ist momentan das einzige Schulentwicklungsprogramm Deutschlands, an dem sich Bund und Länder beteiligen. Das Programm unterstützt Schulen auf ihrem Weg von einer Halbtags- zur Ganztagschule. Schon bestehenden Ganztagschulen soll das Programm dabei helfen, ihre Angebote weiterzuentwickeln.

Servicestelle Jugend und Schule

Die Servicestelle Jugend und Schule ist Teil der Jugendstiftung Baden-Württemberg, die das Jugendbegleiter-Programm im Auftrag des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg umsetzt.

Teilgebundene Ganztagschule

In der teilgebundenen Ganztagschule ist das Ganztagsangebot nur für einen Teil der Schülerinnen und Schüler z. B. einzelne Klassenstufen oder ein Zug einer mehrzügigen Schule verbindlich.

TIMMS

Die TIMMS ist eine international vergleichende Schulleistungsuntersuchung, die von der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) durchgeführt wurde.

Anlagen - TEIL A

(Anlagen TEIL B – befindet sich auf der CD-ROM)

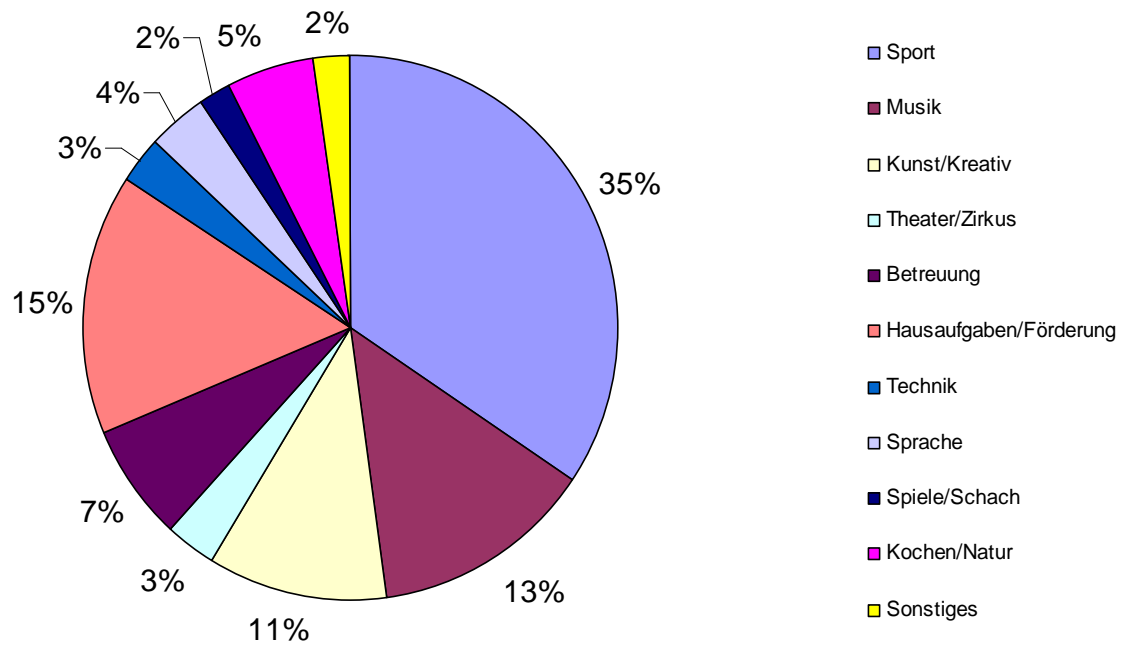
Anlage 1: Öffentliche allgemeinbildende Schulen mit Ganztagsangebot

Zahl der öffentlichen allgemein bildenden Schulen mit Ganztagsangebot nach KMK-Definition bzw. Landeskonzept Baden-Württemberg in den Schuljahren 2002/03 bis 2010/11.									
Schulart	Schuljahr								
	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11
Grundschule	10	17	30	36	53	134	217	249	298
Orientierungsstufe	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Haupt- und Werkrealschule	119	172	188	208	214	277	347	351	406
Realschule	9	10	11	12	14	32	62	54	89
Gymnasium	10	16	21	33	50	73	111	141	163
Integrierte Gesamtschule	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Sonderschule	145	126	152	158	158	164	159	153	155
insgesamt	297	345	406	451	493	684	900	952	1.115

Quelle: Landtag von Baden-Württemberg: Antrag der Abg. Georg Wacker u.a. CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport zum Ausbau der Ganztagschulen. Drucksache 15/1187 vom 01.02.2012

Anlage 2: Art der Jugendbegleiterangebote

357 Jugendbegleiterangebote an Ludwigsburger Schulen im Schuljahr 2011 / 2012



Quelle: Stadtverwaltung Ludwigsburg, Fachbereich Bildung, Familie, Sport

Anlage 3: Mittelzuteilung und Kooperationspartner im
Jugendbegleiter-Programm, Schuljahr 2011/12

Schule	Wochen- stunden	Zuschuss Stadt €	Grund- budget Land €	Koopera- tions- budget Land €	Kooperationspartner	Budget und Zuschuss, insgesamt verfügbar €
Eberhard-Ludwig-Schule	11 - 20	3.600	4.500	- 0 -		8.100
Oststadtschule I	11 - 20	3.600	4.500	- 0 -		8.100
Gottlieb-Daimler- Realschule	11 - 20	3.600	4.500	500	Schachverein LB	8.600
Grundschule Hoheneck	11 - 20	3.600	4.500	500	CVJM LB	8.600
Hirschbergschule	11 - 20	3.600	4.500	500	SV 08 LB, AWO LB, SKV Eglosheim, Bauspielplatz Eglosheim	8.600
Justinus-Kerner-Schule	11 - 20	3.600	4.500	500	Schwimmverein LB, CVJM LB, AWO LB	8.600
Lembergschule	11 - 20	3.600	4.500	500	Schwimmverein LB, Musikverein Poppenweiler	8.600
Otto-Hahn-Gymnasium	11 - 20	3.600	4.500	500	kam nicht zustande, da zuwenig Schüler für Angebot	8.600
Eichendorffschule	21 - 40	4.000	5.000	- 0 -		9.000
Anton-Bruckner-Schule	21 - 40	4.000	5.000	1.000	Sport-Club-LB, Schwimmverein LB, MTV LB, JMS LB, Harmonika Gemeinschaft LB	10.000
August-Lämmle-Schule	21 - 40	4.000	5.000	1.000	HCL LB, Harmonika Gemeinschaft LB	10.000
Friedensschule	21 - 40	4.000	5.000	1.000	MTV LB, TC LB	10.000
Friedrich-Schiller-Gymnasium	21 - 40	4.000	5.000	1.000	CVJM LB	10.000
Goethe-Gymnasium	21 - 40	4.000	5.000	1.000	kam nicht zustande	10.000
Grundschule Pflugfelden	21 - 40	4.000	5.000	1.000	kam nicht zustande, da zuwenig Schüler für Angebot	10.000
Mörike-Gymnasium	21 - 40	4.000	5.000	1.000	CVJM LB	10.000
Osterholzschule	21 - 40	4.000	5.000	1.000	Schwimmverein LB, AKI West, Stabi LB, Erlöserkirche LB	10.000
Oststadtschule II	21 - 40	4.000	5.000	1.000	MTV LB, BSG LB	10.000
Schubartschule	21 - 40	4.000	5.000	1.000	SKV Eglosheim	10.000
Elly-Heuss-Knapp-Realschule	41 - 60	4.800	6.000	1.500	Musikverein Oßweil, JMS LB, Golfclub Monrepos, Schwimmverein LB	12.300
Friedrich-von-Keller-Schule	41 - 60	4.800	6.000	1.500	Akkordeon Orchester Neckarweiningen, Kulturwelt e. V., JMS LB	12.300
Pestalozzischule	41 - 60	4.800	6.000	1.500	TC LB	12.300
Schlößlefeldschule	61 ff	5.600	7.000	1.500	Musikverein Oßweil	14.100
insgesamt		92.800	116.000	19.000		227.800

Quelle: Stadtverwaltung Ludwigsburg, Fachbereich Bildung, Familie, Sport

Anlage 4: Übersicht über die Ludwigsburger Schulen

Schule	Schulart	Ganztagesangebot	Schülerzahl	Einführung des Jugendbegleiter-Programms	Anzahl der Jugendbegleiter-Angebote (pro Woche)	Wöchentliches Angebot (Zeitstunden)	Art der Befragung	Einsatz eines Jugendbegleiter-Koordinators	Weitere Beteiligte an der Koordination
Anton-Brückner-Schule	GS	Ganztagesangebot in teilgebundener Form	259	2006	24	25,42 h	telefonische Kurzbefragung	Sekretariat	Schulleitung
August-Lämmle-Schule	GS		294	Februar 2007	15	14,50 h	Interview	extern Mutter (ab nächstem Jahr Sekretariat)	Konrektor
Eberhard-Ludwig-Schule	FöS		110	2010/11	4	5,83 h	telefonische Kurzbefragung	-	Schulleitung, Sekretariat
Eichendorffschule	GS	Ganztagesangebot in teilgebundener Form	144	2006	19	14,92 h	telefonische Kurzbefragung	-	Schulleitung
Ely-Heuss-Knapp-Realschule	RS		726	2006	28	29,83 h	Interview	Sekretariat	Schulleitung
Friedensschule	GS		151	2009/10	15	17,75 h	Interview	Sekretariat	Schulleitung
Friedrich-Schiller-Gymnasium	GYM		1005	2006	14	21,75 h	Interview	Sekretariat	Schulleitung
Friedrich-von-Keller-Schule	GHS		293	2006	16	29,83 h	telefonische Kurzbefragung	Sekretariat	Schulleitung
Goethe-Gymnasium	GYM		692	Februar 2007	1	2,00 h	telefonische Kurzbefragung	- (ab nächstem Jahr Sekretariat)	Schulleitung
Gottlieb-Daimler-Realschule	RS		793	Februar 2007	12	16,00 h	Interview	extern	Lehrperson Elternteil Sekretariat Schulleitung
GS Hoheneck	GS		244	2006	13	13,50 h	telefonische Kurzbefragung	Sekretariat	Schulleitung
GS Pflugfelden	GS		171	2008/09	7	12,50 h	telefonische Kurzbefragung	Kernzeileitung	Schulleitung
Hirschbergschule	GWRS	Ganztagesangebot mit rhythmisiertem Tagesablauf	443	2006	13	16,00 h	Interview	-	Schulleitung
Justinus-Kerner-Schule	WRS	Ganztagesangebot in teilgebundener Form	400	2006	13	13,00 h	Interview	Sekretariat	Lehrperson Schulleitung
Lembergschule	GS		181	Februar 2007	8	8,25 h	telefonische Kurzbefragung	Sekretariat	Schulleitung
Mörrike-Gymnasium	GYM		964	2006	43	22,50 h	Interview	Sekretariat	Lehrperson Schulleitung Fachbereiche Schüler-Gym
Osterholzschiule	GS		201	2006	11	20,83 h	schriftliche Befragung	Sekretariat	Schulleitung
Oststadtschule I	WRS	Ganztagesangebot in gebundener Form	349	2006	6	9,50 h	telefonische Kurzbefragung	Sekretariat	Schulleitung
Oststadtschule II	GS		379	Februar 2007	14	15,67 h	telefonische Kurzbefragung	Hausmeister	Schulleitung, Sekretariat
Otto-Hahn-Gymnasium	GYM		900	Februar 2008	9	11,50 h	Interview	-	Lehrperson (Abteilungsleiter)
Pestalozzischule	GS	Ganztagesangebot in teilgebundener Form	220	2006	34	25,42 h	Interview	Sekretariat	Schulleitung
Schloßlesfeldschule	GS	Ganztagesangebot in offener Form	356	2006	27	40,50 h	Interview	Sekretariat	Schulleitung
Schubartschule	GS		205	2006	11	16,50 h	telefonische Kurzbefragung	Sekretariat	Schulleitung
Sücherschule	FöS		107						
SUMME:					357	403,50 h			

Quelle: Stadtverwaltung Ludwigsburg und eigene Erhebung, eigene Darstellung

Anlage 5: Exemplarischer Fragebogen

**Fragenkatalog für die Gespräche mit den Schulen in
Ludwigsburg**

Die Fragen sind Schwerpunktfragen und beispielhaft. Sie wurden je nach
Situation angepasst, ergänzt oder weggelassen.

- Seit wann gibt es das Jugendbegleiterprogramm an Ihrer Schule?
 - Gibt es einen Jugendbegleiter-Koordinator?
 - Wer ist in die Koordination des Jugendbegleiter-Programms involviert, wer hat welche Funktion und wie ist die Aufgabenverteilung?
 - Wie läuft die Koordination ab?
 - Wie ist der Informationsfluss/ die Beziehung zu der Schulleitung?
 - Was halten Sie vom Konzept des Jugendbegleiter-Koordinators?
 - Was halten Sie von den Konzepten der Servicestelle und halten sie eine Umsetzung für möglich/ wären Sie an einer Umsetzung interessiert?
- 1) Bereichsverantwortliche
 - 2) Externe Organisation
 - 3) Koordinierungsgruppe
- Gibt es Besonderheiten an Ihrer Schule bezüglich der Koordination und Organisation?
 - Erfüllt das Programm seinen Zweck? (Ausbau Betreuung/Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen)
 - Besteht eine Konkurrenz zwischen Jugendbegleitern und Lehrerkollegium?
 - Wie ist die Zusammenarbeit mit der Stadt, gibt es Wünsche oder Anregungen?

Quellenverzeichnis

Literatur:

Brenner, Gerd / Nörber, Martin (Hrsg.):

Jugendarbeit und Schule: Kooperation statt Rivalität um die Freizeit, 1992.

Coelen, Thomas / Otto, Hans-Uwe:

Ganztagsbildung

In: Otto, Hans-Uwe / Thiersch, Hans: Handbuch soziale Arbeit:

Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik, 4. Auflage, 2011, S. 445-454.

Deutscher Bildungsrat (Hrsg.):

Empfehlungen der Bildungskommission. Einrichtung von Schulversuchen mit Ganztagschulen, 1969.

Höhmann, Katrin / Holtappels, Heinz G. / Schnetzer, Thomas (Hrsg.):

Ganztagschule in verschiedenen Organisationsformen -

Forschungsergebnisse einer bundesweiten Schulleitungsbefragung

In: Appel, Stefan u.a. [Hrsg.]: Schulkooperationen, 2005, S. 169-186. (Jahrbuch Ganztagschule; 2006).

Holtappels, Heinz Günther:

Ganztagschule – Ein Beitrag zur Förderung und Chancengleichheit?,

In: Höhmann, Kathrin / Holtappels, Heinz Günther: Ganztagschule gestalten, 1. Auflage, 2006, S. 10ff.

Holtappels, Heinz Günther / Klieme, Eckhard / Rauschenbach, Thomas / Stecher, Ludwig (Hrsg.):

Ganztagschule in Deutschland: Ergebnisse der Ausgangserhebung der „Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen“ (StEG), 2008.

Jungert, Gert / Rehder, Anke / Notz, Peter / Petermann, Franz:

Soziale Kompetenz für Jugendliche: Grundlagen, Training, Fortbildung, 2001.

Jugendstiftung Baden-Württemberg (Hrsg.) im Auftrag des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport:

Sechste Evaluation von Schulen im Jugendbegleiter-Programm 2011/2012.

Jugendstiftung Baden-Württemberg (Hrsg.) im Auftrag des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport:

Rahmenkatalog Jugendbegleiter-Programm, Stand September 2011.

**Jugendstiftung Baden-Württemberg (Hrsg.) im Auftrag des
Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport:**

Freiwillige gewinnen – Neue Konzepte für die Arbeit an Schulen, dritte,
erweiterte Auflage, Dezember 2010.

**Konsortium der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG)
(Hrsg.):**

Ganztagschule: Entwicklung und Wirkungen: Ergebnisse der Studie zur
Entwicklung von Ganztagschulen 2005–2010, 2. überarbeitete Auflage,
2010.

**Landesinstitut für Schulentwicklung / Serviceagentur „Ganztägig
lernen“ Baden-Württemberg (Hrsg.):**

Leitfaden „Ganztagschule in Baden-Württemberg“, Stand Februar 2012.

Mack, Wolfgang:

Ganztagschule zusammen mit der Jugendhilfe entwickeln und gestalten,
In: Höhmann, Kathrin / Holtappels, Heinz Günther: Ganztagschule
gestalten, 1. Auflage, 2006, S. 56ff.

Mesch, Dorle:

Schulsozialarbeit im Ganztage
In: LWL-Landesjugendamt Westfalen (Hrsg.):
Jugendhilfe aktuell, 2/2011, S. 54-58.

**Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren
Baden-Württemberg (Hrsg.):**

Familien in Baden-Württemberg: Ganztagschulen und
Betreuungsangebote an Schulen, 04/2009.

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport (Hrsg.):

Jugendbildung in Baden-Württemberg, Sonderausgabe zum
Jugendbegleiter-Programm, April 2011.

**Rauschenbach, Thomas / Borrmann, Stefan / Düx, Wiebken / Liebig,
Reinhard / Pothmann, Jens / Züchner, Ivo:**

Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg –
Eine Expertise, 2010.

Speck, Karsten / Olk, Thomas / Stimpel, Thomas:

Auf dem Weg zur multiprofessionellen Organisation? Die Kooperation von
Schulpädagogen und Lehrkräften im schulischen Ganztage
In: Helsper, Werner u.a. (Hrsg.): Zeitschrift für Pädagogik, 57. Beiheft -
Pädagogische Professionalität, 2011, S. 184-201.

Stempfle, Josef:

Durch Jugendbegleiter zur Teilhabe

In: Lernen Fördern- Bundesverband (Hrsg.): Teilhabe ist Zukunft, 2009, S. 96-99.

Rechtliche Quellen:

Sozialgesetzbuch (SGB), Achtes Buch (VIII), Kinder und Jugendhilfe in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3134) zuletzt geändert durch Gesetze vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2975).

Richtlinien Baden-Württemberg:

Gemeinsame Richtlinien des Sozialministeriums und des Kultusministeriums für die Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen, des Projektes Jugendberufshelfer sowie Jugendagenturen im Rahmen regionaler Jugendinitiativen vom 28. März 2000.

Internetquellen:

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.):

Baden-Württemberg: Ausbau der Ganztagschule kommt nur langsam voran, weniger als jeder fünfte Schüler nutzt Angebote, 2012.

Unter URL: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-A0385098-27C3D53F/bst/xcms_bst_dms_36040_36041_2.pdf

Abgerufen am [29.08.2012]

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.):

Kultusministerin genehmigt 84 neue Ganztagschulen zum kommenden Schuljahr unter URL: <http://www.ganztagschulen.org/14305.php>

abgerufen am [29.08.2012]

Eckpunkte des Jugendbegleiter-Programms:

unter URL:

<http://jugendbegleiter.de/fileadmin/bilder/Eckpunkte%20Internet%202010.pdf>

abgerufen am [04.07.2012]

Ehrhardt, Christine / Zähle, Tanja:

5 Jahre Kinderland Baden-Württemberg – eine Zwischenbilanz in
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Statistisches Monatsheft
Baden-Württemberg 11/2011, S.31-40.

unter URL: <http://www.statistik->

[bw.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag10_11_06.pdf](http://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag10_11_06.pdf)

abgerufen am [17.08.2012]

Jugendbildung in Baden-Württemberg:

Originaltext der Rahmenvereinbarung zum Jugendbegleiter-Programm.

unter URL: <http://www.kultusportal->

[bw.de/servlet/PB/menu/1256975/index.html](http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1256975/index.html)

abgerufen am [29.08.2012]

Köppe, S.:

Dokumentation – Auswertung des Vorlaufes des Modellprojekts
„Jugendbegleiter-Management“ zur Unterstützung von anfallenden
Koordinierungsaufgaben und Netzwerkbildung an ausgesuchten
Modellschulen im Rahmen des Jugendbegleiter-Programms.

Unter URL: <http://jugendbegleiter.de/fileadmin/bilder/Dokumentation.pdf>

Abgerufen am [05.07.2012]

Landesjugendring Baden-Württemberg (Hrsg.):

Der Jugendbegleiter in der verbandlichen Jugendarbeit, Informationsblatt
der Kooperationsfachstelle.

Unter URL:

[http://www.bisher.ljrbw.de/ljr/themen/bildung/JB_LJR_Infoblatt_Stand%20
Dez_2011.pdf](http://www.bisher.ljrbw.de/ljr/themen/bildung/JB_LJR_Infoblatt_Stand%20Dez_2011.pdf)

Abgerufen am [17.08.2012]

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg:

Neues Ganztagschulprogramm „Ausbau und Weiterentwicklung der
Ganztagschule in Baden Württemberg“.

unter URL: <http://www.kultusportal->

[bw.de/servlet/PB/menu/1190056/index.html?ROOT=1146607](http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/menu/1190056/index.html?ROOT=1146607)

abgerufen am [29.08.2012]

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg:

Neuerungen im Jugendbegleiter-Programm.

unter URL: <http://jugendbegleiter.de/index.php?id=424>

abgerufen am [29.08.2012]

Herausgaben Stadt Ludwigsburg:

Beschlussvorlage 187/12

BSS, 23.05.2012, Bildung und Betreuung – Jugendbegleiter-Programm.

Jugendbegleiter in Ludwigsburg, 2008

Informationssammlung

Elternbefragung zu den Schulischen Entwicklungen, Stadt Ludwigsburg:

Befragung der Eltern der Kinder in den 1.-3. Schuljahren der Grundschulen in der Stadt Ludwigsburg durch die Projektgruppe Bildung und Region, 2011.

Jahresbericht 2011: Fonds Jugend, Bildung, Zukunft.

Unter URL: <http://www.ludwigsburg.de/site/Ludwigsburg-Internet/get/1038890>
abgerufen am [23.08.2012]

Masterplan zum Stadtentwicklungskonzept (SEK):

Band 3, Stand März 2007.

Unter URL: <http://www.ludwigsburg.de/site/Ludwigsburg-Internet/get/765672>
Abgerufen am [23.08.2012]

Masterpläne zu den Themenfeldern des SEK „Chancen für Ludwigsburg“

Stand Juli 2009.

Unter URL: <http://www.ludwigsburg.de/site/Ludwigsburg-Internet/get/765268>
Abgerufen am [23.08.2012]

Projektgruppe Bildung und Region:

Schulentwicklungsplan Stadt Ludwigsburg: Fortschreibung 2011/12 bis 2016/17, Februar 2012.

Stadtentwicklungskonzept (SEK) Ludwigsburg:

Gemeinsam die Zukunft unserer Stadt gestalten, Chancen für Ludwigsburg, Oktober 2006.

Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.“

Vaihingen an der Enz, im September 2012

Stefanie Isabelle Heidt

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(persönliche Befragung)

<u>Schule:</u>	August-Lämmle-Schule
<u>Schulart:</u>	Grundschule
<u>Gesprächspartner:</u>	Frau Diefenbach
<u>Funktion an der Schule:</u>	Jugendbegleiter-Koordinatorin
<u>Einführung des Programms:</u>	Februar 2007

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Diefenbach (Mutter, Jugendbegleiter-Koordinatorin):

Suche nach Jugendbegleitern, Anmeldungen, Listen, Abrechnungen,
Auszahlung

Herr Holzäpfel (Konrektor):

Kontrolle vor Ort, Verträge

Die Vorstellung und Auswahl der Jugendbegleiter erfolgt gemeinsam und in
Absprache.

Beziehung zwischen Jugendbegleiter-Koordinator und Schulleitung:

- die Kommunikation und Absprache zwischen externem
Jugendbegleiterkoordinator und der Schulleitung ist erschwert
- es müssen gemeinsame Termine gefunden werden und es geht nichts „kurz
nebenher“

Meinungen zum Jugendbegleiter-Programm:

- „Es ist schön für die Kinder Sachen auszuprobieren, die sonst nicht möglich
wären.“
- das Jugendbegleiter-Programm ist zu unbekannt; manche Eltern kennen es,
trotz Information durch die Schule, nicht

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- Bereichsverantwortliche fehlen bisher an der August-Lämmle-Schule komplett, würden aber vermutlich die Kommunikation und Zusammenarbeit vereinfachen
- das Problem ist, dass es an den Grundschulen keine Fachlehrer gibt

2) Externe Organisation:

- es wird zur Zeit schon extern organisiert und es funktioniert
- allerdings sieht Frau Diefenbach einige negative Punkte einer externen Organisation:
 - schwierige, lange Wege
 - lange Entscheidungsprozesse
 - Probleme werden nicht schnell genug von Lehrern, Schulleitung an den externen Jugendbegleiter-Koordinator kommuniziert
 - Koordinator ist nicht vor Ort
 - Koordinator kennt Lehrer und potenzielle Jugendbegleiter nicht (Schule, Lehrer und Sekretariat kennen die Eltern und können so einfacher nach neuen Jugendbegleitern suchen)
 - Wenn ein Elternteil die Aufgabe des Jugendbegleiter-Koordinators übernimmt, tut er das meistens nur für die Zeit bis das Kind in eine weiterführende Schule wechselt. Danach muss nach einem Nachfolger gesucht werden
- Vorteil der externen Organisation sieht Frau Diefenbach darin, dass „Dinge durchgesetzt werden können, die schulintern Probleme bereiten würden“

3) Koordinierungsgruppe:

- ein Austausch zwischen den Schulen wäre sinnvoll, allerdings sieht sie ein Problem darin, einen gemeinsamen Termin zu finden

**Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/
Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):**

- ohne das Jugendbegleiter-Programm und die Kernzeitbetreuung wäre eine Betreuung bis 15 Uhr nicht möglich

Konkurrenz:

- es besteht eine starke Konkurrenz zwischen Lehrerkollegium und Jugendbegleitern
- die Jugendbegleiter erfahren keine Unterstützung durch das Lehrerkollegium

Zusammenarbeit mit der Stadt:

- bisher wurde die Hilfe der Stadtverwaltung nicht benötigt

Sonstiges:

- das Jugendbegleiterprogramm findet zurzeit nach der Kernzeit, verteilt von Montag bis Donnerstag statt
- Frau Bornhäuser, Sekretärin der August-Lämmle-Schule, wird ab dem Schuljahr 2012/13 Nachfolgerin von Frau Diefenbach

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(persönliche Befragung)

Schule: Elly-Heuss-Knapp-Realschule

Schulart: Realschule

Gesprächspartner: Frau Schneider

Funktion an der Schule: Sekretariat

Einführung des Programms: 2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Schneider (Jugendbegleiter-Koordinatorin, Sekretärin):

Listen, Aushänge, Abrechnung, Überweisungen

Frau Groß (Schulleiterin):

Verträge, Gespräche, Abrechnungen überprüfen

Gemeinsam sind Schulleitung und Sekretariat für die Suche der Jugendbegleiter zuständig und Ansprechpartner.

Beziehung zwischen Jugendbegleiter-Koordinator und Schulleitung:

- gut

Meinungen zum Jugendbegleiter-Koordinator:

- „sehr wichtig“ - da die Koordination des Jugendbegleiter-Programms nicht während der normaler Arbeitszeit und neben den Sekretariats-Aufgaben machbar ist
- während der Unterrichtszeit herrscht keine Ruhe im Sekretariat, so dass die anfallenden Aufgaben für das Jugendbegleiter-Programm nachmittags, außerhalb der Schulzeit erledigt werden

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- Kommunikation mit Fachlehrern ist teilweise sinnvoll, aber nicht zwingend notwendig

2) Externe Organisation:

- ein externer Organisator kennt den Ablauf der Schule nicht, er hat keinen Einblick, wo Bedarf besteht

3) Koordinierungsgruppe:

- ein Treffen wäre sehr sinnvoll

Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/ Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):

- Ausbau der Betreuung erfolgt
- vor allem mittwochs, wo kein Nachmittagsunterricht stattfindet, kann so eine Betreuung angeboten werden
- Öffnung zum Gemeinwesen erfolgt sehr gut - es sind keine Eltern, sondern nur „Externe“ im Jugendbegleiter-Programm beschäftigt

Konkurrenz:

- keine Konkurrenz bekannt

Zusammenarbeit mit der Stadt:

- Einführung eines jährlichen Treffens (Koordinierungsgruppe) wäre wünschenswert

Sonstiges:

- potenzielle Jugendbegleiter kommen teilweise von selbst auf die Schule zu, es ist keine Werbung notwendig

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(persönliche Befragung)

<u>Schule:</u>	Friedensschule
<u>Schulart:</u>	Grundschule
<u>Gesprächspartner:</u>	Frau Franzmann
<u>Funktion an der Schule:</u>	Sekretariat
<u>Einführung des Programms:</u>	2009

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Franzmann (Jugendbegleiter-Koordinatorin, Sekretärin):

Anschreiben an die Vereine und mögliche Kooperationspartner, Absprache mit Jugendbegleiter über Ihre Vorstellungen, Ansprechpartner für die Jugendbegleiter, Abrechnungen

Frau Ehring (Schulleiterin):

Elternbrief über das Angebot

Gemeinsam sind Schulleitung und Sekretariat für die Suche und Einstellung der Jugendbegleiter zuständig. Gemeinsam wird auch besprochen, wie die Schüler in die Gruppen eingeteilt werden.

Meinungen zum Jugendbegleiter-Koordinator:

- Koordination des Jugendbegleiter-Programms muss in einer Hand liegen
- es sollte konstant von einer Person gemacht werden da die Aufgaben vielfältig sind

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- „Nur für große Schulen, die das professionell machen, geeignet.“

2) Externe Organisation:

- kurze Wege sind wichtig, da viele Eltern Jugendbegleiter sind und direkten Kontakt wollen/brauchen
- es entstehen möglicherweise Differenzen, da die Jugendbegleiter nicht mehr von den Schulen selbst ausgesucht werden können
- ein direkter Ansprechpartner an der Schule ist wichtig

3) Koordinierungsgruppe:

- man kann sich über Vieles austauschen (über Vereine, Kooperationspartner, Jugendbegleiter) und ein Resümee ziehen
- wichtig wäre, dass es wirklich nur Ludwigsburger Schulen sind
- bester Termin wäre wohl Ende des Schuljahrs (obwohl es vor den Sommerferien problematisch ist, Termine zu finden)

Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/ Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):

- Ganztagesbetreuung wird immer mehr benötigt
- Schule muss immer mehr sozial und erzieherisch einspringen
- Vereine suchen über Schulen neue Mitglieder
- Schüler werden durch das Jugendbegleiter-Programm an die Vereine herangeführt

Konkurrenz:

- gutes Verhältnis
- Schulfest mit allen Lehrern und „externen“ Mitarbeitern

Zusammenarbeit mit der Stadt:

- guter Kontakt zur Stadt
- keine großen Hindernisse

Sonstiges:

- ab nächstem Schuljahr wird es ein Ganztagesprogramm an der Friedensschule geben
- Grundschüler benötigen andere Angebote und mehr Betreuung als Schüler an weiterführenden Schulen

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(persönliche Befragung)

Schule: Friedrich-Schiller-Gymnasium

Schulart: Gymnasium

Gesprächspartner: Frau Schilder

Funktion an der Schule: Sekretariat

Einführung des Programms: 2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Schilder (Jugendbegleiter-Koordinatorin, Sekretärin):

Koordination, Verwaltung, Zeiteinteilung, Abrechnungen

Schulleitung:

Besprechung der Auswertung/Abrechnung, Rücksprache zu wichtigen Themen

Beziehung zwischen Jugendbegleiter-Koordinator und Schulleitung:

- gute Beziehung, keine Probleme

Meinungen zum Jugendbegleiter-Koordinator:

- sehr wichtig

- man ist froh über das zusätzliche Geld, das für die zusätzlichen Aufgaben bereitsteht

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- bisher gibt es am Friedrich-Schiller-Gymnasium keine Untergliederung
- Lehrer werden zwar eingebunden, aber es gibt keine bestimmte Aufgabenverteilung und Struktur
- Bereichsverantwortliche würden Sekretariat entlasten, aber wer bekommt dann das „Koordinator-Geld“?

2) Externe Organisation:

- Beziehung, Verbindung zur Schule fehlt
- Eltern und ältere Schüler werden nicht berücksichtigt
- Programm wäre nicht in die „Schulorganisation“ integriert
- in weiterführenden Schulen sind andere Angebote wie z.B. an Grundschulen nötig

3) Koordinierungsgruppe:

- nicht interessiert

Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/ Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):

- zum Ausbau der Betreuung geeignetes Programm
- Jugendbegleiterprogramm ist eher „Unterbringen“ der Kinder ohne pädagogisches Konzept

Zusammenarbeit mit der Stadt:

- gut

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(persönliche Befragung)

Schule: Gottlieb-Daimler-Realschule

Schulart: Realschule

Gesprächspartner: Frau Tschurl

Funktion an der Schule: Lehrkraft

Einführung des Programms: Februar 2007

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Siegel (Jugendbegleiter-Koordinatorin):

Frau Siegel hat keine direkte Beziehung zur Schule, sie ist Erzieherin, wohnt in Schulumnähe und war interessiert daran, sich in diesem Betätigungsfeld einzubringen/ zu engagieren.

Suche/Absprache mit Jugendbegleitern, Ausschreibungen, Erstellung des Programms und der Listen gehören zu ihren Aufgaben.

Frau Tschurl (Lehrerin):

Erhält eine Deputatsstunde für die Organisation des Jugendbegleiter-Programms.

Sie fungiert als Ansprechpartner für die Lehrerseite und ist hauptsächlich für die Hausaufgabenbetreuung zuständig.

Ihre Aufgaben sind die Suche nach Studenten für die Hausaufgabenbetreuung, weiterleiten von Informationen an Frau Siegel, die Verträge mit den Jugendbegleitern, sie ist Ansprechpartner während der Schulzeit, und gibt Ausfälle am schwarzen Brett bekannt.

Frau Großmann (Mutter):

Vertretung und Unterstützung für Frau Tschurl

Sekretariat:

Überweisungen, bei Bedarf Ausfälle am schwarzen Brett aushängen

Absprache zwischen Frau Siegel und Frau Tschurl über das Angebot, den Einsatz der Jugendbegleiter und je nach Bedarf.

Die Abrechnungen und die Befragungen werden gemeinsam bearbeitet.

Es besteht keine strikte Aufgabentrennung.

Das überschüssige Budget aus der Hausaufgabenbetreuung und das Geld, das der Jugendbegleiterkoordinator erhält werden zwischen Frau Siegel, Frau Tschurl und Frau Großmann aufgeteilt.

Beziehung zwischen Jugendbegleiter-Koordinator und Schulleitung:

- Kooperationen mit Vereinen werden in Absprache mit der Schulleitung eingegangen
- sonst erfolgt die Koordination des Jugendbegleiter-Programms sehr selbstständig
- es besteht ein gutes Vertrauensverhältnis

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- zu viel Aufwand, die Lehrer sind schon ausgelastet
- „Es läuft auch ohne Zwischenschaltung.“

2) Externe Organisation:

- existiert schon
- die Schulleitung muss aber offen dafür sein

3) Koordinierungsgruppe:

- interessiert
- erfahren, was gut gelaufen ist an anderen Schulen
- neue Angebote für die eigene Schule finden

Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/ Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):

- Betreuung erfolgt nicht flächendeckend sondern nur als freiwilliges AG-Programm am Nachmittag
- die Angebote müssen abwechslungsreich sein, binden die Schüler aber nicht
- das Jugendbegleiter-Programm dient nicht zur „Kernbetreuung“, da das pädagogische Konzept nicht stimmt

- Öffnung Gemeinwesen erfolgt
- aber es ist schade, dass das eigene Lehrpersonal kein Angebot im Jugendbegleiter-Programm mehr an der Schule anbieten kann

Konkurrenz:

- Lehrer sind „eifersüchtig“, da sie selbst gern eine AG anbieten würden, das aber im Rahmen des Jugendbegleiter-Programms nicht möglich ist

Sonstiges:

- bis zum letzten Schuljahr wurde das Jugendbegleiter-Programm am Otto-Hahn-Gymnasium gemeinsam mit der Gottlieb-Daimler-Realschule organisiert → Ausfälle und Termine sind dabei schwer abzustimmen
- die Koordination getrennt nach Schulen ist einfacher

- Problem bei der Hausaufgabenbetreuung und der Leseförderung: Studenten sind semesterabhängig, welche anders als das Schuljahr gegliedert sind

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(persönliche Befragung)

<u>Schule:</u>	Hirschbergschule
<u>Schulart:</u>	Grund- und Werkrealschule
<u>Gesprächspartner:</u>	Hr. Fazekas
<u>Funktion an der Schule:</u>	Schulleitung
<u>Einführung des Programms:</u>	2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Herr Fazekas (Schulleiter):

Suche nach Jugendbegleitern und Akquise, Vertragsbedingungen festlegen, Vertragserstellung, Einweisung der Jugendbegleiter, Ansprechpartner, Elternbriefe, Abrechnungen, Statistiken, Berichte, Mittel und Unterlagen

Sekretariat:

Überweisung durchführen

Konrektor:

Erstellung der Schülerlisten

Meinungen zum Jugendbegleiter-Koordinator:

Als Schulleiter besteht keine Möglichkeit die Deputatsstunde zu nutzen, die zur Koordination des Jugendbegleiter-Programms beantragt werden kann.

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- Lehrer haben schon mehrere andere Aufgaben und sind in andere Projekte involviert
- kein Modell, das an der Hirschbergschule greifen würde
- die Schulleitung müsste trotzdem noch den Überblick behalten und in alles involviert sein

2) Externe Organisation:

- könnte funktionieren, aber mehrere Träger müssten diese Funktion für Ludwigsburg übernehmen, denn für einen Träger allein wären es zu viele Schulen – man könnte es auf einige Schulen oder einen Stadtteil beschränken
- Träger muss sich in den Stadtteilen, mit den Strukturen und Gegebenheiten auskennen – Kontakt zu ansässigen Vereinen besitzen oder herstellen
- Stadtteilbüro, Bauspielplatz oder eine Struktur, in der schon versucht wird, Kinder aus verschiedenen Schulen mitzubetreuen, könnte das Jugendbegleiter-Programm in Zusammenarbeit mit den Schulen übernehmen

3) Koordinierungsgruppe:

- keine schlechte Idee
- hat 2006 gut angefangen mit „Markt der Möglichkeiten“
- regelmäßige Aufgabe der Stadt sollte die „Hilfe für Schulen“ sein
- schöne Geschichte, für die, die Unterstützung brauchen und um Ideen für die eigene Schule zu sammeln.

Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/ Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):

- Öffnung zum Gemeinwesen erfolgt gut
- die Ganztagesbetreuung kann durch solche Aktionen zusätzlich erfolgen, aber „das Jugendbegleiter-Programm als Säule für eine Ganztageschule zu sehen ist völlig falsch“
- die Betreuung durch Jugendbegleiter ist kein „ständiges“ gesichertes Angebot und damit keine gesicherte Säule
- viele der Jugendbegleiter sind selbst berufstätig und können nur nachmittags Angebote anbieten -eine Rhythmisierung des Unterrichts ist damit nicht möglich

Konkurrenz:

- es besteht nicht viel Kontakt zwischen Jugendbegleiter und Lehrerschaft
- dort wo Zusammenarbeit erforderlich ist, klappt es gut

Zusammenarbeit mit der Stadt:

- dankbar für Einsatz der Stadt für die Schulen

Sonstiges:

- bis zum letzten Schulejahr war die Mutter eines Schulkindes Jugendbegleiter-Koordinatorin, was sehr gut funktioniert hat (sie hat sich stark engagiert)
- durch eine lange Krankheit der Schulsekretärin kam diese nicht als Nachfolgerin in Frage und auch sonst erklärte sich niemand aus dem Lehrerkollegium bereit
- es ist einfacher Freiwillige für die Betreuung „der süßen“ Kinder in den Grundschulen zu finden, als für „pubertierende Jugendliche“

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(persönliche Befragung)

<u>Schule:</u>	Justinus-Kerner-Schule
<u>Schulart:</u>	Werkrealschule
<u>Gesprächspartner:</u>	Herr Brilmaier
<u>Funktion an der Schule:</u>	Lehrer, zuständig für den musischen Bereich der Schule
<u>Einführung des Programms:</u>	2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Erban (Jugendbegleiter-Koordinatorin, Sekretariat):

Auszahlungen

Herr Brilmaier (Lehrer):

Suche /Betreuung Jugendbegleiter, Abrechnungen, Raumbellegung

→ *Differenzierter Überblick*

Schulleitung:

Abprache über Bezahlung, Entscheidung über neue Jugendbegleiter,

Rücksprache bei Problemen

→ *Gesamtüberblick*

Beziehung zwischen Jugendbegleiter-Koordinator und Schulleitung:

- Vertrauen der Schulleitung in die Organisatoren
- Anregungen werden durch die Schulleitung gegeben

Meinungen zum Jugendbegleiter-Koordinator:

- sehr sinnvoll
- Sekretariat ist bereits ausgelastet und das Jugendbegleiterprogramm ist eine zusätzliche Aufgabe

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- läuft schon ähnlich an der Justinus-Kerner-Schule, nur nicht im festgelegten Modell, aber die Rücksprachen mit Fachschaft (z.B. Sport) gibt es
- es besteht eine gute Kommunikation innerhalb der Schule, es muss also keine extra Organisationsstruktur festgelegt werden

2) Externe Organisation:

- Schwierig! Es muss jemand vor Ort sein, der als direkter Ansprechpartner für Jugendbegleiter agiert
- es ist sinnvoll, wenn jemand die Organisation übernimmt, der die Gegebenheiten der Schulen, Räumlichkeiten, Lehrerkollegium und Schülerschaft kennt
- Einblick in alle Schulen und Präsenz an den Schulen wäre Voraussetzung
- „Stimmungen“ können nur vor Ort gespürt werden

3) Koordinierungsgruppe:

- ein Treffen im Jahr und Austausch zwischen den Schulen als Art „Ideenbörse“ wäre sinnvoll
- Informationsaustausch über Bezahlung, welche Projekte laufen, was läuft gut/schlecht, mit welchen Vereinen gibt es Probleme, ist es an anderen Schulen auch so, Ideenaustausch, etc.
- eine informelle Möglichkeit fehlt bisher
- ein Nachmittag würde genügen.

Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/ Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):

- Öffnung zum Gemeinwesen erfolgt
- „Es liegt in der Verantwortung der Vereine mitzumachen und nicht nur die heile Welt des Vereins zu sehen, sondern auch Migrantenkinder mit sozialer Problematik.“
- die Problematik liegt darin, dass die Schüler dadurch nicht in die Vereine gebracht werden („Sie gehen 2-3 mal hin und dann nicht mehr.“), aber es bringt den Schülern verschiedene Angebote näher
- das Jugendbegleiter-Programm ist eine tolle Ergänzung zum normalen Unterricht durch „neue Gesichter“ und „große Motivation der Jugendbegleiter“ wird das Programm zu „Farbtupfern“ und „Motivationskicks“ und macht das Schulleben „bunt, vielfältiger und schön“. Das können Lehrer gar nicht leisten, da Jugendbegleiter auch motivierter und qualifizierter (für ihre Angebote) als Lehrer sind
- Jugendbegleiter werden als Ergänzung eingesetzt, wenn kein Mittagsunterricht stattfindet

Konkurrenz:

- bei ähnlichen Angeboten kann Konkurrenz entstehen
- man muss darauf achten, das Programm vorher mit dem Lehrerkollegium abzusprechen und die ähnlichen Angebote nicht gleichzeitig stattfinden zu lassen

Zusammenarbeit mit der Stadt:

- zufrieden
- bei Problemen ist die Stadt guter Ansprechpartner
- Informationen werden weitergeleitet, bei Problemen wird direkt mit den Schulen Kontakt aufgenommen.

Sonstiges:

- jede Schule ist einzigartig

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(persönliche Befragung)

Schule: Mörike-Gymnasium

Schulart: Gymnasium

Gesprächspartner: Hr. Hohloch

Funktion an der Schule: Schulleitung

Einführung des Programms: 2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Sekretariat (Jugendbegleiter-Koordinator):

Abwicklung der Zahlungen und Schriftliches in Zusammenarbeit mit der Schulleitung

Schulleitung:

Organisatorisch ist das Jugendbegleiter-Programm komplett bei der Schulleitung angesiedelt.

Da so viele Informationen und Entscheidungen zusammenkommen hat es keinen Sinn, das an eine Lehrkraft zu übertragen - Entscheidungskompetenz ist notwendig.

Lehrkraft:

Suche nach Angeboten wird von einer Lehrerin, welche für die „offenen Angeboten“ zuständig ist, durchgeführt.

Fachbereiche und Förderverein der Schule:

Engagieren sich und stellen teilweise den Kontakt zu potenziellen Jugendbegleitern her.

Schiller-Gymnasium:

Gute Zusammenarbeit mit Schiller-Gymnasium, Absprache über Organisation. Teilweise gemeinsame Angebote.

Meinung zum Jugendbegleiter-Programm:

- „Jugendbegleiterprogramm ist fester Bestandteil unseres Angebots“

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- es besteht keine formale Struktur, was aber auch personell nicht möglich ist
- es besteht eine sehr flache Organisationsstruktur am Mörike-Gymnasium

2) Externe Organisation:

- das Jugendbegleiter-Programm ist am Mörike-Gymnasium in das Schul-Kurrikulum integriert, daher ist eine externe Organisation nicht möglich
- grundsätzlich sollte man aber überlegen, ob man die Infrastrukturen solcher Organisationen nicht nutzen kann
- allerdings müsste eine enge Verbindung zwischen der Schule und der externen Einrichtung bestehen (kein Nebeneinander)
- „Türöffner ist die Schule“ – das Programm muss sich in der Schule abspielen
- das Jugendbegleiter-Programm muss in Schulalltag bzw. Stundenplan integriert sein
- es muss eine inhaltliche Identifikation geben
- Anonymität ist Gefahr der externen Organisation und es werden weitere Verwaltungsstrukturen geschaffen – Absprache und zusätzliche Aufgaben müssen trotzdem koordiniert werden
- es werden externe Anbieter mit dem know-how und der Infrastruktur benötigt
 - Die Koordination kann aber nicht komplett ausgelagert werden

3) Koordinierungsgruppe:

- Treffen der Koordinatoren wäre sinnvoll, wenn die Themen, welche besprochen werden, für alle Teilnehmer interessant sind
- kleinere Schwierigkeiten bei der Verwaltung werden direkt unter den Sekretariaten besprochen
- es soll möglichst viel von der Arbeitszeit bei Schülern ankommen und keine zusätzliche/ unnötige geschaffen werden
- direkter Erfahrungsaustausch ist aber wichtig

Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/ Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):

- das Jugendbegleiter-Programm ist ein erster Schritt zum Ganzttag
- es bestehen intensive Kooperationen mit Vereinen und es erfolgt eine „Öffnung in die Arbeit, die gesellschaftliche Gruppierungen für das Gemeinwesen außerhalb der Schule übernommen haben“

Konkurrenz:

- keine Konkurrenz aber kleine „Eifersucht“, da die Lehrer die „harte Arbeit“ machen und die Jugendbegleiter den „spaßigen Teil“ übernehmen
- das führt aber nicht zu Problemen

Zusammenarbeit mit der Stadt:

- kurze Wege
- dankbar für das Engagement der Stadt
- Wunsch, die Statistiken und Abfragen an die Formulare des Landes anzupassen

Sonstiges:

- das Jugendbegleiterprogramm dient am Mörike-Gymnasium zur Bewirtschaftung der zwei Säulen des Schulcurrikulums „freies Kursangebot“ und „Förderunterricht“
- die Kurse am Mörike-Gymnasium haben immer sechs Wochen Laufzeit – das Angebot des Jugendbegleiter-Programms muss aber mindestens auf ein Schulhalbjahr angelegt sein, darum werden für die Abrechnung immer drei Angebote für sechs Monate gebündelt
- gute Beziehung zum Schiller-Gymnasium und regelmäßige Absprache – „kurzer Weg“
- es gibt ein schulübergreifendes Angebot mit dem Schiller-Gymnasium (z.B. Schwimmen, Capoeira, Betreuung durch den CVJM); diese teilweise teuren Angebote werden zusammen angeboten, um die Kosten besser decken zu können
- es war auch schon ein „Campus-Angebot“ im Gespräch, das ist aber koordinativ kaum zu bewältigen ist

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(persönliche Befragung)

Schule: Otto-Hahn-Gymnasium

Schulart: Gymnasium

Einführung des Programms: Februar 2008

An der Koordination Beteiligte Personen und Aufgaben:

Abteilungsleiter für außerunterrichtliche Veranstaltungen

Die Schulleitung ist nicht in die Koordination des Jugendbegleiter-Programms involviert.

Der Gesprächspartner des Otto-Hahn-Gymnasiums hat einer Veröffentlichung seiner getätigten Aussagen widersprochen.

Die Angaben sind in die Gesamtauswertung und den praxisorientierten Teil der Bachelorarbeit eingeflossen, werden aber, aus oben genanntem Grund, hier nicht differenziert dargestellt.

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(persönliche Befragung)

Schule: Pestalozzischule
Schulart: Grundschule
Gesprächspartner: Frau Leibacher, Frau Keller
Funktion: Sekretariat, Schulleiterin

Einführung des Programms: 2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Leibacher (Jugendbegleiter-Koordinatorin, Sekretärin),
Frau Keller (Schulleiterin)

Das Jugendbegleiter-Programm wird gemeinsam organisiert und koordiniert, es gibt keine abgetrennten Aufgabengebiete.

Suche nach Jugendbegleitern, Abrechnungen, Ansprechpartner, persönlicher Kontakt zu den Jugendbegleitern, Besuche in den AGs

Beziehung zwischen Jugendbegleiter-Koordinator und Schulleitung:

- Zusammenarbeit

Meinungen zum Jugendbegleiter-Koordinator:

- kein „muss“
- wird nicht unbedingt benötigt da „alles gemeinsam und nebenher läuft“

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- es gibt keine Fachbereichsleiter in den Grundschulen, daher nicht umsetzbar

2) Externe Organisation:

- Schwierig, ohne Einblick des externen Trägers in die Schule
- jede Schule ist verschieden und hat verschiedene Abläufe
- ein externer Organisator kennt die Strukturen in der Schule nicht
- es würde keinen großen Zeitgewinn bedeuten, da zusätzlich viele Besprechungen stattfinden müssten

3) Koordinierungsgruppe:

- gute Idee - bisher hat man keinen Blick auf andere Schulen
- Austausch über die Schwierigkeiten, Freiwillige zu gewinnen
- einen gemeinsamen Termin zu finden könnte problematisch werden

Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/ Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):

- Ganztage ist nur mit Lehrerstunden nicht möglich
- ohne Jugendbegleiter wäre es bisher nicht gegangen
- Ganztage durch Elternbeiträge, statt durch das Land finanzierten Jugendbegleiters, wäre zu teuer.
- die Finanzierung ist nicht ausgereift und Vorgaben fehlen teilweise

- Öffnung zum Gemeinwesen klappt
- einige Organisationen und auch Einzelpersonen ohne Bezug zur Schule kommen von sich aus auf die Schule zu

Konkurrenz:

- kurze Wege (direkte Absprache mit Lehrern bei der Betreuung)

Zusammenarbeit mit der Stadt:

- sehr gut

Sonstiges:

- Wunsch an das Land, das Geld nicht in Raten ausbezahlen
- ab dem Schuljahr 2012/13 bietet die Pestalozzi-Schule ein offenes Ganztagesangebot an
- Grundschulkindern benötigen ständige Betreuung

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(persönliche Befragung)

Schule: Schloßlesfeldschule
Schulart: Grundschule
Gesprächspartner: Frau Schick
Funktion: Schulleiterin

Einführung des Programms: 2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Ille (Jugendbegleiter-Koordinatorin, Sekretärin):

Organisatorisches, Abrechnungen, Auszahlungen, Rückfragen

Frau Schick (Schulleiterin):

Suche, Gewinnen und Einweisen der Jugendbegleitern, Gespräche mit den Jugendbegleitern

(Bezug zu der Schule/ den Lehrern soll von Anfang an bestehen)

Pädagogische Auswahl und Einteilung

Beziehung zwischen Jugendbegleiter-Koordinator und Schulleitung:

- enge Zusammenarbeit
- Endkontrolle erfolgt immer durch die Schulleitung

Meinungen zum Jugendbegleiter-Koordinator:

- sehr sinnvoll, ohne nicht möglich.
- Aufgaben könnten nicht auch noch zusätzlich von der Schulleitung mitgemacht werden (Abrechnungen etc.)

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- wird bereits sehr ähnlich praktiziert
- es erfolgt eine Absprache mit den Lehrern über den Einsatz von Jugendbegleitern
- die Jugendbegleiter haben sowohl Kontakt mit dem Kollegium als auch mit der Schulleitung

2) Externe Organisation:

- Außenstehende haben zu wenig Einblick in die Schule
- eine ständige Betreuung ist wichtig und teilweise müssen kurzfristige Änderungen vorgenommen werden, was ein externer Organisator nicht leisten kann
- pädagogisch nicht sinnvoll

3) Koordinierungsgruppe:

- Jugendbegleiter-Programm wird an der Schule schon auf recht hohem Niveau durchgeführt
- die Schule kann deshalb Anregungen für andere geben
- Schwierigkeit, alle an einen Tisch zu bringen
- so neue Kooperationspartner zu finden wäre ein interessanter Aspekt für die Schule

Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/ Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):

- nur mit Lehrerstunden ist kein Ganztagesprogramm möglich, daher ist das Jugendbegleiter-Programm bisher unerlässlich für den Ganzttag und ohne nicht möglich (zumindest nicht in diesem Umfang und nicht mit dieser Vielfalt an Angeboten)
- qualitativ bietet die Schule ein sehr gutes Jugendbegleiter-Angebot
Pädagogen, Erzieher, gemeinsam mit Schülern, Studenten und Lehrern
- Öffnung zum Gemeinwesen war davor schon vorhanden (Kooperationen mit Vereinen) aber nun mit festem Budget einfacher durchzuführen und auch der Elternbeitrag ist geringer (für Migranten sehr wichtig)
- zwei bis drei Schüler wechseln (pro Jahr) zu den Vereinen

Konkurrenz:

- es besteht keine Konkurrenz sondern ein sehr offener Umgang miteinander
- die Lehrer fungieren als Ansprechpartner

Zusammenarbeit mit der Stadt:

- bisher schon sehr enger Kontakt zur Stadt und sehr guter Austausch

Sonstiges:

- Jugendbegleiter-Angebote finden teilweise parallel zum Unterricht (z.B. Migranten während Religionsunterricht) statt, aber hauptsächlich am Nachmittag außerhalb des Pflichtunterrichts
- Grundschüler dürfen nicht aus dem Auge gelassen werden und Jugendbegleiter-Stunden nicht ohne Ersatz ausfallen

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(schriftliche Befragung mittels Fragebogen)

Schule: Osterholzschule

Schulart: Grundschule

Gesprächspartner: Herr Fleig

Funktion: Schulleitung

Einführung des Programms: 2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Kleist (Jugendbegleiter-Koordinatorin, Sekretärin):

Kontakt zu Jugendbegleitern, Abrechnung / Buchungen, Treffen organisieren, schulorganisatorische Dinge wie Listen, Vertretungen etc Mittelverwaltung, Anerkennungsgeschenke

Herr Fleig (Schulleiter):

Honorar, Verträge, Treffen leiten, grundsätzliche Fragen, Mittelanforderung, Kalkulation, Evaluation, Dankschreiben Anerkennung

Meinungen zum Jugendbegleiter-Koordinator:

- die Osterholzschule hat den Jugendbegleiter – Manager in der Modellphase mit erfunden und zum ersten Mal ausprobiert / installiert
- notwendig zur Entlastung der Schulleitung und sinnvoll

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche

- es fand keine Befragung zu diesem Konzept statt

2) Externe Organisation:

- ein externer Koordinator kennt zu wenig die schulinternen Abläufe; in der Kombination mit Sekretärin erscheint das momentan praktizierte Verfahren als das Sinnvollste

3) Koordinierungsgruppe:

- scheint sinnvoll zu sein

Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/ Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):

Jugendbegleiter-Programm ist sinnvoll und eine Bereicherung des Schulprofils und ein wesentlicher Baustein für die Ganztagschule; allerdings braucht es zur vollständigen Integration und zur nachhaltigen Implementierung des Jugendbegleiter-Programms einen Kern von fest angestellten Personen (päd. Assistenz?), um den herum sich das ehrenamtliche Engagement gruppieren kann. Dieser feste Personenkreis ist die wichtigste und unverzichtbare Voraussetzung für einen gelingenden Ganztagsschul-Betrieb.

Zusammenarbeit mit der Stadt:

- siehe oben: unverzichtbar ist ein fest angestellter Personenkreis als Grundbedingung für die Ganztagschule
- wünschenswert sind gleiche Bedingungen für alle Schulen (Schularten)

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(telefonische Kurzbefragung)

Schule: Anton-Bruckner-Schule

Schulart: Grundschule

Gesprächspartner: Herr Konher

Funktion: Schulleiter

Einführung des Programms: 2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Rundler-Flaig (Jugendbegleiter-Koordinatorin, Sekretärin):

Inhaltliches

Frau Maier (Konrektorin):

Organisatorisches

Sonstiges:

Leider konnte mit den Ansprechpartnern der Anton-Bruckner-Schule kein längeres Gespräch geführt werden um detailliertere Informationen zu erhalten.

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(telefonische Kurzbefragung)

Schule: Eberhardt-Ludwig-Schule

Schulart: Förderschule

Gesprächspartner: Herr Bleil

Funktion an der Schule: Schulleiter

Einführung des Programms: 2010

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Es gibt keinen Jugendbegleiter-Koordinator.

Herr Bleil (Schulleitung):

Suche nach Jugendbegleitern, Abrechnungen, Verträge, Kontaktperson.

Sekretariat

Überweisungen des Geldes an die Jugendbegleiter.

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche

- es fand keine Befragung zu diesem Konzept statt

2) Externe Organisation

- bei einer externen Organisation fehlt die persönliche Beziehung zu der Schule
- die Jugendbegleiter werden durch den direkten Kontakt mit der Schulleitung an die Schule gebunden
- ein ständiger Ansprechpartner für die Jugendbegleiter und Betreuung ist sehr wichtig da es sich um eine Förderschule handelt und auch „schwierige Schüler“ am Programm teilnehmen

3) Koordinierungsgruppe

- kein Interesse an der Einführung: „es gibt genug Treffen und Angebote“

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(telefonische Kurzbefragung)

Schule: Eichendorffschule

Schulart: Grundschule

Gesprächspartner: Frau Schumann

Funktion in der Schule: Schulleitung

Einführung des Programms: 2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Es gibt keinen Jugendbegleiter-Koordinator.

Frau Schumann (Schulleitung):

Übernimmt alle anfallenden Aufgaben.

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- es fand keine Befragung zu diesem Konzept statt

2) Externe Organisation:

- Verwaltungsaufgaben: Personalpflege, Abrechnung, Verträge u.ä. könnte ausgelagert werden

- monatliche Absprache zwischen Koordinator und Schule wäre aber Voraussetzung

3) Koordinierungsgruppe:

- „Sinnvoll“

**Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/
Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):**

- Öffnung Gemeinwesen erfolgt, Kontakte zu Vereinen werden geknüpft
- eher für Schulen mit Ganztagesbetreuung/-programm geeignet, nicht für Ganztageschulen, da qualifizierte Kräfte benötigt werden und Verlässlichkeit gewährleistet sein muss
- Jugendbegleiter wären höchstens additiv möglich

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(telefonische Kurzbefragung)

<u>Schule:</u>	Friedrich-von-Keller-Schule
<u>Schulart:</u>	Grund- und Hauptschule
<u>Gesprächspartner:</u>	Frau Schlichczin
<u>Funktion in der Schule:</u>	Sekretariat
<u>Einführung des Programms:</u>	2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Schlichczin (Jugendbegleiter-Koordinatorin, Sekretärin):

Abrechnungen, Verwaltung, Ansprechpartner, Bezahlung, Aushänge, etc.

Frau Schüßler (Schulleiterin):

Akquise, Verträge, große Kooperationen

Beziehung zwischen Jugendbegleiter-Koordinator und Schulleitung:

- enge Zusammenarbeit

Meinungen zum Jugendbegleiter-Koordinator:

- notwendig, da viele der Aufgaben zuhause erledigt werden müssen und zusätzlich zu den normalen Sekretariats-Aufgaben anfallen

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche

- es fand keine Befragung zu diesem Konzept statt

2) Externe Organisation:

- wichtige Daten zu Schülern fehlen dem externen Koordinator
- die Erreichbarkeit wäre eingeschränkt

3) Koordinierungsgruppe:

- würde helfen
- bisher gibt es zu wenig Austausch über Regeln, Vorgaben etc.

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(telefonische Kurzbefragung)

Schule: Goethe-Gymnasium

Schulart: Gymnasium

Gesprächspartner: Herr Medinger

Funktion an der Schule: Schulleitung

Einführung des Programms: Februar 2007

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Herr Medinger (Schulleiter)

Bisher war allein der Schulleiter Herr Medinger für die Koordination des Jugendbegleiterprogramms und der sonstigen AG-Angebote zuständig.

Ab dem Schuljahr 2012/13 wird das Sekretariat den Hauptteil der Aufgaben übernehmen.

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- es fand keine Befragung zu diesem Konzept statt

2) Externe Organisation:

- es fand keine Befragung zu diesem Konzept statt

3) Koordinierungsgruppe:

- „Erst werden Erfahrungen gesammelt, später ist eine Koordinierungsgruppe möglicherweise interessant, wenn es um den Ausbau des Ganztagesangebots mit dem Jugendbegleiter-Programm geht.“

Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/ Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):

- da sich das Goethe-Gymnasium ab dem Schuljahr 2013/14 zu einer Ganztageschule weiterentwickeln will, wird das Jugendbegleiterprogramm immer wichtiger werden um den „Ganzttag“ zu gestalten
- allerdings reicht das Jugendbegleiter-Programm zwar zum Ausbau der Betreuung, aber nicht zur Einrichtung einer Ganztageschule/ -klasse mit rhythmisiertem Unterricht

Sonstiges:

- bisher gab es zwar auch schon einige AGs und hausinterne Förderungsangebote, die allerdings nicht den Ansprüchen des Jugendbegleiter-Programms entsprachen und daher nicht abgerechnet werden konnten
- ab dem nächsten Schuljahr werden die Sekretärinnen des Goethe-Gymnasiums als Jugendbegleiter-Koordinatoren fungieren
- die Zahl der Kooperationspartner wird steigen und das Angebot sich vergrößern – das steht schon jetzt fest

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(telefonische Kurzbefragung)

Schule: Grundschule Hoheneck

Schulart: Grundschule

Gesprächspartner: Frau Hüther

Funktion an der Schule: Sekretariat

Einführung des Programms: 2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Hüther (Sekretärin, Jugendbegleiter-Koordinatorin):

Akquise, Suche, Planung, Elternbriefe, Finanzielles

Schulleitung:

Ansprechpartner während der Betreuung (nachmittags)

Absprache zwischen Jugendbegleiter-Koordinator und Schulleitung über
Finanzielles, die Auswahl der Jugendbegleiter etc.

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- es fand keine Befragung zu diesem Konzept statt

2) Externe Organisation:

- wäre möglich

- Organisatorisches in Absprache mit Träger

- die Verwaltung und die Funktion des Ansprechpartners kann ein externer
Träger übernehmen

- kurzfristig reagieren kann die Schule

3) Koordinierungsgruppe:

- interessiert

- es ist schwer Freiwillige zu finden – Tipps von anderen Schulen wären gut

**Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/
Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):**

- das Jugendbegleiter-Programm ist billiger für Eltern als die Mittagsbetreuung der Stadt
- Öffnung zum Gemeinwesen erfolgt teilweise
- bisher werden viele Bekannte und Eltern als Jugendbegleiter eingesetzt
- Vereine sind eher problematisch zu gewinnen

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(telefonische Kurzbefragung)

<u>Schule:</u>	Grundschule Pflugfelden
<u>Schulart:</u>	Grundschule
<u>Gesprächspartner:</u>	Frau Marx
<u>Funktion an der Schule:</u>	Leitung der Kernzeitbetreuung
<u>Einführung des Programms:</u>	2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Marx (Jugendbegleiter-Koordinatorin, Leitung der Kernzeit):

Abrechnung, Einteilung, Kontakt, Programm

Herr Vetter (Rektor):

Elternbrief, Suche nach Jugendbegleitern

Beziehung zwischen Jugendbegleiter-Koordinator und Schulleitung:

- gut
- Absprache über neue Programme und die Suche nach Jugendbegleitern

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- es fand keine Befragung zu diesem Konzept statt

2) Externe Organisation:

- möglich im Hinblick auf Abrechnungen, Suche nach Jugendbegleitern und Organisation
- wegen möglichen Ausfällen etc. ist ein Ansprechpartner an der Schule wichtig

3) Koordinierungsgruppe:

- sehr interessiert

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(telefonische Kurzbefragung)

Schule: Lembergschule

Schulart: Grundschule

Gesprächspartner: Frau Gall

Funktion an der Schule: Sekretariat

Einführung des Programms: Februar 2007

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Gall (Jugendbegleiter-Koordinatorin, Sekretärin):

Selbstständig für das komplette Jugendbegleiter-Programm zuständig.

Suche nach Jugendbegleitern, Verträge, Zeitpläne, Abrechnung etc.

Frau Vieldorf (Rektorin):

Wird informiert und gibt ihr „Okay“.

Beziehung zwischen Jugendbegleiter-Koordinator und Schulleitung:

- funktioniert sehr gut auf einer Vertrauensebene

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche

- es fand keine Befragung zu diesem Konzept statt

2) Externe Organisation:

- ja, kann funktionieren

- früher war schon der Vater von ehemaligen Schülern als Jugendbegleiter-Manager an der Lembergschule tätig

3) Koordinierungsgruppe:

- interessiert

- bisher ruft man bei Problemen andere Jugendbegleiter-Koordinatoren an, die man kennt

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(telefonische Kurzbefragung)

Schule: Oststadtschule I
Schulart: Werkrealschule
Gesprächspartner: Frau Smolarek
Funktion an der Schule: Schulleitung

Einführung des Programms: 2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Smolarek (Schulleiterin):

Suche, Auswahl und Gespräche mit den Jugendbegleitern, Verträge, Abrechnungen

Frau Kuhn-Breitling (Jugendbegleiter-Koordinatorin, Sekretärin):

Schriftverkehr, Verwaltung

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- es fand keine Befragung zu diesem Konzept statt

2) Externe Organisation:

- würde einiges erleichtern

- Schulleitung könnte Wünsche äußern, welche dann von den externen Trägern umgesetzt, organisiert und gestaltet werden

3) Koordinierungsgruppe:

- wäre wichtig, um Tipps von anderen Schulen zu bekommen, Informationen über Anbieter und die Finanzierung

Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/ Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):

- Nachmittagsangebot außerhalb des Unterrichts wird mit Jugendbegleitern gestaltet

- ab nächstem Jahr ist auch ein Angebot am Vormittag geplant

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(telefonische Kurzbefragung)

Schule: Oststadtschule II

Schulart: Grundschule

Gesprächspartner: Herr Konrad

Funktion an der Schule: Hausmeister

Einführung des Programms: Februar 2007

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Herr Konrad (Jugendbegleiter-Koordinator, Hausmeister):

Verträge verteilen, Ansprechpartner, Teilnehmerlisten, Kontrolle der Abrechnungen

Frau Bergold (Rektorin):

Jugendbegleiter suchen, Verträge erstellen

Sekretariat:

Abrechnungen

Beziehung zwischen Jugendbegleiter-Koordinator und Schulleitung:

- gute Zusammenarbeit

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- es fand keine Befragung zu diesem Konzept statt

2) Externe Organisation:

- es fand keine Befragung zu diesem Konzept statt

3) Koordinierungsgruppe:

- sinnvoll, aber am Wochenende

**Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/
Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):**

- Jugendbegleiter-Programm wird getrennt vom Unterricht durchgeführt

Konkurrenz:

- Angebote finden nach dem Unterricht statt, daher keine Konkurrenz

Auswertung der Befragungen an Ludwigsburger Schulen

(telefonische Kurzbefragung)

Schule: Schubartschule
Schulart: Grundschule
Gesprächspartner: Herr Wintergrün
Funktion an der Schule: Schulleitung

Einführung des Programms: 2006

An der Koordination beteiligte Personen und Aufgaben:

Frau Schönthal (Sekretärin, Jugendbegleiterkoordinatorin):

Verwaltung, Einteilung

Herr Wintergrün (Schulleitung):

Suche und Auswahl der Jugendbegleiter, AG- Auswahl/ Einteilung,
Elternbriefe, Kontakt zu Jugendbegleitern und Eltern, Kommunikation,
Gesamtübersicht

Meinung zu den Konzepten der Servicestelle und Möglichkeit/ Interesse an der Umsetzung:

1) Bereichsverantwortliche:

- es fand keine Befragung zu diesem Konzept statt

2) Externe Organisation:

- Organisator muss sich in der Schule auskennen, da das Jugendbegleiter-
Programm dem Profil der Schule angepasst ist
- es ist zu viel Kommunikation notwendig

3) Koordinierungsgruppe:

- für die Vermittlung von Jugendbegleitern und Kooperationspartnern sinnvoll

Zweckerfüllung des Jugendbegleiterprogramms (Ausbau Betreuung/ Ganztagesbetrieb, Öffnung zum Gemeinwesen):

- Betreuung hat zugenommen – der Ausbau funktioniert
- Jugendbegleiter-Programm ist Zugewinn, wenn das Angebot sinnvoll ist

Baden-Württemberg: Ausbau der Ganztagschule kommt nur langsam voran, weniger als jeder fünfte Schüler nutzt Angebote

Studie der Bertelsmann Stiftung: Lernen im gebundenen Ganztag für alle Schüler würde Baden-Württemberg zusätzlich 1,4 Milliarden Euro pro Jahr kosten

Gütersloh, 5. Juni 2012. Der Ausbau der Ganztagschule kommt in Baden-Württemberg nur langsam voran: Zwar sind inzwischen etwas mehr als ein Viertel der allgemein bildenden Schulen Ganztagschulen, aber dennoch liegt Baden-Württemberg mit 26,7 Prozent nur knapp vor Schlusslicht Sachsen-Anhalt. Bundesweit hingegen machen 51,1 Prozent der Schulen Ganztagsangebote. Der Anteil der baden-württembergischen Schüler, die Ganztagsangebote in Anspruch nehmen, liegt mit 15,7 Prozent ebenfalls weit hinter dem Bundesdurchschnitt (28,1 Prozent). Nur in Bayern gehen anteilig weniger Schüler nachmittags in die Schule.

Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung haben zwei aktuelle Studien eines der größten Reformprojekte im deutschen Schulwesen untersucht, den Ausbau der Ganztagschule. Zehn Jahre nachdem der massive Ausbau mit Bundesmitteln begann, lautet das zentrale Ergebnis: Zwar unterrichtet mittlerweile bundesweit jede zweite Schule ganztags, aber es fehlt an übergreifenden Konzepten und Qualitätsstandards. Die Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) kommt gar zu dem Schluss, der bisherige Ausbau mit seinen vielen unterschiedlichen Organisationsformen des Schulalltags sei „eine Reise in die Zukunft ohne klares Ziel“.

Damit bleibt die Ganztagschule als Schultyp unter ihren Möglichkeiten. Denn vor allem der gebundenen Ganztagschule – das sind Schulen mit für alle Schüler verbindlichen Ganztagsangeboten – attestiert die DJI-Studie ein hohes Potenzial, soziales und kognitives Lernen besonders gut zu fördern. „Die gebundene Ganztagschule bietet gegenüber der offenen Ganztagschule die besseren Rahmenbedingungen, um jedes Kind individuell zu fördern“, sagte Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung. Zudem sei es einfacher, Konzentrations- und Entspannungsphasen abzuwechseln und den starren 45-Minuten-Takt aufzubrechen.

Lediglich 10,1 Prozent der baden-württembergischen Schüler besuchten im Schuljahr 2010/11 eine gebundene Ganztagschule (bundesweit: 12,7 Prozent). Dementsprechend teuer käme es das Land, allen Schülern Zugang zum gebundenen Ganztag zu ermöglichen. Von den bundesweit 9,4 Milliarden Euro zusätzlich, die eine solche flächendeckende Versorgung jährlich kosten würde, entfielen fast 1,4 Milliarden Euro allein auf Baden-Württemberg. Das hat der Essener Bildungsforscher Prof. Klaus Klemm für die Bertelsmann Stiftung berechnet.

Damit die Ganztagschule ihr Potenzial ausschöpfen kann, nennt die DJI-Studie drei wesentliche Faktoren: Erstens eine regelmäßige Teilnahme aller Schüler, zweitens eine hohe Qualität der Lernangebote und drittens eine Einbettung in kommunale Bildungslandschaften – also die systematische Zusammenarbeit etwa mit Kindertagesstätten, anderen Schulen, Ausbildungsbetrieben, Musikschulen und Sportvereinen.

Um dem quantitativen und qualitativen Ausbau den nötigen Nachdruck zu verleihen, spricht sich Dräger für einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz aus. „Jedes Kind in Deutschland sollte die Möglichkeit haben, eine gebundene Ganztagschule zu besuchen. Mehr Ganztagschulen alleine helfen allerdings nicht. Wir müssen auch dringend das konzeptionelle Vakuum überwinden, das die Ganztagschule heute noch umgibt“, sagte Dräger. Der weitere Ausbau solle sich am Leitbild der individuellen Förderung orientieren, um die Qualität des Unterrichts zu verbessern. „Sonst werden die Potenziale der Ganztagschule weitgehend verschenkt“, so Dräger.

Rückfragen an: Ulrich Kober, Telefon: 0 52 41 / 81-81598
E-Mail: ulrich.kober@bertelsmann-stiftung.de

Rüdiger Bockhorst, Telefon: 0 52 41 / 81-81508
E-Mail: ruediger.bockhorst@bertelsmann-stiftung.de

Grafiken als Download und die regionalen Pressemitteilungen zu den 16 Bundesländern finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de.

Publikationshinweise:

Bertelsmann Stiftung (Hrsg): Ganztagsschule als Hoffnungsträger für die Zukunft? Ein Reformprojekt auf dem Prüfstand. Expertise des Deutschen Jugendinstituts (DJI) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2012.

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-58DD663F-E17C900C/bst/hs.xsl/publikationen_112227.htm

Klaus Klemm: Was kostet der gebundene Ganzttag? Berechnungen zusätzlicher Ausgaben für die Einführung eines flächendeckenden Ganztagsangebots in Deutschland im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2012.

www.bertelsmann-stiftung.de/ganzttag

Chancen für  *Ludwigsburg*

**Band 3: Masterplan zum
Stadtentwicklungskonzept**

IMPRESSUM

Bearbeitung:

- Stadtverwaltung Ludwigsburg:
Geschäftsstelle
Stadtentwicklungskonzept
(Gesamtkoordination)
Holger Heß
Martin Kurt

Redaktion:

- Holger Heß, Martin Kurt
- Pressebüro et cetera
(Reinhard Stöhr, Horst Martin)

Herausgeber:

- Stadt Ludwigsburg

Bildquellen:

- Henning Hiss, Fachbereich
Stadtplanung und Vermessung
Ludwigsburg
- Stadt Ludwigsburg
- factum, Andreas Weise
- Pressebüro et cetera
(Reinhard Stöhr, Horst Martin)

Stand:

- 10. März 2007

INHALT	
Band 3: Masterplan zum Stadtentwicklungskonzept	1
Einleitung	5
1. Rückblick auf den Prozess zum Stadtentwicklungskonzept	6
1.1. Allgemeines	6
1.2. Ziele des Prozesses	7
1.3. Klausurtagung des Gemeinderats	8
1.4. Zusammenfassung	10
2. Masterplan	13
2.1. Einführung	13
2.2. Die elf Themenfelder des Stadtentwicklungskonzepts	13
2.2.1. Attraktives Wohnen	13
2.2.2. Kulturelles Leben	15
2.2.3. Wirtschaft und Arbeit	18
2.2.4. Vitale Stadtteile	23
2.2.5. Lebendige Innenstadt	27
2.2.6. Zusammenleben von Generationen und Nationen	31
2.2.7. Grün in der Stadt	34
2.2.8. Mobilität	36
2.2.9. Bildung und Betreuung	41
2.2.10. Vielfältiges Sportangebot	45
2.2.11. Energieversorgung	48
2.3. Erfolgsfaktoren	50
2.3.1. Kommunale Finanzen	50
2.3.2. Lernende Verwaltung	52
2.3.3. Interkommunale Zusammenarbeit	53
2.3.4. Beteiligung der Öffentlichkeit	54
2.3.5. Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit	54
2.3.6. Differenzierte Bedürfnisse und Sichtweisen von Männern und Frauen (Process des Gender Mainstreaming)	55
3. Ausblick	56

Einleitung

Am 28. Juni 2006 hat der Gemeinderat mit überwältigender Mehrheit die Leitsätze und strategischen Ziele des Stadtentwicklungskonzepts *Chancen für Ludwigsburg* beschlossen. Damit hat ein großartiges Projekt seinen Abschluss gefunden, das richtungweisend ist für unsere Stadt. Vor zwei Jahren machten sich Gemeinderat, Stadtverwaltung und Bürgerschaft auf, um sich gemeinsam den Zukunftsfragen unserer Stadt zu widmen.

Der Prozess hat eine Plattform geschaffen zur Analyse, Reflektion und Strategiefindung.

Bei vielen Veranstaltungen – vor allem die zweiteilige Zukunftskonferenz als „Herzstück der Bürgerbeteiligung“ möchte ich hier hervorheben – brachten sich Akteure aus allen Bereichen des Stadtlebens ein, tauschten sich aus und knüpften tragfähige Netzwerke für die Zukunft. Denn nicht nur das Ziel, sondern auch der Weg war sehr wichtig für das Stadtentwicklungskonzept.

Die Bereitschaft der Menschen, hier vor Ort Ihren Reichtum an Ideen einzubringen, hat mich sehr beeindruckt. Und ebenso die Begeisterung, die man wahrgenommen hat, das Engagement und die Leidenschaft, mit der um gemeinsame Ziele für die Stadt gerungen wurde. Dies alles ist ein kostbares Gut, mit dem wir sorgsam umgehen müssen. Der Prozess hat seinen Teil dazu beigetragen, eine spürbare Aufbruchstimmung in Ludwigsburg zu erzeugen. Die Menschen interessieren sich für die Zukunft ihrer Stadt und bringen sich ein. Und die Menschen spüren, dass ihre Meinung wirklich ernst genommen wird. Jetzt wird es darauf ankommen, die wertvollen Ergebnisse des Stadtentwicklungskonzepts Schritt für Schritt in die Fach- und Projektplanung einzuarbeiten.

Für das aktive Interesse, die konstruktive Mitarbeit sowie das produktive Miteinander möchte ich an dieser Stelle allen Beteiligten danken. Durch das effektive Zusammenspiel aller gesellschaftlichen Kräfte hat sich auf breiter Basis eine neuartige Kultur der Kommunikation und der Kooperation entwickelt. Nun gilt es, die *Chancen für Ludwigsburg* gemeinsam zu ergreifen.



Werner Spec
Oberbürgermeister

1. Rückblick auf den Prozess zum Stadtentwicklungskonzept

1.1. Allgemeines

Aufgabe des Stadtentwicklungskonzepts ist es, das Spektrum kommunalpolitischen Handelns in elf Themenfeldern abzubilden. Betrachtet man die Herausforderungen und Chancen, die damit jeweils verbunden sind, wird die Tragweite dieses Prozesses für die Stadt deutlich.

Ludwigsburg steht heute wie die meisten Städte vor vielfältigen Herausforderungen. Darunter ist sicher eine der schwerwiegendsten der **demografische Wandel**, der in den nächsten Jahrzehnten zu einer deutlichen Veränderung in der Bevölkerungszahl und in der Bevölkerungsstruktur führen wird.

Die Bevölkerungsentwicklung wird durch drei Faktoren bestimmt:

- Geburtenrate,
- Lebenserwartung,
- Zu-/Abwanderung.

Bei der Geburtenrate geht das Statistische Landesamt Baden-Württemberg von einer anhaltend niedrigen Rate von ca. 140 Kindern je 100 Frauen aus (zur Bestandshaltung wären 210 Kinder je 100 Frauen erforderlich). Die Lebenserwartung soll bis 2050 bei den Frauen um 4,5 Jahre, bei den Männern um 5,5 Jahre zunehmen. Die zukünftige Bevölkerungszu- und -abwanderung ist schwieriger einzuschätzen. Das Statistische Landesamt



Zukunft geht alle Generationen etwas an: Einer der jüngsten Teilnehmer beim zweiten Teil der Zukunftskonferenz am 31. März 2006

geht davon aus, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft Wanderungsgewinne von durchschnittlich 38.000 Personen pro Jahr haben wird.

Vor diesem Hintergrund wird für Baden-Württemberg bis 2050 trotz der genannten Wanderungsgewinne ein Bevölkerungsrückgang sowie ein stark ansteigender Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung erwartet. Bis dahin ist jedoch für die nächsten 15 Jahre zunächst von Zuwachspotenzialen auszugehen, die es zu nutzen gilt.

Hieraus ergeben sich auch für Ludwigsburg dramatische Veränderungen zum Beispiel für die Auslastung und Verteilung der städtischen Infrastruktur, für das Arbeitskräfteangebot in der Stadt, für den Immobilienmarkt und für die soziodemografische Struktur in den Stadtteilen.

1.2. Ziele des Prozesses

Bereits Perikles hat mit dem ihm zugeschriebenen Zitat *„Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern darauf, auf die Zukunft vorbereitet zu sein“* den entscheidenden Fingerzeig für alles strategische Handeln gegeben. Dieser Ausspruch hat bis heute nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Auch in Ludwigsburg zeichnen sich demografische Veränderungen ab, und gibt es eine Vielzahl äußerer Einflüsse, die wohl nicht bis ins Detail vorhergesagt werden können. Bereits jetzt ist aber eines sicher: Die Gesellschaft in der Stadt und ihre Anforderungen werden sich nachhaltig verändern. Daher ist es wichtig, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen.

Bereits eine Vielzahl von Städten in Baden-Württemberg hat erkannt, dass es für die Zukunftsfähigkeit des eigenen Standortes wichtig ist, Perspektiven für künftige Entwicklungen rechtzeitig zu identifizieren und über eine entsprechende Prozessgestaltung alle lokalen Kräfte zu bündeln. Unter dem Motto

Chancen für  Ludwigsburg

arbeitete die Stadtverwaltung seit Anfang des Jahres 2004 an den Grundzügen für ein Stadtentwicklungskonzept in Ludwigsburg. Die Chance für Ludwigsburg besteht auch darin, dass mit dem Prozess Stadtentwicklungskonzept gerade in Zeiten knapper Kassen ein Weg beschritten werden kann, der in die Zukunft ausgerichtet ist und dabei hilft, zielgerichtet die knapper werdenden Mittel erfolgreich einzusetzen.



Die allgemeine Lehre definiert ein Stadtentwicklungskonzept als Ergebnis von Stadtentwicklungsplanung, die nicht als Instrument im Baugesetzbuch enthalten ist und mithin als flexibles Planungsinstrument keiner Institutionalisierung unterliegt. Diese Flexibilität des Instruments führt in der Praxis dazu, dass Städte und Gemeinden in unterschiedlichster Weise von ihm Gebrauch machen. Daher war es zu Beginn des Prozesses Stadtentwicklungskonzept notwendig, **Konsens über die wesentlichen Inhalte und Zielvorstellungen** zu erreichen und damit den gemeinsamen Sprachgebrauch zu definieren.

Ein eindrucksvolles Signal des Aufbruchs setzte Ludwigsburg mit der Zukunftskonferenz im Reithaus des Film- und Medienzentrums (FMZ)

In Ludwigsburg wurde bewusst der **ganzheitliche Ansatz** gewählt, um in einer flexiblen Entwicklungs- und Zielplanung ressortübergreifend den wirtschaftlichen, sozialen und räumlichen Entwicklungen in der Stadt Rechnung zu tragen. Die wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkte sind dabei die Analyse der IST-Situation, auch im Hinblick auf die Stellung Ludwigsburgs in der Region, und das Identifizieren von Entwicklungszielen, verbunden mit der Definition von Prioritäten. Ergänzt um die Beschreibung von Messgrößen erfolgt eine Operationalisierung dieses komplexen Systems – es geht also nicht das Aufstellen eines „Wunschkatalogs“. Daneben ist es unabdingbar, das Stadtentwicklungskonzept für Ludwigsburg so flexibel aufzusetzen, dass neue Steuerungsimpulse, zum Beispiel aufgrund sich ändernder Anforderungen, ohne Reibungsverluste in den Prozess eingebracht werden können.



In Gruppen diskutierten die Teilnehmer ihre Themenfelder und hielten die Ergebnisse für alle sichtbar auf Flipcharts fest

Für die Umsetzung eines Stadtentwicklungskonzepts gibt es keinen Königsweg. Es lebt maßgeblich von einer offenen Prozessgestaltung als kontinuierlichem Lernprozess mit den verschiedensten Formen der Bürgerbeteiligung, mit Planungsstäben, Experten-Hearings usw. Flexibilität stellt auf diesem Weg einen maßgeblichen Erfolgsfaktor dar.

Ein wesentliches **Ziel des Stadtentwicklungsprozesses** ist es, zu einer lokalen Kommunikations- und Kooperationskultur zwischen Stadtpolitik, Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung zu kommen. Ein auf Dauer angelegtes bürgerschaftliches Engagement und die Kooperation mit allen lokalen Akteuren ist Teil einer vom sozialen Frieden getragenen Identität in der Stadt. Qualitäten schaffen, den Standort attraktiver gestalten, Infrastrukturen anpassen, Selbstorganisation fördern, Lernprozesse in Gang setzen, Kommunikation und Kooperationen initiieren, Schwerpunkte setzen: Das werden die Hauptaufgaben in diesem Zusammenhang sein. Dabei ist Stadtentwicklung niemals „fertig“, sondern ein dynamischer Prozess, der nur mit Beteiligung aller lokalen Akteure Akzeptanz finden und erfolgreich sein kann. Genau in dieser Offenheit liegen die Stärken der Stadtentwicklungsplanung, die innerhalb eines definierten Korridors flexibel auf neue Fragen Antworten finden muss und kann.

1.3. Klausurtagung des Gemeinderats

Gemeinderat und Stadtverwaltung haben im Prozess zum Stadtentwicklungskonzept schrittweise und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Chancen für Ludwigsburg erarbeitet. Noch vor der eigentlichen Beschlussfassung über den Einstieg in den Prozess wurden im Rahmen einer Klausur des Gemeinderats am 15. und 16. Oktober 2004 wesentliche Weichen gestellt. Dieser gemeinsame und vertrauensvolle Beginn prägte die gesamte Dauer des Verfahrens. Der Gemeinderat war stets informiert und steuerte den Prozess. Auf dieser Arbeits- und Vertrauensgrundlage wurden die Zukunftskonferenz I und II konzipiert. Die in der Zukunftskonferenz I entstandenen Leitsätze, strategischen Ziele und Projektideen wurden in einer intensiven Arbeitsphase der Verwaltung auf Plausibilität und Machbarkeit geprüft und mit den laufenden Projekten und konzeptionellen Überlegungen abgeglichen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse, vorgenommenen Bewertungen und teilweise erfolgten Veränderungen wurden im Teil II der Zukunftskonferenz konstruktiv mit den Teilnehmenden aus Gemeinderat, Bürgerschaft und Verwaltung diskutiert. Dadurch war es möglich, für die Klausur des Gemeinderats im Frühjahr 2006 eine umfangreiche Unterlage mit den aktuellen Arbeitsständen aus dem Prozess zum Stadtentwicklungskonzept zusammenzustellen. Ziel der Klausur war es, die bedeutenden Ziele der Stadtentwicklung gemeinsam zwischen Gemeinderat und Verwaltung in angenehmer Atmosphäre, losgelöst vom Sitzungsalltag offen und konstruktiv diskutieren zu können und damit den für den Sommer 2006 geplanten Beschluss zum Stadtentwicklungskonzept vorzubereiten.

30 Mitglieder des Gemeinderats und 24 Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung nahmen an der Klausurtagung am 12. und 13. Mai 2006 teil



Die Klausurtagung hat den Prozess zum Stadtentwicklungskonzept auf dem Weg zur Beschlussfassung am 28. Juni entscheidende Schritte weiter vorangebracht



Große Zustimmung gab es in den Themenfeldern:

- Attraktives Wohnen
- Kulturelles Leben
- Vitale Stadtteile
- Lebendige Innenstadt
- Zusammenleben von Generationen und Nationen
- Grün in der Stadt
- Energieversorgung

Mehrheitlich Zustimmung, allerdings auch eine deutliche Anzahl abweichender Einschätzungen, gab es in den Themenfeldern:

- Wirtschaft und Arbeit
- Mobilität
- Bildung und Betreuung
- Vielfältiges Sportangebot

Das Votum wurde im Plenum vorgestellt, und anschließend erhielten die Teilnehmenden Gelegenheit, ihre Meinung schriftlich abzugeben. Die Rückmeldungen lieferten wichtige Impulse für die weiteren Beratungen zum Stadtentwicklungskonzept.

Im Folgenden wurden **Workshops** zu den Themen Finanzen, Wohnen und Bildung angeboten, mit der Empfehlung, dass alle im Laufe der Klausur den Workshop „Finanzen“ besuchen sollten.

Der Samstag, 13. Mai, begann im Plenum mit Berichten aus den Workshops vom Vortag. Im Anschluss daran fand die zweite Workshop-Phase statt, mit den Themen Finanzen, Mobilität und Sport (dieses Thema war aufgrund der aktuellen Rückmeldungen kurzfristig als Workshop angeboten worden). Bei den anschließenden Berichten aus den Workshops konnten teilweise vorhandene Missverständnisse und Irritationen ausgeräumt werden.

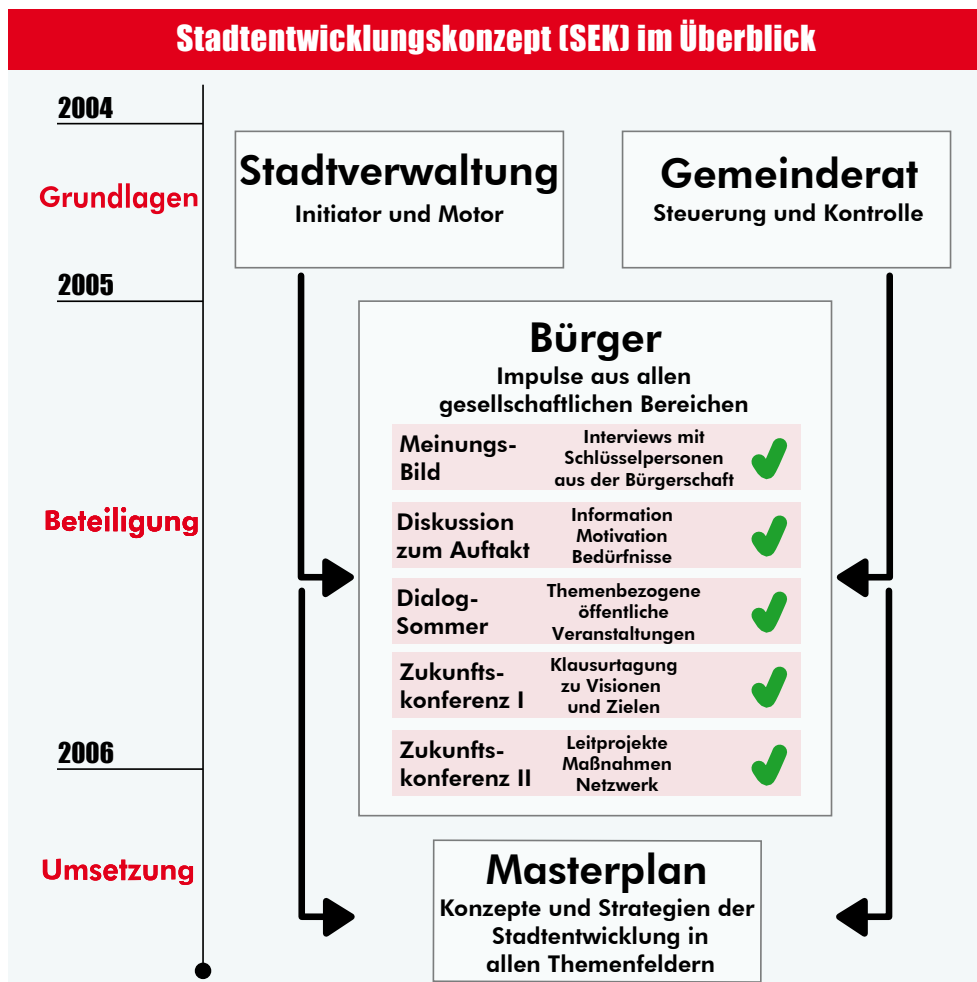
Der dritte Workshop-Block bot Gelegenheit, die Themen Finanzen, Mobilität und Wohnen vertieft zu diskutieren, bevor danach mit den Berichten im Plenum eine arbeitsintensive Phase zu Ende ging. In seiner Zusammenfassung lobte OBM Spec ausdrücklich die offene Arbeitsatmosphäre und das tatkräftige Engagement aller Teilnehmenden.

Die Klausurtagung am 12. und 13. Mai hat den Prozess zum Stadtentwicklungskonzept auf dem Weg zur Beschlussfassung am 28. Juni entscheidende Schritte weiter vorangebracht und stellt eine wesentliche Ergänzung zu der Bürgerbeteiligung dar. Mehr als 1000 Bürgerinnen und Bürger hatten sich aktiv in den Veranstaltungen des Dialogsommers und der Zukunftskonferenzen beteiligt und wertvolle Beiträge geleistet. Langfristig geht es bei dem Prozess auch um die Bildung bürgerschaftlicher Netzwerke und eine neue Kommunikationsstruktur, von der Ludwigsburg auch bei der Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts profitieren soll.

1.4. Zusammenfassung

In dem 2004 begonnenen dreistufigen Prozess zum Stadtentwicklungskonzept (SEK) sind die Stadtverwaltung, der Gemeinderat und die Bürgerschaft gemeinsam Zukunftsfragen in verschiedenen Handlungsfeldern angegangen. Als Initiator und Motor hat die Stadtverwaltung zusammen mit dem Gemeinderat die Grundlagen dafür gelegt. In der überwiegend im Jahr 2005 durchgeführten Beteiligungsphase flossen dann Impulse aus allen gesellschaftlichen Bereichen ein. Die aufeinander aufbauenden Veranstaltungen haben für eine spürbare Aufbruchstimmung gesorgt: Ludwigsburg geht seine Zukunft aktiv an!

Im SEK-Prozess wird das gesamte Spektrum kommunaler Herausforderungen erfasst. Im Rahmen der Umfeldanalyse wurden zunächst über 70 Interviews mit Ludwigsburger Schlüsselpersonen durchgeführt, um ein Meinungsbild zu erhalten. Ziel der Gespräche war es unter anderem, die Stimmung in der Stadt (Identifizierung der Bevölkerung mit



Ludwigsburg) zu ermitteln. Bei den Gesprächen zeigte sich, dass die Befragung und Einbindung der Bürgerschaft in das SEK begrüßt wird. Mit dem Abschluss der Kinder- und Jugendkonferenz am 20. September 2005 ging der Dialogsommer in die Zukunftskonferenz über, das „Herzstück der Bürgerbeteiligung“. Alle bisherigen Anregungen, Erfahrungen und Ergebnisse flossen in diese zweiteilige „Stadtklausur“ (23. bis 25. September 2005 und 31. März bis 1. April 2006) ein.

Die ausführliche und konstruktive Berichterstattung der lokalen Medien, die vielfältigen Informationsangebote der Stadtverwaltung sowie viele persönliche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern rückten das SEK nachhaltig ins öffentliche Interesse. Mehr als 1000 Frauen und Männer haben sich in den Veranstaltungen des Dialogsommers eingebracht.

Der SEK-Prozess hat in vielen Bereichen die Dimension der kommunalpolitischen Chancen und politischen Herausforderungen erst deutlich



gemacht. Die sehr individuelle, auf Ludwigsburg bezogene Aufarbeitung der Situation, die Auseinandersetzung mit Experten und die Rückkopplung mit Gemeinderat und Bürgerschaft haben neue Perspektiven aufgezeigt.

Durch das konstruktive Zusammenspiel aller gesellschaftlichen Kräfte entwickelt sich außerdem auf breiter Basis eine neuartige Kultur der Kommunikation und der Kooperation.

In seiner **Sitzung am 28. Juni 2006** hat der Gemeinderat nach einer intensiven Vorberatung in verschiedenen Ausschüssen mit überwältigender Mehrheit Leitsätze und strategische Ziele für die 11 Themenfelder des Stadtentwicklungskonzepts beschlossen. Die Leitsätze beschreiben ein Bild, eine Vision der Stadt bezogen auf die kommunalpolitisch bedeutsamen Themen. Die daraus abgeleiteten strategischen Ziele sollen helfen, die Vision zu verwirklichen. Das SEK bietet einen Einstieg, um kommunale Aufgaben mit klaren Zielen, Prioritäten und Weitblick anzugehen. Es ist

*Holger Heß und
Martin Kurt von
der Geschäftsstelle
Stadtentwick-
lungskonzept
präsentierten zum
Abschluss der
Zukunftskonferenz
einen überdimen-
sionalen Stadtplan
von Ludwigsburg
mit den Unter-
schriften der
Teilnehmenden*

die dynamische Grundlage für die langfristige Entwicklung Ludwigsburgs. Verbunden mit einer vorausschauenden Finanz- und Haushaltsplanung, dem Prozess der lernenden Verwaltung und dem Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit eröffnet sich für Ludwigsburg eine neue Dimension der ergebnisorientierten Steuerung.

Dem Gremium war es bei der Beschlussfassung wichtig, seine Wertschätzung für die während des zweijährigen Prozesses geleistete Arbeit in einem Vorwort zum Ausdruck zu bringen. Während der Beratungen wurden außerdem Faktoren für eine erfolgreiche Stadtentwicklung thematisiert.

Vorwort

Die gemeinsam von Bürgerschaft, Gemeinderat und Verwaltung im Rahmen des Prozesses zum Stadtentwicklungskonzept erarbeiteten Leitsätze und strategischen Ziele sind Grundlage für die weitere Entwicklung der Stadt Ludwigsburg. Sie sind nicht dogmatisch und endgültig festgelegt, sondern sollen im weiteren Verlauf fortgeschrieben und wenn nötig modifiziert werden. Die im Masterplan abgebildeten einzelnen Maßnahmen zur Umsetzung der strategischen Ziele werden vom Gemeinderat unter den jeweils bestehenden Rahmenbedingungen beraten und entschieden. Allen Beteiligten wird an dieser Stelle ein großer Dank für das gezeigte Engagement ausgesprochen.

Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg

Masterplan zum Stadtentwicklungskonzept, Übersicht der Kapitel, Stand 10/2006

1 Attraktives Wohnen			
Masterplan Kommunale Wohnungspolitik Prozessverantwortlich: Henning Hiss (FB 61) Stand: Beratung am 27.07.06 im BTU (Vorl. 340/06)			
Hauptverantwortliche: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern Julius Mihm (61) Bernd Hornung (23) Peter Fazekas (PG Flak)</td> <td style="width: 50%;">extern Armin Maschke (WBL)</td> </tr> </table>		intern Julius Mihm (61) Bernd Hornung (23) Peter Fazekas (PG Flak)	extern Armin Maschke (WBL)
intern Julius Mihm (61) Bernd Hornung (23) Peter Fazekas (PG Flak)	extern Armin Maschke (WBL)		
Beteiligte: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern 17, 33, 60, 67, ÖPNV, PG Mathilde / Rathaus</td> <td style="width: 50%;">extern Wohnbauträger</td> </tr> </table>		intern 17, 33, 60, 67, ÖPNV, PG Mathilde / Rathaus	extern Wohnbauträger
intern 17, 33, 60, 67, ÖPNV, PG Mathilde / Rathaus	extern Wohnbauträger		

2 Kulturelles Leben			
Masterplan Kulturkonzeption Prozessverantwortlich: Jochen Raitchel (FB 41) Stand: Fertigstellung Q1/07			
Hauptverantwortliche: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern Wiebke Richert (41) Thomas Schärer (89) Wolfgang Fröhlich (48)</td> <td style="width: 50%;">extern Schlossfestspiele</td> </tr> </table>		intern Wiebke Richert (41) Thomas Schärer (89) Wolfgang Fröhlich (48)	extern Schlossfestspiele
intern Wiebke Richert (41) Thomas Schärer (89) Wolfgang Fröhlich (48)	extern Schlossfestspiele		
Beteiligte: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern 17, 20, 61</td> <td style="width: 50%;">extern Stadtverband für Musik und Kultur, Kunstschule, JMS, Kinokult, etc.</td> </tr> </table>		intern 17, 20, 61	extern Stadtverband für Musik und Kultur, Kunstschule, JMS, Kinokult, etc.
intern 17, 20, 61	extern Stadtverband für Musik und Kultur, Kunstschule, JMS, Kinokult, etc.		

3 Wirtschaft und Arbeit			
Masterplan Wirtschaft und Arbeit Prozessverantwortlich: Thomas Schärer (FB 89) Stand: Fertigstellung Q4/06			
Hauptverantwortliche: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern Thomas Schärer (89) Bernd Hornung (23) Albert Geiger (60) Julius Mihm (61)</td> <td style="width: 50%;">extern IHK, Handwerkskammer Tanja Karg (Innenstadtverantwortliche)</td> </tr> </table>		intern Thomas Schärer (89) Bernd Hornung (23) Albert Geiger (60) Julius Mihm (61)	extern IHK, Handwerkskammer Tanja Karg (Innenstadtverantwortliche)
intern Thomas Schärer (89) Bernd Hornung (23) Albert Geiger (60) Julius Mihm (61)	extern IHK, Handwerkskammer Tanja Karg (Innenstadtverantwortliche)		
Beteiligte: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern 17, 20, 32, 48, ÖPNV</td> <td style="width: 50%;">extern Region, Lucy, DGB, IGM, FMZ, Filma- kademie</td> </tr> </table>		intern 17, 20, 32, 48, ÖPNV	extern Region, Lucy, DGB, IGM, FMZ, Filma- kademie
intern 17, 20, 32, 48, ÖPNV	extern Region, Lucy, DGB, IGM, FMZ, Filma- kademie		

4 Vitale Stadtteile			
Masterplan Vitale Stadtteile Prozessverantwortlich: Martin Kurt (Strategische Steuerung) Stand: Beratung am 13.07.06 im BTU (Vorl. 292/06)			
Hauptverantwortliche: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern PL Stadtteilentwicklungsplan (STEP) Innenstadt PL STEP Neckarweihingen PL STEP Grünbühl / Sonnenberg PL STEP Eglosheim</td> <td style="width: 50%;">extern</td> </tr> </table>		intern PL Stadtteilentwicklungsplan (STEP) Innenstadt PL STEP Neckarweihingen PL STEP Grünbühl / Sonnenberg PL STEP Eglosheim	extern
intern PL Stadtteilentwicklungsplan (STEP) Innenstadt PL STEP Neckarweihingen PL STEP Grünbühl / Sonnenberg PL STEP Eglosheim	extern		
Beteiligte: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern 17, 10, 23, 32, 33, 41, 48, 60, 61, 65, 67, 89, ÖPNV</td> <td style="width: 50%;">extern StA, Bürgervereine, WBL</td> </tr> </table>		intern 17, 10, 23, 32, 33, 41, 48, 60, 61, 65, 67, 89, ÖPNV	extern StA, Bürgervereine, WBL
intern 17, 10, 23, 32, 33, 41, 48, 60, 61, 65, 67, 89, ÖPNV	extern StA, Bürgervereine, WBL		

5 Lebendige Innenstadt			
Masterplan Offensive Innenstadt Prozessverantwortlich.: Frank Steinert (FB 89) Stand: Beratung am 18.07.06 im WKV (Vorl. 330/06)			
Hauptverantwortliche: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern Thomas Schärer (89) Albert Geiger (60) Julius Mihm (61) Bernd Hornung (23) Gerhard Kohler (67) Markus Blocher (68)</td> <td style="width: 50%;">extern Tanja Karg (Innenstadtverantwortliche) Lucy, BdS, etc.</td> </tr> </table>		intern Thomas Schärer (89) Albert Geiger (60) Julius Mihm (61) Bernd Hornung (23) Gerhard Kohler (67) Markus Blocher (68)	extern Tanja Karg (Innenstadtverantwortliche) Lucy, BdS, etc.
intern Thomas Schärer (89) Albert Geiger (60) Julius Mihm (61) Bernd Hornung (23) Gerhard Kohler (67) Markus Blocher (68)	extern Tanja Karg (Innenstadtverantwortliche) Lucy, BdS, etc.		
Beteiligte: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern 17, 41, ÖPNV</td> <td style="width: 50%;">extern Staatl. Hochbauamt</td> </tr> </table>		intern 17, 41, ÖPNV	extern Staatl. Hochbauamt
intern 17, 41, ÖPNV	extern Staatl. Hochbauamt		

6 Zusammenleben von Generationen und Nationen			
Masterplan Zusammenleben von Generationen und Nationen Prozessverantwortlich: Volker Henning (17) Stand: Fertigstellung Q1/07			
Hauptverantwortliche: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern Volker Henning (17) Wolfgang Fröhlich (48)</td> <td style="width: 50%;">extern Freiwilligenforum</td> </tr> </table>		intern Volker Henning (17) Wolfgang Fröhlich (48)	extern Freiwilligenforum
intern Volker Henning (17) Wolfgang Fröhlich (48)	extern Freiwilligenforum		
Beteiligte: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern 32, 33, 41, 61</td> <td style="width: 50%;">extern Kirchen, Runder Tisch, etc.</td> </tr> </table>		intern 32, 33, 41, 61	extern Kirchen, Runder Tisch, etc.
intern 32, 33, 41, 61	extern Kirchen, Runder Tisch, etc.		

7 Grün in der Stadt			
Masterplan Grünleitplan Prozessverantwortlich: Rainer Schilling (67) Stand: Fertigstellung Q1/07			
Hauptverantwortliche: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern Gerhard Kohler (67) Julius Mihm (61)</td> <td style="width: 50%;">extern Grüne Nachbarschaft</td> </tr> </table>		intern Gerhard Kohler (67) Julius Mihm (61)	extern Grüne Nachbarschaft
intern Gerhard Kohler (67) Julius Mihm (61)	extern Grüne Nachbarschaft		
Beteiligte: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern 17, 23, 60</td> <td style="width: 50%;">extern LRA, AGU, Stiftung Grünzug Neckartal</td> </tr> </table>		intern 17, 23, 60	extern LRA, AGU, Stiftung Grünzug Neckartal
intern 17, 23, 60	extern LRA, AGU, Stiftung Grünzug Neckartal		

8 Mobilität			
Masterplan GVP / Mobilitätskonzept Prozessverantwortlich: Ulrike Dressler-Uetz (61) Stand: Beratung am 27.07.06 im BTU (Vorl. 354/06)			
Hauptverantwortliche: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern Julius Mihm (61) Gerhard Kohler (67) Gerald Winkler (32)</td> <td style="width: 50%;">extern</td> </tr> </table>		intern Julius Mihm (61) Gerhard Kohler (67) Gerald Winkler (32)	extern
intern Julius Mihm (61) Gerhard Kohler (67) Gerald Winkler (32)	extern		
Beteiligte: <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">intern 17, 23, 68, ÖPNV</td> <td style="width: 50%;">extern RP, Verbände, IKZ, Firmen (z.B. Mann+Hummel)</td> </tr> </table>		intern 17, 23, 68, ÖPNV	extern RP, Verbände, IKZ, Firmen (z.B. Mann+Hummel)
intern 17, 23, 68, ÖPNV	extern RP, Verbände, IKZ, Firmen (z.B. Mann+Hummel)		

9 Bildung und Betreuung	
Masterplan Bildungsoffensive	
Prozessverantwortlich: Dr. Wolfgang Zoll (48)	
Stand: Fertigstellung Q4/06	
Hauptverantwortliche:	
intern	extern
Wolfgang Fröhlich (48)	Schulleiter, Kindergartenträger
Werner Kuhn (65)	
Julius Mihm (61)	
Beteiligte:	
intern	extern
10, 17, 20, 41, VHS	Stadtverbände, JMS, TTW, Kirchen, Elternbeiräte, PH, FHÖV, ev. FH, SJR, LRA, Kunstschule

10 Vielfältiges Sportangebot	
Masterplan Sportentwicklungsplan	
Prozessverantwortlich: Wolfgang Fröhlich (48)	
Stand: Fertigstellung Q1/07	
Hauptverantwortliche:	
intern	extern
Wolfgang Fröhlich (48)	Stadtverband für Sport
Werner Kuhn (65)	
Julius Mihm (61)	
Beteiligte:	
intern	extern
17, 20, 23, 67	Sportvereine, Schulen

11 Energieversorgung	
Masterplan Energiekonzept	
Prozessverantwortlich: Anja Wenninger (17)	
Stand: Fertigstellung Q1/07	
Hauptverantwortliche:	
intern	extern
Werner Kuhn (65)	Bodo Skaletz (SWLB)
	N.N. (EA)
Beteiligte:	
intern	extern
20, 61, 67, 68, ÖPNV, PG Flak	EA, LRA, Handwerkskammer, IHK, Kreditinstitute

12 Haushaltskonsolidierung	
Masterplan Haushaltskonsolidierung	
Prozessverantwortlich: Tatjana Köhler (10)	
Stand: Beratung am 18.07.06 im WKV (Vorl. 336/06)	
Hauptverantwortliche:	
intern	extern
Robert Nitzsche (10)	
Ulrich Kiedaisch (20)	
Andrea Meier (14)	
Beteiligte:	
intern	extern
Alle Fachbereiche, PRV	Städtische GmbH's

13 Interkommunale Zusammenarbeit	
Masterplan Interkommunale Zusammenarbeit	
Prozessverantwortlich: Peter Schäfer (10)	
Stand: Beratung am 18.07.06 im WKV (Vorl. 332/06)	
Hauptverantwortliche:	
intern	extern
Robert Nitzsche (10)	LRA und große Kreisstädte
Ulrich Kiedaisch (20)	
Beteiligte:	
intern	extern
Alle Fachbereiche	Städtische GmbH's

14 Bürgerschaftliche Projekte	
Masterplan Bürgerschaftliche Projekte	
Prozessverantwortlich: Volker Henning (17)	
Stand: Beratung am 20.09.06 im BSS (Vorl. 343/06)	
Hauptverantwortliche:	
intern	extern
Volker Henning (17)	Projektleiter BP
Beteiligte:	
intern	extern
Alle Fachbereiche	abhängig von Projekt

2. Masterplan

2.1. Einführung

Der **Masterplan** ist eine Übersicht zur Steuerung. „Masterplan“ ist ein in Wirtschaft und Politik gebräuchlicher Ausdruck für eine Übersicht über die geplanten einzelnen Schritte und Meilensteine. Bei *Chancen für Ludwigsburg* ist er ein Instrument zur Implementierung und zum Controlling (strategische Steuerung) der im SEK festgelegten Ziele, Strategien und Projekte. Es dokumentiert die Festlegung strategisch erforderlicher Ressourcen wie Verantwortlichkeit, Planungshorizont, interne und externe Kooperationspartner, Personalressourcen, Kosten, Finanzierung, Zielkonflikte, Controlling, Indikatoren.

Das Stadtentwicklungskonzept besteht nicht nur aus Leitsätzen und strategischen Zielen. Es beinhaltet auch eine Vielzahl von Einzelkonzeptionen und Projekten. Die Zusammenfassung der **Einzelkonzeptionen** (mit den Bereichen Bildung und Betreuung, Wohnungsbau, Sport, Gesamtverkehrsplan und Mobilitätskonzept, Offensive Innenstadt, usw.) und deren wechselseitige Koordination über das Instrument des Masterplans, tragen maßgeblich dazu bei, dass das „große Ganze“ auch auf der konkreten operativen Ebene punktgenau umgesetzt werden kann. Eine weitere „Klammer“ im Stadtentwicklungskonzept ist die Finanzstruktur, beziehungsweise die Situation des kommunalen Haushalts. Stadtentwicklung ist nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel möglich und spiegelt sich im Regelwerk der Finanzen.

2.2. Die elf Themenfelder des Stadtentwicklungskonzepts

2.2.1. Attraktives Wohnen

2.2.1.1. Herausforderungen und Chancen

Das Ziel einer **nachhaltigen, positiven Bevölkerungsentwicklung** ist es, Angebote und Anreize zu schaffen, damit einerseits die Bewohner in der Stadt wohnen bleiben (gegenüber dem Landkreis gibt es erhebliche Wanderungsverluste gerade von Familien mit Kindern) und dass andererseits wieder vermehrt junge Familien zuziehen. Dies gilt umso mehr, als die Stadt im Kreisvergleich einen hohen Anteil an Sozialhilfeempfängern und Migranten hat. Daraus resultiert eine problematische Bevölkerungsstruktur mit Defiziten bei Integration und Chancengleichheit, insbesondere in Schulen und Kindergärten. Die Zuwanderung sozial stabiler Bevölkerungsteile ist damit eine Chance für die bestehende Bevölkerungsstruktur. Eine gute Struktur, insbesondere mit einem ausreichenden Anteil jüngerer Menschen, ist für das Gemeinwesen (Arbeitsmarkt, an Vereine, Kirchen, usw.) wichtig.



Neben der Verfolgung des generellen Ziels einer nachhaltigen, positiven Bevölkerungsentwicklung durch Neubaugebiete muss sich die Stadt auch den bestehenden Wohngebieten besonders zuwenden. Die Stadtteile sind aufgrund ihrer städtebaulichen Situation und Funktion, ihrer Wohnungs- und Bevölkerungsstruktur sehr unterschiedlich ausgeprägt. Sie besitzen einerseits Qualitäten und Potenziale für eine Weiterentwicklung. Manche haben jedoch auch Defizite, die zu starken Beeinträchtigungen der Wohnqualität führen können. Es kann für einzelne Straßenzüge die Gefahr bestehen, dass selbst ein Mindestmaß an Wohnqualität nicht mehr gewährleistet werden kann, und dass Teile des Wohnbestandes ihre Eignung für das Wohnen verlieren. Infolgedessen können Siedlungsbereiche eine einseitige gesellschaftliche, soziale oder demografische Prägung (Segregation) annehmen. Diese Entwicklung frühzeitig zu erkennen und zu steuern, ist eine Aufgabe der Kommunalen Wohnungspolitik.

Insgesamt ist es deshalb ein Ziel der **Kommunalen Wohnungspolitik**, mit den Mitteln der Wohnungs- und Bodenwirtschaft sowie der Stadtentwicklung den sozialen Interessenausgleich hinsichtlich des Wohnens zu steuern und auf eine nachhaltige, das heißt ausgeglichene soziodemografische Struktur der Stadtgesellschaft und der Stadträume hinzuwirken, indem einseitige Bevölkerungsstrukturen und Unterschiede zwischen den Stadtteilen vermieden werden – als Voraussetzung für eine gesellschaftlich und wirtschaftlich erfolgreiche Gesamtentwicklung der Stadt.

Die Stadt wird, um die Ziele der Kommunalen Wohnungspolitik zu erreichen, ihre Steuerungsmöglichkeiten, ihr aus Flächenabzug und Vorkauf zur Verfügung stehendes Bauland sowie ihre sonstigen wirtschaftlichen Potenziale einsetzen müssen, um Angebotsprofile und den Bodenmarkt kontinuierlich zu beeinflussen.

2.2.1.2. Leitsatz

Auf der Grundlage einer nachhaltigen, Ressourcen schonenden Stadtentwicklung werden die Möglichkeiten für ein vielfältiges Wohnangebot für alle Bevölkerungsgruppen in einem sozial ausgeglichenen und lebendigen Umfeld geschaffen.

2.2.1.3. Strategische Ziele

1. Besondere Angebote für Zielgruppen in Neubau- und Bestandsgebieten sorgen für eine **nachhaltige, positive demografische Entwicklung**. Ludwigsburg verfügt über eine ausgewogene Sozialstruktur, die sich auch in ihrer Wirtschaftskraft widerspiegelt.
2. **Ausgewogene Bevölkerungsstrukturen** heben die Lebensqualität in Siedlungsbereichen, in denen ohne aktive Entwicklung einseitige demografische oder soziale Strukturen entstehen. Die erfolgreiche Mischung wird von vorausschauender Planung unterstützt.
3. **Qualität** in Wohnungsbau, Wohnumfeld und Infrastruktur machen Ludwigsburg attraktiv, um hier zu leben. Für **Neubau und Bestandspflege** sind entsprechende Niveaus entwickelt und gesichert.
4. **Die Stadtteile** bilden durch ihre spezifischen Qualitäten und positiven Strukturmerkmale eine vielfältige Stadt. Sie bereichern durch ihre **Identitäten** das Wohnen in Ludwigsburg.

2.2.1.4. Auszug aus dem Masterplan

1 Attraktives Wohnen Stand 10.01.2007 <small>Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg</small> Leitsatz Auf der Grundlage einer nachhaltigen und Ressourcen schonenden Stadtentwicklung werden die Möglichkeiten für ein vielfältiges Wohnangebot für alle Bevölkerungsgruppen in einem sozial ausgeglichenen und lebendigen Wohnumfeld geschaffen.									
1 Masterplan Kommunale Wohnungspolitik <small>Prozessverantwortlich Henning Hiss (FB 61)</small>									
Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen	
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
Strategisches Ziel 1.1 Besondere Angebote für Zielgruppen in Neubau- und Bestandsgebieten sorgen für eine nachhaltige, positive demografische Entwicklung . Ludwigsburg verfügt über eine ausgewogene Sozialstruktur, die sich auch in ihrer Wirtschaftskraft widerspiegelt.									
1.1.1	Marketing - Strategie der Stadt (Profilierung LB als Wohnstandort, Präsentation z.B. im Internet, auf Messen, in der Presse)	2 Konzept im Entwurf Umsetzung Internet, Broschüre	V	1. Quartal 2007 2. Quartal 2007		23	60, 61, 89, Büro OBM, WBL, externe Marktteilnehmer		
1.1.2	Förderprogramme								
	1. Eigentumsförderung (Baukindergeld)	1 Beschluss im GR am 10.05.2006. Anlaufstelle für das Baukindergeld ist Frau Beißwenger (FB 23).	E		2006 : 50.000 Euro im Nachtragshaushalt Ab 2007 im	PG KoWoPo, 61	20, 23, 60, 61, WBL		
	2. Mietwohnungsbau	2 Muss noch bearbeitet werden	V	2007		WBL	20, 23, 33, 60, 61		
	3. Nutzungssteuerung über Kaufpreisgestaltung städtischer Grundstücke	1 Anwendung bei bedeutenden städtebaulichen und / oder soziodemografischen Objekten (aus Stadtteilentwicklungsplänen und Wohngebietsentwicklungen)	U	2007 ff		Projektgruppen der Baugebiete	20, 60, 61		Bezug zu 1.2, 1.3, 1.4
1.1.3	Wohnangebote: Großes Spektrum an differenzierten Wohnangeboten bereitstellen								
	1. in Neubaugebieten								
	--- Jahnstraße	1 Bebauungsplan rechtskräftig, in Realisierung	U	2007 ff		PG Jahnstrasse, 61	23, 60, 67, WBL		
	--- Flakkaserne	1 B.- Plan in Vorbereitung, Problem Grunderwerb, Entwicklungsmaßnahme eingeleitet	V	2007 (B.- Plan)		PG Flakkaserne, 60	23, 61, 67, WBL		
	--- Am Wasserfall	2 B.- Plan im Verfahren, Gerichtsverfahren in der Umliegung (Versagung der Genehmigung eines Kaufvertrags)	V	2007 (B.- Plan)		PG Am Wasserfall, 61	23, 60, 67		
	--- Neckarterrasse	2 B.- Plan im Verfahren. Kompromiss bezügl. Zuteilung Geschosswohnungsbau in Aussicht	V	2007 (B.- Plan)		PG Neckarterrasse, 61	23, 60, 67, WBL		
	2. in Bestandsgebieten								
	--- Walckerareal	1 Neuer Rahmenplan im Entwurf vorhanden, Vorkaufssatzung beschlossen. Konflikt: alternatives Nutzungskonzept Pflegeheim durch Investor	V	Baurecht nach § 33 im 2. Quartal 2007	Finanzielle Abwicklungen in Sonderrechnungen außerhalb des Haushalts	23	60, 61, 67, WBL		Bezug zu 1.2, 1.3, 1.4
	--- Am Sonnenberg	1 Bürgerbeteiligung ist eingeleitet, Mehrfachbeauftragung Ergebnisse	P	2006 ff		PG Soziale Stadt, 60	61, WBL		
	--- Stettiner Straße	1 Investorenauswahlverfahren abgeschlossen. Bebauungsplanentwurf in Bearbeitung	V	2007 (B.- Plan)		23	61		

2.2.2. Kulturelles Leben

2.2.2.1. Herausforderungen und Chancen

Ludwigsburg ist seit ihrer Gründung vor rund 300 Jahren eine **kulturell hoch entwickelte Stadt**. Deutlich erkennbar ist dies insbesondere an ihrer Architektur (Schloss, barocke Innenstadt). 1988 gab der Bau des Forum am Schlosspark als Bürger- und Festivalhaus weitere kulturelle Impulse in Richtung Internationalität. Umnutzungen und Konversionen, beispielsweise der Kasernenareale Anfang der 1990er Jahre, stellten gezielt (Frei)Räume für Kunst, Kultur und die Ansiedlung neuer Branchen im Bereich Film und neue Medien bereit.



Im Zuge dieser urbanen Entwicklung und Öffnung hat sich Ludwigsburg heute einer modernen, qualitätsvollen, aber auch breiten Kulturarbeit verschrieben. Dezidiertes Ziel der kommunalen Kulturpolitik ist es, nicht nur Gastspielangebote auf internationalem Niveau bereit zu halten und den kommunalen Bildungsauftrag, insbesondere im Hinblick auf die nachwachsenden Generationen zu erfüllen, sondern auch kreative Experimente zu fördern. Kulturelle Bildung steht in Ludwigsburg in einem positiven Spannungsfeld zwischen Image förderndem Veranstaltungsangebot und bürgernaher kultureller Selbsttätigkeit. Die **Akzeptanz von Kultur** ist hoch.

Ludwigsburg verfügt über ein **ausgedehntes und komplexes Kulturnetz**, wie zum Beispiel die Ludwigsburger Schlossfestspiele und die Filmakademie Baden Württemberg, das Kunstzentrum Karlskaserne sowie zahlreiche mittlere und kleine Institutionen, Vereine und Initiativen. Während die großen Institutionen in die Region und bundesweit ausstrahlen, gewährleisten die mittleren und kleinen Einrichtungen und Initiativen eine starke innerstädtische Bindung an die Kultur.

Die Kultur ist in Ludwigsburg ein herausragender **weicher Standortfaktor** nicht nur für die Wirtschaft. Sie fördert auch die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt und damit die Lebensqualität. In einer globalisierten Welt kann sie darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag leisten zur Beheimatung der Menschen und damit zur Integration von Minoritäten.

Für die Zukunft einer pluralistischen Gesellschaft hat der innere Zusammenhalt eine besondere Bedeutung. Die Kultur ist aufgrund ihrer Vielgestaltigkeit in besonderer Weise geeignet, diesen Zusammenhalt zu sichern. Dies umso mehr, je intensiver Bürger aller Nationalitäten die Möglichkeit haben, sich kulturell zu bilden und zu betätigen, und je stärker der Nachwuchs auf musisch-kulturellem Bereich gefördert wird. Kreativität und die damit einhergehende Flexibilität der städtischen Gesellschaft und ihrer Bewohner sind unverzichtbar, um den Herausforderungen durch die rapiden wirtschaftlichen und ethnischen Veränderungen zu begegnen.

Aufgrund der konjunkturellen Entwicklung seit Mitte der 1990er Jahre hat die öffentliche Hand allgemein mit erheblichen Finanzproblemen zu kämpfen. In der Kultur gewinnt angesichts geringerer Geldmittel das Sponsoring an Bedeutung, der Druck auf begrenzte Sponsorenpotenziale nimmt in der Folge zu.

Der Rückgang der verfügbaren Privateinkommen hat in den kulturellen Einrichtungen auch zu Besucherrückgängen und einer Veränderung der Nutzerstrukturen geführt. Der Konkurrenzkampf zu anderen Veranstaltern in der Region nimmt dadurch zu. Die Kultureinrichtungen müssen sich angesichts unsicher werdender Finanzierung mehr als zuvor zielgruppenorientiert profilieren und dabei trotzdem ihre kreative Kraft als fundamentale Voraussetzung ihrer Qualität, und damit ihres Erfolgs, erhalten.

Nicht nur bildungspolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch gesehen ist die Nachwuchsförderung von entscheidender Bedeutung. Sinkende Geburtenraten und eine geringere Bildungsaffinität in vielen Familien erfordern große Anstrengungen, um der nachwachsenden Generation einen selbstverständlichen Umgang mit Kultur zur Förderung von Kreativität, Stabilität und sozialer Kompetenz zu ermöglichen.

Auch die Zielgruppen ändern sich. Wir leben in einer globalisierten Gesellschaft, in der sich seit einigen Jahren zunehmend Parallelgesellschaften entwickeln. Während die multikulturellen Erscheinungen bis vor einigen Jahren noch positiv, fast folkloristisch anmuteten, sind heute schwere soziale Belastungen in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen an der Tagesordnung. Immer größere Teile der Bevölkerung sind nicht wirklich integriert, „entheimatet“ und suchen Zuflucht und Zugehörigkeit in einer von der städtischen Gesellschaft abgeschotteten Realität.

Dadurch gewinnt das Thema **Heimat und Region** eine neue Bedeutung, obwohl die wirtschaftliche und kulturelle Ausrichtung Ludwigsburgs wie oben beschrieben zunehmend internationalisiert ist. In diesem Spannungsfeld wird die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt und ihrem Lebensumfeld immer bedeutender.



Ludwigsburg ist seit ihrer Gründung vor rund 300 Jahren eine barock geprägte und kulturell hochentwickelte Stadt

Früher standen dafür das klassische **Ehrenamt** und ein reges Vereinsleben zur Verfügung. Dieses hat, gerade in Ludwigsburg, zwar immer noch eine große Bedeutung, aber angesichts eines hohen Mobilitätswangs können sich immer weniger Menschen für einen längeren Zeitraum für ein Ehrenamt zur Verfügung stellen. Gleichwohl ist die Bereitschaft zur freiwilligen Mitarbeit ungebrochen hoch, definiert sich aber durch überschaubarere, zeitlich abgrenzbare projektorientierte Freiwilligenarbeit. Auch der Partizipationsgedanke der 1970er Jahre („Kultur für alle“; „Kultur von unten“) erlebt eine Neuauflage, wenn auch mit deutlich erhöhtem Anspruch an Professionalität. Das bürgerschaftliche Engagement wird immer wichtiger, da die Komplexität der Herausforderungen weder allein von wenigen Hauptamtlichen, noch von den klammen, öffentlichen Kassen, nachhaltig bewältigt werden kann.

2.2.2.2. Leitsatz

Ludwigsburg ist eine Stadt mit viel Potenzial und hoher Qualität bei Kultur und Künsten. Güte und Vielfalt des kulturellen Lebens tragen maßgeblich zum Bild der Stadt bei: Ludwigsburg wird überregional und international als kulturelle Perle wahrgenommen.

2.2.2.3. Strategische Ziele

1. Das **hohe Niveau und die Vielfalt** des kulturellen Lebens sind erhalten und vor dem Hintergrund der Stadtgeschichte bürgerorientiert weiterentwickelt. Dies zeigt sich bei eigenen Produktionen und internationalen Gastspielen von Theater, Tanz und Musik, bei Aktivitäten im Bereich Medien, bei regionalen Produktionen, Ausstellungen, sowie in der Arbeit der Museen und Archive. Zusätzlich sind Entwicklungsmöglichkeiten für Experimente und die freie Kulturszene geschaffen.
2. Die **aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger** am kulturellen Leben fördert Integration, Selbstbewusstsein, Kreativität und damit die Lebensqualität. Dies gelingt auch dank **vereinfachter Zugänge** zu hochwertigen Kulturangeboten für alle Generationen und Nationen.
3. Alle Akteure der Ludwigsburger Stadtgesellschaft **identifizieren sich mit den vielfältigen künstlerischen und kulturellen Angeboten**. Dies schlägt sich in einem offensiven Marketingkonzept nieder.
4. **Internationalität** spielt in der Kulturarbeit eine große Rolle.

2.2.3. Wirtschaft und Arbeit

2.2.3.1. Herausforderungen und Chancen

Ludwigsburgs Wirtschaft war bis Ende der achtziger Jahre von zwei Elementen geprägt: Dem Erfindergeist und einer starken Präsenz der Maschinenindustrie vornehmlich in der Ludwigsburger Weststadt. Wie an anderen Orten auch, basiert der Wohlstand Ludwigsburgs aber auch auf den vielen, kleineren und mittleren Unternehmen. Insgesamt gibt es in Ludwigsburg im Jahr 2006 Arbeitsplätze für über 42.000 sozialversicherte Beschäftigte.

Die Land- und Forstwirtschaft spielt in Ludwigsburg wie in vielen anderen Regionen in Baden-Württemberg eine immer unbedeutendere Rolle. Die Maschinenbau- und Zulieferindustrie hat in den vergangenen Jahren einen tiefgreifenden Strukturwandel durchgemacht. Besonders deutlich wird dieser in der Weststadt. Die großen Unternehmen haben teilweise weiter abgebaut. Die Stadtverwaltung hat sich den Betrieben während des Strukturwandels und darüber hinaus als enger Begleiter angeboten. Beratungen über Entwicklungsmöglichkeiten waren dabei ebenso wichtig, wie beispielsweise Sanierungszuschüsse und Aktivitäten, um den Film- und Medienstandort zu stärken oder mit Vereinbarungen, die die technologische Kompetenz in Ludwigsburg halten (Beru). Heute sind im produzierenden Gewerbe noch 23,9% aller Beschäftigten tätig, gegenüber 43% im Jahre 1985.



Innovative Unternehmen wie die Heidelberg Postpress Deutschland GmbH prägen den Standort Ludwigsburg

Um den finanziellen Handlungsspielraum einer Stadtverwaltung zu verdeutlichen, ist es wichtig zu wissen, dass von einem Euro Gewerbesteuer 23 Cent bei der Stadt verbleiben. Die restlichen 77 Cent werden für Strukturfördermaßnahmen der EU, des Bundes und des Landes, aber auch für Ausgaben der Region (Stichwort: Messe, Regio-Tourismus) und den Kreis aufgewendet, ohne dass die Stadt darauf einen wesentlichen Einfluss nehmen kann. Strukturstarke Gemeinden wie Ludwigsburg sind von diesem Gewerbesteuerabfluss besonders betroffen.

Vor dem Hintergrund dieser Situation hat die Stadt Ludwigsburg kurz-, mittel- und langfristig folgende **Herausforderungen** anzugehen:

Kurzfristig (in den kommenden zwei Jahren)

▪ **Gewerbeflächen** und deren Nachfrage

Die Nachfrage nach kleineren Gewerbeeinheiten nimmt zu. Sowohl im Bestand, bei Gewerbe und Büroflächen zwischen 50 und 100 Quadratmeter als auch bei Grundstücken um 1000 Quadratmeter können diese Anfragen sowohl von städtischer als auch von privaten Immobilienbesitzern und -verwaltern nur bedingt befriedigt werden. Auf der Gemarkung Ludwigsburg gibt es derzeit im Bereich der größeren Gewerbeflächen über 2 Hektar nur noch die Gewerbegebiete „Hintere Halden“ und „Waldäcker“. Hierfür interessieren sich vor allem Logistikunternehmen mit geringer Wertschöpfung.

▪ Aktive **Begleitung des Strukturwandels** in der Weststadt

In der Weststadt geht der Strukturwandel weiter. Diesen kann die Stadt durch enge Kommunikation und Koordination mit den Betrieben unterstützen. Auch Projekte, wie der internationale Designpreis Baden-Württemberg, können flankierend das sich deutlich abzeichnende Profil eines kreativen Film- und Medienstandorts stärken. Die **Multifunktionshalle** am Westausgang könnte diese Positionierung verstärken.

▪ Aktivierung des **touristischen Potenzials**

Die Aktivitäten im Tourismus können im Hinblick auf die kommenden Jubiläen (300-Jahr-Feier zur Stadtgründung, 275. Pferdemarkt, 40. Deutscher Wirtschaftsfilmpreis) genutzt werden, insbesondere in einem Umkreis über 100 Kilometer, so dass vor allem die Gastronomie profitiert. Um den Standort zu stärken, sind die bestehenden Märkte im Frühjahr und im November auf ihre Zukunft hin zu überprüfen, insbesondere, weil sich Jugendliche in Ludwigsburg nicht ihren „Freizeitspaß“ holen, sondern nach Stuttgart abwandern.



Mittel- bis langfristig

- **Qualifizierte Fachkräfte**

Das Potenzial an qualifizierten Arbeitskräften ist ein wichtiger Standortfaktor. Die Stadt muss durch eine gute Wohnungspolitik Anreize schaffen, damit der Anteil an qualifizierten Einwohnerinnen und Einwohnern auf einem guten Niveau bleibt. Ergänzend dazu muss durch eine umfassende Konzeption im Bildungs- und Betreuungsbereich sichergestellt werden, dass Bildungshemmnisse beseitigt werden, durch Sprachförderung ein Beitrag zur Integration geleistet wird und qualifizierten Frauen und Männern nach der Geburt von Kindern die Rückkehr in den Arbeitsprozess erleichtert wird.

- **Unternehmensansiedlungen**

Ansiedlung von Unternehmen durch interkommunale Gewerbeflächen, zum Beispiel eine enge Kooperation mit Kornwestheim (KLOK / GVZ).

- Stärkere Positionierung als **Film- und Medienstandort**

Mit einem klaren Bekenntnis des Landes zu Ludwigsburg als Standort der Akademie der Darstellenden Künste ist ein weiterer Schritt in diese Richtung getan. Darüber hinaus feiert der Deutsche Wirtschaftsfilmpreis 2008 die 40. Auslobung. Diese Chancen, das Vernetzen und gleichzeitig selbstbewusste Auftreten in der Medienregion Ludwigsburg-Stuttgart schärfen das Profil von Ludwigsburg als Hort der Kreativwirtschaft mit Cluster Film und Medien. Allerdings hat eine solche Positionierung, auch Markenbildung genannt (vgl. Wolfsburg, die Autostadt), in offener Auseinandersetzung mit den anderen Positionierungsmerkmalen der Stadt Ludwigsburg (Kulturstadt, Sportstadt, u.a.) zu erfolgen.

Die Reorganisation der Verwaltung mit einem neuen Fachbereich Wirtschaft, Medien, Tourismus und das enge Netzwerk mit den Fachbereichen Stadtplanung und Vermessung sowie Bürgerbüro Bauen zeigen deutlich auf, dass Herausforderungen im Wesentlichen nur dann erfolgreich begegnet werden kann, wenn **Problemstellungen vernetzt angegangen** werden. Dabei kommt der Wirtschaft und insbesondere ihren Exponenten (Gewerkschaften und ihre Personal- und Betriebsräte, Aufsichtsräte, Vorstandsvorsitzende) die Aufgabe zu, sich als Teil einer Gesamtgesellschaft zu verstehen und aus diesem Bewusstsein heraus zu handeln.

Die Stadtverwaltung sieht sich im Themenfeld Wirtschaft und Arbeit in zwei Rollen in der Pflicht: Zum einen als Moderator in Konflikten, zum anderen als Ermöglicher (Facilitator) immer mit dem Ziel, den in Ludwigsburg ansässigen Unternehmen unabhängig ihrer Größe Standortfaktoren für eine prosperierende Zukunft zu schaffen. Darüber hinaus will die Stadtverwaltung Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Familien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Stadt Ludwigsburg niederlassen wol-

len. Diesbezüglich sei an dieser Stelle auch an die anderen Themenfelder wie Lebendige Innenstadt, Attraktives Wohnen, Mobilität und Bildung und Betreuung erinnert.

Den am Standort Ludwigsburg interessierten Unternehmen sollen die Möglichkeiten zur Ansiedlung mit einem kompetenten **Team in der Wirtschaftsförderung**, durch Unterstützung der Verwaltungsspitze und der Politik und in enger Kooperation mit Institutionen (IHK, BdS, Handwerkskammer) aktiv aufgezeigt werden. Dabei sind die wenigen noch zur Verfügung stehenden größeren Gewerbeflächen so zu vermarkten, dass für Ludwigsburg eine größtmögliche Wertschöpfung des ansiedlungswilligen Unternehmens erzielt wird.



Der **Stärkung des Film- und Medienstandortes** Ludwigsburg kommt mittelfristig sowohl aus soziodemografischer Sicht (jüngere Bevölkerung) als auch aus wirtschaftlicher Sicht (Schaffung von Arbeitsplätzen) eine entscheidende Rolle zu. Die Stadtverwaltung ist überzeugt, dass die traditionelle, verarbeitende Industrie am Standort Ludwigsburg über ihre Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, nicht mehr aber über ihre Produktionsstätten ihre Bedeutung bewahren und global betrachtet, den Standort Ludwigsburg damit sogar stärken wird. Trotzdem wird in Bezug auf das Angebot von Arbeitsplätzen der rückläufige Trend mittelfristig weiter fortgesetzt, wenn nicht verstärkt. Darum sind zwei Dinge aus Sicht der Stadtverwaltung aktiv anzugehen, um diese Entwicklung aufzuhalten und als Chance für die Zukunft zu nutzen. Der Film- und Medienstandort ist als Teil der „Kreativwirtschaft“ zu verstehen und soll als Cluster in Ludwigsburg explizit ausgewiesen werden. Darüber hinaus ist der Entwicklung der zukunftssträchtigen Wirtschaftszweige großes Augenmaß zu widmen, insbesondere in den Bereichen der Informationstechnologien (IT-Forum), Mobilität (Symposien) und der Logistik.

Sehr kritisch betrachtet die Stadtverwaltung den Trend im Bildungswesen in Richtung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft (gut Ausgebildete und Hauptschulabgänger). Bildungspolitik ist Bundessache, womit auch gleich die Grenzen des Einflusses der Stadt auf diesem Gebiet zum Ausdruck gebracht werden. Durch den erwarteten Rückgang im sekundären Sektor (Industrie) gehen rasch auch Arbeitsplätze mit weniger qualifiziertem Profil verloren. Fehlende Perspektiven der Schulabgänger kann zu einer Gettoisierung mit entsprechenden, negativen Begleiterscheinungen führen. Eine gesellschaftspolitische Debatte über den Wert von Arbeit ist darum rechtzeitig in der Stadt Ludwigsburg zu führen.



Preisverleihung
beim
49. Deutschen
Wirtschaftsfilmpreis
am 29. November
2006

2.2.3.2. Leitsatz

Innovative, kreative Unternehmen prägen in ihrer Vielseitigkeit den Wirtschaftsstandort und gewährleisten die wirtschaftliche Stärke Ludwigsburgs. Existenzgründer und Neuansiedlungen finden attraktive Standortbedingungen vor.

2.2.3.3. Strategische Ziele

1. Traditionelle Wirtschaftsbereiche behaupten ihre Bedeutung. Das produzierende Gewerbe nutzt den **Strukturwandel als Chance**. Mittelstand und Handwerk bilden eine tragende Säule der Wirtschaftsstruktur. Der **starke Dienstleistungssektor** gehört zu den Standortvorteilen.
2. Ludwigsburg profiliert sich über seine **attraktive Infrastruktur** sowie über die immer wichtiger werdenden „**weichen**“ **Standortfaktoren**. Unternehmen profitieren von dem ausreichenden Potenzial an **Fachkräften. Funktionierende Netzwerke** von Unternehmen, die innovativ und sozial engagiert agieren, bereichern das Stadtleben ergänzend zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung.
3. Die Stadt unterstützt Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei flexiblen und familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen. Mit **neuen Formen der Erwerbsarbeit** hebt sich Ludwigsburg ab.
4. Die **Film- und Medienbranche** entwickelt sich positiv und ist für die Bevölkerung erlebbar etabliert.
5. Ludwigsburg ist als **Kongress- und Veranstaltungsort** mit hervorragenden touristischen Angeboten bekannt.

2.2.4. Vitale Stadtteile

2.2.4.1. Herausforderungen und Chancen

Ludwigsburg hat sieben Stadtteile, die gemeinsam mit den vier Quartieren der Innenstadt die Puzzleteile eines großen, lebendigen Ganzen bilden. Jeder Stadtteil für sich hat ein „Eigenleben“ mit aktiven Vereinen und Organisationen, Kultur- und Bildungsangeboten und gemeinsamen Aktionen wie beispielsweise dem Eglosheimer „Kelterplatzfest“ oder dem Neckarweihinger „Kiesranzenfest“. Die Bürgerinnen und Bürger identifizieren sich oft mit ihrem Stadtteil und engagieren sich für ihn, was sich zum Beispiel bei der großen Festwoche zum 750jährigen Jubiläum von Hoheneck gezeigt hat. Aber auch wenn man innerhalb von Ludwigsburg oft sagt „Ich komme aus Poppenweiler“, bezeichnet man sich nach außen dennoch als Ludwigsburgerin oder Ludwigsburger – ein Zeichen, dass auch die Identifikation mit der Gesamtstadt Ludwigsburg groß ist.

Eine Stadt mit aktiven und selbstbewussten, eben „vitalen“ Stadtteilen zu sein, hat zwei Seiten: zum einen gilt es, sie alle unter einen Hut zu bringen und die Interessen und Probleme der jeweiligen Stadtteile zu berücksichtigen, ohne dass es zu Lasten der anderen geht. Auf der anderen Seite ist es ein sehr großer Gewinn für eine Stadt, so viele spannende und ganz unterschiedliche Gebiete zu haben, von eher ländlich geprägten bis hin zu barock-großstädtischen. Das macht einen großen Teil des Charmes und der Besonderheit dieser Stadt aus.

Was die Menschen sehr bewegt, ist das sich zunehmend verschlechternde Angebot an **Dienstleistungen und Einkaufsmöglichkeiten vor Ort**. Durch den Trend zum Billiganbieter oder zur großen Lösung „auf der grünen Wiese“, haben es kleine Geschäfte in den Stadtteilen oft schwer, wirtschaftlich zu überleben. Die Ansprüche der Supermarktketten an Verkaufsfläche und Parkplätze lässt eine Ansiedlung – oder den Verbleib – in den Ortskernen oft nicht zu. Klar gesagt werden muss aber auch, dass das Einkaufsverhalten der Bürgerinnen und Bürger einen wichtigen Teil zu dieser Entwicklung beiträgt.

Dennoch ist es sehr wichtig, in allen Stadtteilen die Einkaufssituation möglichst so zu erhalten, dass die fußläufige Deckung des täglichen Bedarfs möglich ist – einerseits für die Menschen, die nicht so mobil sind, zum anderen aber auch, um durch die Begegnung und den Austausch der Einkaufenden die Stadtteile lebendig zu erhalten und nicht zur Schlafstadt werden zu lassen. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt sind hier begrenzt – dennoch ist es das Ziel der Wirtschaftsförderung, unterstützt zum Beispiel durch Aktionen wie die der Arbeitsgruppe „Einzelhandel Neckarweihingen“, die Nahversorgung in den Stadtteilen zu sichern. Hier gibt es mehrere Ansatzpunkte, wie zum Beispiel

- den Bedarf vor Ort festzustellen;
- das Angebot, das es noch gibt, bekannt zu machen und das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es auch genutzt werden muss;
- Selbstständige und Dienstleister zu gemeinsamen Aktivitäten zu motivieren.



Ludwigsburg und seine Stadtteile können stolz darauf sein, wie viel **bürgerchaftliches Engagement** es dort bereits gibt: von den Feuerwehren bis zu den Sportvereinen, von den Kirchen bis zur Jugendarbeit. Diese vielfältigen Angebote breiter bekannt zu machen, gerade auch bei Bürgerinnen und Bürgern, die noch nicht so in den Stadtteilen verwurzelt sind, ist eine wichtige Aufgabe. Auch die Vernetzung der aktiven Gruppen im Stadtteil und der intensive Austausch zwischen den Stadtteilen werden dabei helfen, die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam zu bewältigen. Hier fällt immer wieder das Stichwort „Zentren für Bürgerinnen und Bürger als Orte der Begegnung“ – zentrale Orte, an denen zum Beispiel Senioren und Kinder miteinander Mittag essen können, wo es Kurse und Betreuungsangebote gibt, wo sich Gruppen treffen und mit anderen austauschen können.

Auch in den Stadtteilen ist das Thema **Integration** wichtig. So ist ein Ziel des Sanierungsprogramms Soziale Stadt in Eglosheim und künftig auch in Grünbühl / Sonnenberg, zum einen eine ausgewogene Struktur der Wohnbevölkerung zu schaffen und andererseits durch begleitende soziale Maßnahmen ein positives Miteinander zu erreichen. Durch Aktivitäten wie zum Beispiel die LOS-Projekte in Eglosheim ist man diesem Ziel ein gutes Stück näher gekommen.

Wichtig ist es auch, in allen Stadtteilen Betreuungs- und Freizeitangebote für alle **Generationen** zu bieten. Seniorinnen und Senioren, die lange in ihrem Stadtteil gewohnt haben und dort verwurzelt sind, möchten auch im Alter dort bleiben. Um die Identifikation der Kinder mit ihrem Stadtteil zu stärken, sind Kinderstadtpläne für alle Stadtteile, in denen diese aus Kindersicht betrachtet werden, ein guter Weg – ebenso wie dezentrale Zukunftskonferenzen für die Jugendlichen vor Ort. Durch den dezentralen Ansatz der Jugendförderung konnten hier schon viele Probleme angegangen werden.

Die Kernstadt mit ihren attraktiven kulturellen Angeboten, Einkaufsmöglichkeiten und Bildungs- und Betreuungseinrichtungen gut und günstig erreichen zu können, ist ebenfalls ein großes Anliegen der Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner. Hier spielt eine gute Anbindung durch den ÖPNV mit einem ausgewogenen Preis-Leistungs-Verhältnis ebenso eine Rolle wie Radwege, auf denen die Kernstadt und die anderen Stadtteile gefahrlos und gut erreichbar sind.

Weitere Schwerpunkte sind ein attraktives Wohnumfeld durch Grünflächen in und zwischen den Stadtteilen, Freizeit- und Kulturangebote, Wohnangebote auch für junge Familien, Arbeitsplätze vor Ort und nicht zuletzt eine umfassende Information über und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen in ihrem Stadtteil, sei es durch die Stadteilausschüsse oder durch weitere Möglichkeiten. Es hat sich gezeigt, dass das Themenfeld „Vitale Stadtteile“ mit allen anderen Themenfeldern des Stadtentwicklungskonzepts eng zusammenhängt. Hier bietet sich eine große Chance, durch Austausch und Zusammenarbeit die verschiedenen Aspekte positiv zu entwickeln.

2.2.4.2. Leitsatz

Die Stadtteile und Innenstadtquartiere sind wichtiger Bestandteil des gesamtstädtischen Profils und bilden ein lebendiges Ganzes. Die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Stadtteilen und die Netzwerke vor Ort werden gestärkt. Die Stadtteile entwickeln, pflegen und erhalten ihre Identität.

2.2.4.3. Strategische Ziele

1. Die **Vernetzung** der gesellschaftlichen Gruppierungen und bestehenden Strukturen quer durch alle Stadtteile funktioniert.
2. Die auf Stadtteile bezogenen **Infrastrukturen** sind erhalten und weiter ausgebaut.
 - Sie schaffen die Voraussetzungen für eine **funktionierende Nahversorgung**;
 - Die Stadtteile sind in einem guten Preis-Leistungsverhältnis an **Öffentliche Verkehrsmittel** angebunden. Zwischen Nutzern und Angebot besteht ein ausgewogenes Verhältnis;
 - **Radwege** verbinden Stadtteile untereinander und mit der Kernstadt;
 - Die **Stadtverwaltung** ist neben den zentralen Angeboten ergänzend in den Stadtteilen **zu erreichen**;
 - **Kulturelle, sportliche und integrative Einrichtungen und Angebote** beleben die Stadtteile.
3. Bedarfsgerechte, **qualifizierte Bildungs- und Betreuungsangebote** für Kinder sind in den Stadtteilen angemessen vorhanden oder zentral über gute öffentliche Verkehrsanbindungen zu erreichen. Die in den Stadtteilen vorhandenen **Einrichtungen arbeiten vernetzt zusammen**. Sie haben sich zu offenen Lern- und Lebensorten weiterentwickelt, die verschiedene Alters- und Zielgruppen ansprechen.
4. In allen Stadtteilen sind **Stadteilausschüsse** vorhanden. Bürgerinnen und Bürger können sich in vielfältiger Weise vermehrt vor Ort einbringen. **Bürgerschaftliches Engagement** wird gefördert und findet seine entsprechende Anerkennung.

5. Die Bevölkerung entwickelt sich nachhaltig und positiv, eine **ausgewogene Struktur** ist erreicht. Bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnraum steht unterschiedlichen Zielgruppen zur Verfügung. **Seniorenwohnungen und Pflegeplätze** sind in qualitativer wie quantitativer Hinsicht ausreichend vorhanden.
6. Die Stadtteile prägenden **Grünflächen werden erhalten**. Potenziale für vielfältige, ökologisch wertvolle und nutzbare Grünflächen werden genutzt.
7. **Identitäten von Quartieren und Stadtteilen** unterscheiden sich von der Innenstadt und werden weiter entwickelt. Gewachsene räumliche Strukturen sind so gestaltet, dass besondere Orte und Freiraumqualitäten gestärkt und herausgebildet werden.

2.2.4.4. Auszug aus dem Masterplan

<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> 4 Vitale Stadtteile Stand 12.01.2007 </div> <p style="font-size: 10pt; margin-top: 5px;">Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg</p> <p style="font-size: 10pt; margin-top: 5px;">Leitsatz Die Stadtteile und Innenstadtquartiere sind wichtiger Bestandteil des gesamtstädtischen Profils und bilden ein lebendiges Ganzes. Die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Stadtteilen und die Netzwerke vor Ort werden gestärkt. Die Stadtteile entwickeln, pflegen und erhalten ihre Identität.</p> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center; margin-top: 5px;"> 4 Masterplan Vitale Stadtteile </div> <p style="font-size: 10pt; margin-top: 5px;">Prozessverantwortlich Martin Kurt (SUN)</p>									
Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah-men
<p>Strategisches Ziel 4.1 Die Vernetzung der gesellschaftlichen Gruppierungen und bestehenden Strukturen quer durch alle Stadtteile funktioniert.</p>									
<p>Strategisches Ziel 4.2 Die auf Stadtteile bezogenen Infrastrukturen sind erhalten und weiter ausgebaut.</p> <ul style="list-style-type: none"> · Sie schaffen die Voraussetzungen für eine funktionierende Nahversorgung; · Die Stadtteile sind in einem guten Preis-Leistungsverhältnis an Öffentliche Verkehrsmittel angebunden. Zwischen Nutzern und Angebot besteht ein ausgewogenes Verhältnis; · Radwege verbinden Stadtteile untereinander und mit der Kernstadt; · Die Stadtverwaltung ist neben den zentralen Angeboten ergänzend in den Stadtteilen zu erreichen; · Kulturelle, sportliche und integrative Einrichtungen und Angebote beleben die Stadtteile. 									
4.2.1	Stadtteilentwicklungsplan (STEP) für die Innenstadt	1	Projektstruktur ist mit der Verfügung Nr. 139/06 vom 23.10.2006 aufgesetzt. Derzeit wird eine Momentaufnahme und Analyse der Stadteilsituation unter Einbeziehung aller Fachbereiche erarbeitet. Aufgrund der Komplexität der Funktionsansprüche in der Innenstadt werden momentan viele Einzelthemen bearbeitet. Im Fokus steht insbesondere das neue Sanierungsgebiet Mathilden-/Rathausareal mit der Akademie für Darstellende Kunst, die innerstädtische Verkehrsführung, die WilhelmGalerie sowie Stadtmuseum und Kunstverein in der Eberhardstraße 1.	U	2007		Frank Lehmpfuhl (FB 60)	10, 17, 23, 32, 33, 41, 48, 60, 61, 65, 67, 89, ÖPNV; WBL Stadteilausschüsse, Bürgervereine, Vereine, Bürgerschaft	Stadtteilentwicklungspläne dienen auch den Zielen 1.3, 1.4, 3.7, 6.3, 7.3, 8.1, 8.5, 10.3, 10.4 und den übrigen Zielen aus dem Themenfeld Vitale Stadtteile
4.2.2	Stadtteilentwicklungsplan für Neckarweihingen	1	Projektstruktur ist mit der Verfügung Nr. 139/06 vom 23.10.2006 aufgesetzt. Derzeit wird eine Momentaufnahme und Analyse der Stadteilsituation unter Einbeziehung aller Fachbereiche erarbeitet. Arbeitsschwerpunkte sind die Themen Nahversorgung und das Aufsetzen der Bürgerbeteiligung.	U	2007		Steffen Weeber (FB 60)		
4.2.3	Stadtteilentwicklungsplan für Eglosheim	1	Projektstruktur ist mit der Verfügung Nr. 139/06 vom 23.10.2006 aufgesetzt. Derzeit wird eine Momentaufnahme und Analyse der Stadteilsituation unter Einbeziehung aller Fachbereiche erarbeitet. Arbeitsschwerpunkt ist die Verstärkung der Projekte aus dem Sanierungsgebiet Soziale Stadt.	U	2007		Thomas Albrecht (FB 60)		
4.2.4	Stadtteilentwicklungsplan für Grünbühl / Sonnenberg	1	Projektstruktur ist mit der Verfügung Nr. 139/06 vom 23.10.2006 aufgesetzt. Derzeit wird eine Momentaufnahme und Analyse der Stadteilsituation unter Einbeziehung aller Fachbereiche erarbeitet. Arbeitsschwerpunkt ist die Durchführung einer Mehrfachbeauftragung, die als Grundlage für den weiteren Planungsprozess städtebauliche Konzeptideen für Teilbereiche aufzeigen soll.	U	2007		Anngret Deimel (FB 60)		
<p>Strategisches Ziel 4.3 Bedarfsgerechte, qualifizierte Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder sind in den Stadtteilen angemessen vorhanden oder zentral über gute öffentliche Verkehrsverbindungen zu erreichen. Die in den Stadtteilen vorhandenen Einrichtungen arbeiten vernetzt zusammen. Sie haben sich zu offenen Lern- und Lebensorten</p>									

2.2.5. Lebendige Innenstadt

2.2.5.1. Herausforderungen und Chancen

Die Ludwigsburger Innenstadt hat über Jahre hinweg ihren barocken Charakter bewahrt und gepflegt. **Städtebau und Image der Stadt sind positiv geprägt** vom Leitgedanken lebendig.barock. Dies drückt sich in der Architektur, den vielfältigen Nutzungen sowie auch in den Veranstaltungen und Events aus. Entscheidend für das soziale und wirtschaftliche Leben ist aber, dass dies vom Kunden und Besucher der Innenstadt wahrgenommen wird. Die Innenstadt hat sich historisch als Ort hoher Funktionsdurchmischung und Funktionsvielfalt, eingebettet in einen unverwechselbaren, architektonischen Rahmen, entwickelt. Die Kultur der Abwechslung und Vielfalt macht letztlich ihre Faszination aus. Daher kann die städtische Mitte nur als multifunktionaler Ort eine Zukunft haben. Handel und Dienstleistungen sind eine wichtige Voraussetzung für urbanes Leben, doch entstehen Aufenthalts- und Erlebnisqualität nicht nur im Umfeld von einzelhandels- oder dienstleistungsbezogenen Angeboten. Das Flanieren, das Sehen und Gesehen werden, ist für viele Grund genug „in die Stadt zu fahren“ - und das auch an sonnigen Feiertagen. Ein attraktives Ambiente, sichere und saubere öffentliche Räume im Zusammenspiel mit vielfältigen gastronomischen Angeboten tragen ebenso zum Aufenthaltsqualität in der Innenstadt bei. Die Stadtmitte kann letztlich erst im Zusammenspiel unterschiedlicher Funktionen vital, urban und lebendig sein.



Barocke Architektur prägt die Innenstadt von Ludwigsburg

Die Risiken für eine Innenstadt sind zum Beispiel eine geringe Funktionsdurchmischung oder eine Auflösung alter Strukturen (zum Beispiel Wegbrechen der Nebenlagen, Rückzug des Wohnens aus der Innenstadt) und damit weniger Lebendigkeit - also auch weniger Unverwechselbarkeit und Stadtcharakter. Gerade für die Barockstadt Ludwigsburg sind die beiden letztgenannten Kriterien – **Unverwechselbarkeit und Stadtcharakter** – nach wie vor die zentralen Alleinstellungsmerkmale im regionalen Wettbewerb um Besucher und Kunden. Dies hat die Kundenbefragung 2004 eindeutig bestätigt. Gleichzeitig wurde mit dieser Umfrage auch deutlich, dass gerade die Möglichkeit, Einkauf mit Kultur, Ambiente und Freizeit zu verknüpfen, den wesentlichen Vorteil der Ludwigsburger Innenstadt im Vergleich mit anderen Innenstädten der Region oder Einkaufszentren auf der grünen Wiese darstellt.

Trotz der unverwechselbaren Anziehungspunkte, die die Ludwigsburger Innenstadt bietet, gibt es eine Reihe von Schwachstellen, die die Wettbewerbsfähigkeit einschränken. Beispielsweise könnten städtebauliche und historische Highlights noch deutlich besser betont werden, um die Erlebbarkeit des historischen Flairs möglich zu machen. Dem Handel als zentralem Besuchermagneten fehlt es in Teilen an Schlagkraft, um im Wettbewerb mit den Nachbarstädten oder der grünen Wiese auch junge Kunden und Besucher anzusprechen.

Basierend auf den Ergebnissen der Kundenbefragung und den daraus gezogenen Konsequenzen erarbeiteten Vertreterinnen und Vertreter der Ludwigsburger Cityinitiative (Lucy), dem Bund der Selbständigen (BdS), der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung GmbH (GMA), der Industrie- und Handelskammer (IHK) der Ludwigsburger Gastronomen, des Ludwigsburger Handwerks und des Gemeinderats zusammen mit der Stadtverwaltung das **Konzept Offensive Innenstadt**. Zur Stärkung der Ludwigsburger Innenstadt als Standort für Kommunikation, Wohnen und wirtschaftliches Leben müssen die besonderen Stärken weiter ausgebildet und die vorhandenen Schwächen minimiert werden. Der erarbeitete Masterplan Offensive Innenstadt, der mittlerweile über 90 Maßnahmen umfasst, verfolgt das Ziel, in lokalem Maßstab darauf zu reagieren, da auf die konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen im Handel naturgemäß kein Einfluss zu nehmen ist.

Insofern ergeben sich für die Ludwigsburger Innenstadt vor allem folgende **Handlungsschwerpunkte**:

- Erhalt und gezielte Weiterentwicklung von Aufenthaltsqualität und Erscheinungsbild von Stadt, Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistern und Handwerk;



- Ansprache von Besuchern und Kunden durch Nutzungsmischung, kulturelle Highlights und Magnete aus dem Einzelhandelsbereich.

Stadt und Wirtschaftsakteure vor Ort können beide Bereiche durch gezielte Maßnahmen aktiv steuern. Hierzu zählen bei den städtischen Handlungsfeldern eine kontinuierliche Weiterentwicklung des städtebaulichen Rahmens auf der einen Seite und eine aktive Wirtschaftsförderung im Sinne von Neuansiedlungen und Bestandspflege auf der anderen Seite. Während städtische Aktivitäten und das politische Geschehen sozusagen den „Rahmen“ der Entwicklung einer Innenstadt bilden, sind die in der Innenstadt handelnden Akteure aus den Bereichen Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistung und Handwerk gefordert, diese Entwicklungen zu antizipieren und das eigene Erscheinungsbild kontinuierlich auf den Prüfstand zu stellen und gezielt zu verbessern. Dies muss sowohl auf einzelbetrieblicher Ebene, wie auch durch gemeinschaftliche Aktionen geschehen.

Strukturelle und ökonomische Fragen sind nur mit einem kombinierten Instrumenten- und Mitteleinsatz zu lösen. Die im Masterplan Offensive Innenstadt formulierten Aussagen zu den Bereichen Aufenthaltsqualität, Erscheinungsbild, Nutzungs- und Funktionsmischung sowie Magnete und Veranstaltungen fassen die zentralen Maßnahmenbündel zur Stärkung der Ludwigsburger Innenstadt zusammen. Unterschiedliche Prioritäten und zeitliche Zielsetzungen machen die Vielschichtigkeit des Maßnahmenkatalogs deutlich. Grundsätzlich ist dieses Maßnahmenpaket dynamisch zu interpretieren, so dass stets künftige Entwicklungen aufgenommen werden können.

In die immer intensiver geführten Diskussionen über die Zukunft unserer Innenstädte nimmt die Thematik Verkehr in nahezu allen Fällen eine zentrale Rolle ein, wobei oftmals inhaltliche Zielkonflikte zu Tage treten: Die eine Seite beklagt das hohe Verkehrsaufkommen in den Innenstadtbereichen und die dadurch geminderte Stadtqualität für Bewohner, Kunden, Besucher und Beschäftigte; die andere Seite macht insbesondere die Einschränkungen in der verkehrlichen Erreichbarkeit dafür verantwortlich, dass die Innenstädte in ihrer Konkurrenz zu den städtischen Randzonen beziehungsweise Außenbereichen an Boden verloren haben.

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch für die Stadt Ludwigsburg die Frage, wie die künftige verkehrliche Erschließung ihrer Innenstadt aussehen soll, welche Handlungsstrategien dazu erforderlich sind und in welchem Rahmen deren kurz-, mittel- oder längerfristige Umsetzung möglich ist. Auch wenn in den letzten Jahren wichtige Ansätze zur Qualitätsverbesserung der Ludwigsburger Innenstadt – wie zum Beispiel Umgestaltung Wilhelmstraße, Rathausgarage, dynamisches Parkleitsystem

- realisiert wurden, verbleiben noch eine Vielzahl von Maßnahmen, die zur Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur in der Innenstadt beitragen können. Aus diesem Grund umfassen der Masterplan als auch der zu entwickelnde und zu verabschiedende Gesamtverkehrsplan Fragestellungen zur Innenstadt, wie beispielsweise:

- Erreichbarkeit der Innenstadt (von außen)
- Zugänglichkeit der Innenstadt (innen)
- Bedarfsstrukturen aller Verkehrsarten (MIV, ÖPNV, Fuß, Rad, Parken)
- Bedarfsdeckung und Verkehrsführung durch relevante Maßnahmen



Die Probleme des Einzelhandels können selbst bei hocheffektiver Kooperation nicht völlig gelöst werden, denn sie haben vor allem konjunkturbedingte und andere Ursachen. Trotzdem kann mit einer umfassenderen Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in der Stadt einiges für die Stadt und deren Bewohner, den Einzelhandel, die Gastronomie, die Selbstständigen und andere Dienstleister erreicht werden.

2.2.5.2. Leitsatz

Die Innenstadt verbindet eine barocke Atmosphäre mit dem modernen, lebendigen Puls unserer Zeit. Die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen nach differenzierten Angeboten zum Einkaufen, Wohnen, Arbeiten und Verweilen, um Kultur und Historie zu (er-)leben sowie Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, sind erfüllt.

2.2.5.3. Strategische Ziele

1. Die Akteure in der Innenstadt verfolgen gemeinsam entwickelte Strategien, bündeln ihre Anstrengungen und agieren vernetzt. Sie stimmen sich in Arbeitskreisen und über ein **gestaltendes City-management** untereinander ab.
2. Die Innenstadt wird aktiv gestaltet. Sie verfügt über eine hohe Aufenthaltsqualität, die sich in Ruhe- und Bewegungsräumen, Sicherheit und Sauberkeit zeigt. Das **harmonische Zusammenspiel von Tradition und Moderne** schafft eine besondere Atmosphäre und Möglichkeiten für alle Generationen.
3. In der Innenstadt gibt es **qualitätvollen Wohnraum** für unterschiedliche Zielgruppen und Generationen.
4. Ein **attraktiver Mix von Einzelhandel und Dienstleistung** in der Innenstadt erfüllt die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden.
5. **Feste, Aktionen und Gastronomie** beleben die Innenstadt zu den Ladenöffnungszeiten und außerhalb.
6. **Sanierungsdefizite sind beseitigt.** Attraktiver gestaltet werden Gebäude, die nicht Ludwigsburgs städtebaulichen Qualitätsniveaus entsprechen.

7. Die charakteristische Barock-Struktur ist durch eine **angemessene Architektur- und Freiraumgestaltung** konsequent weiterentwickelt. Nicht anpassungsfähige Strukturen werden in ihrer Wirkung auf das Stadtbild gemildert. Passagen und Durchbrüche machen es leichter und angenehmer, sich in der Innenstadt zu bewegen.

2.2.5.4. Auszug aus dem Masterplan

5 Lebendige Innenstadt Stand 18.07.2006
 Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg
Leitsatz Die Innenstadt verbindet eine barocke Atmosphäre mit dem modernen, lebendigen Puls unserer Zeit. Die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen nach differenzierten Angeboten zum Einkaufen, Wohnen, Arbeiten und Verweilen, um Kultur und Historie zu (er-)leben sowie Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, sind erfüllt.

5 Masterplan Masterplan Offensive Innenstadt
 Prozessverantwortlich Frank Steinert (FB 89)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
Strategisches Ziel 5.1 Die Akteure in der Innenstadt verfolgen gemeinsam entwickelte Strategien, bündeln ihre Anstrengungen und agieren vernetzt. Sie stimmen sich in Arbeitskreisen und über ein gestaltendes Citymanagement untereinander ab.									
5.1.1	Kundenbindungssysteme	1	Prüfung der Teilnahmereitschaft des Einzelhandels an einer City Card. Festlegung der organisatorischen Struktur (bsp. neuer übergeordneter Verein) und personellen Besetzung. Einbindung der PAG und Stadtwerke.	P	2006	nein	Frau Karg (IV), Herr Steinert (89)	Lucy, Innenstadtakeure, Bds	Betreiberstruktur abhängig von der Bildung eines übergeordneten Vereins - Stadt ist nur ein Beteiligter.
5.1.2	Öffnungszeiten	1	Ausweitung und Vereinheitlichung von Kernöffnungszeiten durch Gespräche mit Einzelhändler. Keine einheitlichen Öffnungszeiten durch geringe Einsicht des EHS, aber Hoffnung auf Signal durch längere Öffnungszeiten der WilhelmGalerie. Erstes Ziel wäre eine einheitliche Öffnung an Samstagen bis 18.00 Uhr.	P	2006/2007	nein	Frau Karg (IV)	89, Lucy, Innenstadtakeure, Bds	Eröffnung Wilhelm-Galerie soll Impuls geben für die Innenstadtakeure.
5.1.3	Einheit der Innenstadtakeure	2	Darstellung nach Außen als Einheit „Innenstadt“ durch gemeinsame Veranstaltungen, Werbung und Aktionen. Ausweitung des „Boulevard Ludwigsburg“.	P	Kontinuierlich	nein	Frau Karg (IV)	89, Lucy, Innenstadtakeure, Bds	
5.1.4	Stärkung der „Vereinigung Ludwigsburger Innenstadtakeure“	1	Verbreiterung der Mitgliederstruktur bzw. Zielgruppen; Bilden einer Einheit innerhalb der Straßengemeinschaften.	P	2006	nein	Frau Karg (IV)		
5.1.5	Optimierung der einzelbetrieblichen Leistungsfähigkeit	1	Erarbeitung eines Angebots von „Best Practice“- Vorträgen für innerstädtische Einzelhändler. IHK bietet unregelmäßig Schulungsangebote für den Einzelhandel an.	U	Kontinuierlich	nein	Herr Boucsein (IHK)	Lucy, Innenstadtakeure, Bds	

Strategisches Ziel 5.2 Die Innenstadt wird aktiv gestaltet. Sie verfügt über eine hohe Aufenthaltsqualität, die sich in Ruhe- und Bewegungsräumen, Sicherheit und Sauberkeit zeigt. Das harmonische Zusammenspiel von Tradition und Moderne schafft eine besondere Atmosphäre und Möglichkeiten für alle Generationen.									
5.2.1	Kaffeberg	1	Der Vorentwurf ist fertig und umsetzbar. Im Rahmen des politischen Beschlusses zum Haushaltsplan 2006 wurde die Maßnahme zurückgestellt.	R	2007	ab 2007 im Haushalt eingestellt	Herr Hornig (61)	60, 65, 67, (32), private Investoren, Haus- und Grundbesitzer	Abhängig von der Prioritätensetzung des GRs.
5.2.2	Myliusstraße, Schillerplatz, Zufahrtsstraßen zur Schillerstraße	3	Verkehrskonzeption und Vorentwurf unter Einbeziehung KSK und Westausgang (einschl. Parkierung) wird durch neues Gutachten Hupfer erarbeitet und wurde bereits in der Verkehrsklausur vorgestellt.	P	1. Halbjahr 2006	Myliusstraße = Nein; Schillerstraße = Ja (im Finanzplan ohne Mittel bis 2010); Schillerplatz = Ja 2006 = 30.000 C 2007 = 30.000 C (im Projekt Mathilde/Rathaus enthalten)	Herr Ressler (61) Herr Hornig (61)	60, 65, 67, (32), private Investoren, Haus- und Grundbesitzer	Wird im Rahmen des Projekts Snowball behandelt.
5.2.3	Lindenstraße	3	BTU wurde am 14.04.2005 über die Vorlage 129/05 „Straßenplanungen und Straßenbaumaßnahmen in der Innenstadt 2005 bis 2007“ informiert	E	Vorhaben nicht vor 2008 vorgesehen	nein	Herr Hornig (61)	32, 61, 67	Abhängig von der Prioritätensetzung des GRs.
5.2.4	Kirchstraße (Bereich südlich der Lindenstraße), Stadtkirchenplatz und östliche Asperger Straße bis Körnerstraße	3	Entwurfsbeschluss 2003, Detailbeschluss am 01.12.2005. Vergabe und Baubeschluss im Februar 2006 Baubeginn im ersten Abschnitt ab März 2006	U	Fertigstellung bis Ende 3. Quartal 2006	Ja (im Projekt Mathilde/Rathaus enthalten) 2006 = 900.000 € 2007 = 780.000 €	Herr Hornig (61) Herr Renz (67)	60, 65, (32), private Investoren, Haus- und Grundbesitzer	
5.2.5	Westl. Asperger Straße bis Körnerstraße	1	Planung der Straßenneugestaltung im Zusammenhang mit der Entwicklung der WilhelmGalerie. Entwurfsbeschluss am 01.12.2005 Abschnitt zwischen Garten- und Hospitalstraße ist im Haushalt 2006 ff. noch nicht vorgesehen.	V	Baubeginn Ende 2006 / Anfang 2007	Ja 2006 = 350.000 € 2007 = 630.000 € (Beträge)	Herr Hornig (61) Herr Renz (67)	60, 65, 67, 89	Abhängig von Entwicklung Wilhelm-Galerie.

2.2.6. Zusammenleben von Generationen und Nationen

2.2.6.1. Herausforderungen und Chancen

Für das Zusammenleben verschiedener Nationen ist eine Integration aller in Ludwigsburg lebenden ethnischen Gruppen, Kulturen und Religionen die Grundvoraussetzung.



Bereits 1997 wurde in Ludwigsburg ein „Grundsatzprogramm zur Integration ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner“ beschlossen. Schon damals wurden die Problemlagen recht ausführlich beschrieben und Lösungsansätze aufgezeigt. Knapp zehn Jahre später hat man den Eindruck, dass sich an den Problemen nichts geändert hat, sondern diese eher noch zugenommen haben. Die PISA-Studien haben gezeigt, dass die Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund weiter gesunken sind und viele dieser Kinder und Jugendlichen weder einen qualifizierten Schulabschluss erreichen, noch einen Ausbildungsplatz bekommen. Dies gilt bundesweit und ist natürlich auch ein gesamtgesellschaftliches Problem. Bei einem über zwanzigprozentigen Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Ludwigsburg sind wir aber auch auf lokaler Ebene zum Handeln gezwungen.

Integration ist hierbei eine Querschnittsaufgabe und berührt dabei die vielfältigsten Themen wie Bildung, Betreuung, Geschlechtergerechtigkeit, Jugendarbeit, Senioren und Wohnen. Es genügt nicht, in einzelnen Problemfeldern zu handeln, sondern es erfordert einen **ganzheitlichen Lösungsansatz**, der gewährleistet, dass alle Maßnahmen zielgerichtet und koordiniert angegangen werden.

Es hat sich gezeigt, dass für das Gelingen einer Integration der **Erwerb der deutschen Sprache** unabdingbar ist. Schon seit Jahren wird in Ludwigsburg ein starkes Augenmerk auf die Sprachförderung im Bereich der Kindertagesstätten und Schulen gerichtet. Hier müssen die Anstrengungen künftig noch weiter verstärkt werden. Mit den neu eingerichteten Integrations- und Sprachkursen für neu zugezogene und schon bereits hier lebende Ausländer/innen wurde ein zusätzliches wichtiges Angebot gemacht. Es muss nun von den Migrantinnen und Migranten eingefordert werden, dass sie dieses Angebot noch viel stärker annehmen. Ein weiteres wichtiges Anliegen der Zukunft wird die Elternbildung sein. Die Erziehungskompetenz der Eltern muss so gestärkt werden, dass sie sich wieder für ihre Kinder verantwortlich fühlen und ihnen einen guten Einstieg ins Schul- und Berufsleben ermöglichen können.

Die Diskussion um die Verlegung des Gebetshauses der Islamischen Gemeinschaft in die Solitudeallee hat gezeigt, dass die Menschen noch viel zu wenig übereinander wissen, dass Ängste und Vorurteile ihr Verhalten

prägen. Mit den Runden Tischen und den Dialogveranstaltungen wurde ein erster Versuch unternommen, miteinander ins Gespräch zu kommen. Dieser interkulturelle und interreligiöse Dialog muss fortgesetzt werden. Nicht nur mit der Islamischen Gemeinschaft, sondern mit allen Kulturen und Religionen. Der Dialog muss offen, transparent und vor allem ehrlich geführt werden. Absichtserklärungen und Wunschdenken allein reichen nicht aus. Es sollte das Prinzip „Fördern und Fordern“ gelten. In dem Prozess sollte es auch zwischen allen Beteiligten zu einer Klärung kommen, wie sie zum Staat und zur Rechts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik stehen.

Die Auswirkungen des **demografischen Wandels** werden unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren entscheidend prägen. Sie werden auch hier in Ludwigsburg erlebbar sein. Wir werden immer weniger Kinder und immer mehr ältere Menschen in der Stadt haben. Wir werden älter, bunter und weniger. Dieser Wandel kann auf kommunaler Ebene nur bedingt beeinflusst werden.

Ziel einer zukunftsorientierten, vorausschauenden Stadtentwicklung muss es sein, im Schulterschluss zwischen Politik, Stadtverwaltung, Bürgerschaft, Vereinen, Wirtschaft, freien Trägern und öffentlichen Einrichtungen Handlungsebenen zu entwickeln, um auf die sich ändernden Rahmenbedingungen mit adäquaten Mitteln reagieren zu können. Die kommunale Infrastruktur wird sich diesen Veränderungen anpassen müssen. Dabei ist der Vernetzung und Transparenz der unterschiedlichen Angebote und Träger in Zukunft ein hoher Stellenwert beizumessen.



Anpassungen der städtischen Infrastruktur werden insbesondere mit Blick auf die wachsende Zahl hochbetagter Menschen nötig sein. Aufgrund der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen ist eine sorgfältige Planung unabdingbar. Flexible, dezentrale Angebote werden neben einem steigenden stationären Versorgungs- und Betreuungsbedarf dann immer notwendiger. Die Themen „Wohnen im Alter“, „Alternative Wohnformen“, „Selbstbestimmtes Wohnen im Alter“ und Wohnraumanpassungen werden an Bedeutung gewinnen. Die sinkende Mobilität der Älteren wird sich auf den Verkehr, den ÖPNV und den Einzelhandel auswirken. Das Bedürfnis nach einer „Stadt der kurzen Wege“ wird zunehmen.

Es wird auch darum gehen, Konzepte und Strukturen zu entwickeln, die zu einem Paradigmenwechsel des Altersbilds führen und neue positive Verantwortungsrollen für ältere Menschen zulassen. Wichtig dabei ist, dass die Stadt der Engagementbereitschaft und dem Ideenreichtum der älteren Generation mit entsprechenden Strukturen, Konzepten, Projekten und Tätigkeitsfeldern begegnet. Wichtig ist es auch, die produktive Einbindung der älteren Menschen in die Gesellschaft zu fördern und den Aufbau stützender Netzwerke zu forcieren.

Bei städtischen Projekten wie der Anlaufstelle für das Bürgerschaftliche Engagement oder dem „Initiativkreis Begegnungsstätte Kurfürstenstraße“ wird der wachsenden Engagementbereitschaft der älteren Menschen Rechnung getragen. Neue Formen der Begegnung zwischen den verschiedenen Generationen müssen noch initiiert und gestaltet werden. Dies kann in bestehenden und geplanten Begegnungsstätten erfolgen, in Kinder- und Familienzentren und Mehrgenerationenhäusern, aber auch ganz normal im Alltag.

2.2.6.2. Leitsatz

Die Stadt entwickelt sich familienfreundlich und generationengerecht weiter. Menschen und Institutionen sind durch Netzwerke verbunden. Die Menschen leben unabhängig von Herkunft, Weltanschauung, Religion, Nationalität, Alter oder Geschlecht in gleichberechtigter Teilhabe am Stadtgeschehen, in guter Nachbarschaft und sozialen Ausgewogenheit und in gegenseitigem Respekt.

2.2.6.3. Strategische Ziele

1. Ein **Gesamtkonzept Integration für Generationen, Nationen und Kulturen** liegt vor und wird umgesetzt. Die Chancengleichheit von Frauen und Männern und die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen bei Entscheidungsprozessen (das so genannte Gender Mainstreaming) sind als Leitprinzip berücksichtigt.
2. Internationale sowie interkulturelle **Bildungs- und Betreuungsangebote** stehen bereit.
3. Es sind dezentral **Stätten der Begegnung** und des Miteinanderlebens von Generationen und Nationen eingerichtet, wie Mehrgenerationenhäuser oder Kinder- und Familienzentren.
4. **Sozial Benachteiligte** werden gefördert.
5. Das **Ehrenamt für Migranten und von Migranten** wird systematisch gefördert. Dabei wird ihre besondere Lebenslage berücksichtigt.
6. Das **Netzwerk Integration / Ludwigsburg – Partner der Welt** ist installiert und funktioniert.
7. **Begegnung zwischen Migranten und Deutschen** wird gefördert. Besondere Möglichkeiten und Angebote für Seniorinnen und Senioren sind geschaffen.
8. **Interkulturelle Angebote** machen es leichter, voneinander zu lernen und stärken die Gemeinsamkeiten in einer vielfältigen Bürgerschaft.

2.2.7.Grün in der Stadt

2.2.7.1. Herausforderungen und Chancen

Mensch und Natur sind nicht zu trennen. Doch es ist ein ungleiches Paar. Die Natur kann sich gegen massive Eingriffe der Menschen nicht wehren. Sie verliert – und damit verliert auch der Mensch. Der Rückgang und das Verschwinden heimischer Tier- und Pflanzenarten, meist bedingt durch eine Änderung unserer Kulturlandschaft und verstärkter Bautätigkeit, sowie die Zunahme von Naturkatastrophen aufgrund des Klimawandels, haben uns die Augen geöffnet und zu einer neuen Wahrnehmung unserer Umwelt geführt.

Ein sehr anschauliches Beispiel dafür ist der Umgang mit Gewässern, speziell mit Flüssen, die man nicht umsonst auch als Lebensadern bezeichnet. Ein Umdenken hat hier längst eingesetzt – sowohl in der Gesetzgebung, zum Beispiel durch die Europäische Wasserrahmenrichtlinie und die Neufassung des Wasserrechts, als auch bei den öffentlichen Entscheidungsträgern. Die Beziehung der Menschen zu Flüssen war auch in der Vergangenheit geprägt durch verschiedene Richtungswechsel, so wie die Flüsse mit ihren Schleifen und Biegungen selbst. Das gilt auch für den Neckar, der sich auf einer Länge von neun Kilometern über die Ludwigsburger Markung schlängelt.

Der Neckar ist von jeher ein wichtiger Transportweg gewesen, diente früher auch der Wasserver- und -entsorgung und bot einer reichen Fauna und Flora Lebensraum. Im 19. und 20. Jahrhundert allerdings erlebte diese Beziehung einen krassen Bruch. Wie viele andere Flüsse musste auch der Neckar vorrangig ein sicherer Verkehrsweg sein, um in der aufstrebenden



Der Neckar fließt auf einer Länge von neun Kilometern über die Ludwigsburger Markung

Industriegesellschaft Wirtschaftsgüter zu transportieren. Er wurde ausgebaggert, eingefasst und mit Schleusen und Kanälen „gezähmt“.

Dass sich der Umgang mit dem Fluss und der Natur wieder ändern muss, erkannten Fachleute und Bevölkerung Ende des 20. Jahrhunderts gleichermaßen. Seither entstanden kluge Ideen und ausgewogene Konzepte, um die Interessen von Wirtschaft und Landwirtschaft, den Freizeit- und Erholungsbedarf und die Anforderungen der Natur wieder in Einklang zu bringen.

Beispiele wie das Landesprojekt IkoNE, die Ansätze der „Grünen Nachbarschaft“ oder die Idee des Landschaftsparks der Region Stuttgart mit dem hierbei integrierten Landschaftspark Neckar zeigen, dass die Arbeit rund um das Thema Mensch und Umwelt Früchte zu tragen beginnt.

Stand seither fast ausschließlich die „graue Infrastruktur“ für die wirtschaftliche Entwicklung und den Fortschritt im Vordergrund, so gewinnt heute die „grüne Infrastruktur“ immer mehr an Bedeutung. Nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern auch weil Natur- und Grünflächen entscheidend die Aufenthalts- und Lebensqualität verbessern. Grün in der Stadt im unmittelbaren Wohnumfeld und auch in der sich im Wandel befindlichen Innenstadt ist für die Wohnqualität von großer Bedeutung.

Aus all diesen Überlegungen heraus stellt sich nun für die Stadt Ludwigsburg die Aufgabe, ein schlüssiges grünplanerisches Gesamtkonzept in Form eines **Grünleitplans** für die Stadt in Verbindung mit dem Neckar zu entwickeln und voranzutreiben. Etliche Projekte sind in der Planung oder bereits auf dem Weg der Verwirklichung (zum Beispiel Umgestaltung des Neckarufers bei den Uferwiesen in Hoheneck, Neckarseitenarm Zugwiesen, Grünanlage Hungerberg, Grünzug Pflugfelden). Verschiedene Bestands- und Entwicklungspläne sind schon vorhanden, die sinnvoll zusammen- und weitergeführt und letztlich bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes und des Landschaftsplanes integriert werden müssen.

Vielfältige Nutzungen, viele Möglichkeiten und Chancen für die teils miteinander verwobenen, teils einander entgegenstehenden Interessen von Pflanzen, Tieren, Menschen sind zu berücksichtigen. Um eine größtmögliche Akzeptanz der Pläne und Konzepte zu erzielen, müssen die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie die unterschiedlichsten Interessensträger aktiv die beabsichtigten Prozesse begleiten und mit ihrem Engagement dann auch unterstützen. Mit der Zukunftskonferenz und der Umsetzung deren Ergebnisse und Ziele wird hierbei das bürgerschaftliche Interesse und Engagement entscheidend gefördert.



Ludwigsburg ist auch eine Stadt der Alleen

2.2.7.2. Leitsatz

Das durchgängige Grün in der Stadt verbindet Ludwigsburg mit dem Neckar, der grünen Nachbarschaft und der Region. Es bietet Aufenthalts- und Lebensqualität und wertet das Stadtklima auf.

2.2.7.3. Strategische Ziele

1. Der Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan und Grünleitplan ist das zentrale Element für die **„Grüne Zukunft“ Ludwigsburgs**. Dieses wird ergänzt durch einen Spielplatz-Entwicklungsplan.
2. Die Verwaltung fördert und stärkt das **bürgerschaftliche Engagement**. Das **„Grüne Forum“** bündelt bürgerschaftliches Interesse und Engagement für Natur und Umwelt. **Patenschaften** finden Anerkennung durch mehr öffentliche Aufmerksamkeit.
3. Es gibt **mehr „Grün in der Stadt“**. Die bestehenden Grünflächen werden erhalten, ausgeweitet, aufgewertet und vernetzt. „Weiße“ Flächen werden zeitweise genutzt. Haus-, Dach-, Garten- und Hofbegrünungen stärken die Lebensqualität und damit die Zukunftsfähigkeit der Stadt.
4. **Offene, begrünte Innenhöfe** beleben die Innenstadt.

2.2.8. Mobilität

2.2.8.1. Herausforderungen und Chancen

In der Stadt Ludwigsburg hat sich der PKW-Bestand seit 1985 um 40% erhöht, seit 1950 sogar um ca. 1.500% – die Länge des gesamten Straßennetzes der Stadt von rund 250 Kilometern ist seitdem allerdings nur unwesentlich gewachsen. Auch die Bevölkerungszahl ist in den letzten Jahrzehnten gleich geblieben. Pro Tag finden mit dem Ludwigsburger PKW-Bestand durchschnittlich 350.000 Fahrten statt. Das Mobilitätsverhalten der Verkehrsteilnehmer nutzt die Kapazitäten des Straßenverkehrsnetzes jeweils bis zur Obergrenze der Leistungsfähigkeit aus.

Ziel der Verkehrsplanung ist es, die **Kapazität des bestehenden Straßennetzes durch planerische und technische Maßnahmen beständig auszuweiten und zu optimieren**. Seit längerem kann der motorisierte Individualverkehr teilweise nur noch eingeschränkt stadtverträglich abgewickelt werden. Dies zeigt sich insbesondere an den Emissionsbelastungen und stadträumlichen Trennwirkungen der verkehrsbündelnden Hauptverkehrsstraßen ins Vorfahrtsstraßennetz der Stadt Ludwigsburg (Frankfurter Straße, Bottwartalstraße, Schlossstraße / Stuttgarter Straße, Schwieberdinger Straße / Friedrichstraße). Mit der damaligen Entscheidung, die B 27 entlang dem Schloss mehrspurig auszubauen, um einerseits den innerstädtischen Durchgangsverkehr, andererseits den örtlichen Ziel- und Quellverkehr leistungsfähig zu bündeln, konnte eine hohe Stadtverträglichkeit des motorisierten Individualverkehrs hergestellt werden. Wäre dies nicht geschehen, würden heute weite Teile der Stadtfläche durch unauflösbare Nutzungskonflikte geprägt sein.

Die verkehrsbündelnden Vorfahrtsstraßen sind für die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung derart attraktiv, dass sie bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit belastet sind, was zum Teil zu sehr hohen Verkehrsmengen führt, die die räumlichen Beziehungen zwischen den jeweils angrenzenden Stadtteilen nachhaltig stören. Um diese Konflikte aufzulösen, beziehungsweise zu mildern, müssen die Verkehrsmengen an den betroffenen Stellen nachhaltig gesenkt werden. Hierbei sollte den Mobilitätsbedürfnissen, die aus der Ost-West gerichteten Siedlungsstruktur der Stadt Ludwigsburg resultieren, im Netz besser Rechnung getragen werden.

Aber nicht nur die B 27 mit ihren ca. 60.000 Kfz pro Tag ist eine der leistungsfähigen Verkehrsachsen, die die Stadt Ludwigsburg in Nord-Süd Richtung durchqueren, sondern auch die zu ihr parallel verlaufende S-Bahntrasse, auf der jeden Tag jeweils 60.000 und 70.000 Fahrgäste transportiert werden – sie hat eine vergleichbare **Bündelungswirkung von Mobilitätsbedürfnissen**. Zwar steigen nicht alle Reisende in



Die B 27 mit ihren 60.000 Kraftfahrzeugen pro Tag ist eine der leistungsfähigen Verkehrsachsen, die die Stadt Ludwigsburg in Nord-Süd-Richtung durchqueren

Ludwigsburg aus oder ein, aber immerhin noch täglich über 30.000 Personen. Damit ist der Ludwigsburger Bahnhof als Verknüpfungspunkt zwischen den Verkehrsträgern Fußgängerverkehr, Schienenverkehr und Bus-ÖPNV belebter als zum Beispiel die ICE-Bahnhöfe von Heidelberg und Ulm und belegt in Baden-Württemberg schon den siebten Platz hinsichtlich der Verknüpfungsfrequenz. Insbesondere in der Verknüpfung mit den anderen Verkehrsträgern gibt es jedoch Defizite: Noch ist der Bahnhof nicht an die wichtigen Siedlungs- und Gewerbegebiete in der Weststadt fußläufig angebunden, noch gibt es keine elektronischen Hinweistafeln, die dem Kunden schnell und bequem Informationen vermitteln.

Eine besondere **Stärke des Bussystems** in Ludwigsburg sind die stark zentralisierten Mobilitätsbedürfnisse seiner Nutzer: Auf Grund der Konzentration der weiterführenden Schulen in der Innenstadt (Schulcampus) kann die Verknüpfung der unterschiedlichen Richtungen an zentraler Stelle sehr wirtschaftlich betrieben werden. Defizite gibt es im Busnetz noch bei der Flächenerschließung und teilweise der Busbeschleunigung, hier insbesondere in den östlichen Stadtgebieten. Die Busbeschleunigung wird in Ludwigsburg politisch zum Teil wieder kontrovers diskutiert. Deswegen ist es notwendig abzuwägen, unter welchen Bedingungen der Busverkehr für seine Fahrgäste so attraktiv bleiben kann, dass Leistungsfähigkeit und Angebote sogar noch ausgebaut werden können. Wichtigster Aspekt bei der Gestaltung des Busangebotes ist die Verbindung des innerstädtischen Verkehrs mit dem S-Bahntakt, um möglichst vielen über das Stadtgebiet hinausgehenden Mobilitätsbedürfnissen gerecht zu werden.



Die Verknüpfung des S-Bahnangebots mit dem **Verkehrsmittel Fahrrad** konnte in letzter Zeit durch die erweiterten Abstellmöglichkeiten für Fahrräder am Bahnhof verbessert werden. Defizite gibt es im Fahrradnetz, das im Wesentlichen stadtweit ausgebildet ist. Die Netze sind aber zum Teil an entscheidender Stelle noch unterbrochen, was teilweise auf Kosten des Komforts und der Sicherheit geht. Mit wenigen Einzelmaßnahmen könnten hier wesentliche Verbesserungen erreicht werden. Hierzu gehört auch eine nachvollziehbare Ausschilderung des Radwegenetzes. Oft wird eine Ausweitung des Fahrradverkehrs als ein Mittel angesehen, die Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr nachhaltig zu senken. Da jedoch mit jeder Fahrradfahrt eine viel geringere Streckenleistung verbunden ist, kann das Fahrrad keine wesentlichen Auswirkungen auf die Summe der Kfz-Fahrleistung haben. Allerdings kann das Fahrrad im Nahbereich der Innenstadt ein geeignetes Ersatzverkehrsmittel sein - für deutlich weniger Staus, weniger Parksuchverkehr und mehr Aufenthaltsqualität.

Durch eine intelligente Verknüpfung der Verkehrsträger untereinander können Chancen eröffnet werden, die mit dem Verkehr einhergehenden Belastungen zu mildern. Der Verkehr ist ein dienendes Mittel zwischen örtlichen Zielen, die in einem stadttypischen räumlichen Zusammenhang stehen. Manchmal ist eine Bündelung und Zentralisierung von bestimmten Nutzungen hilfreich, um effektive Angebote über bestimmte Mobilitätsbedürfnisse machen zu können. Ein anderes Mal ist eine stärkere Mischung verschiedener Nutzungen hilfreich, um auf kurzem Wege tägliche Besorgungen erledigen zu können.

„Stadt der kurzen Wege“ bedeutet für Ludwigsburg, die Gewerbegebiete im Westen, die zentralen Funktionen der Innenstadt und die Wohnstandorte möglichst effektiv miteinander zu verbinden und die Nutzung so fortzuentwickeln, dass Mobilitätsbedürfnisse mit möglichst wenig Aufwand und stadtverträglich befriedigt werden können.

Entscheidende Merkmale der Verkehrssituation in Ludwigsburg sind deshalb die **Netzlücken** im Bereich des Radwegenetzes, im Bereich des Schienennetzes sowie im Bereich Straßennetzes für den motorisierten Individualverkehr. Es sind die **Brüche im Stadtraum** innerhalb homogener Wohnlagen (Frankfurter Straße, Friedrichstraße) zwischen wichtigen zentralörtlichen Funktionen und touristischen Attraktionen (Schlossstraße – Stuttgarter Straße). Es ist die Frage der Leistungsfähigkeit des wichtigsten **Verknüpfungspunktes** sämtlicher Verkehrsträger, der Bahnhof / ZOB in der Innenstadt mit sehr hoher zentralörtlicher Funktion. Es ist im Vergleich zur Gesamtstadt die sehr großflächige **Innenstadt** mit ihrer sehr langen Innenstadtachse zwischen Bahnhof und Marstall und der Frage ihrer attraktiven Erschließung für MIV, Bus, Fußgänger und Radfahrer. Besondere Belastungen ergeben sich zum Teil aus dem LKW-

Wirtschaftsverkehr im Zusammenhang mit Wohnlagen: Nicht nur hier stellt sich die Frage inwieweit durch Steuerung Verkehr stadtverträglicher abgewickelt werden kann. Dies betrifft auch den Pendlerverkehr, der zur Spitzenstunde Auslastungsprobleme mit sich bringt, sowie die Information über verschiedene Mobilitätsangebote insgesamt.

2.2.8.2. Leitsatz

In Ludwigsburg wird die Mobilität der Bürgerschaft umwelt- und sozialverträglich sichergestellt. Gezielte Baumaßnahmen und bessere Information helfen, die Verkehrsanlagen wirtschaftlich zu nutzen, die Kooperation der Verkehrsträger zu stärken und die Verkehrsströme stadtverträglich zu lenken.

2.2.8.3. Strategische Ziele

1. Zentrum und Stadtteile sind gut erreichbar. Dabei wird der Nachteil der Stadtstruktur – die Verkehrsachsen verlaufen von Nord nach Süd, Siedlungsschwerpunkte aber von Ost nach West – ausgeglichen. Dazu trägt ein **leistungsfähiges Radwegenetz** bei, das in den Richtungen Ost-West und Nord-Süd ergänzt ist und nun alle Stadtteile einschließt. **Netzergänzungen für motorisierten Individualverkehr** sind – wo notwendig und sinnvoll – insbesondere zur Entlastung der westlichen Stadtgebiete umgesetzt. Eine **Stadtbahn-Verbindung in Richtung Ost-West** ist auf Machbarkeit und Finanzierung geprüft worden.
2. **Fußgänger erleben die Stadt neu**, weil Brüche zwischen touristischen Zielen, attraktiven Zonen und der Innenstadt gemildert oder beseitigt sind. Zäsuren wie auf der Bundesstraße 27 (zwischen Schloss und Innenstadt) oder durch Vorfahrtsstraßen (zum Beispiel Frankfurter Straße, Schwieberdinger Straße / Friedrichstraße) sind minimiert.
3. Die wichtigsten **Knoten unterschiedlicher Verkehrsträger** im Stadtraum sind optimal erschlossen und funktional optimiert. Bahnhof und Haltestelle Favoritepark sind in ihrer Funktion gestärkt und besser an andere Verkehrsmittel angebunden.
4. Die **Innenstadt ist verkehrlich klar und nachvollziehbar geordnet**: Funktion der Straßenräume (Verbindung, Erschließung, Aufenthalt), Orientierung im Stadtraum und Erreichbarkeit von Zielen in der Innenstadt bilden die Eckpunkte. Der **Innenstadtring** mit seinen gleichmäßig ausgelasteten Parkierungsstandorten kann von allen Seiten gut angefahren werden. Die **Erschließungsachsen** (Schillerstraße - Mathildenstraße, Asperger Straße, Wilhelmstraße und Solitudestraße) unterstützen systematisch die Erreichbarkeit wichtiger Ziele für alle Verkehrsarten in der Innenstadt. **Attraktive Stellplatzangebote für Anwohner** fördern das Wohnen in der Innenstadt.
5. Innovationen bei der **Steuerung von Mobilität** bündeln und mindern Verkehrsströme. Die Stadt ist **vom Durchgangsverkehr entlastet**

– neben einzelnen Entlastungsstraßen auch durch die Verlagerung von Individualverkehr auf den Öffentlichen Nahverkehr. Verbesserung bei Taktung, Netz und Komfort sowie neue Verkehrsmittel **stärken den Öffentlichen Personennahverkehr. Betriebliches Mobilitätsmanagement** beeinflusst den beruflichen Pendlerverkehr. Durch genaue Information über die Mobilitätsangebote nutzen Bürger die für sie jeweils optimalen Angebote. Der Wirtschaftsverkehr wird stadtverträglicher abgewickelt.

2.2.8.4. Auszug aus dem Masterplan

8 Mobilität Stand 11.01.2007
 Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg
Leitsatz In Ludwigsburg wird die Mobilität der Bürgerschaft umwelt- und sozialverträglich sichergestellt. Gezielte Baumaßnahmen und bessere Information helfen, die Verkehrsanlagen wirtschaftlich zu nutzen, die Kooperation der Verkehrsträger zu stärken und die Verkehrsströme stadtverträglich zu lenken.
8 Masterplan Gesamtverkehrspl an (GVP) / Mobilitätskonzept für Ludwigsburg
 Prozessverantwortlich Ulrike Dressler-Uetz (FB 61)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
-----	----------------------	---------------	--------------	---	----------	----------	---------------------------------	----------------------------	--

Strategisches Ziel 8.1 Zentrum und Stadtteile sind gut erreichbar. Dabei wird der Nachteil der Stadtstruktur – die Verkehrsachsen verlaufen von Nord nach Süd, Siedlungsschwerpunkt aber von Ost nach West – ausgeglichen. Dazu trägt ein leistungsfähiges Radwegnetz bei, das in den Richtungen Ost-West und Nord-Süd ergänzt ist und nun alle Stadtteile einschließt. Netzergänzungen für motorisierten Individualverkehr sind – wo notwendig und sinnvoll – insbesondere zur Entlastung der westlichen Stadtgebiete umgesetzt. Eine Stadtbahn-Verbindung in Richtung Ost-West ist auf Machbarkeit und Finanzierung geprüft worden.									
8.1.1	Projekt Verkehrsentslastung Eglshheim	1	Untersuchungen haben gezeigt, dass ein 4-spüriger Tunnel unter der Frankfurter Straße Eglshheim zwar wirksam vom Autoverkehr entlasten kann, jedoch ca. 100 Mio. € kosten dürfte. Hierzu hat die Stadt Alternativen untersucht. Die Verkehrswirksamkeitsanalysen lassen erkennen, dass Alternativen zum 4-spürigen Tunnel Frankfurter Straße denkbar sind. Diese wurden in einer Matrix gegenüber gestellt und bewertet. Mit Vorlage 667/06 soll über das weitere Vorgehen entschieden werden: vor allem, welche Varianten in die konkrete Planung übergehen. GR-Beschluss am 21.12.2006: Rechtl. Machbarkeit Variante A884 soll mit Land und Bund geprüft werden.	U	Ergebnisse Machbarkeit und Kosten liegen vor. Varianten-Auswahl bis März 2007; Klärung Realisierungschancen 1. Hj. 2007		Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	Extern: Nachbarkommune Asperg, Land und Bund. Intern: 61, 67, SEK, Bürgerschaftliches Projekt „B 27 Lösung für Eglshheim“	Die ursprünglich Tunnelrücklage wurde in eine Mobilitätsrücklage umbenannt, aus der auch andere Straßenbau- oder Mobilitätsprojekte finanziert werden können. Vorlage 532/06, 580/06, 667/06
8.1.2	Masterplan Straßenneubauprojekte - Südrandspange - Eisenbahnstraße - Westrandstraße (Strombergstraße) - Ostrandspange	2	Auf der Ebene der Gesamtstadt müssen alle Straßenneubauprojekte auf Verkehrswirksamkeit untersucht und bewertet werden. Sinnvolle Projekte müssen in Zusammenhang der gesamtstädtischen Finanzen gestellt werden. Über eine Priorisierung soll ein „Masterplan Straßenneubauprojekte“ entwickelt werden. Erste Untersuchungsergebnisse liegen vor. Gesamtbewertung erst möglich, wenn entschieden ist, welche Variante für die Entlastung Eglshheim weiterverfolgt werden soll.	V	Erste Ergebnisse voraussichtlich Frühjahr 2007		Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	Extern: Alle Nachbarkommunen (IKARUS), RP, Land und Bund. Intern: 61, 67, SEK	Finanzierbarkeit vorerst ungeklärt, Konkurrenz zu anderen wichtigen Investitionsprojekte wie Bildung und Betreuung
8.1.3	Projekt Machbarkeit Stadtbahn prüfen		Nach Stilllegung der Bahnlinie nach Markgröningen 2005 haben Region und Landkreis mit Beteiligung der betroffenen Gemeinden die Voraussetzung für Vergabe der notwendigen Machbarkeitsstudie geklärt. Im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung hat der Landkreis ein geeignetes Büro ermittelt. Im Rahmen dieser Arbeiten erhält die Stadt auch Angaben über zusätzliche Planungskosten, die zur Klärung der Machbarkeit der von den Grünen beantragten Stadtbahnlinie nach Ludwigsburg-Nord (Vorl. 550/05) erforderlich sind; hierüber kann im ersten Quartal 07 entschieden werden.	V	Erste Ergebnisse der Untersuchung voraussichtlich Sommer 2007		Landkreis Ludwigsburg und Helmut-Mario Reiter (FB 61)	Extern: Verband Region Stuttgart; Gemeinden Markgröningen, Möglingen, Remseck Intern: 61, 67, ÖPNV	Verkehrsverlagerung Bus / Straße - Schiene, Konkurrenz LB-Nord - Innenstadt
8.1.4	Projekt Busnetzoptimierungen prüfen (Teilmasterplan ÖPNV)		Technische Machbarkeit, Kosten und erkennbare Auswirkungen von Vorschlägen werden zur Zeit von Verwaltung und Busunternehmen geklärt: - Neuer Wartehaustyp wird schon aufgestellt. Vereinbarung mit - Werbeeunternehmen für ein Austauschprogramm in Arbeit. - Kosten einer Taktverdichtung auf der Buslinie 424 (ZOB - LB-Nord) geklärt. - Taktverdichtung auf der Buslinie 533 (Markgröningen - LB - Pattonville - RE) in Vorbereitung. - Neue Haltestellen in Poppenweiler, Grünbühl in Planung, Haus Edelberg kostenmäßig fraglich	V	Erste Ergebnisse der Untersuchung voraussichtlich Sommer 2007		Planung: Helmut-Mario Reiter (FB 61); Herbert Ade (ÖPNV); Bau: FB 67	Extern: Landkreis, VVS, RBS, LVL	Verkehrsverlagerung Bus / Straße - Schiene, Konkurrenz LB-Nord - Innenstadt
8.1.5	Projekt Fußgänger- und Radfahrernetze ergänzen (Teilmasterplan Radverkehr)	3	Der Entwurf eines Maßnahmenplans zur Förderung des Radverkehrs auf Basis des beschlossenen Radwegezielnetzes wurde beschlossen. Der Maßnahmenplan beinhaltet folgende Teile: Teil A: Radnetzlücken schließen Teil B: Örtliche Verbesserungsmaßnahmen und Mängelbeseitigung Teil C: Beschilderung und Leitsysteme Teil D: Abstellanlagen Teil E: Marketingmaßnahmen Der Maßnahmenplan wurde einer Priorisierung unterzogen.		Entscheidung zu Schulcampus, Wegweisung und Radnetzschlüssen in 2007 möglich		Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	Extern: ADFC, VCD, Selbstbestimmt Mobil, Stadtseniorenrat Intern: 61, 67, 32	Vorlage 250/03, 669/06, 702/06

2.2.9. Bildung und Betreuung

2.2.9.1. Herausforderungen und Chancen

Ein Wohnort ist vor allem auch dann attraktiv, wenn sich dort Kinder und Karriere gut vereinbaren lassen. Erschreckend ist, dass nahezu 50% der Akademikerinnen heute keine Kinder mehr bekommen. Um jedoch eine gute Durchmischung der Kinder in Kindergarten und Schulen zu erreichen, brauchen wir mehr Kinder aus bildungsnahen Familien. Auch wenn unterschiedlichste Veränderungsprozesse in der Gesellschaft erforderlich sind, braucht es zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen flächendeckenden Aus- und Umbau der Kinderbetreuung, auch für Kinder unter drei Jahren, für Schulkinder sowie ein größeres Angebot an Ganztagesplätzen. Eltern brauchen eine höhere Verlässlichkeit, mehr Flexibilität und eine längerfristige Planbarkeit. Vorhandene Betreuungslücken und Brüche wie zum Beispiel beim Übergang vom Kindergarten in die Schule oder in den Ferien müssen vermieden werden.



Bei der Kinderbetreuung spielen jedoch nicht nur die Betreuungszeiten, sondern auch die **Qualität des vorhandenen Bildungs- und Betreuungsangebots** eine wichtige Rolle. Der persönliche Bildungs- und Ausbildungserfolg hat nachhaltigen Einfluss auf die Arbeitsmarkt-Chancen des Einzelnen sowie auf das persönliche Einkommens- und Wohlstandsniveau.

Die Bildungschancen des Einzelnen sind jedoch nicht nur von Intelligenz und Lernbereitschaft abhängig, sondern werden in einem hohen Ausmaß von Nationalität, Geschlecht, sozialer Herkunft, Lebenslage und dem Bildungshintergrund der Familie vorbestimmt. Die PISA-Studien belegen, dass in keinem anderen Bundesland der Abstand zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund größer ist, als in Baden-Württemberg. Besonders erschreckend ist, dass sich dies seit den 80er Jahren substantiell nicht verändert hat, wie die Verteilung von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund auf die verschiedenen Schulformen belegt.

In Ludwigsburg sieht die Verteilung von Kinder mit Migrationshintergrund wie folgt aus: Grundschule 37%, Hauptschule 60%, Realschule 45 %, Gymnasium 6,5%. Schaut man jedoch die einzelnen Schulen genauer an, so stellt man in Ludwigsburg große Unterschiede zwischen den Einzugsgebieten fest. Während in der Innenstadt, zum Beispiel an der Anton-Bruckner Grundschule 47% der Kinder an die Hauptschule und 21% ans Gymnasium wechseln, ist es an der Schlösslesfeldschule mit 54% der Kinder, die aufs Gymnasium und 29% der Kinder, die an die Hauptschule wechseln, gerade umgekehrt.

Um dieses Integrationsdefizit auszugleichen, müssen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und deren Eltern besonders gestärkt werden. Die Sprachförderung spielt für die Integration eine wichtige Rolle. In den Ludwigsburger Kindergärten und Schulen wird dem durch bestimmte Förderkonzepte schon seit längerem Rechnung getragen.

Die Bildungschancen sind jedoch auch zwischen den Nationalitäten sehr unterschiedlich verteilt. Türkische, italienische, portugiesische und vor allem jugoslawische Schüler und Schülerinnen sind in Baden-Württemberg die „Bildungsverlierer“. Außer bei den Portugiesen handelt es sich in Baden-Württemberg dabei auch gleichzeitig um die Hauptnationalitäten unter den Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund.

Gute Bildungschancen setzen eine gute **Ernährung**, ausreichend Bewegung und eine gute Gesundheit voraus. Umso erschreckender ist es, dass nach Schätzung einer Ludwigsburger Grundschulrektorin 80% der Kinder aus der Innenstadt vor der Schule fernsehen und ein Großteil der Kinder kein Frühstück eingenommen hat. Innenstadtkinder aus Migrationsfamilien leiden besonders unter beengten Wohnverhältnissen, den geringen Spielflächen im Freien sowie an fehlenden Sport- und Freizeitangeboten. Es lässt sich leider feststellen, dass die Bildungschancen der Kinder auch vom Einkommen der Eltern abhängig sind. Die Zahl der Kinder, deren Eltern weniger Geld für Ernährung, Kleidung und Bildung ausgeben, findet sich besonders in Wohngebieten wie zum Beispiel Grünbühl, wo der Anteil von Arbeitslosen und Sozialleistungsempfängern besonders hoch ist. In diesem Einzugsgebiet findet sich eine hohe Übergangsquote in die Hauptschule.

Der **Aus- und Umbau von hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangeboten** ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss auf mehrere Schultern verteilt werden. Ansätze wie das Jugendbegleiterprogramm des Landes zum Ausbau von Ganztagesangeboten an Schulen sind dabei hilfreich. Durch die Einbindung von qualifizierten Personen aus Vereinen, bürgerschaftlichem Engagement, dem Handwerk, dem Handel, der Wirtschaft, der Jugendkunstschule oder der Jugendmusikschule kommen zusätzliche Kompetenzen an die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

Der Einsatz von qualifizierten Übungsleitern im Rahmen außerschulischer Kooperationen mit Vereinen bietet eine herausragende Chance für den Ausbau eines flächendeckenden, verlässlichen und qualitativ hochwertigen Ganztagesangebots an Schulen.

Mit dem neuen Orientierungsplan Baden-Württemberg gibt es zum ersten Mal einen verbindlichen ganzheitlichen Bildungsplan, der bis spätestens



*Gemeinsam
geht es besser:
Szene aus einem
Ludwigsburger
Kindergarten*

2009 in allen Tageseinrichtungen für Kinder umgesetzt sein muss. Der Kindergarten hat zwar schon lange einen Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsauftrag, doch mit dem neuen Orientierungsplan bekommen die frühkindlichen Bildungs- und Lernprozesse eine neue Bedeutung. Um dem neuen Auftrag mit den zum Teil neuen Aufgaben gerecht werden zu können, hat die Stadt Ludwigsburg eine Qualitätsoffensive für Kinder-Tageseinrichtungen gestartet. Elemente sind Qualitätsmanagement, Fortbildungen und Praxisbegleitung für Erzieherinnen und Evaluation.

Um die neuesten Ergebnisse der Hirnforschung in die Praxis umzusetzen, sollen Lernprozesse künftig individueller gestaltet werden, indem die Tageseinrichtungen für Kinder zu Labors, Werkstätten, Ateliers und Bewegungsbaustellen umgestaltet werden. Dies hat weniger bauliche als vielmehr pädagogische Veränderungen zur Folge.

Die neuesten Erkenntnisse belegen, dass Kinder nicht gebildet werden müssen, sondern sich selbst bilden. Das bedeutet nicht, dass die Arbeit der Pädagogen und Pädagoginnen überflüssig wird. Im Gegenteil: Sie erfordert höhere Ansprüche. Durch Beobachtungen und Reflexionen sollen ErzieherInnen herausfinden, in welcher Entwicklungsphase sich das einzelne Kind gerade befindet und welche Entwicklungsaufgaben es zu bewältigen hat. Kinder bearbeiten phasenbedingt bestimmte Themen wie zum Beispiel „Einpacken“ oder „Transportieren“. Gelingt es diese „sensible Lernphase“ durch Beobachtung zu erkennen und dem Kind die entsprechenden Bildungsthemen „zuzumuten“, lernen die Kinder schneller und nachhaltiger die notwendigen Entwicklungsaufgaben, Fähigkeiten

und Wissensinhalte. In der Schulpädagogik wird dieser umfassende und ganzheitliche Lernansatz noch weniger umgesetzt. Schule muss sich vom reinen Lern- zum Lebensort wandeln, und dies nicht nur, weil sich die Aufenthaltsdauer der Kinder an der Schule verlängert.

Die Erziehung und Bildung von Kindern braucht eine **Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und professionellen ErzieherInnen und Lehrkräften**. Dabei gilt es, die Eltern mit ihren Stärken, aber auch zunehmenden Verunsicherungen, ernst zu nehmen und sie in ihre Verantwortung zu nehmen. Die Stärkung der Erziehungskompetenz nimmt nicht nur bei bildungsfernen und benachteiligten, sondern auch bei gutbürgerlichen Mittelschichtsfamilien an Bedeutung zu. So lässt sich beobachten, dass immer mehr Kinder, unabhängig von ihrer Bildungsschicht, Alltagsfähigkeiten wie zum Beispiel „Tisch-Decken“ im Kindergarten zum ersten Mal erproben. Durch die hohen sozialen Belastungen der Familien und durch den hohen Medienkonsum in den Familien ist tendenziell immer häufiger zu beobachten, dass auch immer mehr deutsche Kinder sprach- und/oder bewegungsauffällig sind.

2.2.9.2. Leitsatz

Der Aus- und Umbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dies erfolgt zukunfts- und bedarfsorientiert. Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen wird unabhängig von Geschlecht, Nationalität, sozialer Herkunft und individuellen Voraussetzungen ermöglicht, ihre Persönlichkeit zu entwickeln, an der Gesellschaft teilzuhaben und eine Beschäftigungsfähigkeit zu erreichen.

2.2.9.3. Strategische Ziele

1. Die **Erziehungskompetenz der Eltern wird gestärkt**. Es werden stadtteilbezogen leicht zugängliche Angebote zielgruppenorientiert geschaffen und miteinander vernetzt.
2. In Schulen und Kindertageseinrichtungen werden **übergreifende Projekte** in Bereichen wie Theater, Musik, Sport, Kunst oder Soziales bedarfsorientiert um- und ausgebaut.
3. Vorhandene **Bildungs- und Betreuungsangebote** werden vernetzt und der breiten Öffentlichkeit zielgruppengerecht bekannt gemacht. Eltern bringen sich aktiv ein.
4. **Kinder und Jugendliche** werden individuell entsprechend ihrer Voraussetzungen und ihrer Lebenssituation **gefördert**.
5. Die **Schule ist ein attraktiver Lebensort** für Kinder und Jugendliche.
6. Die **Förderung von Chancengleichheit** unabhängig von Geschlecht,

Nationalität, sozialer Herkunft, Einkommen der Eltern und individuellen Voraussetzungen ist als Querschnittsziel durchgängig bei allen Angeboten berücksichtigt.

7. Bildungs- und Betreuungsangebote **mit einem interkulturellen Profil** werden gefördert. Die **Sprachförderung** von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen erfolgt möglichst frühzeitig in der Muttersprache und in Deutsch.
8. Bei der Schaffung und Weiterentwicklung von Lebens- und Lernfeldern sind die **Betroffenen zugleich Beteiligte**. Sie arbeiten maßgeblich in den Prozessen mit.

2.2.9.4. Auszug aus dem Masterplan

<div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> 9 Bildung und Betreuung Stand 01.12.2006 </div> <div style="font-size: 8pt; margin-top: 5px;"> Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg </div> <div style="font-size: 8pt; margin-top: 5px;"> Leitsatz Der Aus- und Umbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dies erfolgt zukunfts- und bedarfsorientiert. Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen wird unabhängig von Geschlecht, Nationalität, sozialer Herkunft und individuellen Voraussetzungen ermöglicht, ihre Persönlichkeit zu entwickeln, an der Gesellschaft teilzuhaben und eine Beschäftigungsfähigkeit zu erreichen. </div>									
<div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: center;"> 9 Masterplan Bildungsoffensive </div> <div style="font-size: 8pt; margin-top: 5px;"> Prozessverantwortlich Dr. Wolfgang Zoll (FB 48) </div>									
Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht	Zeitziel	Bezug HH	Föderführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
Strategisches Ziel 9.1 Die Erziehungskompetenz der Eltern wird gestärkt . Es werden stadtteilbezogen leicht zugängliche Angebote zielgruppenorientiert geschaffen und miteinander vernetzt.									
9.1.1.	Kinder- und Familienbildung (KiFa)	1	Übertragung von KiFa auf Grünbühl-Sonnenberg, Einbindung in Soziale Stadt, Finanzierung gesichert, weiterer Ausbau geplant	U	2006	Halbe Stelle ist im FB 17 geschaffen	Pfeiffer FB 17	FB 48, FB 60	
9.1.2.	Prävention und Intervention für Kinder in Krisensituationen	1,2	Besteht der Verdacht auf Gefährdung des Kindeswohls, muss die Erzieherin im KiFa sich an das Jugendamt/ASD Landratsamt wenden, Umsetzung läuft - Fortschreibung der Zusammenarbeit	U	Ende 2006		Pfeiffer FB 17	FB, 48 - Kitas, LRA	
9.1.3.	Angebot der VHS für Elternabende	2	Den Schulen werden pädagogische Themen und Referate für den 2. Elternabend im Schuljahr angeboten	V	2007		Runzer FB 48	VHS/ Schulen	
Strategisches Ziel 9.2 In Schulen und Kindertageseinrichtungen werden übergreifende Projekte in Bereichen wie Theater, Musik, Sport, Kunst oder Soziales bedarfsorientiert um- und ausgebaut.									
9.2.1	Im musischen Bereich								
	1. Förderung von musischen Projekten an Schulen und Kindertageseinrichtungen	1	Initialgespräch (Landrat, Dr. Haas, Schuldezernat, DI, DII, PH, FB 48) Ziel ist: Kooperationen mit Schulen, Kindertageseinrichtungen, Vereinen, Musikschule zu fördern - Auswahl von Standorten (Innenstadt, Pflugfelden, Hoheneck) - Kooperationsrunden - Planung von konkreten Projekten, Maßnahmen - Fortbildungen für Lehrkräfte und Erzieherinnen in Kooperation mit der PH Vorstellung der Projekte	P,E	2007	Keinen HH relevanten Aufwand. Mischfinanzierung Land, städtischer Fond, Eltern	FB 48, Ludwig, Schober	Piepkorn, Layher (Schulamtsdirektor); Schulen, Kitas, Vereine, Jugendmusikschule	
	2. Bläserklasse Ely-Hauss-Knapp-Realschule	1	Ab 09/06 jährlich Einrichtung einer Bläserklasse in Kooperation mit dem Musikverein Ossweil und der Jugendmusikschule - jede Klasse läuft jeweils zwei Jahre (5. und 6. Klasse) - 2006/2007 muss jeweils ein Klassensatz Instrumente angeschafft werden - die Eltern beteiligen sich am Einzelunterricht; Erstmalig 5. Klasse zum neuen Schuljahr 06/07	U	2007	Keinen HH relevanten Aufwand. Fondsmittel Instrumente - inkl. Schulbudget + Deputatsd. Land + Elternbeiträge	FB 48 Ludwig, Schober	LRA Dezernat Schulaufsicht und Schulberatung, Musikverein Ossweil, Jugendmusikschule, Herr Gierke (Rektor Ely-Hauss-Knapp-Realschule)	
9.2.2.	Im naturwissenschaftlichen Bereich								
	1. Naturwissenschaftliche Projekte in KiFa	1	Mit der PH findet eine Kooperationsprojekt statt. Nach der Auswertung sollen weitere Schritte veranlasst werden	U	2006/07		FB 48 Schober	FB 17 Pfeiffer, Kitas, Professor Fischer PH	
9.2.3.	Durch Angebote im Jugendbegleiterprogramm	1	15 Schulen haben sich beim Land für das Jugendbegleiterprogramm beworben. Durch die Kooperationsbörse wurden mögliche Angebote gefunden und konkretisiert. Ehrenamtlich werden angeworben	U	Start bereits im Schuljahr 2005/06. Weiterer Ausbau	Finanzbedarf je nach Angeboten bei bis zu 10 Std. in der Woche 2000€ im Jahr je Schule, bei über 10 Stunden in der Woche 4000€ im Jahr (Parallel der Förderung des Landes).	FB 48 Ludwig, Schober	Rektoren der Schulen, Ministerium für Kultus und Sport	Auch 9.4. ; 9.6.
Strategisches Ziel 9.3 Vorhandene Bildungs- und Betreuungsangebote werden vernetzt und der breiten Öffentlichkeit zielgruppengerecht bekannt gemacht. Eltern können sich aktiv einbringen.									

2.2.10. Vielfältiges Sportangebot

2.2.10.1. Herausforderungen und Chancen

Angesichts der fortschreitenden Veränderung gesellschaftlicher Strukturen wächst die Notwendigkeit, soziale Kompetenz zu entwickeln und zu fördern. Der soziale Zusammenhalt einer Gemeinschaft beruht auf gemeinsamen Interessen und gemeinsamen Zielen. Dies ist die **Basis des Vereinslebens und des Sports**. Zur Pflege der Kommunikation, der Integration und des sozialen Austausches bedarf es Stätten der Begegnung beziehungsweise Einrichtungen für die Sportausübung.

Ludwigsburg hat analog zu einem vielfältigen und breiten Sportangebot seiner Vereine eine gute Sport-Infrastruktur. Daraus hat sich im Freizeit-, im Breiten- und im Spitzensport ein vielfältiges und sehr erfolgreiches Sportgeschehen entwickelt. Gleichwohl müssen die **vorhandenen Strukturen auf den Prüfstand gestellt und bezüglich ihrer Zukunftsfähigkeit hinterfragt beziehungsweise neu ausgerichtet werden**.

Die Attraktivität und Lebensqualität einer Stadt beruht wesentlich auf Sportstätten für den Breiten- und Wettkampfsport und auf Spiel- und Bewegungsräumen insbesondere im Wohnumfeld, die für vielfältige sportliche und Freizeitaktivitäten genutzt werden können.

Die **Sportvereine sind wichtige Partner der Stadt** bei der Gestaltung des sportlichen und gesellschaftlichen Lebens und die örtliche Basis für den Spitzensport (sportliche Events). Angesichts sich verändernder Freizeitgewohnheiten und neuer Trendsportarten sowie einer wachsenden Professionalisierung und Kommerzialisierung des Sports stehen sowohl die Stadt, als auch die Vereine immer wieder vor neuen Herausforderungen, die auch Konflikte nicht ausschließen.

Neben einer zeitgemäßen und flexiblen Infrastruktur ist deshalb auch die Aus- und Fortbildung der handelnden Personen, also der Übungsleiter und des Managements von zentraler Bedeutung. Flexible Mitglieds- und Beitragsstrukturen, sowie Kooperation mit Kindertageseinrichtungen und Schulen stellen zeitnah wichtige Aufgaben dar.

Angesichts der großen gesellschaftlichen Herausforderungen Bildung und Integration bietet der Sport mit der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen (**Stabilisierung der Persönlichkeit**, Vermittlung **sozialer Kompetenz**, **Leistungsorientierung** im Rahmen von Kooperationsprojekten mit Kindertageseinrichtungen und Schulen) herausragende Chancen. **Sprachförderung** und **integrative Prozesse** werden bereits im Rahmen der Vereinsjugendarbeit positiv beeinflusst. Dies lässt sich in der Breite über



In Ludwigsburg hat sich im Freizeit-, im Breiten- und im Spitzensport ein vielfältiges und sehr erfolgreiches Sportgeschehen entwickelt

Bewegungserziehung und Sportprofile in Schulen und Kindertageseinrichtungen übertragen. Kooperationsprojekte bieten auch Chancen bei der Bewältigung von **Bewegungsdefiziten, Übergewicht** und **Defiziten in der Bewegungsmotorik**, die bei einer hohen Anzahl Jugendlicher vorkommen. Solche Formen einer breiten Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Bildungseinrichtungen sprechen zusätzlich für die schon bislang zum Teil notwendigen Veränderungen in der Struktur bestehender Sportvereine. Gut aufgestellte Sportvereine werden sich durch eine breitere Basis in der Jugendförderung positiv weiterentwickeln können, andere werden eher an Bedeutung und sportlichem Erfolg verlieren.

Das bewährte und teilweise pilothafte Prinzip des Jugendtrainermodells für den Spitzensport sollte nicht nur weitergeführt, sondern in Einzelfällen um qualifizierte Profilangebote an Schulen für die Talent- und Breitenförderung erweitert werden, sofern gemeinsame Finanzierungspartnerschaften zwischen Schulen, Eltern, Vereinen und der Stadt möglich sind. Unter diesem Aspekt gewinnt eine inhaltliche Weiterentwicklung der **Sportentwicklungskonzeption** einschließlich der Strukturentwicklung von Vereinen und der Ausrichtung der finanziellen Vereinsförderung im Jugendbereich eine herausragende Bedeutung.

2.2.10.2. Leitsatz

Ludwigsburg bietet jedermann durch ansprechend gestaltete städtische Freiräume vielfältige Bewegungsmöglichkeiten. Das große Angebot des Breitensports und die herausragenden Möglichkeiten des Spitzensports durch geförderte Sportvereine bilden die Basis für Jugendarbeit und Integration, für die Gesundheitsprävention und das bürgerschaftliche Engagement.

2.2.10.3. Strategische Ziele

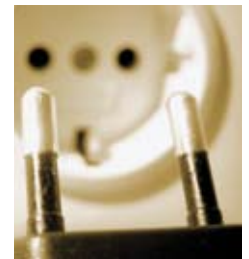
1. Zielgruppenorientierte, zeitgemäße und ortsnahe **Aus- und Fortbildung der Übungsleiter** (z. B. durch Landesinstitut für Sport) und des Managements werden regelmäßig durchgeführt.
2. **„Nicht jeder Verein macht alles“** – eine angebotsorientierte Konzentration der Sportarten ist entwickelt. **„Nicht überall muss ein Verein sein“** – eine gebietsorientierte Konzentration der Vereine ist ausgearbeitet.
3. Eine **angemessene Infrastruktur für den Vereinssport** bis hin zu sportlichen Großereignissen ist ein wesentlicher Standortfaktor der Stadt und trägt zur Sicherung des Spitzensports bei. Durch Kooperation und Kommunikation der Vereine untereinander werden Synergien erzielt. Dadurch wird auch das **Ehrenamt** unterstützt.
4. Städtische Freiräume und den Wohnorten nahe Erholungsräume stellt die Stadt als **Grundausstattung für Bewegung und Sport** unabhängig von den Vereinen zur Verfügung. Für die sportliche Betätigung gibt es vielfältige Möglichkeiten – sowohl in den Stadtteilen als auch in der Innenstadt.
5. Die **Bedeutung von Sponsoring** für Spitzensport ist bei Unternehmen und öffentlicher Hand anerkannt. Wirtschaftsunternehmen sponsern und vermarkten den Sport in Ludwigsburg.

2.2.11. Energieversorgung

2.2.11.1. Herausforderungen und Chancen

Das Bewusstsein der **Endlichkeit von fossilen Energieträgern** wie Erdöl und Erdgas sowie die **weltweit steigende Energienachfrage** machen eine frühzeitige und umfassende Diskussion über die zukünftige Energieversorgung notwendig. Der derzeit bei gleichzeitig rückläufigen städtischen Einnahmen starke Anstieg der Energiepreise sowie die Vorgaben zur Reduzierung klimaschädlicher Gase erfordern entsprechende Maßnahmen: einerseits Reduzierung des Verbrauches und andererseits vermehrter Einsatz alternativer Energieträger. Prognosen zur Reichweite derzeit bekannter und wirtschaftlich nutzbarer Öl- und Gasfelder gehen von einigen Jahrzehnten aus.

Die Versorgung mit Energie zur Wärmeerzeugung in Ludwigsburg ist überwiegend geprägt von leitungsgebundenen Energieträgern wie Erdgas, Nah- und Fernwärme sowie in geringerem Umfang elektrischem Strom. Das Verhältnis der Erdgas-Hausanschlüsse zu den Wasser-Hausanschlüssen beträgt 66 % und gibt in etwa den Versorgungsgrad dieses Energieträgers in Ludwigsburg wieder. Der Anteil des Energieträgers Heizöl wird auf ca. 30 % geschätzt.



Eine Weiterentwicklung der bestehenden Versorgungsstruktur hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung mit einer steigenden Einbindung alternativer Energieträger ist eine auf Jahrzehnte angelegte Aufgabe. Am Beginn dieses Umbaus steht in erster Linie die Reduzierung des Bedarfs durch bau- und heizungstechnische Maßnahmen (Verbesserung der Wärmedämmung der Gebäude, Einbau von Brennwertheizanlagen, sowie moderner Steuer- und Regelgeräte).

Hierzu bietet der Markt heute genügend Technik und Kenntnisse, um zum Beispiel im Wohnungsbestand eine Verbrauchsreduzierung von 50% und mehr zu erzielen. Möglichkeiten dieses Sparpotenzial zu aktivieren sind insbesondere Beratung, Information und finanzielle Unterstützung sowie gesetzliche Anforderungen durch die Energieeinsparverordnung / Energiepass.

Bereits 1988 hat der Gemeinderat für die Innenstadt ein Konzept beschlossen, das den Ausbau und den wirtschaftlichen Betrieb der Fernwärmeversorgung zum Ziel hat. Dieses Konzept gewährleistet für städtische Strukturen einen wirtschaftlichen Einsatz und eine hohe Versorgungssicherheit. Eine solche „zentrale“ Versorgung lässt eine breite Palette wirtschaftlicher Strom- und Wärmeerzeugungssysteme als auch den Einsatz alternativer Energieträger an geeigneten Standorten zu. Diese Erkenntnisse werden heute in Neubau- und Sanierungsgebieten angewandt beziehungsweise umgesetzt.

2.2.11.2. Leitsatz

Der Umgang mit Energie ist nachhaltig. Die Versorgungssicherheit für Haushalte und Unternehmen wird erhöht durch:

- Einsparung von Energie und deren effiziente Nutzung,
- regenerative Energien, deren Anteil unter ökologischen und ökonomischen Aspekten stetig steigt.

Dies hat positive Auswirkungen auf allgemeine Klimaentwicklungen und die Luftqualität unmittelbar vor Ort.

2.2.11.3. Strategische Ziele

1. **Leuchtturmprojekte** sind umgesetzt in den Bereichen regenerative Energieformen, besonders effiziente Anlagen sowie beispielhafte Energiesparmaßnahmen in Neubau und Gebäudebestand.
2. Die **energetische Optimierung** ist ein wichtiger Grundsatz der Bauleitplanung und auch bei städtischen Bauvorhaben Routine.
3. Ein **zukunftsfähiges Energiekonzept** ist aufgestellt und wird umgesetzt, bestehende Energiekonzepte sind eingearbeitet.
4. Die **unabhängige und dezentrale Energieversorgung** durch eigene Stadtwerke stärkt den kommunalen Gestaltungsspielraum.
5. **Intensive Öffentlichkeitsarbeit und Beratungsangebote** für Bürgerschaft und Wirtschaft sind selbstverständlicher Bestandteil des nachhaltigen Umgangs mit Energie.
6. Die Nachfrage für **nachwachsende Energieträger aus der Region** wird gefördert.
7. **Energieeinsparungen im Bereich Verkehr** sind erzielt.

2.3. Erfolgsfaktoren

Das Stadtentwicklungskonzept bietet Ludwigsburg den Einstieg, kommunale Aufgaben mit klaren Zielen, Prioritäten und Weitblick anzugehen. Es ist die dynamische Grundlage für die langfristige Entwicklung Ludwigsburgs. Verbunden mit einer vorausschauenden Finanz- und Haushaltsplanung, dem Prozess der lernenden Verwaltung und dem Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit eröffnet sich für Ludwigsburg eine neue Dimension der ergebnisorientierten Steuerung. Bei der Beratung und Beschlussfassung der Leitsätze und strategischen Ziele wurden daher auch die folgenden Erfolgsfaktoren für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung thematisiert.

2.3.1. Kommunale Finanzen

Für die künftige Entwicklung der Stadt Ludwigsburg ist die Entwicklung der städtischen Finanzen von entscheidender Bedeutung. In der bundesweiten Gesamtbetrachtung der öffentlichen Finanzen können folgende – sicher nicht abschließende – Thesen aufgestellt werden:

- Die Steuereinnahmen werden insgesamt tendenziell weiter zurückgehen (u.a. auch durch vorgesehene weitere Entlastungen von Unternehmen)
- Eine nachhaltige Verbesserung der Wirtschaft ist derzeit noch nicht absehbar
- Demografische Veränderungen bringen Mehrbelastungen in den Sozialversicherungssystemen
- Die Themen Bildung und Betreuung werden in den kommenden Jahren die kommunalen Haushalte zusätzlich belasten
- Der Gesamtschuldenstand der öffentlichen Haushalte wird weiter steigen, Zinserhöhungen verringern in zunehmenden Maße die Gestaltungsspielräume
- Es wird zunehmend schwieriger werden, die öffentliche Infrastruktur in ihrer Substanz zu erhalten

Zwar hat sich die Situation in Ludwigsburg dank der seit 2002 wieder steigenden Gewerbesteuererinnahmen und den Einsparungen aus den Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung stabilisiert, trotzdem ist die weitere Entwicklung mit vielen Unsicherheiten behaftet. Insbesondere der tendenzielle Rückgang der von der Stadt nicht beeinflussbaren Einnahmen wie dem Anteil an der Einkommensteuer und den allgemeinen Schlüsselzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz sowie ebenfalls nicht beeinflussbare steigende Ausgaben bei der Gewerbesteuerumlage, der Finanzausgleichsumlage sowie der Kreisumlage belasten zunehmend den Haushalt. Ein hoher Anteil (ca. 90%) der städtischen Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts sind durch kommunale Pflichtaufgaben gebunden.

Es wird zunehmend schwieriger werden, die öffentliche Infrastruktur in ihrer Substanz zu erhalten. Für die künftige Entwicklung der Stadt Ludwigsburg ist deshalb eine vorausschauende Finanzplanung von entscheidender Bedeutung



Eine solide und insbesondere auch generationengerechte Haushaltspolitik lässt sich zumindest an den folgenden Kriterien festmachen:

- Die **Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt** ist ein wichtiger Gradmesser für die finanzielle Leistungsfähigkeit. Das Gemeindewirtschaftsrecht schreibt vor, dass diese Zuführung mindestens so hoch sein muss wie die Kredittilgung einschl. Kreditbeschaffungskosten im Vermögenshaushalt (Mindestzuführung). Dadurch soll vermieden werden, dass die Tilgung von Krediten über weitere Kreditaufnahmen finanziert wird. Darüber hinaus sollte die Zuführung so hoch sein, dass auch die Abschreibungen (Wertverlust) des städtischen Vermögens refinanziert werden können. Erst wenn dies erreicht wird, findet tatsächlich kein Substanzverlust statt. **Mittel- bis langfristig ist deshalb eine Zuführungsrate von mindestens 8 Millionen Euro anzustreben.**
- Die Gemeindehaushaltsverordnung bestimmt, dass jede Kommune zur Sicherung der Liquidität in den **Rücklagen** einen Mindestbetrag von 2% der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre vorhalten muss. Dies wären in Ludwigsburg derzeit rd. 4,2 Millionen Euro. Darüber hinaus soll die Rücklage auch dazu dienen, Investitionen künftiger Jahre zu erleichtern und die Aufnahme von Krediten zu vermeiden.

Neben der Liquiditätssicherung hat die Allgemeine Rücklage auch die Funktion, die Deckung des Ausgabenbedarfs im Vermögenshaushalt für Investitionen in künftigen Jahren zu erleichtern und eventuelle

Einnahmeausfälle im Verwaltungshaushalt abzufedern. Zur Finanzierung von Investitionen stehen derzeit rd. 24 Millionen Euro (Verkehrsinfrastrukturrücklage) zur Verfügung. **Die Rücklage sollte daher dauerhaft das 3 bis 4-fache der gesetzlichen Regelung (zur Zeit rund 4,2 Millionen Euro) betragen.**

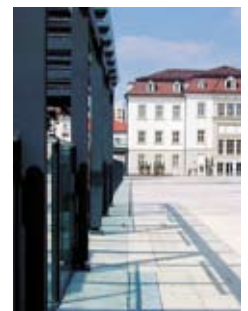
2.3.1. Lernende Verwaltung

Für eine erfolgreiche Umsetzung der Ziele des Stadtentwicklungskonzepts gehört zum einen natürlich eine Stadtgesellschaft, die bereit ist, sich mit bürgerschaftlichem Engagement ehrenamtlich einzubringen. Neben dem Gemeinderat, der als oberstes Organ den Konzeptinhalt und durch Beschluss auch die Ziele bestimmt, ist zum anderen aber auch die Stadtverwaltung als „Motor“ für das Gelingen mitverantwortlich.

Um die komplexen Aufgabenfelder zeitlich und inhaltlich gut zu strukturieren und auch effizient zu bearbeiten, benötigt der Prozess eine leistungsfähige, hocheffiziente und motivierte Verwaltungsmannschaft. Dies gilt insbesondere unter den Bedingungen der Haushaltskonsolidierung, bei denen Personalabbau und sparsamer Umgang mit den Finanzen oberste Priorität haben.

Aus diesem Grund wird künftig verstärkt auf den Einsatz und die Weiterentwicklung der notwendigen Instrumentarien der Personal- und Organisationswirtschaft geachtet, wie zum Beispiel:

- Personalführung (neues Beurteilungswesen, Führen mit Zielen)
- Personalentwicklung (gezielte Förderung von Leistungs- und Lernpotenzialen der Mitarbeiter)
- Verstärkte Aus- und Fortbildung
- Personalerhaltung (Gesundheitsvorsorge, Reduzierung der Krankheitsquote)
- Personalbeschaffung (Mensch und Stellenprofil müssen passen, neue Auswahltechniken)
- Personalcontrolling (Quantität und Qualität müssen mit den Aufgaben in Einklang stehen)
- Personalkostencontrolling
- Organisationsberatung, kontinuierliche Verbesserungsprozesse fördern
- Veränderungsprozesse mit eigenen Mitarbeitern begleiten und moderieren
- Professionelle Projektarbeit
- Strukturvergleiche mit anderen Städten (vom Besten lernen)



Wichtig ist, dass die Verwaltung auf einen stetigen Wandel eingestellt ist und gesellschaftliche Veränderungen und sich daraus ergebende Anforderungen zeitnah aufnimmt.

2.3.1. Interkommunale Zusammenarbeit

Die dargelegten Schwierigkeiten in den Kommunal финанzen machen neue und zukunftsweisende Projekte der interkommunalen Zusammenarbeit erforderlich. Auch wenn in einzelnen Fällen bereits freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden als Reaktion auf nachhaltige finanzielle Engpässe erfolgen, ist eine weitere Stufe der Gebietsreform weder realistisch zu erwarten noch anzustreben.

Dies gilt allerdings nicht für die deutlich stärkere Kooperation auf administrativer Ebene, bei der es sicher gilt, alte Tabus und Vorbehalte abzulegen. Es müssen zum Nutzen aller Beteiligten in Netzwerken mit unterschiedlichen Zuständigkeiten neue Formen moderner Zusammenarbeit gefunden werden, wie zum Beispiel die stärkere Vernetzung des Brandschutzwesens und der Bauhöfe, die stärkere Kooperation in der Ver- und Entsorgung und die Bündelung sogenannter „back-office“-Aufgaben (Lohnbuchhaltungen, Datenverarbeitung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Revision usw.).

Erfolgsfaktoren werden die Bereitschaft der Verwaltungen und Verwaltungsspitzen einerseits und der kommunalpolitischen Gremien andererseits sein, die eigene Aufgabenerledigung zugunsten von Kooperationsprojekten auf den Prüfstand zu stellen und sinnvolle Kooperationsprojekte unter Überwindung einzelner Widerstände auch umzusetzen.

Im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit können bei zielstrebigem und umfassender Umsetzung mittel- bis langfristig Effizienzpotentiale im jährlich siebenstelligen Bereich zugunsten der privaten Haushalte und der Wirtschaft in der Region gehoben werden.

2.3.2. Beteiligung der Öffentlichkeit

Bürgerbeteiligung soll zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Steuermitteln und Ressourcen und damit zu einer **Entlastung der kommunalen Haushalte** führen. Bürgerinnen und Bürger sind häufig Experten in unterschiedlichen Lebensbereichen und können sich mit ihren Potenzialen einbringen: Vertreter aller gesellschaftlicher Gruppen, Senioren wie Jugendliche, Familien, Alleinerziehende oder Singles, langjährige Bürger ebenso wie Migranten und Spätaussiedler, Menschen aus Sport und Kultur, Wirtschaft und sozialen Bereichen, Vertreter christlicher

Die Konferenz der Bürger: Ludwigsburg besinnt sich

Die Stadt in der Zukunft

Jede Stadt ist so gut wie ihre Bürger – und deshalb sind diese heute und morgen wieder gefragt. Im Reithaus treffen sich Bürger mit Stadträten, Mitarbeitern der Verwaltung und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen zum zweiten Teil der Zukunftskonferenz, um die Visionen des ersten Teils in konkrete Projekte zu verwandeln. Als kleine Anregung für die Diskussionen in den verschiedenen Themengruppen hat Verena Mayer Ludwigsburger auf der Straße gefragt, was ihnen in ihrer Stadt in der Zukunft wichtig ist.

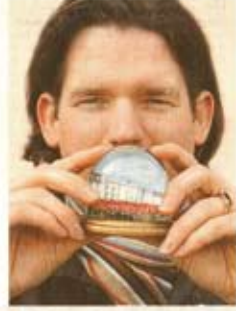


Was bringt die Zukunft für Ludwigsburg? Der Blick in die Kugel verrät es möglicherweise nicht, aber vielleicht die Zukunftskonferenz. Foto: factum

Mehr Qualität

Es ist eine Tatsache, dass von den vielen tausend Menschen, die jährlich das Residenzschloss und das Blühende Barock besuchen, kaum welche in die Innenstadt kommen. Doch davon lebt der Handel; es ist wichtig, dass dieser floriert, damit die Innenstadt lebendig bleibt. Die Verwaltung versucht ja, die City mit Veranstaltungen wie dem Marktplatzfest zu unterstützen. Die Sanierung der Fußgängerzone wird der Stadt sicher auch gut tun. Wichtig ist auch, Menschen zum Wohnen in die Stadt zu locken – was auch für die Stadtreife gilt. Besonders wichtig ist dort, dass ein Ort nicht nur als Schlafstadt wahrgenommen wird. Die Bürger brauchen auch Vereine und Einkaufsmöglichkeiten. Je mehr Qualität es gibt, desto besser ist die Struktur.

|| Mark Braumann, 33, Diplomingsenieur, über „Lebendige Innenstadt und viele Stadtreife“



Weniger Streitlust

Ich habe im Fernsehen oft Berichte über Mehrgenerationen-Häuser gesehen. Ich finde das interessant und muss sagen: Ein bisschen ist das in meinem Haus schon jetzt so. Dort leben Familien, Studenten und Senioren verschiedener Nationen. Wir haben einen guten Kontakt zu den Kindern, manchmal passen wir sogar auf sie auf, und es entstehen Freundschaften. So sollte es öfter sein. Doch das ist oft schwierig, die Deutschen sind so streitlustig mit ihren Nachbarn. Die Leute in so einem Haus müssen gut zusammenpassen, damit das Zusammenleben reibungslos funktioniert. Ich wünsche mir, dass es auch in Zukunft viele Mietwohnungen gibt. Nicht jeder kann sich Eigentum leisten. Hochhäuser sollten aber keine mehr gebaut werden.

|| Helena Tapola, 61, arbeitslose Fotografin, über „Wohnformen und Zusammenleben“



Mehr Jugendturniere

Es gibt viele Sportvereine in Ludwigsburg, das ist gut. Aber ich wünsche mir mehr Aktivitäten für Kinder, mehr Jugendturniere zum Beispiel. Damit können die Kinder von der Straße weggeholt werden. Es gibt zwar schon die Stadtmeisterschaften, aber die sind nur zweimal im Jahr – das ist zu wenig. Die Kinder warten immer sehnsüchtig darauf, ich glaube auch, dass das Angebot der Vereine an den Schulen besser bekannt gemacht werden soll, damit wirklich alle Kinder und Jugendlichen davon erfahren. Dass die Profis in der Stadt eine neue Halle bekommen sollten, finde ich richtig. Die Handsporthalle ist zu klein für die Fans der Basketballer und Handballer. Wir sind stolz auf unsere Sportler, da sollte auch etwas für sie getan werden.

|| Mirko Pránský, 41, ehemaliger Jugendtrainer des FSV Gbweil, über „Sport“



Weniger Atomstrom

Ich finde es wichtig, dass sich Bürger, aber auch die Stadt über Alternativen zum Strom aus Atomkraftwerken Gedanken machen. Leder- und Fotovoltaikanlagen sind ziemlich teuer. Meine Eltern hatten schon mal überlegt, eine solche Anlage auf dem Dach installieren zu lassen, wegen des Geldes liefen sie es dann aber sein. Meine Mutter wollte nämlich eine Solaranlage gewinnen, aber das hat nicht geklappt. Immerhin haben wir inzwischen eine Gas- statt einer Ölheizung. Dass die Stadt überlegt, ins Stromgeschäft einzusteigen, finde ich gut. Vor allem weil sie dann auch selbst bestimmen kann, aus welchen Quellen sie ihren Strom bezieht. Es wäre gut, wenn es eine große Aktionwoche gäbe, bei der sich jeder über Energie informieren kann.

|| Nicolas Thom, 17, Schüler am Otto-Hahn-Gymnasium, über „Energieversorgung“



Mehr Betreuung

Meine Sara ist von Montag an im Kindergarten. Einen Platz hatte man mir bereits im vergangenen Herbst zugesichert. Doch als ich im Februar dort war, ließ es plötzlich, dass es doch nicht klappt; weil wir nicht im richtigen Altersgebiet wohnen. So etwas finde ich nicht gut. Mit dem jetzigen Kindergarten bis ich zufrieden. Mir ist wichtig, dass mein Kind dort genügend Freiraum hat. Sara wird von 8 bis 14 Uhr dort sein, danach nimmt sie meine Mutter. Ein Ganztagsplatz ist uns zu teuer gewesen. Ich hoffe, dass es in der Schule später auch Betreuungsangebote gibt und mein Kind nicht um 12 Uhr nach Hause gehen muss, wo es dann alleine sein müsste. Heutzutage überlegt man sich zweitens, ob man noch ein Kind will.

|| Jena Babic, 26, Verkäuferin im Erziehungsamt, über „Bildung und Betreuung“



Weniger Ampeln

Als ich früher noch auf dem Fahrrad unterwegs war, bin ich überall durchgekommen. Aber seit ich Motorroller fahre, muss ich oft Umwege fahren. Es gibt hier zu viele Einbahnstraßen und Baustellen. Und die unzähligen Schlaglöcher sollten dringend repariert werden. Unter anderem wegen denen habe ich mir im vergangenen halben Jahr drei neue Hinterräder kaufen müssen. Ich würde mir also weniger Einbahnstraßen und weniger Ampeln wünschen, dafür aber mehr Kreisverkehre. Und mehr Grün. In der Innenstadt gibt es das Blühende Barock und den Schlossgarten, aber bei uns in der Wiesstadt stehen fast nur noch Häuser. Außerdem würde ich lieber Blumen pflanzen statt Kunstwerke wie den Obelisk am Holzmarkt aufzustellen.

|| Sebastian Roca, 16, Berufsschüler, über „Mobilität und Grün in der Stadt“



Mehr Angebote

Also ich finde, Ludwigsburg ist keine kinderfreundliche Stadt. In meinem Alter kann man hier nicht viel machen – vielleicht ins Kino gehen und im Sommer zum Tischtennis spielen und ins Freibad. Aber dorthin gibt es nicht einmal eine anständige Busverbindung. Dafür habe ich mich bei einer Jugendkonferenz schon mal eingesetzt, aber passiert ist nichts. Ab und zu gehe ich in die Stadtbücherei, die finde ich nicht schlecht. Aber besser Gänge ich sie, wenn es mehr Bücher gäbe. In dems schwierige Dinge einfach erklärt sind. Klar, es gibt auch die Tanz- und Theaterwerkstatt in der Karlokaferne. Dort wollte ich schon mal einen Kurs über englisches Theater machen. Aber den fand ich relativ teuer, und ich habe mich doch nicht angemeldet.

|| Patricia Binder, 13, Schülerin am Friedrich-Schiller-Gymnasium, über „kulturelles Leben“



Weniger Steuern

Sobald Firmen heutzutage in Schwierigkeiten sind, gehen sie fort. Auf Kosten der Arbeitnehmer denken die Unternehmen nur an ihren Profit. Das finde ich schämer. Dieses Problem betrifft nicht nur Ludwigsburg, aber ich habe das Gefühl, dass die Stadt nicht versucht, die großen Firmen zu halten. Ludwigsburg sollte versuchen, den Unternehmen etwas zu bieten, das sie gegebenenfalls hier hält. Dazu gehört, dass der Gewerbesteuerzuschuss nicht steigt, an eine Senkung wage ich gar nicht zu denken. Ich finde es gut, dass sich die Stadt auch in den Bereichen Medien und Kunst engagiert, aber ob das viele Arbeitsplätze bringt? Apropos Plätze: wichtig für den Handel in der Innenstadt finde ich kostenlose Parkplätze. Da ärgere ich mich jeden Mal.

|| Stefan Kummer, 41, selbstständig, über „Wirtschaft und Arbeit“

Kirchen wie anderer Glaubensgemeinschaften. Beteiligung fördert das Gemeinschaftsdenken und stärkt die Identifikation mit der Stadt beziehungsweise dem Stadtteil.

Dialogorientierte Beteiligungsverfahren tragen dazu bei, Städte zukunftsfähig und lebenswerter zu machen – und diese im zunehmenden Standortwettbewerb auch als bürgerfreundlich zu profilieren. Sie tragen zu einer höheren Akzeptanz von Entscheidungen und Planungsprozessen bei und fördern das Demokratieverständnis in der Stadtgesellschaft. Durch die Förderung von Mitgestaltungsprozessen bietet sich für Ludwigsburg die Chance, eine neue Qualität politischen Handelns zu verwirklichen. Die Menschen werden stärker an das demokratische Gemeinwesen, seine Aufgaben und an die Chancen in einer funktionierenden Stadtgesellschaft herangeführt. Bürgerbeteiligung ist dabei nie Selbstzweck und ist stets unter den rechtlichen und vor allem auch den finanziellen Spielräumen der Stadt zu sehen. Wenn nach ernsthafter Auseinandersetzung und Abwägung unterschiedlicher Interessen vorgeschlagene Ziele nicht verwirklicht werden können, ist die wichtige Aufgabe von Politik und Verwaltung, die Gründe hierfür transparent zu machen.

Vor diesem Hintergrund und auf der Grundlage der im Prozess zum Stadtentwicklungskonzept gemachten Erfahrungen wird die Verwaltung noch im Jahr 2006 **konkrete Richtlinien und Maßnahmen** für eine nachhaltig erfolgreiche **zielgruppenspezifische Beteiligung der Öffentlichkeit** erarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen.

2.3.3. Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen des Prozesses zum Stadtentwicklungskonzept wurde deutlich, dass nicht nur die Formen für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung ändern, sondern auch die Anforderungen an die Öffentlichkeitsarbeit einer Stadt sich gewandelt haben. Hier gilt es künftig noch mehr, verstärkt für einen selbstbewussten Außenauftritt der Stadt zu sorgen. Aber auch nach innen muss es gelingen, die Anliegen der Kommunalpolitik transparenter zu gestalten. Damit lässt sich ein höheres Maß an Akzeptanz erzielen und gleichzeitig eröffnet sich die Möglichkeit, bürgerschaftliches Engagement angemessen zu würdigen.

2.3.4. Differenzierte Bedürfnisse und Sichtweisen von Männern und Frauen (Prozess des Gender Mainstreaming)

Gender Mainstreaming bedeutet eine gleiche Berücksichtigung der Geschlechterbedürfnisse und -sichtweisen bei Maßnahmen und in Politikbereichen. Hierzu gehört, dass die spezifischen Lebensweisen und



Die Politik hat die Aufgabe, die unterschiedliche Lebenssituation von Mann und Frau zu berücksichtigen und Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern herzustellen

Lebenszusammenhänge von Frauen und Männern Eingang finden in die Maßnahmenplanung und -entwicklung. Konkret geht es darum, dass Ludwigsburg für Frauen und für Männer gleich lebenswert ist, dass sie Frauen und Männern gleiche Möglichkeiten bietet, Familie und Karriere in einem qualifikationsadäquaten Beruf besser als bisher zu vereinbaren. Sicherheit und Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum ist ein weiteres besonders relevantes Thema, bei dem Stadtentwicklung einen erheblichen Beitrag zu leisten hat und das klare geschlechterpolitische Bezüge aufweist.

Gleichstellung bedeutet in vielfacher Hinsicht für Frauen und Männer eine höhere Lebensqualität und mehr Entscheidungsfreiheit für die eigene Lebensgestaltung und zeigt für nachfolgende Generationen neue Lebensperspektiven auf. Gender Mainstreaming spricht die Innovationspotenziale beider Geschlechter an und durch die **Ausrichtung an den Lebensrealitäten beider Geschlechter** wird die Wirksamkeit von kommunalpolitischen Maßnahmen erhöht. Die Stadt Ludwigsburg setzt sich das Ziel, grundsätzlich die unterschiedlichen Lebenssituationen von Männern und Frauen zu berücksichtigen sowie Ungleichbehandlungen entgegenzuwirken. Die Erreichung der Chancengleichheit von Frau und Mann wird als Querschnittsaufgabe verstanden.

3. Ausblick

Das SEK bündelt thematische **Masterpläne und Konzeptionen**. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass das „große Ganze“ auch auf der konkreten operativen Ebene punktgenau umgesetzt werden kann. Dazu ist es notwendig, dass bestehende Konzeptionen / Masterpläne fortgeschrieben werden, beziehungsweise in einigen Themenfeldern diese konzeptionellen Überlegungen angestellt und mit dem Gemeinderat abgestimmt werden.

Auf dieser Grundlage kann dann innerhalb der Verwaltung mit konkreten **Zielvereinbarungen** und einem konsequenten **Controlling** die Arbeit optimiert werden. Über die Verbindung zur Haushalts- und Finanzplanung entsteht darüber hinaus ein neuartiges und transparentes Steuerungsinstrument. Damit wird es auch möglich sein, alle Projekte in ihrem Arbeitstand, ihrer finanzieller Auswirkungen und ihrer Bedeutung für die strategischen Ziele der Stadtentwicklung abzubilden. Im Übrigen wird künftig im Rahmen der Haushaltsplanberatungen verstärkt das Augenmerk darauf zu richten sein, inwieweit die haushaltsrelevanten Maßnahmen der Umsetzung der Ziele aus dem Stadtentwicklungskonzept dienen. Haushaltsplanung und Stadtentwicklungsplanung werden miteinander verflochten.

Indikatoren gestützte **Erfolgskontrollen** sind unverzichtbar, wenn die formulierten Ziele nicht wohlklingende Absichtserklärungen bleiben sollen. Vereinbarte Maßstäbe geben zuverlässig Auskunft, ob gesetzte Ziele erreicht werden und der eingeschlagene Weg noch stimmt. Quantitative und qualitative Erfolgskontrollen erweisen sich als elementarer Bestandteil einer erfolgreichen und nachhaltigen Stadtentwicklung. Außerdem ist gerade bei knappen öffentlichen Haushalten eine konsequente Erfolgskontrolle für einen haushälterischen Umgang mit Ressourcen unentbehrlich.

Indikatoren dienen als objektiver Maßstab für Veränderungen und als Prüfgrößen für die Zielerreichung. Sie sind Ausdruck für politischen Konsens und Instrumente der Erfolgskontrolle. Erfolge lassen sich nicht in jedem Fall in Zahlen ausdrücken. Qualitative Aussagen sind deshalb als flankierende Hinweise notwendig

Ein praxisgerechter Einsatz von Indikatoren setzt eine kluge Auswahl voraus. Dabei geht es darum, die Komplexität kommunaler Wirklichkeit auf wenige ‚Anzeiger‘ zu reduzieren. Das bedeutet zugleich, ‚Mut zur Lücke‘ entwickeln. Auswahlkriterien für Indikatoren sind zum Beispiel:

- relevant für Zielüberprüfung,
- aussagekräftig und aktuell verfügbar,
- verständlich
- geringe Komplexität,

- kommunal beeinflussbar,
- nachvollziehbare Messmethode,
- Kosten/Aufwand der Datenerhebung angemessen und tragbar.

Dies bedeutet, dass innerhalb der Themenfelder des Stadtentwicklungskonzepts bezogen auf die strategischen Ziele eine Beschränkung auf wenige Indikatoren sinnvoll und notwendig ist. Unter dieser Ebene, in den konkreten einzelnen Konzeptionen, wird es jedoch über ein klares Zielvereinbarungssystem und differenzierte operative Ziele und Messgrößen weitere Möglichkeiten der Steuerung und Erfolgskontrolle geben. Die Verwaltung hat es sich als Ziel gesetzt, im Jahr 2007 gemeinsam mit dem Gemeinderat ein Indikatorenset für die Felder kommunalen Handelns festzulegen. Damit wird es dann möglich sein, sowohl im Vergleich mit anderen Städten, als auch über Zeitreihen, Entwicklungen in der Stadt rechtzeitig zu erkennen, die Wirksamkeit von getroffenen Maßnahmen zu überprüfen und somit zielorientierter zu steuern.

Die im Rahmen des Prozesses zum Stadtentwicklungskonzept neu entstandene Form des Dialogs in der Stadt, die bürgerschaftlichen Projektgruppen und das in der Stadt gelebte ehrenamtliche Engagement sind wertvolle Elemente des Systems „Stadt“. Sie müssen gepflegt und ausgebaut werden. Ein Beitrag dazu soll aus Sicht der Stadtentwicklung ein „follow up“ zu der Beteiligungsphase SEK im Jahr 2008 leisten.

Im Rahmen der Beratungen und Beschlussfassung zum Stadtentwicklungskonzept *Chancen für Ludwigsburg* bestand Konsens, dass für eine erfolgreiche Umsetzung der Ziele des Stadtentwicklungskonzepts Erfolgsfaktoren zu beachten sind. Unter anderem ist neben der nachhaltigen Sicherung der kommunalen Finanzen, der interkommunalen Zusammenarbeit und der Beteiligung der Öffentlichkeit auch die **lernende Verwaltung**, also die Stadtverwaltung als „Motor“ für das Gelingen der weiteren Entwicklung mitverantwortlich.

Um die komplexen Aufgaben aus den derzeitigen und den künftigen Herausforderungen zeitlich und inhaltlich gut zu strukturieren und auch effizient zu bearbeiten, ist eine leistungsfähige, hocheffiziente und motivierte Verwaltungsmannschaft unabdingbar. Dies gilt insbesondere unter den Bedingungen der Haushaltskonsolidierung, bei denen Personalabbau und sparsamer Umgang mit den Finanzen oberste Priorität haben.

Wichtig ist, dass die Verwaltung auf einen stetigen Wandel eingestellt ist und gesellschaftliche Veränderungen und sich daraus ergebende Anforderungen zeitnah aufnimmt. Zwei Themen gilt in der Arbeitsplanung für 2007 / 2008 der Verwaltung ein besonderes Augenmerk:

- **Personalführung** (zum Beispiel neues Beurteilungswesen, Führen mit Zielen)
- Organisationsentwicklung, kontinuierliche Verbesserungsprozesse fördern (**lernende Verwaltung**)

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Prozess zum Stadtentwicklungskonzept in vielen Bereichen die Dimension der kommunalpolitischen Chancen und politischen Herausforderungen erst deutlich gemacht hat. Die sehr individuelle, ludwigsburg-spezifische Aufarbeitung der Situation, die Auseinandersetzung mit Experten und die Rückkopplung mit Gemeinderat und Bürgerschaft haben neue Perspektiven aufgezeigt.

Die elf kommunalpolitisch bedeutsamen Themenfelder und dazugehörend die Struktur und Entwicklung der finanziellen Voraussetzungen stellen den Wesenskern des Stadtentwicklungskonzepts *Chancen für Ludwigsburg* dar, mit dem sich die Stadt offensiv den Anforderungen der Zukunft stellt. Die Summe der einzelnen Masterpläne und Fachkonzeptionen ergeben kombiniert mit der Budget- und Finanzplanung ein Steuerungsinstrument, durch das Gemeinderat und Verwaltung bei der Entscheidungsfindung unterstützt werden.



MITTEILUNGSVORLAGE

Federführung:

Referat Nachhaltige Stadtentwicklung

VORL.NR. 380/09

Sachbearbeitung:

Dreßler-Uetz, Ulrike

Datum:

09.09.2009

Beratungsfolge

Gemeinderat

Sitzungsdatum

23.09.2009

Sitzungsart

ÖFFENTLICH

Betreff: Masterplan zum Stadtentwicklungskonzept "Chancen für Ludwigsburg" (SEK)
-Zwischenbericht-

Bezug:

Öffentliche Vorlagen Nr.
271/06 Grundsatzbeschluss
291/06 Beginn der Umsetzungsphase
340/06 Masterplan (MP) Kapitel 1 „Attraktives Wohnen“
181/07 MP Kapitel 2 „Kulturelles Leben“
009/07 MP Kapitel 3 „Wirtschaft und Arbeit“
292/06 MP Kapitel 4 „Vitale Stadtteile“
330/06 MP Kapitel 5 „Lebendige Innenstadt“
509/07 und 680/08 MP Kapitel 6 „Zusammenleben von Nationen und Generationen“
354/06 MP Kapitel 8 „Mobilität“
676/06, 564/07 und 588/08 MP Kapitel 9 „Bildung und Betreuung“
343/06, 096/07 und 592/08 MP Kapitel 14 „Bürgerschaftliche Projekte“
393/08 Indikatoren, Anlage 3: Masterplan mit Übersicht über alle Kapitel, Bearbeitungsstand 7/2008

Anlagen: 1 Masterplan zu den Themenfeldern des Stadtentwicklungskonzeptes
(Stand Juli 2009)

Mitteilung:

Mit dem Beschluss des Gemeinderats vom 28.06.2006 hat die Umsetzungsphase des Stadtentwicklungskonzeptes (SEK) begonnen. Das SEK bündelt das Zukunftsprogramm der Stadt im thematisch gegliederten Gesamt-Masterplan. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass das „große Ganze“ auch auf der konkreten operativen Ebene punktgenau umgesetzt werden kann (Anlage 1).

Der Gesamt-Masterplan besteht derzeit aus 14 Masterplänen. Zum Ersten aus den **Masterplänen**, die den **elf Themenfeldern des Stadtentwicklungskonzeptes „Chancen für Ludwigsburg“** zugeordnet sind. Diese enthalten **Leitsätze und strategische Ziele**, die mit intensiver **Bürgerbeteiligung** erarbeitet wurden. Weitere zwei Masterpläne ergänzen das SEK, wie die Masterpläne 12 „Haushaltskonsolidierung“ und 13 „Interkommunale Zusammenarbeit“. Sie sind nicht mit Bürgern erarbeitet und auch jetzt in der Aktualisierung des SEK-Masterplanes nicht enthalten. Es ist geplant diese, ebenso wie alle anderen Masterpläne, im Herbst anhand der Ergebnisse der Zukunftskonferenz zu überarbeiten und fortzuschreiben.

Der Masterplan 14 „Bürgerschaftliche Projekte“ gibt lediglich einen Überblick über die Bürgerschaftlichen Projekte, die sich auf der Grundlage der Ergebnisse der Zukunftskonferenz 2006 entwickelt haben. Alle Masterpläne bündeln die unterschiedlichen Ziele, Themen und Maßnahmen und ergänzen sie um Faktoren der Finanzierung, Umsetzung, Zuständigkeiten, Erfolgsfaktoren und einer strukturierten Konzeption (Wer macht was bis wann?). Auf dieser Grundlage wird künftig die Arbeit der Verwaltung koordiniert und gesteuert.

Aussagen zu den **Finanzen** sind ein zentraler Punkt in einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Hier haben die Indikatoren zu den Finanzen (vergleiche Vorlage 393/08 zum Beschluss zum Indikatorenset) wie die Festlegungen von Zuführungsrate und Rücklage, die deutlich über die gesetzlichen Mindestgrenzen hinausgehen, eine **hohe Bedeutung**.

Ziel ist es, ab Herbst 2009 die Masterpläne als transparentes **Steuerungsinstrument** mit der Verknüpfung zur Haushalts- und Finanzplanung einzusetzen. Die Masterpläne sollen künftig sowohl für die Verwaltung als auch dem Gemeinderat Berichts- und Steuerungsinstrument sein. Parallel dazu werden die Masterpläne selbst weiterentwickelt. Zurzeit wird der Masterplan 9 „Bildung und Betreuung“ neu überarbeitet. Der derzeitige Arbeitsstand ist dem Gesamt-Masterplan beigelegt.

Damit wird es gleichzeitig möglich sein, alle Projekte in ihrem Arbeitsstand, ihren finanziellen Auswirkungen und ihrer Bedeutung für die strategischen Ziele der Stadtentwicklung abzubilden. Haushaltsplanung und Stadtentwicklungsplanung werden weiter miteinander verflochten. Erste Ansätze dazu wurden im Rahmen der Haushaltsklausur 2007 vorgestellt.

Seit dem 1.12.2008 ist die Gesamtsteuerung der Masterpläne von der Stabsstelle SUN (Steuerungsunterstützung) auf das Referat Nachhaltige Stadtentwicklung übergegangen. Hier werden die Inhalte gebündelt und die Aktualisierung organisiert. Für die Inhalte sind die Masterplanverantwortlichen (Fachbereichsleiter) zuständig. Damit ist die Fachverantwortung und die Bearbeitung der Themen und Projekte bei den zuständigen Fachbereichen verankert.

Im Rahmen der Zukunftskonferenz 2009 werden den Teilnehmern dieser Kurzbericht und der aktuelle Stand des Gesamt-Masterplans zur Kenntnis gegeben.

Unterschriften:

Werner Spec

Ulrike Dreßler-Uetz

Verteiler:

Alle Organisationseinheiten 1x

Die Masterpläne zu den Themenfeldern des SEK „Chancen für Ludwigsburg“

- Masterplan 1 - Attraktives Wohnen
- Masterplan 2 - Kulturelles Leben
- Masterplan 3 - Wirtschaft und Arbeit
- Masterplan 4 - Vitale Stadtteile
- Masterplan 5 - Lebendige Innenstadt
- Masterplan 6 - Zusammenleben von Generationen und Nationen
- Masterplan 7 - Grün in der Stadt
- Masterplan 8 - Mobilität
- Masterplan 9 - Bildungsoffensive (Weiterentwicklung)
- Masterplan 10 - Vielfältiges Sportangebot (in Aufstellung)
- Masterplan 11 - Energieversorgung
- Masterplan 12 - Haushaltskonsolidierung (kein SEK-Themenfeld)
- Masterplan 13 - Interkommunale Zusammenarbeit (kein SEK-Themenfeld)
- Masterplan 14 - Überblick über die Bürgerschaftlichen Projekte



N e u: Masterplan 9: Masterplan in der Weiterentwicklung/ **Arbeitsstand**



1 Attraktives Wohnen

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Auf der Grundlage einer nachhaltigen und Ressourcen schonenden Stadtentwicklung werden die Möglichkeiten für ein vielfältiges Wohnangebot für alle Bevölkerungsgruppen in einem sozial ausgeglichenen und lebendigen Wohnumfeld geschaffen.

1 Masterplan Kommunale Wohnungspolitik

Prozessverantwortlich Ulrike Dreßler-Uetz (Referat)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
-----	----------------------	---------------	--------------	--------	----------	----------	---------------------------------	----------------------------	--

In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht

Strategisches Ziel 1.1 Besondere Angebote für Zielgruppen in Neubau- und Bestandsgebieten sorgen für eine **nachhaltige, positive demografische Entwicklung**. Ludwigsburg verfügt über eine ausgewogene Sozialstruktur, die sich auch in ihrer Wirtschaftskraft widerspiegelt.

1.1.1	Marketing - Strategie der Stadt (Profilierung LB als Wohnstandort, Präsentation z.B. im Internet, auf Messen, in der Presse)	2	Fertigstellung der Broschüre im 3. Quartal 2009 und der Internetpräsentation im 4. Quartal 2009 Broschüre und Internetauftritt "Hartenecker Höhe" wurden bereits erarbeitet. Internetauftritt ist online, Broschüren werden verteilt.	E	4. Quartal 2008		23	05, 60, 61, 89, Büro OBM, WBL, externe Marktteilnehmer	
1.1.2	Förderprogramme								
	1. Eigentumsförderung (Baukindergeld)	1	Grundsatzbeschluss im GR am 10.05.2006. Verlängerung für die Jahre 2010 und 2011 im Februar 2009 vom GR beschlossen. Anlaufstellen für das Baukindergeld sind die jeweiligen Grundstücksachbearbeiter beim FB 23.	E / P		Veranschlagung im Vermögenshaushalt	23	05, 20, 23, 60, 61, WBL	
	2. Mietwohnungsbau	2	Sozial gebundener Wohnraum: Zielvorstellungen für WBL in AR WBL beschlossen. Planung für die Schaffung von gehobenen Mietwohnungsbau noch in der Entwicklung Überlegungen / Planungen für Vorhaben im Bereich der Hartenecker Höhe laufen derzeit. Grundstücksbereitstellung für vermehrte Anfragen von Investoren für Anlagemöglichkeiten	U	31.12.2010 2009ff		WBL 23	05, 20, 23, 33, 60, 61 externe Marktteilnehmer	
	3. Nutzungssteuerung über Kaufpreisgestaltung städtischer Grundstücke	1	Anwendung bei bedeutenden städtebaulichen und / oder soziodemografischen Objekten (aus Stadtteilentwicklungsplänen und Wohngebietsentwicklungen) z.B. zur Realisierung kostengünstiger Vorhaben Elfriede-Breitenbach-Straße (HaHö)	U	2007 ff		Projektgruppen der Baugebiete, 23	05, 20, 60, 61	Bezug zu 1.2, 1.3, 1.4
1.1.3	Wohnangebote: Großes Spektrum an differenzierten Wohnangeboten bereitstellen								
	1. in Neubaugebieten								
	--- Jahnstraße	1	Bebauungsplan rechtskräftig, Vermarktung der restlichen städtischen Bauplätze	U	2009/2010	Finanzielle Abwicklungen in Sonderrechnungen außerhalb des Haushalts Jahnstraße ist keine Sonderrechnung mehr	23	60, 61, 67, WBL	
	---Hartenecker Höhe	1	B.-plan rechtskräftig; Grundstücke sind in der Vermarktung Erschließung im Gange (Abschluss Sept. 2009), Bauplanungen im Gange, Planung öffentl. Räume bis Ende 2009, Fortschreibung/Änderung BPlan bis Ende 2009	U	2009ff		PG Hartenecker Höhe, 60	23, 61, 67, WBL	
	--- Am Wasserfall	2	B.- Plan rechtskräftig seit Februar 2009, Abschluss Umlegung bis Juli 2009, Erschließung im Gange, Bebauung ab 4. Quart. 2009	U	2009		PG Am Wasserfall, 61	23, 60, 67	Bezug zu 1.2, 1.3, 1.4
	--- Neckarterrasse	1	Umlegung läuft, B.-Plan im Verfahren, Entwurfsbeschluss 3. Quart. 2009 vorgesehen, Vermarktungsbeginn ab 2010	V	2009ff		PG Neckarterrasse, 61	23, 60, 67, WBL	
	2. in Bestandsgebieten								
	--- Walckerareal	2	Baugesuch für Pflegeheim, Seniorenwohnen und Studenten-appartements eingereicht. Realisierung abhängig von Investor.	U			61	60, 61, 67, WBL	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Stat- us	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
	--- Am Sonnenberg	1	Satzungsbeschluss B.-Plan "Sonnenberg Süd-Ost" 2. Quart. 2009, Energiekonzept und Anpassung Erschließung in Vorbereitung, Planungskonzept Bereich Süd-West in Vorbereitung	U	B.-Plan 2009		PG Soziale Stadt, 05	61, WBL	
	--- Stettiner Straße		Vorhaben im Bau, Fertigstellung 1. BA bis Ende 2009	E			23	61	
	--- Tammer Straße	1	Entwurfsbeschluss im 2. Quartal 2009 vorgesehen. Vermarktung 2009/2010	V	B.-Plan 2009		61	23, 60	
	--- Lichtenbergstraße	1	B.-plan-Aufstellung IV / 2009 Vermarktung 2010	P/V	B.-plan 2009		61	23, 61	
	--- Auf der Schanz	1	B.-plan-Aufstellung IV / 2009 Vermarktung 2010	P/V	B.-plan 2009		61	23, 62	
	--- Grünbühl Süd-West	1	Verhandlungen mit Eigentümer (BIMA) laufen, Entwicklungsstudie beauftragt	V					
	3. Nachverdichtung im Innenbereich		Überprüfung innerörtlicher Brachflächen auf Eignung für Wohnbebauung, B.-Plan-Änderungen notwendig.	V			23, 61	05, 60	Bezug zu 1.3.4
1.1.4	Aktives Flächenmanagement --- Baulückenmanagement --- Wohnungsmarktbeobachtung Angebot, Nachfrage --- Wohnungsleerstandsaktivierung	3	Erfassung der städtischen und privaten Baulücken in Umsetzung bei FB 61, Organisation in Überlegung	V	2008/2009 ff		noch festzulegen	05, 23, 60, 61, WBL, externe Marktteilnehmer	
1.1.5	Anreize für Familien auch im Bildungs- und Betreuungsangebot	2	Wird im Masterplan Kapitel 9 Bildungsoffensive behandelt						

Strategisches Ziel 1.2 Ausgewogene Bevölkerungsstrukturen heben die Lebensqualität in Siedlungsbereichen, in denen ohne aktive Entwicklung einseitige demografische oder soziale Strukturen entstehen. Die erfolgreiche Mischung wird von vorausschauender Planung unterstützt.									
1.2.1	Marktverträgliche Eigentumsangebote im Neubau für einkommensstärkere Bewohner	1	Fließt in Planungsüberlegungen bei Neubaugebieten ein, im Bereich der Hartenecker Höhe bereits erfolgreich in der Umsetzung (z.B. exklusive Grundstücke entlang der Landschaftskante)	E V U	2006 ff		23, 61	WBL, verschiedene Projektgruppen	
1.2.2	Wohnangebote für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen in Neubaugebieten bzw. in sozial stabileren Stadtbereichen	1	Fließt in Planungsüberlegungen bei Neubaugebieten ein, im Bereich der Hartenecker Höhe aufgrund der hohen Nachfrage durch verschiedene Segemente (Junges Wohnen, Wohnen und Arbeiten, Wohnen für mehrere Generationen, exklusives Wohnen) hinweg bereits erfolgreich in der Umsetzung, weiterhin auch bedarfsgerechte Wohnungen durch Baugemeinschaften	E V U	2006 ff		23, 61	WBL und andere Bauträger	
1.2.3	Bedarfsgerechte Wohnangebote für verschiedene Ziel-/Bevölkerungsgruppen (Starter, Familien mit Kinder, Ältere)	1	Fließt in Planungsüberlegungen bei Neubaugebieten ein	E V U	2006 ff		23, 61	WBL und andere Bauträger, verschiedene Projektgruppen	
1.2.4	Steuerung bei Wiederbelegung freiwerdenden Wohnraumes der Stadt bzw. WBL (Mietwohnungen)	1	Wird von der WBL praktiziert.	U	2006 ff		WBL	Vergabekommission, 32, 33	
1.2.5	Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln zur Erhöhung der Eigentumsquote	2	Wird weiterhin von der WBL praktiziert. Abhängig von Stadtteilentwicklungsplänen - Städtische Wohnungen bzw. der WBL - Anreize zur Umwandlung privater Wohnungen in Sanierungsgebieten	U U	2007 ff		WBL 05, 60	23, private Wohnungseigentümer	
1.2.6	Aufwertung von Bestandswohngebäuden durch Sanierungsmaßnahmen	1	Wird praktiziert und forciert in Abhängigkeit von Stadtteilentwicklungsplänen - Städtische Wohnungen bzw. der WBL - Anreize zur Sanierung privater Wohnungen in Sanierungsgebieten	U U	2006 ff		WBL 05, 60	05, 23, 60, private Wohnungseigentümer	Bezug zu 1.3.

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
1.2.7	Erarbeitung städtebaulicher Konzeptionen zum Abbruch nicht sanierungswerter Bestandsgebäude und Neuordnung mit differenzierten Wohnangeboten	1	Wird praktiziert und forciert in Abhängigkeit von Stadtteilentwicklungsplänen	U V	2006 ff		61	WBL und andere Bauträger, 05, 23, 60	Bezug zu 1.3.
1.2.8	Festlegung von Sanierungsgebieten wie "Soziale Stadt"	1	Wird praktiziert	U	2006 ff		05, 60	17, 23, 32, 48, 61, 89	
1.2.9	Bewohnerbeteiligung an Planungsprozessen um Identifikation mit Wohnort zu stärken	1	Wird in Sanierungsgebieten praktiziert; für Stadtteilentwicklungspläne in Umsetzung bzw. in Planung, im Bereich des Neubaugebiets "Hartenecker Höhe" durch verschiedene Veranstaltungen z.B. Planungswerkstätten, Führungen etc. ebenfalls in Umsetzung	U U	2006 ff		05, 60, 61	17, 23	Bezug zu 1.4.
1.2.10	Stadtbeobachtungssystem , Strukturwandel rechtzeitig erkennen	1	In Vorbereitung mit der Festlegung der Indikatoren	V	2008 / 2009		.05	17, 60, 61, 32, 33, WBL	Sozialdatenatlas, Indikatoren

Strategisches Ziel 1.3

Qualität in Wohnungsbau, Wohnumfeld und Infrastruktur machen Ludwigsburg attraktiv, um hier zu leben. Für **Neubau und Bestandspflege** sind entsprechende Niveaus entwickelt und gesichert.

1.3.1	Qualitätsmanagement im Neubaubereich	1	Standards werden entwickelt. Leistungskonkurrenz (z. B. Wettbewerbe, Mehrfachbeauftragungen, Workshops), lokale Baukultur mit lokalen Akteuren als öffentliches Thema fördern und Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit. Beispiele: Mehrfachbeauftragungen Grünbühl / Sonnenberg, Stettiner Straße (beide mit ausführlicher Beteiligung der Bürger), Ortskern Neckarweihingen; Investorenausschreibungen Hartenecker Höhe	V	2006 ff		61	05, 60, 65, 67, WBL	Bezug zu 1.1, 1.2, 1.4
1.3.2	Qualitätsmanagement bei Bestandsgebäuden	2	Erarbeitung Standards und Konzepte zur Steigerung der Wohnungsqualität in Einzelfällen (Energetisch, Aufzüge, flexible Grundrisse usw.). Beratung der Bauherren durch Architekten	V	2006 ff		60/61	65, WBL	Bezug zu Themenfeld 4 "Vitale Stadtteile" (Stadtteilentwicklungspläne)
1.3.3	Sanierungs- und Förderprogramme für Sanierung Bestandsgebäude	2	In Sanierungsgebieten bereits in Umsetzung	U	2006 ff		.05	61, 23, WBL	
1.3.4	Nutzung von Innenentwicklungspotenzialen	2	Flächen müssen bei der Erarbeitung der Stadtteilentwicklungspläne definiert werden: 5 STEP's in Bearbeitung	V	2007 ff		PG STEP, 61	60	Bezug zu 1.1, 1.2, 1.4, zu Themenfeld 4 "Vitale Stadtteile"
1.3.5	Stärkung der Lebensqualität durch Schaffung familienfreundlicher Wohnumfelder	2	Konkrete Maßnahmen müssen in den Stadtteilentwicklungsplänen erarbeitet werden: 5 STEP's in Bearbeitung	V	2007 ff		PG STEP, 61	60, 65, 67, 48, 89, ÖPNV, WBL.	Bezug zu Themenfeld 4 "Vitale Stadtteile"
1.3.6	Schaffung guter Infrastrukturvoraussetzungen	2	Konkrete Maßnahmen müssen in den Stadtteilentwicklungsplänen erarbeitet werden: 5 STEP's in Bearbeitung	V	2007 ff		PG STEP, 61	60, 65, 67, 48, 89, 17, ÖPNV, WBL.	Bezug zu Themenfeld 4 "Vitale Stadtteile"

Strategisches Ziel 1.4

Die Stadtteile bilden durch ihre spezifischen Qualitäten und positiven Strukturmerkmale eine vielfältige Stadt. Sie bereichern durch ihre **Identitäten** das Wohnen in Ludwigsburg.

1.4.1	Ortsidentität herausarbeiten und stärken								
1.4.2	Förderung bürgerschaftliches Engagement								
1.4.3	Schaffung von kommunikationsfördernden Strukturen								
1.4.4	Bereitstellung von Wohnbaupotenzial für den Eigenbedarf								

Die dargestellten Maßnahmen unterscheiden sich je nach Ausprägung des jeweiligen Stadtteils und müssen anhand von **Stadtteilentwicklungsplänen**

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
1.4.5	Baulücken und Brachflächen entwickeln		mit den lokalen Akteuren vor Ort gemeinsam entwickelt werden. Siehe Themenfeld Vitale Stadtteile						
1.4.6	Stärkung der Ortskerne								
1.4.7	Aufenthalts- und Begegnungsräume schaffen								
1.4.8	Zäsuren zwischen den Stadtteilen beibehalten und stärken								
1.4.9	Bezug zur Landschaft ausprägen								



2 Kulturelles Leben

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Ludwigsburg ist eine Stadt mit viel Potenzial und hoher Qualität bei Kultur und Künsten. Güte und Vielfalt des kulturellen Lebens tragen maßgeblich zum Bild der Stadt bei: Ludwigsburg wird überregional und international als kulturelle Perle wahrgenommen.

2

Masterplan Kulturkonzeption
 Prozessverantwortlich: Wiebke Richert (FB 41)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt						

Strategisches Ziel 2.1 Das hohe Niveau und die Vielfalt des kulturellen Lebens sind erhalten und vor dem Hintergrund der Stadtgeschichte bürgerorientiert weiterentwickelt. Dies zeigt sich bei eigenen Produktionen

2.1.1	Weiterentwicklung Ludwigsburger Schlossfestspiele		Die Ludwigsburger Schlossfestspiele – Internationale Festspiele Baden Württemberg sind die kulturell bedeutendste Institution der Stadt. Seit 75 Jahren sind sie stark im bürgerlichen Bewusstsein verankert und haben Ludwigsburg im Bereich Klassik und Tanz zu nationalem/ internationalem Bekanntheitsgrad verholfen. Die hohe Bedeutung der Ludwigsburger Schlossfestspiele für die Bürger der Stadt und der Region sowie als singuläres "Aushängeschild" ist zu erhalten und weiterzuentwickeln. (Ziele noch geneuer definieren). Ab Okt. 2009 Beginn neue Intendanz mit stärkerer inhaltlich-finanzieller Bündelung der Verantwortung.	V/U	2009/2010	fester Zuschuss; Rückführung der Kürzung (10%) in HHplan 2009	LSF	Aufsichtsrat LSF, FB 41: Richert, Peichl	.2.1.2, 2.1.3., 2.4.1
2.1.2	Städtisches Kulturprogramm im Forum am Schlosspark		Die hohe Qualität und Ausstrahlung des Programms in die Regio mit Theater, internationalem Ballett/Tanz sowie Klassik und Entertainment hat Priorität. Die Anzahl der Veranstaltungen muss aus finanziellen Gründen reduziert werden. Qualitätsverluste sind nicht zu vermeiden. Damit ist das Programmkonzept ernsthaft gefährdet und damit das Forum in seiner "Leuchtturmfunktion" für die Kultur der Stadt. Die Entwicklung des Programmangebots wird fortgesetzt, um mittelfristig neue Publikumsschichten zu binden. Mit der Reihe „Dicht dran!“ gibt es ein umfangreiches Begleitprogramm (Workshops, Einführungen, Künstlergespräche, Kinder- und Familienkonzerte), das Teil der Maßnahmen zur kulturellen Bildung des FB 41 ist. Die Finanzierung ist nicht gesichert und muss noch auf eine verlässliche Basis gestellt werden. Für die Kooperationen mit Schulen müssen noch verbindliche Strukturen aufgebaut werden. Kooperationen mit kommerziellen Anbietern (Agenturen) und Lb-Kultureinrichtungen für einzelne Projekte werden angestrebt (z.B. Fortsetzung des Festivals LB-Dance)	V/U	2009/10 ff	festes Budget	Peichl	Richert, LSF, FB 48	.2.1.1, 2.2.2.1
2.1.3	Forum am Schlosspark		Insbesondere aufgrund der verschärften ökonomischen Rahmenbedingungen wurden die Ziele im Forum am Schlosspark in Richtung forciertes Veranstaltungsstättenmanagement modifiziert. Der FB 41 wurde in einem ersten Schritt intern umorganisiert; der Bereich Programme und Produktionen mit dem städtischen Kulturprogramm im Forum wird seit Sept. 2008 als eigene Abteilung geführt; die Leitung des Forums an die bisherigen Teamleiter Marketing und Vertrieb bzw. Technik übertragen. Der primäre außerökonomische Fokus ist, das Forum am Schlosspark als Marke „Kongress- und Kulturhaus“ in der Region stärker bekannt zu machen. Die Stärken des Hauses – als einzige Veranstaltungsstätte mit einer Zweiraumlösung, dem Theatersaal etc. sind herauszuheben. Positionierung des Forums am Schlosspark über die Region hinaus – bundesweit und international, um langfristig neue Märkte oder Nischen für Kundenpotentiale zu entwickeln.	U	2009/ 10 ff.	festes Budget, s. Erfolgsplan	Roser/Greipel-Dominik	Richert, Kelp, FB 20, 10	2.1.1, 2.1.2

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			<p>Dem Kunden eine Gesamtlösung bieten, Kultur- und Kongress-, Vertriebscenter (Fullservice rund um seine Veranstaltungen aus einer Hand). Einbindung weiterer Veranstaltungsstätten in das Produktportfolio neben Louis-Bühner Saal, Musikhalle, Scala . Stammkundenbetreuung und Erschließung von neuen Zielgruppen für das Forum und die anderen Veranstaltungsstätten zur Sicherung der betriebswirtschaftlichen Ziele. Sicherung der Bestandskunden insbesondere bei derzeit rezessiver Konjunktur durch verstärkte Vertriebs- und Marketingaktivitäten. Outsourcing von wenig produktiven Geschäftsfeldern wie des Ticketservices / Kasse werden untersucht. Renovierung und ständige technische Optimierung der Gebäude und Räume, um am Markt wettbewerbsfähig zu sein und zu bleiben. Forcierung von Onlineangeboten für die Vermarktung. Weiterentwicklung des Internetauftritts.</p> <p>Migrationsphase des neuen Hallenverwaltungs-, CRM- und Controllingsystems Rubin und Weiterentwicklung zur Optimierung der Arbeitsprozesse und Workflows. Organisatorische Weiterentwicklung: Untersuchung einer möglichen neuen Organisationseinheit "Zentrales Veranstaltungsstättenmanagement" mit dem Ziel, den Fokus Ludwigsburg auszubauen.</p>						
2.1.4	Neukonzeption Stadtmuseum		<p>Das Städtische Museum ist ein Ort des Sammelns, Bewahrens, Erforschens, Ausstellens und Vermitteln – ein Ort der Aufklärung und Identifikation. Neben den daraus resultierenden umfangreichen Aufgaben in konservatorischer und wissenschaftlicher Hinsicht präsentiert und vermittelt es durch Schausammlungen, Wechselausstellungen, Publikationen, Führungen, Vorträge und museumspädagogische Angebote seinen Bestand der Öffentlichkeit. Die Konzeption des Städtischen Museums orientiert sich an der speziellen Geschichte, Kunst und Kultur Ludwigsburgs und an der in über 100 Jahren gewachsenen Museumssammlung. Dadurch erhält es sein eigenständiges, unverwechselbares Profil. Nach der Neukonzeption der Abteilung „Stadtgeschichte“ und „Menschen in Ludwigsburg“ in den 1990er Jahren muss sich das Museum im Bereich der ständigen Schausammlung mit neuen Themen, aktueller Gestaltung und mit den neuesten visuellen Möglichkeiten zusätzlichen Besucherschichten öffnen.</p> <p>Das Museum hat gezeigt, dass es bei der Präsentation seiner Bestände interessante Akzente setzen kann und hat sich in Ludwigsburg und der Region Aufmerksamkeit, Akzeptanz und einen sehr guten Ruf erworben. Ein eigenes Museumsgebäude mit seinen vielseitigen Möglichkeiten wird diese positive Entwicklung weiter vorantreiben. Insbesondere die Wechselausstellungen als speziell für das Ludwigsburger Museum gestaltete Eigenproduktionen und die Museumspädagogik spielen in der Gewinnung neuer Besuchergruppen eine unverzichtbare Rolle.</p>	U	2012	letzter Beschluss WKV/GR Mai 2009	Abrecht (Projektleitung), Hollwedel (41),	FB 65, FB 61, Denkmalschutzbehörde, Büro Lederer, Büro hg merz	2.1.8, 2.2.2.4

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt						
2.1.5	MusikTheater-Produktionen		Seit 1996 produziert der Fachbereich Kunst und Kultur der Stadt Ludwigsburg in Zusammenarbeit mit dem BürgerTheater und dem Stadtverband der Gesang- und Musikvereine große, spektakuläre Musiktheaterprojekte im Forum am Schlosspark, die ein "Aushängeschild" für Ludwigsburg sind. Das Sinfonieorchester der Stadt Ludwigsburg, die Kantorei der Karlshöhe und ein großer Projektchor mit nicht organisierten Sängern bildeten das musikalische Zentrum. Die Arbeitsstrukturen, das Kernteam und die Infrastruktur des BürgerTheaters waren dabei für den Bereich, Regie, Choreographie und Ausstattung zuständig. Hier waren 350 – 450 Personen auf und hinter der Bühne beteiligt. 7000 – 11 000 Zuschauer besuchten die 6-10 ausverkauften Vorstellungen von Carmina Burana (1996), Messias (2000) und Fürsten, Bürger und Soldaten (2004), Die Schöpfung (2009).	U	2013/14	projektbezogen	Peichl, Richert,	Bürgertheater, Stadtverband, Künstlerische Leitung	2.1.8, 2.1.14
2.1.6	Weiterentwicklung Scala		Das Scala in der Stuttgarter Strasse 2 ist seit rd. 20 Jahren der Veranstaltungsort für die sog. „alternative“ Kultur. Als Veranstaltungshaus mit Konzert-, Kabarett- und Programmkinooangebot hat es sich über die Region hinaus profiliert und ein sehr zahlreiches Publikum gewonnen; das Angebotssegment ist ein maßgeblicher Faktor für das kulturelle Profil der Stadt. Räumlich liegt das Haus mitten im stadtplanerischen Entwicklungsbereich Rathaus-/Mathildenaerial, welches insbesondere für den Bereich Medien, Film und Kultur aufgewertet werden soll. 2007 Ankauf des Anwesens durch die WBL- Sicherung des Standortes. 2008 Konzeption zur Vermarktung aus einer Hand im Verbund mit qualitativ hochwertigem Kulturprogramm, Kino und einem damit abgestimmtem gastronomischen Angebot. Polit. Zielvorgabe: private Trägerschaft. Investitionsförderung aus Konjunkturpaket 2 des Bundes. 2009 Rückführung Gesellschaftsanteile an private gGmbH. Verhandlungen mit 2 Investoren laufen. Entscheidung über Kinobetreiber im Juli 2009 für 1 Jahr. Betreiberkonstellation Saal :abhängig von Investorenlösung - Prüfung und Entscheidung Herbst 2009. Vereinbarung mit Scala gGmbH anschließend.	U	2009/10	Konjunkturpaket, Programmmzuschuss, jährlicher Bericht	Richert, Kiedaisch		
2.1.7	Weiterentwicklung Kunstzentrum Karlskaserne/Kunstschule Labyrinth		Das Kunstzentrum Karlskaserne ist das bedeutendste kreative Ausbildungs- und Produktionszentrum in Ludwigsburg und muss inhaltlich, personell, funktional und räumlich/baulich ständig weiterentwickelt werden um sich den Herausforderungen der Zukunft stellen zu können. Im Rahmen des GPO-Workshops wird derzeit überprüft, ob die strukturelle und finanzielle Ausstattung der tragenden Organisation Kunstschule Labyrinth dafür noch ausreichend ist, oder ob hier personell und baulich investiert werden muss.	V	2009 ff.	festes Budget	Eggers	Richert	2.2.2.1, 2.2.2.2, 2.2.2.4
2.1.8	Kunstverein (in der Eberhardstraße)		Der Kunstverein Ludwigsburg hat neben vielen anderen Vermittlungstätigkeiten vor allem zum Ziel, seinen Mitgliedern und der Öffentlichkeit die innovativste künstlerische Entwicklung auf dem nationalen und internationalen Sektor zu präsentieren und zu vermitteln. Der Kunstverein ist offen für alle internationalen Strömungen und präsentiert jeweils die Kunstsprachen, die bereits heute die Antworten auf die Fragen von morgen aufzeigen. Die Kommunikation mit dem Künstler und seinem Werk sind hierbei wichtige und wertvolle Bausteine. Der Kunstverein Ludwigsburg war, ist und wird zudem ein international anerkanntes Sprungbrett für Künstler/innen und Kurator/innen sein.	U	2009 ff.	festes Budget	Bau Eberhardstr. 1: Albrecht (Projektleitung), Inhalt: Richert,Hollwedel	Lenkungsgruppe Stadtmuseum / Kunstverein	2.1.4, 2.1.12

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt						
			In der räumlichen Verflechtung mit dem Stadtmuseum d.h. durch die unmittelbare Nachbarschaft/ durch bewusste Schnittstellen zweier kulturgeschichtlicher Institutionen verfolgt die Stadt eine lebendige Auseinandersetzung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (der Stadt Ludwigsburg). Die Rolle als Kultur- und Medienstadt soll in der Konzeption und der künftigen Programmatik der beiden Institutionen einen herausgehobenen Status erhalten. Bis zum Bezug des neuen Standortes Interimsdomizil in der Wilhelmstr.						
2.1.9	Bürgertheater Ludwigsburg		Seit Mitte der 90iger Jahre erhielt das BürgerTheater Ludwigsburg für außergewöhnliche Theaterprojekte einen jährlichen Regelzuschuss in Höhe von ca. 25 000.- Euro. Seither gab es Preissteigerungen auf allen Ebenen. Die Zahl der Mitwirkenden ist gewachsen, die Ideen wurden ehrgeiziger und die Ansprüche des Publikums nahmen zu. Der jährliche Regelzuschuss ist seit 2008 auf 35 000.- Euro erhöht worden, damit das Bürgertheater für seine 2-jährigen Produktionen nach 15 Jahren erfolgreicher Arbeit einen solideren Grundstock hat.	E	nächste Produktion 2011	festes Budget	Kittel	Tanz- und Theaterwerkstatt, Weitere	2.1.5, 2.2.1.1
2.1.10	Bereitstellung von Projektmitteln zur Schaffung von Entwicklungsmöglichkeiten und zur projektbezogenen Förderung		Erarbeitung von Vergabekriterien für Projektmittel zur Förderung von Gemeinschaftsprojekten der Ludwigsburger Kulturtreibenden, der Realisierung einmaliger interdisziplinärer Projekte, der Ermöglichung von Projekten von nicht institutionalisierten Einrichtungen sowie der Entwicklungsmöglichkeit von neuen Initiativen, interessantem Potenzial und künstlerischen Experimenten.	V	2010	jährlich als Sondermittel beantragt. Ziel: festes Budget	Raithel	FB 41: Richert, Kelp, FB 20	potenzielle Bezüge zu allen Maßnahmen innerhalb der strategischen Ziele 2.1, 2.2 und 2.4
2.1.11	Qualitätsmanagement		Für die Qualitätssicherung und die niveauvolle Weiterentwicklung und Förderung von städtischen und nicht städtischen Kulturinitiativen soll ein Anforderungskatalog mit Bewertungskriterien erarbeitet werden.	EP	2010 ff	nein	N.N.	FB 41	Qualitätsmanagement ist eine Querschnittsaufgabe
2.1.12	Konzept "Kunst im öffentlichen Raum"		Die Neustrukturierung im Bereich der „Kunst im öffentlichen Raum“ wurde wie geplant erarbeitet. Gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung wurde von der Abteilung Projekt- und Kulturmanagement und Fachbereichsleitung in Form von verschiedenen Beschlussvorlagen ein Modell für Kunst im öffentlichen Raum entwickelt. Das beschlossene Modell sieht temporäre Kunstprojekte vor. Ein Kunstbeirat wurde zur qualitativen Begleitung ins Leben gerufen. Künstler werden in einem geladenen Wettbewerb aufgefordert, sich zu bewerben. Eine Jury die aus Kunstsachverständigen und kommunalpolitischen Vertretern besteht, wählt aus den eingegangenen Entwürfen Künstler aus, die realisiert werden sollen. Der Gemeinderat muss diesen Vorschlägen abschließend zustimmen. Das Projekt „AUSSERDEM – Kunst öffentlichen Raum“ wurde am 11.6.2009 eröffnet und soll als Kunsttriennale fortgeführt und etabliert werden. Resümee/ Analyse/ Entscheidung zur Fortführung Februar 2010	U/E	2009, 2012, 2015 ff.	Bewilligung Budget für ersten Durchlauf	Raithel, Richert	Kunstverein, VBKW, FB 41: Eggers, Hollwedel FB 61: Mihm, Kurt	.2.1.8, 2.1.15 Antrag Fraktion DIE GRÜNEN, Nr. 328/06 Antrag Fraktion SPD, Nr. 349/06 Antrag Fraktion FDP, Nr. 653/06 Vorl.-Nr. 290/07 Offensive Innenstadt. Attraktivitätspunkt in der Fußgängerzone Asperger Straße Vorl.-Nr. 513/07 Kunst im öffentlichen Raum / „Skulpturenprojekt“ Vorl.-Nr. 155/08 Skulpturenprojekt Vorl.-Nr.333/08 Skulpturenprojekt – Kunstbeirat und Wettbewerbsform Vorl.-Nr. 056/09

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt						
2.1.13	Kultur und Film		a) Ausbau der Kooperation mit der Filmakademie Baden-Württemberg Im Rahmen des Projektes "Kommen und Gehen" der KulturRegion fand eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Kunst und Kultur und Regie-Studenten der Filmakademie statt. An diese Erfahrung soll angeknüpft und Kooperationen weiter ausgebaut werden. Unter dem Vorzeichen des Stadtjubiläums fand eine erneute Zusammenarbeit nach oben genanntem Muster statt: Der Projekttitle „Wagnis: Leben“ bildete einen thematisch offenen Rahmen, in welchem acht ganz unterschiedliche Kurzfilme entstanden. Es muß geprüft werden, unter welchen Bedingungen derartige Kooperationen in eine dauerhafte Form münden können. Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Stadtjubiläum stehend wurde ein Absolvent der Filmakademie im Rahmen einer sogenannten Drittmittelproduktion mit der Erstellung eines dokumentarischen Kurzfilms über das Ludwigsburger Stadtentwicklungskonzept beauftragt, der unter anderem zum Festakt des Jubiläums gezeigt wurde.	U/V	a) 2009 ff. b) 2009/10	Sondermittel	a) Raitzel b) Richert (FB 41), Schärer, Bellanca (FB 89), FB 20	a) Filmakademie, WMT b) KinoKult e.V., Filmakademie, Scala Kultur gGmbH, ggf. Investor	2.1.14, 2.4.2
			b) Programm kino (Zuschussperspektive) Das anspruchsvolle und vielseitige Programm kinoangebot wird seit rd. 20 Jahren von KinoKult e.V. als gewerblich arbeitender Verein mit einer engagierten, z.T. ehrenamtlich arbeitenden Mitgliedschaft getragen. Angesichts der schwierigen Entwicklung in der Kinobranche wird es immer schwieriger, dieses Angebot mit vertieftem cineastischem und medienpädagogischem Anspruch wirtschaftlich zu erhalten. Am Standort einer Medienstadt mit Sitz von Film- und Theaterakademie muss auch aus Imagegründen und unter der Gefahr, das das noch vorhandene, lt. Gutachten Brinke medien consult) große Publikum in die Landeshauptstadt abwandert, geprüft werden, inwiefern das Angebot künftig bezuschusst werden sollte, um es zu erhalten. Im GR hat dies bislang jedoch keine Befürwortung erhalten. Insbesondere in Bezug auf das Kinoangebot im Scala und die dortigen Erwartungen an Qualitäten (Förderung im Konjunkturpaket) wird diese Thematik derzeit genauer in den Fokus genommen c) Entwicklung Filmfestivals: Fachbereich FMT			bislang nein			
2.1.14	Verstärkung von Vernetzung und Kooperation zwischen den Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden		z.B. Kulturtafel: jährlicher Austausch des inneren Kreises der Ludwigsburger Kulturschaffenden zu aktuellen kulturpolitischen Themen, z.B. Kultur-Stammtisch: jährliches Treffen aller Kulturschaffenden und der Gesangs-, Musik- und Kulturvereine, das dem gegenseitigen Austausch, der terminlichen Abstimmung und der Erstellung des Kulturkalenders dient. z.B. Kulturkalender: Jahresübersicht über die Ludwigsburger Kulturveranstaltungen	U	laufend	geringes Budget	Raitzel	Richert, Knorpp, Lbg. Kulturszene	2.3.2.3
2.1.15	Thematische Kulturprojekte		Projektarbeit gewinnt als feste Größe in der Kulturarbeit an Bedeutung. Der Fachbereich beteiligt sich federführend und projektsteuernd an kulturellen Jubiläen (z.B. denk mal Schiller 2005, Stadtjubiläum 2009) sowie an weiteren anlassbezogenen thematischen Kulturprojekten. Die Teilnahme an den jährlichen Projekten der KulturRegion stellt einen weiteren Aufgabenschwerpunkt der Kulturprojektarbeit dar. Diese Maßnahmen verstärken auch die Wahrnehmung Ludwigsburgs als Kulturstadt in der Region und überregional. Darüber hinaus stärken Projekte die Möglichkeit der Zusammenarbeit ganz verschiedener kultureller Einrichtungen und fördern die Begegnung zwischen Hoch- und Basiskultur. Auch können künstlerischer Nachwuchs sowie eher experimentelle Ausdrucksformen in den Rahmen thematischer Kulturprojekte integriert werden.	U	laufend	ja	Raitzel, Richert	wechselnd	Projektarbeit ist eine Querschnittsaufgabe.

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			Es besteht ferner die Chance der besseren Wahrnehmung kultureller Angebote in der Öffentlichkeit und dadurch auch die Gelegenheit der Erreichung neuer Zielpublika, die im Idealfall auch langfristig an Ludwigsburger Kulturangebote gebunden werden können. Voraussetzung für die dauerhafte Möglichkeit, projektorientiert arbeiten zu können, ist die Bereitstellung der dafür benötigten Ressourcen sowie ein organisatorisches Bekenntnis zu dieser Arbeitsform.						
2.1.16	Weiterentwicklung "Literatur in Ludwigsburg"		In der Mitteilungsvorlage "Literatur in Ludwigsburg" wurden 2007 Maßnahmen im Rahmen der kommunalen Literaturförderung, die der Verbesserung der Situation der Ludwigsburger Literaturschaffenden im Allgemeinen und der besseren Vernetzung, Wahrnehmung und Vermarktung im Besonderen dienen, vorgestellt: n Etablierung eines regelmäßigen „Runden Tisches Literatur“ zum gegenseitigen Informationsaustausch n gemeinsamer Veranstaltungs-Flyer „Literatur in Ludwigsburg“ n Nutzung und Benennung des Pavillons im Ratskellergarten als „Literatur-Pavillon“ n Literaturfest im Kulturzentrum in Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek. Drei Maßnahmen dieses Vier-Säulen-Konzepts konnten erfolgreich umgesetzt werden. Die Literaturszene hat sich erkennbar vernetzt, die Veranstaltungen werden besser wahrgenommen und gemeinsam, gebündelt kommuniziert und das Ludwigsburger Literaturfest ist als Erfolg zu werten wird 2009 zum dritten mal stattfinden. Lediglich die Nutzung des Pavillons im Ratskellergarten als „Literatur-Pavillon“ sowie dessen Umfeldgestaltung sind bislang nicht umgesetzt.	U/E	laufend	ja, aber kein festes Budget im FB 41	Raithel	Stadtbibliothek, Herr Stierle, Literaturszene LB	.2.1.14. 2.1.15
	Tanz- und Theaterwerkstatt		neu! Text muss mit TTW abgestimmt werden		laufend	festes Budget, Erhöhung 2008	TTW	Eggers, Richert, Kelp	
	Jugendmusikschule Ludwigsburg		neu! Text muss mit JMS abgestimmt werden		laufend	festes Budget	JMS	Eggers, Richert, Kelp	
	Archive		neu! Staatsarchiv und städtisches Archiv auch als Orte der kulturellen Präsentation - Abstimmung dort		laufend	teilw.	Her Läpple, Dr. Müller, Staatsarchiv	FB 10, Dr. Hollwedel	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt									
Strategisches Ziel 2.2 Die aktive Beteiligung und Teilhabe der Bürgerschaft am kulturellen Leben fördert Integration, Selbstbewusstsein, Kreativität und damit die Lebensqualität.									
2.2.1	Unterziel A: aktive Beteiligung der Bürgerschaft	0							
2.2.1.1	Bürgertheater		Das BürgerTheater Ludwigsburg bereichert das Kulturleben im Raum Ludwigsburg schon seit fast 20 Jahren auf besondere Art und Weise. Seit 1988 haben die im 2-jährigen Rhythmus stattfindenden, außergewöhnlichen Theaterprojekte künstlerisch und gesellschaftlich große Spuren hinterlassen. Das Bürgertheater ist ein kulturpolitisches Experiment. Kulturschaffende der Region Ludwigsburg, Profis und Amateure, verschiedene Institutionen, Vereine, Gruppen und Einzelkünstler, 'Etablierte' und 'Alternative', Jugendliche und Erwachsene, und seit der Produktion "Marat" bewusst auch Migrantengruppen, sind aktiv und kreativ an den großen Theaterprojekten beteiligt. Das BürgerTheater ist ein Bekenntnis Ludwigsburgs zu eigenen, größeren schöpferischen Unternehmungen, die ungemein befruchtend und anregend für das aktive künstlerische Leben in der Stadt sind. Es trägt wesentlich zum kulturellen Ansehen und zur Identität der Stadt und ihrer Bürger bei und ist inzwischen zu einem wichtigen Kulturfaktor geworden.	U	laufend	festes Budget	Kittel	Tanz- und Theaterwerkstatt, Weitere	2.1.9., 2.2.2.3
2.2.1.2	Stärkung der Gesang-, Musik- und Kulturvereine		<ul style="list-style-type: none"> ■ Kooperationen anregen zur Stärkung der Laienkultur, finanzielle Anreize schaffen ■ Entwicklung neuer Ideen im Bereich der Jugendarbeit, um den Bestand der Vereine zu sichern ■ Hervorhebung des sozialen und kulturpolitischen Werts des ehrenamtlichen Engagements kulturtreibender Vereine in der öffentlichen und internen Wahrnehmung ■ mittelfristige Aktualisierung der Förderrichtlinien der Kulturförderung ■ Kulturstatistik: Feststellung des Ist-Zustandes in punkto Mitgliederstrukturen (Alter/Mitgliederzahlen/ Aktivitäten/ Unterbringung/usw.) Derzeit wird an einer Novelle der Richtlinien zur Vereinsförderung gearbeitet, insbesondere mit dem Ziel, die musische Bildung und Jugendarbeit in den Vereinen zu stärken. 	V/U	2009/10	festes Budget	Knorpp, Kelp	Raitchel, Vereine	2.2.1.3
2.2.1.3	Stärkung der Stadtteilkultur		<ul style="list-style-type: none"> - Feststellung des Ist-Zustandes kultureller Angebote in den einzelnen Stadtteilen - daraus resultierende Ergebnisse öffentlich machen und gegebenenfalls notwendige Handlungsfelder bestimmen - Gruppen und Vereine aus den Stadtteilen verstärkt bei Aktionen in der Innenstadt mit einbeziehen, höhere Identifikation der Stadtteile mit der Kernstadt erzielen durch Förderung konkreter Kulturprojekte mit stadtteilübergreifenden Auswirkungen - Chancen der Integration von ausländischen Mitbürgern nutzen und durch finanzielle Unterstützung anregen, in Kooperation von 41 und 17 - von Seiten der Verwaltung Planungssicherheit vermitteln (Finanzen/ räumliche Unterbringung/usw.) 	V	2010 ff.	Bislang Sondermittel, z.T. aus Bundesmitteln (Soziale Stadt etc.)	Kelp, Knorpp	STEP, FB 41; Raitchel, FB 17, Vereine	2.2.1.2

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt						
2.2.2	Unterziel B: Kulturelle Bildung								
2.2.2.1	Musische Bildung		Möglichst kurzfristig (Step1) sollen alle Kinder in Kindertagesstätten und Grundschulen v.a. durch Angebote der Jugendmusikschule eine musikalische Frühförderung erhalten. 2009 wird keine Konzeption zur musischen Bildung von Kindern und Jugendlichen in einem Workshop ausgearbeitet. Eckpunkte: Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung, möglichst uneingeschränkte Zugänge/Teilhabe aller Kinder, angemessene Frühförderung, keine Unterbrechungen, Orientierung an der Biografie des Kindes. Finanzierung über Fonds JBZ, Patenschaften und institutionelle Eigenmittel wird geprüft. - Mittelfristig (Step 2) sollen die bereits zahlreich und qualitativ hochwertigen kulturellen Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche der verschiedensten Kultur- und Bildungsinstitutionen wie Kunstschule Labyrinth, Stadtbibliothek und freier Träger vernetzt und qualitativ gesteuert werden um ein breitgefächertes wie nachhaltiges musikalisches Bildungsangebot in Ludwigsburg zu installieren.	V	2009	ja, aber bislang kein Budget, Vermittlungsprojekte werden soweit möglich aus laufenden Budgets bestritten	FBL 48/41: Zoll, Richert	Peichl, Kelp JMS, Kitas, Schulen, Labyrinth FB 20	2.1.1, 2.1.7
2.2.2.3	Multikulturelles Denken und Integration durch Kunst und Kultur		Die multi-kulturelle Gesellschaft verlangt auch eine entsprechend ausgerichtete Kulturpolitik und Kulturarbeit. Kunst und Kultur bieten viele Möglichkeiten der Integration. Um dieses Potenzial allerdings gezielt und effizient nutzen zu können, müssen konzeptionelle Grundsätze auch im Hinblick auf die musische Bildung (2.2.1) erarbeitet werden. Unter diesem Blickwinkel sollen Förderrichtlinien überarbeitet, Ziele der städtischen Kultureinrichtungen überprüft und entsprechende Projekte gefördert und initiiert werden. Vorschlag: Bei der Kulturrehrung gibt es zu diesem Thema eine neue „Ehrenkategorie“. Finanzmittel im Haushalt sollten dafür bereit gestellt werden. Im Rahmen der konzeptionellen Arbeit des Landeskunstbeirates laufen derzeit Hearings und Abstimmungen im MWK BW.	V	2009/10	Projekt bezogen	Richert	17, Kittel, Peichl, weitere relevante Kultureinrichtungen	.2.4.5; Querschnittsaufgabe
2.2.2.4	Kulturvermittlung		Städtische Kultureinrichtungen wie von der Stadt geförderte Einrichtungen ergreifen Maßnahmen, um Ihre Angebote/Programme einem breiten Publikum zu vermitteln. Hierzu gehören begleitende Angebote zum Programm wie museums- und theaterpädagogische Angebote, Einführungen, Vorträge, Künstlergespräche, Workshops und Kooperationen mit Institutionen wie Kindertagesstätten, Schulen und soweit möglich die aktive Einbindung von Bürgern (z.B. Freundeskreis des Museums) a) Die museumspädagogische Arbeit ist in der heutigen Zeit eine wichtige kulturelle, öffentliche Aufgabe, die im neuen Stadtmuseum dringend ausgebaut werden muss, was bislang aus Gründen der Personalkapazität nicht möglich ist. Durch unterrichtsbegleitende und projektbezogene Angebote sollen gezielt Schulklassen und ein jüngeres Publikum in die Museumsarbeit mit einbezogen werden. Sonderführungen, besondere Aktionen und die Zusammenarbeit mit Filmakademie, Kunstverein und Kunstschule sollen das Museum für neue Besucherschichten öffnen. b) Kunst-, tanz- und theaterpädagogische Angebote sind Grundbestandteile der Kunstschule Labyrinth. Dazu gehören nicht nur eigene Kurse, Workshops und Projekte, sondern auch Kooperationen mit Kindergärten und Schulen. Enge Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten, sowie theaterpädagogische Angebote ergänzen auch das Programm der Jungen Bühne c) Freundeskreise, z.B. Freunde des Städtischen Museums e.V.			ja, bislang kein Budget ja, bislang kein Budget nein	N.N.	alle Kultureinrichtungen	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt						
			Das Städtische Museum ist als Ort der Identifikation, der Information und der Unterhaltung ein wichtiger kultureller Treffpunkt für ein breites Publikum. Durch die engagierte ehrenamtliche Arbeit des Vereins der Freunde des Städtischen Museums Ludwigsburg e.V. und durch dessen erfolgreiches Vortragsprogramm sind kunst- und geschichtsinteressierte BürgerInnen bereits bestens in die Arbeit des Museums eingebunden. Diese integrierende Öffentlichkeitsarbeit gilt es weiter auszubauen.						

Strategisches Ziel 2.3 Alle Akteure der Stadtgesellschaft identifizieren sich mit den vielfältigen künstlerischen und kulturellen Angeboten. Dies schlägt sich in einem offensiven Marketingkonzept nieder.									
2.3.1	Voraussetzungen								
2.3.1.1	Bekenntnis zum Image „Kulturstadt“ Weiterentwicklung der Städtischen Dachmarke <i>Lebendig-Barock</i>		Für ein professionell aufgesetztes, ganzheitliches und einheitlich wirksames Stadtmarketing muss ein funktionales Identifikationsfeld (z.B. Barockes Schloss, Kultur, Film) bestimmt und zugrunde gelegt werden (Grundsatzentscheidung). Aufgrund der Ludwigsburger Geschichte und seiner aktuellen Voraussetzungen ist das Label „Kulturstadt“ grundsätzlich geeignet. Bewährung der Wortmarke IDEENREICH aus dem Stadtjubiläum im Hinblick auf Weiterverwendung als Dachmarke der Stadt sollte geprüft werden. Neue, entsprechende Bildwelten können hier aufgebaut werden; die kulturellen städtischen Institutionen können hier angedockt und zeitgemäß angepasst werden. Weitere operative Maßnahmen wie Internetauftritt, Veranstaltungskalender, kulturtouristische Angebote können im Anschluss von einer Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit einer Agentur entwickelt werden.	V	2010	nein	Raithel, Richert	FMT Peichl Büro OBM	2.3.1.2
2.3.1.2	Kulturmarketingkonzeption		Grundsätzliche Ziele einer Kulturmarketingkonzeption sind die Profilierung der Kultureinrichtungen sowie die bessere Ausrichtung und Positionierung deren hochwertiger Angebote am Markt. Nach der Definition der Ziele hat die Festlegung von Strategien zur Zielerreichung zu erfolgen. Danach werden die dafür benötigten Mittel und Maßnahmen benannt. Um eine qualitative Steuerung des hochwertigen Ludwigsburger Kulturprofils und mögliche Synergieeffekte im Sinne des effizienteren Marketings zu gewährleisten soll auch geprüft werden, ob eine organisatorische Einheit im Sinne eines zentralen Kulturveranstaltungsmanagements/ Kompetenzzenters sinnvoll ist. Mögliche Aspekte u.a.: Förderung v. a) Kooperationen (m. stadinternen und externen Veranstaltern) sowie b) Vermittlungs- und Bildungsangeboten, Marketing (Kulturstadt), Ticketing für kult. VA, Presse u. Öffentlichkeitsarbeit us.w.	V	2010	künftig evtl. ja	Raithel, Richert	FMT Peichl Büro OBM	2..3.1.1
2.3.2	Massnahmen								
2.3.2.1	Arbeitsgruppe Kulturmarketing		Einsetzung einer Arbeitsgruppe Kulturmarketing, die operative Maßnahmen wie Internetauftritt, Veranstaltungskalender, kulturtouristische Angebote usw. in Zusammenarbeit mit einer Agentur entwickelt, ist etabliert. Auf Einladung des Fachbereichs Kunst und Kultur fanden mehrere Treffen der zentralen Kulturanbieter statt, in denen Grundsätzliches und Operatives im Bereich des Kulturmarketings besprochen wurde. Als Maßnahme wurde in einem ersten Schritt ein gemeinsamer interner Termin-/Veranstaltungskalender bearbeitet. Terminliche Abstimmungen vor dem Hintergrund der optimierten und abgestimmten Programmplanung mit dem langfristigen Ziel, einen gemeinsamen Veranstaltungskalender ins Leben zu rufen werden über einen online Kalender gepflegt. Weitere Schritte sind in den nächsten Monaten und Jahren geplant.	V/U	2009/10 ff.	ja	Raithel	FMT, Büro OBM, LSF, ADK, Karlskaserne, Arena, TTW, Scala, Weitere	2.3.2.1, 2.3.2.2

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Erledigt / Entwicklungsprojekt						
2.3.2.2	Internetauftritt überarbeiten		Das Forum am Schlosspark konnte mit der Überarbeitung seines Internetauftritts qualitativ und inhaltlich eine deutliche Verbesserung in der Außendarstellung erzielen. Nun soll auch der Internetauftritt der anderen städtischen Kultureinrichtungen und des kulturellen Angebots in Ludwigsburg strukturell und inhaltlich überarbeitet und im Rahmen der gesamtstädtischen Web-Präsenz weiterentwickelt werden.	V/U	2009/10		Raithel	FMT, Büro OBM, LSF, ADK, Kunstschule, Weitere	2.3.1.2, 2.3.2.1

Strategisches Ziel 2.4 Internationalität hat in der Kulturarbeit einen große Rolle.großen Stellenwert.

2.4.1	Profilierung Ludwigsburgs als Stadt des modernen Tanzes		Die internationalen Tanzgastspiele des Forums wie auch der Ludwigsburger Schlossfestspiele können in Qualität und Quantität auf diesem Gebiet mit allen Metropolen Europas konkurrieren. Das Tanz-Programm im Forum ist deshalb ein Alleinstellungsmerkmal und in Zusammenarbeit mit den Schlossfestspielen kontinuierlich fortzusetzen. Ein großer Handlungsbedarf besteht bei der Vermarktung dieses einzigartigen Profils. Eine erste Auflage des Festivals Ludwigsburg Dance konnte im Rahmen des Stadtjubiläums 2009 mit großem Erfolg realisiert werden. Das hochwertige Tanzprogramm soll mit dem Label "Tanzstadt Ludwigsburg" - auch unter Berücksichtigung des Tanzsports /TCL) und der TTW - in Zusammenarbeit mit FB FMT entwickelt werden.	U	2009 ff.	ja, Sonderbudget im Rahmen des Stadtjubiläums	Peichl	LSF, FMT, (TCL, TTW)	2.1.1, 2.1.2,
2.4.2	Kooperationen mit international arbeitenden Kultur-Institutionen		Im Rahmen von Kultur-Projekten wie bspw. "Kommen und Gehen" (2006) fand eine erfolgreiche Kooperation mit der Filmakademie Baden-Württemberg, der Masterclass Ludwigsburg/Paris sowie des Deutsch-Französischen Instituts statt. Kooperationen dieser Art sollen weiter ausgebaut werden. Im Herbst 2009 ist eine Fortsetzung der Kooperation zwischen Masterclass, DFI und Fachbereich Kunst und Kultur mit dem Titel „Best of Masterclass“ geplant.	U/V	laufend	Projekt bezogen	Raithel	Filmakademie, Masterclass, DFI usw.	.2.1.12, 2.1.14
2.4.3	Fortsetzung des städtepartnerschaftlichen Kulturaustauschs		Der städtepartnerschaftliche Kulturaustausch spielt in der Kulturarbeit Ludwigsburgs seit Jahren eine große Rolle. Trotz der Abtrennung der Abteilung Städtepartnerschaft vom Fachbereich Kunst und Kultur soll der Kulturaustausch Ludwigsburger Kulturschaffender (z.B. Vereine) mit den Partnerstädten weitergehend ausgebaut und unterstützt werden, um neue Erfahrungen zu ermöglichen. Findet auf anderen Ebenen und Organisationseinheiten statt (NSE, FMT, FB 10). Federführung Süß (FB 10)	U/V	laufend	Projekt bezogen	Süß (FB 10)	FB 41: Raithel, Kulturschaffende, Partnerstädte usw.	2.4.4, 2.1.14
2.4.4	Projekte im EU-Rahmen		EU-Aktivitäten sind auf zweierlei Ebene angedacht: 1.) Orientierung an EU weiten Projektausschreibungen mit dem Ziel, Ludwigsburger Kulturprojekte (wie beispielsweise das BürgerTheater) europaweit zu platzieren und vorzustellen. 2.) Ein zu definierendes künstlerisches Ziel ist Ausgangspunkt eines sprachunabhängigen EU-Projekts von Ludwigsburger Kulturschaffenden mit Partnersuche („EU-Produkt“).	EP	2009/2010	u.U. ja	Raithel	FB 10, BBB, 89, Kulturschaffende	2.4.2, 2.4.3
2.4.5	Integration durch Kunst und Kultur / Evtl. Ergänzung oder neu: Die verschiedenen kulturellen Ausdrucksformen einer multi-ethnischen Gesellschaft werden respektiert und gefördert.		siehe 2.2.2.3	V	2009 ff.	Projekt bezogen	Richert, Kittel	FB 17	2.2.2.3



3 Wirtschaft und Arbeit

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Innovative und kreative Unternehmen prägen in ihrer Vielseitigkeit den Wirtschaftsstandort und gewährleisten die wirtschaftliche Stärke von Ludwigsburg. Existenzgründer und Neuansiedlungen finden attraktive Standortbedingungen vor.

3 Masterplan Wirtschaft und Arbeit Prozessverantwortlich Frank Steinert (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Team Wirtschaftsförderung)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
-----	----------------------	---------------	--------------	--------	----------	----------	---------------------------------	----------------------------	--

Strategisches Ziel 3.1 Traditionelle Wirtschaftsbereiche behaupten ihre Bedeutung. Das produzierende Gewerbe nutzt den **Strukturwandel als Chance**. **Mittelstand und Handwerk** bilden eine tragende Säule der

3.1.1.	Clusterbildung	2	Zur Stärkung und Entwicklung der Wirtschaftsstruktur werden bis zu fünf der wichtigsten Cluster definiert und systematisch lokal, regional, überregional bearbeitet. Der Bereich "Energie" wird als Chance betrachtet. Dafür wird ein Kompetenzzentrum für Energie, Klimaschutz und Ökodesign (Energetikom) realisiert. Der Verein "Energiekompetenz und Ökodesign" wurde am 30. Juni 2009 gegründet. Im Vorstand sind vier öffentlich-rechtliche und vier private Teilnehmer. Die Keimzelle des Energetikoms hat ihren Sitz im Werkzentrum Weststadt bereits bezogen. Die Ludwigsburger Energieagentur (LEA) ist Mitte Juni in das Provisorium eingezogen. Die Partner SCD und ADI sind bereits mit Teilen vor Ort. Der Umbau der Halle 2z, als endgültiger Standort des Kompetenzzentrums, wird Anfang 2010 beendet sein. Zusammen mit WRS, Wirtschaftsministerium, Ingenieurkammer Baden-Württemberg und verschiedenen Unternehmen in der Weststadt nimmt LB neben Achern am Modellprojekt "Energieeffizienz in Betrieben" teil. Im Mediencluster wird die Serie "Eine für alle" in Ludwigsburg realisiert. Darüber hinaus kann die Film-Konzeption II Chancen im Bereich "Animationsfilm" bieten. Teilnahme an Cluster-Initiative ist noch nicht vom Wirtschaftsministerium entschieden. Mit der Unterstützung des IT-Brunchs / IT-Forum ist es gelungen, die Branche zu vernetzen.	V/U	kontinuierliche Weiterentwicklung	1.6135.6000.000, 250.000 Euro für das Energiekompetenzzentrum; 1.7900.6000.000, 7.000 Euro für IT-Brunch/IT Summer Special/IT-Jobbörse	Herr Steinert (Ref. NSE) für traditionelle Wirtschaftszweige, Frau Lukasik (Ref. NSE) für Energiewirtschaft, Herr Schärer/Medienbeauftragter (FB 89) für Kreativwirtschaft	OBM, IHK, Handwerkskammer, WRS	Themenfeld "Energieversorgung" stellt Energie Cluster detailliert dar.
3.1.2.	Jahresgespräch IHK	1	Austausch und Diskussion über Standortfaktoren und aktuelle Themen. Termin in diesem Jahr ist für Oktober vorgesehen.	V	1x jährlich	kostenneutral	OBM	EBM, PR-DI, FB 20, Ref. NSE, Aufsichtsrat IHK	Haushaltskonsolidierung
3.1.3.	Sanierungsmassnahmen	1	Um traditionelle Firmen zu halten und sie in ihrem Strukturwandel zu stärken, können bauliche Veränderungen mit Sanierungszuschüssen beschleunigt und begünstigt werden.	U	laufend	UA 9880	Herr Lehmpfuhl (Ref. NSE)	FB 61, 65	Städteplanerische Vorschriften können diese Entwicklungen hemmen
3.1.4.	Betriebsbesichtigungen	1	OBM besucht monatlich 1 Unternehmen, Wifö besucht kontinuierlich Unternehmen (Größenordnung 60 pro Jahr). Mind. 2 Medienunternehmen besuchen FBL 89 und Medienbeauftragter pro Monat. Die jeweiligen Besuchsberichte werden innerhalb Monatsfrist in die Wirtschaftsdatenbank KWIS eingepflegt und monatsweise den Dezernenten zur Kenntnis zugeschickt.	U	laufend	kostenneutral	Herr Steinert (Ref. NSE)	OBM, Herr Schärer (89), Herr Geiger (Ref. NSE), Medienbeauftragter	
3.1.5.	Teilnahme an Aktionärsversammlungen oder Bilanzpressekonferenzen	2	Gedankenaustausch über mittelfristige Perspektiven	U	laufend	keinen, kostenneutral	Herr Steinert (Ref. NSE)	OBM, Herr Geiger (Ref. NSE)	
3.1.6.	Belegung Film- und Medienzentrum	1	Hohe Belegung bewahren. Dazu gehören nun auch Medienhaus Luitpold, Jägerhofpalais, Medias Residence sowie der von avcommunications übernommene südliche Teil der Reinhardt-Kaserne.	U	laufend	außerhalb des Haushalts	Herr Neipp (FMZ)	FB 89, Medienbeauftragter, Wifö, WBL	Konflikt durch Fremdnutzung bei schlechter Auslastung, Unterstützt auch Strategisches Ziel 3.4.

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
3.1.7.	Besuche internationaler Delegationen	3	Aufzeigen der Potenziale, Erkennen von Chancen, Ausbau des Beziehungsnetzes, hier vor allem für nicht genutzte Gewerbeflächen, aber auch für andere SEK-Themenfelder, Vom 29. - 31. 5.2008 besuchten die Vertreter des ICT-Cluster des Kantons Bern (u.a. Swatch, Micron, Feintool) Ludwigsburg und Umgebung (32 PAX). Am 1. und 2.12.2009 wird die Veranstaltung "World Creativity Forum", an der verschiedener Metropolregionen beteiligt sind, in Ludwigsburg stattfinden, 2010 der jährliche Meinungsaustausch Baden-Württemberg - Greater Zurich Area mit Wirtschaftsministerium zum Schwerpunkt Kreativwirtschaft	V	laufend, 1./2.12.2009	kostenneutral, erfolgt auf Kosten des Einladenden	Herr Schärer (89)	OBM, Medienbeauftragter, Wifo, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Wirtschaftsfilmpreis, Kreativitätsinitiative, BKM (Herr Neumann))	EU-Förderprogramme, Chance der Vernetzung mit DWFP (siehe 3.4.1) und Kreativwirtschaftsinitiative
3.1.8.	Ortseingangstafel "Kreativwirtschaft"	1	Temporärer Aushang auch in 2009. Neu: Verlinkung mit www.ludwigsburg.de,	U	2009, gemäss Aushangplan	1.7900. 6000.000	Frau Seifert (89)	Büro OBM	Konflikt wegen Belegungen durch Dritte (Verfügbarkeit)
Strategisches Ziel 3.2 Ludwigsburg profiliert sich über seine attraktive Infrastruktur sowie über die immer wichtiger werdenden „weichen“ Standortfaktoren. Unternehmen profitieren von dem ausreichenden									
3.2.1.	Ludwigsburger Wirtschaftstag	1	2008 fand kein Wirtschaftstag statt. Am 11. November 2009 wird im Rahmen des Stadtjubiläums ein besonderer Wirtschaftstag in der Akademie für Darstellende Kunst stattfinden. Programmpunkte: Besichtigung des Energiekompetenzzentrums, Stehgespräch "Mehrwert durch Energie" mit Podiumsgästen und Ausblick "Chancen für die Wirtschaft" durch Herrn Dr. Müller, IHK Präsident; Moderator: Wieland Backes.	V	11.11.2009	1.7911. 6070.000	Herr Steinert (Ref. NSE)	OBM, externe Referenten und Moderatoren, Teilnehmende: Schlüsselpersonen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, EU-Koordination	
3.2.2.	Gewerbeflächenmanagement	1	Datenbank über zur Verfügung stehende Gewerbeobjekte wird laufend aktualisiert und ausgebaut.	U	laufend	kostenneutral	Frau Schafberger (Ref. NSE)	FB 23	Themenfeld "Lebendige Innenstadt"
3.2.3	Round Table Hotellerie / Gastronomie	1	Besprechung Anfang 2009: Die Einladung wurde auf leistungsstarke Gastronomen ausgeweitet. Themen waren das Stadtjubiläum, Auftritt mit 3-B-Land und Untersuchung der FH Heilbronn zum Thema "Hotellerie". Besprechung im Juni 2009 mit den Hotelliers aus Ludwigsburg zum Thema "Hotelentwicklung und Auslastung". Fester Jour-Fix wird eingerichtet.	V	Rhythmus 1-2x pro Jahr	kostenneutral	Herr Schärer (89)	FB 41, LSF, Blüba, Schlossverwaltung, PML, 3-B-Land-Tourismus, Dehoga Kreis LB, ausgewählte Gastronomen und Hotelliers, Ref. NSE	eigene Interessen der Unternehmen vs städtische Interessen,
3.2.4.	Projektentwicklertag	2	Überlegungen für eine Neuauflage in 2010 laufen.	V	3./4. Quartal 2009	1.7911. 6070.000	Herr Steinert (Ref. NSE)	OBM, D III, FB 61, FB 23	
3.2.5.	OBM meets Economy	2	Konzept mit Verwaltungsspitze besprochen, aber zurückgestellt aus Budgetgründen.	R	N.N	1.7911. 6070.000 (auf Wunschliste), gestrichen für 2009	Herr Steinert (Ref. NSE)	OBM, 25 grösste Unternehmen in LB	Zeitprobleme, Vertraulichkeit
3.2.6.	Betriebs- und Personalrätersammlung	1	Am 07.05.2009 fand das jährliche Gespräch des OB mit den Personal- und Betriebsratsvorsitzenden statt. Wichtige Veranstaltung zum Gedankenaustausch. Veranstaltung wird derzeit evaluiert und diese Ergebnisse werden in die nächste Veranstaltung 2010 einfließen.	U	jährlich um den 01. Mai	Repräsentationen	Frau Schafberger (Ref. NSE)	OBM, FB 10, je nach Themen weitere FB	
3.2.7	Ludwigsburger Firmensommer	1	Erstmaliges Angebot für SchülerInnen ab 14 Jahren in den Sommerferien einen Tag lang in die teilnehmenden Firmen zu gehen und sich dort über Ausbildungsmöglichkeiten und Berufsbilder zu informieren	U	30.07. bis 11.09.2009	1.7911. 6070.000	Frau Schafberger (Ref. NSE)	teilnehmende Firmen	
3.2.8	Expo Real	2	Besuch der Messe Expo Real in München ohne Beteiligung am Stand der Region Stuttgart.	V	05.10. bis 07.10.2009	1.7911. 6540.000	Herr Steinert (Ref. NSE)	OBM, Herr Geiger (Ref. NSE), Herr Hornung (23)	
Strategisches Ziel 3.3 Die Stadt unterstützt Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei flexiblen und familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen. Mit neuen Formen der Erwerbsarbeit hebt sich Ludwigsburg ab.									
3.3.1.	Kernöffnungszeiten Einzelhandel	2	Kernöffnungszeiten über LUIS definiert. 09.30 - 19 Uhr, Samstags bis 18 Uhr. Samstag ist Stadttag. Vereinheitlichung sehr schwierig, Bemühungen zum Einhalten der Kernöffnungszeiten werden fortgesetzt.	U	kontinuierlich	kostenneutral	Innenstadtbeauftragte	Ref. NSE, LUIS e.V., Beirat und AK "Offensive Innenstadt", BdS, (Werbegemeinschaften)	Siehe auch 3.3.3 (Kinderbetreuung); hängt von der Einsicht des Einzelhandels ab.

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio- rität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
3.3.2.	Familien- und Frauenförderplan Stadtverwaltung Ludwigsburg	1	Seit 16 Jahren, um weiblichen und männlichen Beschäftigten der Stadtverwaltung gleiche Chancen im Arbeitsleben zu gewährleisten sowie um die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie zu verbessern. Eine Neufassung eines Chancengleichheitsplans ist in Bearbeitung.	U/E	seit 1992	1. 0550. 5700.000	Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Ludwigsburg	FB 10, Personalrat	Leistungsprinzip muss gewährleistet sein.
3.3.3.	Kinderbetreuungs- Angebote/Vereinbarkeit Familie und Beruf	1	Zusammenstellen der Angebote, Publikation und Präsentation im Internet,	U/E	Aktualisierung laufend	kostenneutral	FB 48	Ref. NSE, Unternehmen in LB	Themenfeld "Bildung und Betreuung"

Strategisches Ziel 3.4 Die Film- und Medienbranche entwickelt sich positiv und ist für die Bevölkerung erlebbar etabliert.									
3.4.1.	Deutscher Wirtschaftsfilmpreis	1	Am 11. Dezember 2008 fand im Forum die 41. Preisverleihung statt. Als Laudatoren konnten Dr. Ackermann von der Deutschen Bank und Theo Koll, Frontal 21 sowie Frau v. Wahlert von SPIO gewonnen werden. Der Verbleib ist nur noch bis 2009 gesichert. Daher hat am 14.05.2009 in Berlin ein Spitzengespräch zwischen OBM und Minister Reinhart stattgefunden. Vernetzung zu 3.1.7 prüfen.	U	jährlich, gesichert bis 2009 in Ludwigsburg Termine: 26.11.2009	Wird über FMF geregelt, maximaler Projektzuschuss von 5.000 Euro: 1.7911. 7181. 000 zur Ausweitung der PR-Arbeit	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	OBM, FB 89, Medienbeauftragter, Film- und Medienfestival gGmbH(FMF), avcommunications, FB 41	Keine Aussage über 2009 hinaus. Zusammen mit FMF gGmbH muss eine klare Strategie entwickelt werden, um den DWFP in Ludwigsburg zu halten.
3.4.2.	Kurzfilmbiennale	1	Nach Rückzug des Hauptsponsors keine Kurzfilmbiennale 2009. Erste Konzeptbesprechung erfolgt (Ziele, Zielgruppen waren zu klären, Termin: Juni 2010) Konzept mit Integration Filmakademie, Akademie der Darstellenden Kunst und Europ. Masterclass ersetzt werden.	P	2010; weitere Gespräche in 2009	1.7911. 6070. 000	Filmakademie (Prof. Schadt), Akademie für darstellende Kunst (Herr Bergmann), FMF gGmbH	FB 89, Medienbeauftragter	
3.4.3.	Dokville	1	Erfolgreiche Durchführung 2008. Nachbesprechung hat stattgefunden. Ab 2009 wird LB einen Preis in H.v. 2.500 Euro ausloben, entsprechend dem Wunsch und der Abmachung von OB Spec. Mehr Socialising, zusätzliche Lokalitäten zu prüfen (u.a. Scala). Entflechtung der Preisverleihungen zur neuen Veranstaltung, da grosse Preisverleihung Dokville immer in ungeraden Jahren.	U	18./ 19. Juni 2009	1.7911. 6070. 000	Herr Bellanca (Medienbeauftragter), Haus des Dokumentarfilms	FB 48 (VHS), FB 89, FMF	Inhaltlich unklare Strategie (reiner Branchentreff oder Netzwerkanlass, Preisstruktur) Neue Verantwortliche: Frau Dr. Klünger, HdD
3.4.4.	Bundesvideopreis 2009	1	Ausnahmsweise und zum letzten Mal findet der Bundesvideopreis zum dritten Mal in Folge in Ludwigsburg statt. Ab 2010 wird die Veranstaltung in einer anderen Stadt ausgetragen.	U	18. - 21. Juni 2009	1.7911. 6070. 000,	Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	PH Ludwigsburg, LfK, Filmakademie	Themenfeld "Zusammenleben von Generationen und Nationen sowie Themenfeld Bildung und Betreuung"
3.4.5.	Cartoon Forum 2008	1	<i>Einmalige Veranstaltung in Ludwigsburg. Erfolgreiche Durchführung mit internationalen Kontakten, Ergebnis: Ludwigsburg als Standort für Animationsfilmbranche positioniert. Adressliste von FMF gGmbH erhalten, mit dem Ziel einen Newsletter an Teilnehmende, Broadcaster, Medien zu verschicken.</i>	E	16. - 19. September 2008	<i>1.7900.6070.000 ab HH 2007 eingeplant, Nachtragshaushalt zusätzl. Gelderkredit bewilligt. Endabrechnung muss noch erfolgen</i>	<i>AISBL, Cartoon Forum, Brüssels</i>	<i>FBL 89, Abteilung Tourismus, Staatsministerium, Animationsinstitut, der FA, FilmCommission der WRS, MFG Baden-Württemberg</i>	<i>siehe Vorlage Nr. 687/06, 305/08</i>
3.4.6.	Round Table Filmschaffende	1	Nur ein Round Table 2008 zum Thema Stadtjubiläum, 2009 Besichtigung Studio Werkzentrum Weststadt und Filmkonzeption II	U	1. HJ. 2009	1.7911. 6070.000	Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	OBM, FB 89, Filmschaffende aus der Stadt Ludwigsburg	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio- rität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
3.4.7.	Akademie für darstellende Kunst	1	Akademie für Darstellende Kunst - GmbH gegründet - Stadt Bauherrenfunktion - Realisierung unter Einbeziehung der Altbausubstanz Stuttgarter Str. 16 (Baudenkmal) und Mathildenstr. 32 Akademiehof - Mehrfachbeauftragung durchgeführt - Gesamtkonzept (Siegerentwurf FP 7) politisch beschlossen - Beseitigung der Langzeitbrache Mathildenareal durch Tiefgaragenbau (s. 5.2.60) und Herstellung Platz Erweiterung Filmakademie und Verwaltungsarrondierung (Mathildenstraße 21, 29 und 31) - Umfassende Sanierung des Gebäudekomplexes Mathildenstr. 29 und 31 als Erweiterungspotential Filmakademie und 1. Baustein Verwaltungsarrondierung Erarbeitung Gesamtkonzept Verwaltungsarrondierung - Verlagerung Stadtarchiv in umfassend zu sanierendes Gebäude Mathildenstr. 21 - Konzeption Bürgerbüro - Verlagerung und Zusammenführung von städt. Verwaltungseinheiten, Gesellschaften (FB 41, 65, WBL) auf dem Rathausareal	U	Fertigstellung Bauteile I-III Aug. 2008 Bühnenturm Nov. 2008 Baubeginn April 2008 Fertigstellung Sept. 2009 Gen.-verfahren läuft Baubeginn Aug. 2008 Fertigstellung Herbst 2009 Grundsatz beschluss Juni 2008 Baubeginn Archiv nach Sommerpause 2009	Abwicklung über Sonderrechnung	Herr Lehmpfuhl (Ref. NSE)	Projektgruppe, Vertreter Akademie für Darstellende Kunst	
3.4.8.	Rathausarrondierung	1	Arbeiten laufen, Zuschüsse Land zugesagt I: Arrondierungsschritt (Mathildenstr. 29 + 31) baulich begonnen, Fertigstellung Herbst 2009 II. Arrondierungsschritt wirtschaftlich und inhaltlich in Vorbereitung (Mannal, Archiv + Verwaltungseinheiten ggf. mit WBL GmbH); Bau- und Vergabebeschluss Sommer 2009 Grundsatzbeschluss Verwaltungsarrondierung im Oktober 2008; Integration weiterer Themen der Verwaltungsorganisation (Bürgerbüro der Zukunft),	U	Fertigstellung je nach Variante 2012 - 2016	093/05	Herr Lehmpfuhl (Ref. NSE), Frau Krawczyk (65), Herr Kaiser (10)	Projektgruppe	
3.4.9.	Münchner Medientage	1	Teilnahme 2009 derzeit nicht vorgesehen.	V	29. - 31. Oktober 2009	1.7911. 7181. 000	Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	Medienregion Stuttgart (MRS), Abteilung der WRS	
3.4.10.	Stuttgarter Medientage	1	Es gibt Überlegungen, den Medientag massiv aufzuwerten. Die Stadt Ludwigsburg wird daran nicht mehr partizipieren. Der Stuttgarter Medientag 2008 hat nicht stattgefunden.	E	erledigt, Ausstieg Stadt Stuttgart mitgeteilt	1.7911. 7181. 000	Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	Dr. Klaus Vogt, Wißo LHS Stuttgart, Sitibi(Agentur)	Agenturen haben neue Konzeption vorgestellt. Würde für LB einen Mitteleinsatz von rund 50.000 Euro bedeuten. Daher abgelehnt. Dr. Vogt am 22.4. telefonisch mitgeteilt
3.4.11.	Filmkonzeption des Landes II	1	Filmkonzeption des Landes und Ihre Auswirkungen auf LB: Dazu fand Workshop in der PH Ludwigsburg statt. Ministerrat beschloss am 15.12.2008 Filmkonzeption II. OBM nahm dazu Stellung (siehe Pressemitteilung vom 16.12.2008). Stadtverwaltung wird dem Gemeinderat ein Strategiepapier "Film- und Medienstandort Ludwigsburg, Chancen und Risiken" unterbreiten.	V	2. Halbjahr 2009	kostenneutral	Herr Schärer (FB 89), Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	FA, MFG, Stami	siehe auch 3.1.1. Clusterbildung und 3.4.12 (Strategiepapier zum Film- und Medienstandort LB)
3.4.12.	Strategiepapier "Film- und Medienstandort Ludwigsburg, Chancen und Risiken"	1	Im WKV am 23.5.07 über das Vorhaben informiert. Projektskizze erstellt. Inhalte nun verwaltungsintern abstimmen und konkretisieren.	V	2. Halbjahr 2009	10.000 Euro durch Umsichtung aus 1.7911.6070	Herr Schärer (89)	Herr Bellanca (Medienbeauftragter), FA, FMZ, Kreativunternehmen, Sponsoren wie KSK, andere	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio- rität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
3.4.13.	Kooperation Nachtcafé	1	Banner bewerben das Nachtcafé auf Stadtgebiet. In TI: Vorverkauf des Buches. Regelmässige Leserreisen mit Beteiligung FB 89 finden statt.	U	laufend	Aufwand für Leserreisen (Übernachtung, Verpflegung) 1.7900. 6000.000	Herr Schärer (89)	Herr Backes, SWR- Mitarbeitende	Die Frage der Verwendung von Logos ist noch im Gange
3.4.14.	Stuttgart meets Mumbai	2	Von den beiden Teilnehmenden ist der Abschlussreport für Verwaltungsspitze und OBM geschrieben worden. Kontakt zu Vertriebsperson Indien, Vorbereitung eines gemeinsamen Programmes zwischen Regio Stuttgart und Top of Europe für Indien in Prüfung. (siehe auch 3.5.), nachdem Indien inzwischen in der Region fünfwtichtigste Incoming Markt ist (noch vor China). 2008 wegen Jubiläum der Städtepartnerschaft keine Teilnahme von LB an der Veranstaltung. 2009 keine Einladung, auch auf Grund der Terroranschläge in Mumbai	R	N.N.		Herr Schärer (89)	Herr Bellanca (Medieneauftragter), Tourismus Regio Stuttgart, Honorarkonsulat Indiens für BW, MFB BW, MRS, KA, HD, Baden-Baden	
3.4.15.	IT-Forum / IT-Brunch / IT-Summer Special	2	IT-Brunch erfolgreich etabliert. Am 5. April 2008 fand die 1. IT-Jobbörse bei der KSK (Louis-Bührer-Saal) statt. Jobbörse 2009 noch offen. Am 19. Juli 2008 fand IT Summer Special mit fast 200 PAX statt. Nächster IT-Brunch 2009 am 16. Juli 2009. Hat sich als Netzwerkanlass etabliert. Auch in Waiblingen und Böblingen erfolgreich eingeführt. Kann mit WRS vernetzt werden.	U	3-4x pro Jahr	1.7911. 6070.000	Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	Herr Shebazadeneh, IT- Forum	siehe auch 3.1.1. Clusterbildung, Termin mit WRS 15. Januar 2009

Strategisches Ziel 3.5 Ludwigsburg ist als Kongress- und Veranstaltungsort mit hervorragenden touristischen Angeboten bekannt.									
3.5.1.	Internationaler Designpreis des Landes BW		Erfolgreiche Preisverleihung 2008 mit rund 500 Personen und sehr guter Presseresonanz. Entwicklung Besucherzahlen von 1450 auf über 2000 (+30%). Für 2009 muss ein neuer Sponsor gesucht werden. Überprüfung Standort ab 2010 wahrscheinlich.	U/V	Jährlich, Ausstellung: 17.10 - 29.11 (evt. 6.12.) 2009	1.7911. 7181. 000	DCS Stuttgart	FB 89, MM Immobilien	Unterstützt strategisches Ziel 3.1.1.
3.5.2.	Teilnahme an Messen		CMT, GTM, ITB, meist in Zusammenarbeit mit Tourismus Marketing Regio Stuttgart. RDA als letzte Messe in diesem Jahr. 2009 zum ersten Mal gemeinsame Messteilnahme (Ferienmesse St. Gallen) mit 3-B-Land, auch im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit, Zusätzlich Teilnahme am Culture Open Day während CMT	U	Jährlich	1.7900. 6000.000	Frau Mitsch (89)	Tourismus Marketing Regio Stuttgart	3-B-Land; FB Kunst und Kultur
3.5.3.	Reisepacket "Region Stuttgart, Top of Europe" für indische Touristen	2	Gespräch mit Leiter Stuttgart Regio Marketing & Tourismus GmbH geführt. Da Indien inzwischen an 5. Stelle der Incoming Touristen steht, neue Lagebeurteilung. Q1/2009 ist ein Gespräch mit der Jungfrauregion (Top of Europe) geplant. Siehe auch 3.4.14	V	weitere Gespräche im 2. Hj. 2009	1.7900. 5700.000	Herr Schärer (89)	Tourismus Marketing Regio Stuttgart	
3.5.4.	Dachwerbung Ludwigsburg	1	Grundlagen erarbeitet. Gespräche mit LSF und Blüba geführt. Klare Prozessstrukturen sind nun nötig, wobei der Wechsel LSF abzuwarten ist. Konzeption für die kommenden Jahre in Vorbereitung. Wird Teil der von OB Spec verlangten Tourismus-Konzeption.	U/V	31.12.2009	1.7900. 6000.000	Herr Schärer (89)	Blüba, LSF, LUIS e.V, Städtische Holding	Unterschiedliche Zielgruppen hemmen einen geeinten Auftritt; 3.5.6
3.5.5.	Multifunktionshalle	1	Eröffnungsveranstaltung: 01.10.2009. Geschäftsführer: Herr Grundmann SEM, unterstützt von Herrn Fenzel; Internet: www.arena-ludwigsburg.de. Vernetzung mit der Stadt erfolgt: Beirat ist zu gründen. Zusammensetzung: 2 GR, je 1 Vertreter FB 41 und FB 89, OBM, 2-5 Vertreter der BAM/LHI	U	Q3/2009	Zuschüsse auf 2.8450.3620.000 - 0101, Bausausgaben auf 2.8450.9410.000 - 0103	Herr Dienelt (23)	OBM, D II, D III, FB 20, FB 41, FB 61, FB 65, Gemeinderat, Drees & Sommer, Spitzenclubs in LB	Vermarktung erfolgt durch Betreibergesellschaft in Abstimmung mit dem zu gründenden Beirat parallel zu verwaltungsinternen Aktivitäten
3.5.6.	Tourismus-Konzeption	1	Konzept wird erarbeitet mit dem Ziel, Veranstaltungen/Märkte mit rückläufigen Besucherzahlen zu ersetzen und den Weg einer erfolgreichen touristischen Vermarktung bei den zu erwartenden Herausforderungen (Demografischer Wandel, Klimaschutz, etc.) aufzuzeigen	V	3. Quartal 2009	HH 2009 (Wunschliste)	Herr Schärer (89), zusammen mit Prof. Lang und Prof Heinzler, BA Ravensburg/Lörrach	FB 32, FB 61, AK/Beirat Offensive Innenstadt, Regio Stuttgart Marketing & Tourismus GmbH, Fachhochschulen	
3.5.7.	300- Jahr-Stadtjubiläum	1	1. Strategiesitzung am 23.6.07, Verschiedene Vorlagen im Gemeinderat vorgestellt. Sektionen "Feste feiern" und Kreativität" werden vom FB 89 mit geprägt. Projektstruktur erstellt. Regelmässige JF im Bereich "Feste feiern" (Zuletzt am 16. Juli 2008)	U	2009	separates Budget, ergänzt mit Budgets aus den Fachbereichen	Herr Raithehl (41)	FB 89, weitere externe Partner	Weitere Informationen: Themenfelder "Kulturelles Leben" u.a., WKV Vorlage xx/2007 und xx/2008

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
3.5.8.	Jahreskalender	1	Portfolio an hochrangigen Veranstaltungen für lokale und überregionale Zielgruppen werden in einen Jahreskalender aufgenommen.	U	jährlich, Versand jeweils Dezember	1. 7900. 6070.000	Frau Mitsch (89)	Künstler, Beschicker, Bürger, Touristen	zu vielen anderen Themen des SEK, besonders aber zum Thema "Kunst und Kultur"
3.5.9.	Face2Face	1	Zum ersten Mal fand 2008 die internationale Designkonferenz Face2Face in Ludwigsburg statt. Gastland war Polen. 200 Teilnehmende	U	jährlich, 5. - 8. oder 12. - 14. November 2009	1. 7911. 6070.000	Herr Schärer (89)	Face2Face e.V., Ludwigsburg, Botschaft des Gastlandes	
Strategisches Ziel 3.6 Ein umfassendes Beratungs- und Finanzierungsangebot motiviert zu Existenzgründungen.									
3.6.1.	Broschüre Wirtschaftsförderung	1	Auflage 4.000, Realisiert Jährliche Aktualisierung des statistischen Einlegers.	E	jährlich	1.7911. 6070.000	Herr Steinert (Ref. NSE)	FB 89, Büro OBM	
3.6.2.	Hintergrundgespräche mit lokalen Finanzinstituten	1	Gespräche werden regelmässig geführt.	U	laufend	kostenneutral	Herr Schärer (89), Herr Steinert (Ref. NSE)	Herr Bellanca (Medienbeauftragter), Finanzinstitute	
3.6.3.	Mittelstandsmesse KSK	2	KSK hat Planungen auf 2009 verschoben	R	N.N	1.7911. 7181.000	Herr Steinert (Ref. NSE)	KSK, Frau und Beruf	
3.6.4 (neu)	Vernetzung mit VHS	2	VHS führt für verschiedene Zielgruppen (u.a. Frauen) 2 mal im Jahr Existenzgründungsseminare durch. Dort werden neu auf die Beratungsleistungen hingewiesen	V	2009	kostenneutral	Frau Bötz (48/VHS)	Ref. NSE	
3.6.5 (neu)	Existenzgründungsseminare	1	Zusammen mit der Wirtschaftsförderung der LHS Stuttgart werden in Ludwigsburg Existenzgründungsseminare angeboten. Zusätzlich informiert die Plattform LuPEX über Veranstaltungen in LB zum Thema Existenzgründung.	P	2009	N.N. (zu übernehmen sind die Kosten für die Miete der Sitzungszimmer)	Frau Schafberger (Ref. NSE)	FMZ, Vermieter anderer Sitzungszimmer, PG LuPEX, VHS, IHK	
Strategisches Ziel 3.7 Innenstadt und Stadtteile bieten ein attraktives Einkaufserlebnis und stellen die Versorgung auf hohem Niveau sicher. Das breite Spektrum an wettbewerbsfähigen									
3.7.1.	Masterplan Offensive Innenstadt		Konzeptionelle Weiterentwicklung und operative Umsetzung des Planes mit über 100 Massnahmen läuft permanent in enger Kooperation mit Akteuren der Innenstadt	U	laufend	diverse, siehe Masterplan	Herr Steinert (Ref. NSE)	LUIS, FB 32, FB 61, FB 68, FB 89, Mitglieder AK/Beirat Offensive Innenstadt	siehe SEK Themenfeld Nr. 4 "Lebendige Innenstadt"
3.7.2.	Verkaufsoffene Sonntage		2009 sind 3 Verkaufsoffene Sonntage (22. März, 17. Mai, 11. Oktober) in der Innenstadt und im April, resp. Oktober 2 in LB-Nord geplant. Late Night Shopping am 11. Juli 2009. Ein entsprechender Antrag ist vom Gemeinderat genehmigt worden.	V	siehe Termine	kostenneutral	Frau Schmider (32)	Innenstadtbeauftragte, ECE-Management LB, Mitglieder AK/Beirat Offensive Innenstadt, FB 89, Ref. NSE	siehe SEK Themenfeld Nr. 4 "Lebendige Innenstadt", frühere Festsetzung der Termine
3.7.3.	Plakatafeln in LB-Nord	1	zwei Plakatständer weisen auf Veranstaltungen in der Innenstadt hin	E	laufend	1.7900. 6000.000	Frau Mitsch (89)	ECE Breuningerland	
3.7.4.	LUIS e.V. (neuer Titel)	1	Innenstadtbeauftragte seit 1.1.2008 tätig, erste Mitgliederversammlung LUIS e.V. am 5.3. durchgeführt. Vorstand bestellt (Vertreter Stadt: Herr Schärer, Leiter FB Film, Medien, Tourismus / Herr Steinert, Referat NSE. Budget 2009 erstellt, Prioritäten 2009: Mitgliederakquisition sowie eigene, neue Veranstaltung im Rahmen verkaufsoffener Sonntag am 11.10.2009 (Kastanienbeutelfest)	V	laufend	1.7911. 6070.000	Frau Hauser (IB)	Ref. NSE, FB 89, IHK, BdS, LUIS-Vorstand, AK Offensive Innenstadt	
3.7.5. (neu)	LuKi-Club	1	Mit dem LuKi-Club besitzt Ludwigsburg ein strategisches "Pfund", mit dem auch touristisch geworben werden kann, so z.B. für den Weihnachtsmarkt. Finanzielle Basis verbreitern.	U	laufend	Budget: Offensive Innenstadt des FB 89	Herr Schärer (89)	LuKi e.V., Innenstadtbeauftragte	Finanzsituation LuKi e.V. regelmässig überprüfen
Strategisches Ziel 3.8 Die Verwaltung arbeitet effizient und unbürokratisch. Sie gestaltet strukturpolitische Weichenstellungen mit, unterstützt ansässige Betriebe und fördert Neuansiedlungen. Darüber hinaus									
3.8.1.	Budget- und Projektcontrolling	1	Projektmanagementkurs für FB 89 erfolgt und Vertiefung am 24.7.08 durchgeführt, Projektplanmuster erstellt, muss nach Vorliegen der städtischen Grundlage überprüft und evt. angepasst werden.	U/E	laufend, was Anwendung betrifft, monatliches Reporting der Rechnungsführung an FBL	1.7900. 6540.000	Herr Schärer (89)	Ausgewählte MA FB 89, Moderation durch IHK (erledigt)	
3.8.2.	Allgemeine Beratung der Wirtschaftsförderung	1	Rasche Beantwortung von Standortanfragen sowie anderweitiger Anliegen der Unternehmen. Seit 1.08.07 neue Mitarbeitende in der Wifö zur Stärkung der Pflege mit Mittelstand und Handwerk	U	laufend	1.7911.xxxx.000	Herr Steinert (Ref. NSE)	Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	kw-Vermerk einer ganze Stelle Tourist-Information, falls Bezug in neuem städt. Museum

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
3.8.3.	Benchmark mit anderen Wirtschaftsförderungen		Regelmässige Gespräche mit Wifö Stuttgart, WRS und Wirtschaftsfördern in der Region	U	laufend	kostenneutral	Herr Steinert (Ref. NSE)	FB 89	
3.8.4.	Arbeitskreis Wifö	1	Verwaltungsinterne Abstimmung zu allen Fragen der Wifö, insbesondere zur Standortanfragen und bei betrieblichen Änderungen ansässiger Betriebe	U	laufend	kostenneutral	Herr Steinert (Ref. NSE)	DI, DIII, FB 60, FB 23, FB 61, FB 89 und Mitarbeitende aus den Fachbereichen	Ziel ist das Ausräumen von Konflikten
3.8.5.	LB-Wirtschaftsbrief	1	Insgesamt für 2009 4 Ausgaben geplant	U	4x/jährlich	1.7911. 6070.000	Frau Arndt (Ref. NSE)	Büro OBM, Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	
3.8.6.	Präsenz und Präsentationen	1	Auf Einladung oder auf eigene Initiative präsentieren sich das Ref. NSE und der FB 89 zum Thema Wirtschaftsförderung in der Wirtschaft, Politik oder bei Institutionen (z.B. CDU-Wirtschaftsrat, MIT-Einladungen, Jour Fix MFG in LB, Firmenjubiläen, etc.)	U	laufend	kostenneutral	Herr Geiger (Ref. NSE), Herr Schärer (FB 89)	Herr Steinert (Ref. NSE), Herr Bellanca (Medienbeauftragter)	
3.8.7.	Unternehmensmonitoring	2	Permanente Kontakte zu den grossen Unternehmen, auch Beobachten nicht hier ansässiger Unternehmen zur möglichen Ansiedelung in LB.	U	laufend	kostenneutral	OB Spec; Steinert (R 05)	Geiger (RL 05), Schärer (FBL 89)/Medienbeauftragter	Logistik



4 Vitale Stadtteile

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Die Stadtteile und Innenstadtquartiere sind wichtiger Bestandteil des gesamtstädtischen Profils und bilden ein lebendiges Ganzes. Die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Stadtteilen und die Netzwerke vor Ort werden gestärkt. Die Stadtteile entwickeln, ihre Identität.

4 Masterplan Vitale Stadtteile

Prozessverantwortlich

Martin Kurt (FB 61)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht					

Strategisches Ziel 4.1 Die Vernetzung der gesellschaftlichen Gruppierungen und bestehenden Strukturen quer durch alle Stadtteile funktioniert.								

Strategisches Ziel 4.2 Die auf Stadtteile bezogenen Infrastrukturen sind erhalten und weiter ausgebaut.								
--	--	--	--	--	--	--	--	--

4.2.1	Stadtteilentwicklungsplan (STEP) für die Innenstadt	1	<p>Eine neue Projektstruktur ist aufgesetzt. Aufgrund der Komplexität der Funktionsansprüche in der Innenstadt werden momentan viele Einzelthemen bearbeitet. Im Fokus steht insbesondere das neue Sanierungsgebiet Mathilden-/Rathausareal mit der Akademie für Darstellende Kunst, der Akademiegarage und dem Akademiehof, die innerstädtische Verkehrsführung (Schillerplatz, Schillerstraße, Myliusstraße, Mathildenstraße), sowie Stadtmuseum und Kunstverein. Aufgrund von Personalressourcen und Prioritätensetzungen findet momentan keine konzeptionelle Arbeit am STEP Innenstadt statt.</p> <p>Derzeit "ruht" der STEP Innenstadt auf Grund der räumlichen Ausdehnung der Innenstadt und der Vielfältigkeit der Themen ; allerdings werden wichtige Innenstadtthemen und Erneuerungsaspekte in teilweise schon integrativen Handlungsansätzen abgearbeitet.</p> <p>Beispielhaft sollen drei herausgegriffen werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Masterplan Offensive Innenstadt zur Stärkung des Einzelhandelsstandorts Innenstadt (seit 2006) 2) Stadterneuerungsmaßnahme "Mathilden-/ Rathausareal" zur Attraktivierung des öffentlichen Raums und Stärkung des Hochschul-, Verwaltungs- und Wirtschaftsstandorts Innenstadt (seit 2005) 3) Projekt Schulcampus zur Stärkung des Schulstandorts Innenstadt <p>Des weiteren sollen die gebietsbezogene städtebauliche Rahmenplanung Innenstadt von 1986 und die Vorbereitenden Untersuchungen zur SEP-Maßnahme Innenstadt genannt werden, deren Ziele und Ergebnisse auch heute noch in großen Teilen Handlungsgrundlagen sind.</p>	R	2008ff		(Tanja Lukasik, R05), Frank Lehmpfuhl	10, 17, 23, 32, 33, 41, 48, 60, 61, 65, 67, 89, ÖPNV; WBL Stadtteilausschüsse, Bürgervereine, Vereine, Bürgerschaft
4.2.2	Stadtteilentwicklungsplan für Neckarweihingen	1	<p>Projektstruktur ist mit der Verfügung Nr. 139/06 vom 23.10.2006 aufgesetzt. Die im Rahmen des Bürgerbeteiligungsprozess im Jahr 2007 entwickelten Ziele und Maßnahmen wurden dokumentiert. Seither wurden verschiedene Anregungen bereits umgesetzt. Für den Bereich des Rathauses soll die geplante Neuordnung 2009 beschlossen werden. Die weiteren wichtigen Themen der Stadtteilentwicklung werden nach und nach umgesetzt. Hierzu werden maßnahmenbezogene Bürgerbeteiligungen durchgeführt. Der STEP, d.h. die Pläne und der dazugehörige Textteil sollen möglichst noch im Jahr 2009 fertig gestellt werden.</p>	U	2009		Steffen Weeber (R 05)	
4.2.3	Stadtteilentwicklungsplan für Eglosheim	1	<p>Eine neue Projektstruktur ist aufgesetzt. Momentaufnahme und Analyse der Stadteilsituation unter Einbeziehung aller Fachbereiche sind erarbeitet, bedürfen aber noch der Vervollständigung. Arbeitsschwerpunkte sind die Verstetigung der Projekte aus dem Sanierungsgebiet Soziale Stadt und das Thema Nachverdichtung des Baugebiets Tammer Straße.</p>		2010		ab 1.10.2009. Holger Springer (R05)	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht					
			Derzeit ruht die Umsetzung des STEP Eglosheim aufgrund personeller Engpässe. Die Stadtteilkonferenz als Instrument der Bürgerbeteiligung ist eingeführt und findet zweimal jährlich statt. In diesem Jahr erfolgt im Vorfeld eine Bürgerbefragung, deren Ergebnis in die Stadtteilkonferenz einfließen soll. Das Stadtteilbudget hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Projektanträge werden weiterhin von Vertretern aus Verwaltung und Arbeitsgruppen der Stadtteilkonferenz gemeinschaftlich entschieden. Organisation und Planung der Stadtteilkonferenz sowie Verwaltung des Stadtteilbudgets obliegt der Stadtteilbeauftragten.	R				
4.2.4	Stadtteilentwicklungsplan für Grünbühl / Sonnenberg	1	Projektstruktur ist mit der Verfügung Nr. 139/06 vom 23.10.2006 aufgesetzt. Der Rahmenplan für Grünbühl / Sonnenberg wurde beschlossen. Momentaner Arbeitsschwerpunkt ist die Vorbereitung der notwendigen Bebauungsplanänderungen zur Umsetzung des Rahmenplans. Wichtig ist die Visualisierung der bisherigen Ergebnisse in Plänen.	U	2009		Anngret Deimel (R05)	
4.2.5	Stadtteilentwicklungsplan für Poppenweiler	1	Eine neue Projektstruktur ist aufgesetzt. Momentan konzentriert sich die Arbeit auf konkrete Schlüsselprojekte. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung haben ein Stadtteilspaziergang, ein Fotowettbewerb, eine "Meckermobil"-Aktion und die Auftaktveranstaltung stattgefunden. Anschließend folgten Workshops zu einzelnen Themen. Die Workshop-Phase ist noch nicht abgeschlossen. Wichtige Themen sind die räumliche Unterbringung der Vereine, die Standortsuche für eine Sporthalle und die Schaffung eines Kinder- und Familienzentrums. Der STEP, d.h. die Pläne und der dazugehörige Textteil sollen möglichst noch im Jahr 2009 fertig gestellt werden.	U	2009		Martin Scheuermann (R05)	

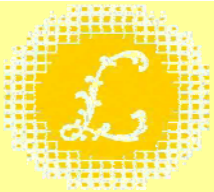
Strategisches Ziel 4.3 Bedarfsgerechte, **qualifizierte Bildungs- und Betreuungsangebote** für Kinder sind in den Stadtteilen angemessen vorhanden oder zentral über gute öffentliche Ver

Strategisches Ziel 4.4 In allen Stadtteilen sind **Stadtteilausschüsse** vorhanden. Bürgerinnen und Bürger können sich in vielfältiger Weise vermehrt vor Ort einbringen. **Bürgerschaftliches**

Strategisches Ziel 4.5 Die Bevölkerung entwickelt sich nachhaltig und positiv, **eine ausgewogene Struktur** ist erreicht. Bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnraum steht unterschiedliche

Strategisches Ziel 4.6 Die Stadtteile prägenden **Grünflächen werden erhalten**. Potenziale für vielfältige, ökologisch wertvolle und nutzbare Grünflächen werden genutzt.

Strategisches Ziel 4.7 **Identitäten von Quartieren und Stadtteilen** unterscheiden sich von der Innenstadt und werden weiter entwickelt. Gewachsene räumliche Strukturen sind so gestal



4 Vitale Stadtteile

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Die Stadtteile und Innenstadtquartiere sind wichtiger Bestandteil des gesamtstädtischen Profils und bilden ein lebendiges Ganzes.

Die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Stadtteilen und die Netzwerke vor Ort werden gestärkt. Die Stadtteile entwickeln, pflegen und erhalten ihre Identität.

4 Masterplan Vitale Stadtteile

Prozessverantwortlich

Martin Kurt (FB 61)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						

Strategisches Ziel 4.1 Die Vernetzung der gesellschaftlichen Gruppierungen und bestehenden Strukturen quer durch alle Stadtteile funktioniert.									

Strategisches Ziel 4.2 Die auf Stadtteile bezogenen Infrastrukturen sind erhalten und weiter ausgebaut.									
4.2.1	Stadtteilentwicklungsplan (STEP) für die Innenstadt	1	<p>Eine neue Projektstruktur ist aufgesetzt. Aufgrund der Komplexität der Funktionsansprüche in der Innenstadt werden momentan viele Einzelthemen bearbeitet. Im Fokus steht insbesondere das neue Sanierungsgebiet Mathilden-/Rathausareal mit der Akademie für Darstellende Kunst, der Akademiegarage und dem Akademiehof, die innerstädtische Verkehrsführung (Schillerplatz, Schillerstraße, Myliusstraße, Mathildenstraße), sowie Stadtmuseum und Kunstverein. Aufgrund von Personalressourcen und Prioritätensetzungen findet momentan keine konzeptionelle Arbeit am STEP Innenstadt statt.</p> <p>Derzeit "ruht" der STEP Innenstadt auf Grund der räumlichen Ausdehnung der Innenstadt und der Vielfältigkeit der Themen ; allerdings werden wichtige Innenstadtthemen und Erneuerungsaspekte in teilweise schon integrativen Handlungsansätzen abgearbeitet.</p> <p>Beispielhaft sollen drei herausgegriffen werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Masterplan Offensive Innenstadt zur Stärkung des Einzelhandelsstandorts Innenstadt (seit 2006) 2) Stadterneuerungsmaßnahme "Mathilden-/ Rathausareal" zur Attraktivierung des öffentlichen Raums und Stärkung des Hochschul-, Verwaltungs- und Wirtschaftsstandorts Innenstadt (seit 2005) 3) Projekt Schulcampus zur Stärkung des Schulstandorts Innenstadt <p>Des weiteren sollen die gebietsbezogene städtebauliche Rahmenplanung Innenstadt von 1986 und die Vorbereitenden Untersuchungen zur SEP-Maßnahme Innenstadt genannt werden, deren Ziele und Ergebnisse auch heute noch in großen Teilen Handlungsgrundlagen sind.</p>	R	2008ff		(Tanja Lukasik, R05), Frank Lehmpfuhl	10, 17, 23, 32, 33, 41, 48, 60, 61, 65, 67, 89, ÖPNV; WBL Stadtteilausschüsse, Bürgervereine, Vereine, Bürgerschaft	Stadtteilentwicklungspläne dienen auch den Zielen 1.3, 1.4, 3.7, 6.3, 7.3, 8.1, 8.5, 10.3, 10.4 und den übrigen Zielen aus dem Themenfeld Vitale Stadtteile
4.2.2	Stadtteilentwicklungsplan für Neckarweihingen	1	<p>Projektstruktur ist mit der Verfügung Nr. 139/06 vom 23.10.2006 aufgesetzt. Die im Rahmen des Bürgerbeteiligungsprozess im Jahr 2007 entwickelten Ziele und Maßnahmen wurden dokumentiert. Seither wurden verschiedene Anregungen bereits umgesetzt. Für den Bereich des Rathauses soll die geplante Neuordnung 2009 beschlossen werden. Die weiteren wichtigen Themen der Stadtteilentwicklung werden nach und nach umgesetzt. Hierzu werden maßnahmenbezogene Bürgerbeteiligungen durchgeführt. Der STEP, d.h. die Pläne und der dazugehörige Textteil sollen möglichst noch im Jahr 2009 fertig gestellt werden.</p>	U	2009		Steffen Weeber (R 05)		
4.2.3	Stadtteilentwicklungsplan für Eglosheim	1	<p>Eine neue Projektstruktur ist aufgesetzt. Momentaufnahme und Analyse der Stadteilsituation unter Einbeziehung aller Fachbereiche sind erarbeitet, bedürfen aber noch der Vervollständigung. Arbeitsschwerpunkte sind die Verstetigung der Projekte aus dem Sanierungsgebiet Soziale Stadt und das Thema Nachverdichtung des Baugebiets Tammer Straße.</p>		2010		ab 1.10.2009. Holger Springer (R05)		

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
			Derzeit ruht die Umsetzung des STEP Eglosheim aufgrund personeller Engpässe. Die Stadtteilkonferenz als Instrument der Bürgerbeteiligung ist eingeführt und findet zweimal jährlich statt. In diesem Jahr erfolgt im Vorfeld eine Bürgerbefragung, deren Ergebnis in die Stadtteilkonferenz einfließen soll. Das Stadtteilbudget hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Projektanträge werden weiterhin von Vertretern aus Verwaltung und Arbeitsgruppen der Stadtteilkonferenz gemeinschaftlich entschieden. Organisation und Planung der Stadtteilkonferenz sowie Verwaltung des Stadtteilbudgets obliegt der Stadtteilbeauftragten.	R					
4.2.4	Stadtteilentwicklungsplan für Grünbühl / Sonnenberg	1	Projektstruktur ist mit der Verfügung Nr. 139/06 vom 23.10.2006 aufgesetzt. Der Rahmenplan für Grünbühl / Sonnenberg wurde beschlossen. Momentaner Arbeitsschwerpunkt ist die Vorbereitung der notwendigen Bebauungsplanänderungen zur Umsetzung des Rahmenplans. Wichtig ist die Visualisierung der bisherigen Ergebnisse in Plänen.	U	2009		Anngret Deimel (R05)		
4.2.5	Stadtteilentwicklungsplan für Poppenweiler	1	Eine neue Projektstruktur ist aufgesetzt. Momentan konzentriert sich die Arbeit auf konkrete Schlüsselprojekte. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung haben ein Stadteilspaziergang, ein Fotowettbewerb, eine "Meckermobil"-Aktion und die Auftaktveranstaltung stattgefunden. Anschließend folgten Workshops zu einzelnen Themen. Die Workshop-Phase ist noch nicht abgeschlossen. Wichtige Themen sind die räumliche Unterbringung der Vereine, die Standortsuche für eine Sporthalle und die Schaffung eines Kinder- und Familienzentrums. Der STEP, d.h. die Pläne und der dazugehörige Textteil sollen möglichst noch im Jahr 2009 fertig gestellt werden.	U	2009		Martin Scheuermann (R05)		

Strategisches Ziel 4.3 Bedarfsgerechte, qualifizierte Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder sind in den Stadtteilen angemessen vorhanden oder zentral über gute öffentliche Verkehrsverbindungen zu									

Strategisches Ziel 4.4 In allen Stadtteilen sind Stadtteilausschüsse vorhanden. Bürgerinnen und Bürger können sich in vielfältiger Weise vermehrt vor Ort einbringen. Bürgerschaftliches Engagement wird									

Strategisches Ziel 4.5 Die Bevölkerung entwickelt sich nachhaltig und positiv, eine ausgewogene Struktur ist erreicht. Bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnraum steht unterschiedlichen Zielgruppen zur									

Strategisches Ziel 4.6 Die Stadtteile prägenden Grünflächen werden erhalten . Potenziale für vielfältige, ökologisch wertvolle und nutzbare Grünflächen werden genutzt.									

Strategisches Ziel 4.7 Identitäten von Quartieren und Stadtteilen unterscheiden sich von der Innenstadt und werden weiter entwickelt. Gewachsene räumliche Strukturen sind so gestaltet, dass besondere Orte									



5 Lebendige Innenstadt

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Die Innenstadt verbindet eine barocke Atmosphäre mit dem modernen, lebendigen Puls unserer Zeit. Die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen nach differenzierten Angeboten zum Einkaufen, Wohnen, Arbeiten und Verweilen, um Kultur und Historie zu (er-)leben sowie Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, sind erfüllt.

5 Masterplan Masterplan Offensive Innenstadt Prozessverantwortlich Frank Steinert (Referat NSE)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
-----	----------------------	---------------	--------------	--------	----------	----------	---------------------------------	----------------------------	--

Strategisches Ziel 5.1 Die Akteure in der Innenstadt verfolgen gemeinsam entwickelte Strategien, bündeln ihre Anstrengungen und agieren vernetzt. Sie stimmen sich in Arbeitskreisen und über ein									
5.1.1	Kundenbindungssysteme	1	Ein Kundenbindungssystem kann ein Instrument eines neues Dachvereins sein, ist jedoch erst der zweite Schritt. Eine erneute Prüfung der Vorteile und Umsetzbarkeit einer City Card im Ludwigsburger Einzelhandel ist dann wieder erforderlich. Die Festlegung der organisatorischen Struktur (bsp. neuer übergeordneter Verein) und personellen Besetzung ist zu klären. Einbindung der PAG, des ÖPNV (Verbindung zu Nr. 5.2.65) und Stadtwerke sinnvoll.	R	2. Halbjahr 2009	nein	Frau Hauser (IB), Herr Steinert (Ref. NSE)	LUIS, BdS	Betreiberstruktur abhängig von der Bildung eines Trägervereins Stadt ist nur ein Beteiligter.
5.1.2	Öffnungszeiten	1	Für die Kernöffnungszeiten Mo. - Fr. bis 19.00 Uhr und Sa. bis 18.00 Uhr wird in Gesprächen mit Einzelhändler und DL weiter geworben. "Samstag ist Stadttag" wird ebenfalls weiterhin aktiv propagiert. Eine Verlässlichkeit für die Kunden ist anzustreben. Besonderheiten (bsp. Schillerviertel) sind getrennt zu betrachten. Weiteres Signal durch längere Öffnungszeiten bei der WilhelmGalerie.	U	kontinuierlich	nein	Frau Hauser (IB)	Ref. NSE, LUIS, BdS	Eröffnung WilhelmGalerie soll zusätzlichen Impuls geben für die Innenstadtakteure.
5.1.3	Einheit der Innenstadtakteure in der Präsentation nach Außen	2	Durch die Gründung des LUIS e.V. werden die Innenstadtakteure nach Außen noch mehr als Einheit "Innenstadt" auftreten. Durch gemeinsame Veranstaltungen, Werbung und Aktionen soll eine stärkere Ausstrahlung erzielt werden. Ausweitung und Professionalisierung des "Boulevard Ludwigsburg" als wichtiges Kommunikationsmedium wird kontinuierlich fortgesetzt.	U	kontinuierlich	nein	Frau Hauser (IB)	Ref. NSE, LUIS, BdS, 89	
5.1.4	Stärkung der "Vereinigung Ludwigsburger Innenstadtakteure"	1	Gründung des LUIS e.V. am 23.07.2007. Der Verein hat die operative Arbeit zum 01.11.2007 aufgenommen. Frau Hauser wurde zum 01.01.2008 neue Innenstadtauftragte.	E	kontinuierlich	Beitrag zum LUIS e.V. ab 2008 max. 115.000,- Euro pro Jahr	Frau Hauser (IB)	Ref. NSE, LUIS, BdS	
5.1.5	Optimierung der einzelbetrieblichen Leistungsfähigkeit	1	Angebote von „Best Practice“- Vorträgen für innerstädtische Einzelhändler finden und finden in Zusammenarbeit mit der IHK statt. IHK bietet unregelmäßig Schulungsangebote für den Einzelhandel an.	U	Kontinuierlich	nein	Herr Boucsein (IHK)	LUIS, BdS	

Strategisches Ziel 5.2 Die Innenstadt wird aktiv gestaltet. Sie verfügt über eine hohe Aufenthaltsqualität, die sich in Ruhe- und Bewegungsräumen, Sicherheit und Sauberkeit zeigt. Das harmonische									
5.2.1	Kaffeeberg	1	Bau- und Vergabeabschluss erfolgte im April 2008 in den politischen Gremien. Der Kaffeeberg wurde ab Ende April bis November 2008 umgebaut.	E	April bis November 2008		Herr Kurt (61) Herr Renz (67)	60, 67, (32), private Investoren, Haus- und Grundbesitzer	Abhängig von der Prioritätensetzung des GRs.
5.2.2	Myliusstraße, Bahnhofsvorplatz, Schillerplatz, Schillerstraße und Zufahrtsstraßen zur Schillerstraße	3	Myliusstraße: Echte Einbahnstraße nicht sinnvoll (Gespräch mit RP). Pilotphase in 2009: einseitiges Durchfahrverbot für Individualverkehr in Richtung Schillerplatz und bauliche Maßnahmen. Ergänzend: Verbesserung Parkleitsystem. Anlieger-Workshop am 21.01.2007 durchgeführt. Schillerstraße: Vorschlag: 7,50 m Fahrbahn mit 2 Radschutzstreifen. Schillerplatz: Vorschlag Busdiagonale mit Radachse. Laufende Gespräche mit der KSK wegen Neugestaltung. Bahnhofsvorplatz: Verkehrsführung geklärt: Keine Einengungen wegen Busverkehr. Vorlage 191/08 im BTU am 24.04.2008.	P	Pilotphase in 2009. Anlieger- und Passantenbefragung. Weitere Bearbeitung: 2009ff	Myliusstraße = Ja, mittelfristig; Parkleitsystem kurzfristig: FB 67. Schillerstraße und Schillerplatz= Ja 2007= 60.000 € davon 30.000 € aus 2006 übertragen (im Projekt Mathilde/Rathaus	Herr Ressler (61) Herr Kurt (61)	32, 60, 61, 67, PD, ÖPNV, private Investoren, Haus- und Grundbesitzer	
5.2.3	Lindenstraße	3	BTU wurde am 14.04.2005 über die Vorlage 129/05 „Straßenplanungen und Straßenbaumaßnahmen in der Innenstadt 2005 bis 2007“ informiert.	P	Planungen in 2008 Vorhaben nicht vor 2010 vorgesehen	nein	Herr Kurt (61)	32, 67	Abhängig von der Prioritätensetzung des GRs.

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.2.4	Kirchstraße (Bereich südlich der Lindenstraße), Stadtkirchenplatz und östliche Asperger Straße bis Körnerstraße	3	Entwurfsbeschluss 2003, Detailbeschluss am 01.12.2005. Vergabe und Baubeschluss im Februar 2006 Baubeginn im ersten Abschnitt ab März 2006 Entscheidung über Wassersprudler im Juni 2007 gefallen. Realisierung im Juli und August 2008	E E	Fertigstellung im 3. Quartal 2006 erfolgt 2008	Ja (im Projekt Mathilde/Rathaus enthalten) 2006= 900.000 € 2007= 780.000 €	Herr Kurt (61) Herr Renz (67)	60, (32), private Investoren, Haus- und Grundbesitzer	
5.2.5	Westf. Asperger Straße bis Körnerstraße	1	Straßenneugestaltung im Zusammenhang mit der Entwicklung der WilhelmGalerie abgeschlossen. Abschnitt zwischen Garten- und Hospitalstraße ist im Haushalt 2006 ff. noch nicht vorgesehen.	E	Baubeginn 2. Quartal 2007	2006= 350.000 € 2007= 630.000 € (Beträge beinhalten Nr. 5.2.5 + 5.2.6)	Herr Kurt (61) Herr Renz (67)	60, Ref. NSE	Abhängig von Entwicklung WilhelmGalerie.
5.2.6	Körnerstraße	1	Straßenneugestaltung im Zusammenhang mit der Entwicklung der WilhelmGalerie abgeschlossen.	E	Baubeginn 2. Quartal 2007	Ja (Beträge siehe 5.2.5)	Herr Kurt (61) Herr Renz (67)	60, Ref. NSE	Abhängig von Entwicklung WilhelmGalerie.
5.2.7	Sonstiger öffentlicher Raum (z. B. Arsenalplatz, Karlsplatz, Eberhardstraße)	1	Prioritätenprüfung in Verbindung mit Stadtentwicklungskonzept. Weitere Überlegungen zum Arsenalplatz wurden bis nach Eröffnung WilhelmGalerie zurückgestellt (politische Entscheidung vom 21.12.2006). Überlegungen über Teilbegrünung laufen. Karlsplatz war keine Entwicklung vorgesehen.	P	2009ff	nein	Herr Kurt (61)	60, 67, Ref. NSE, SUN	
5.2.8	Absenken der Bordsteine an Überwegen	1	Nach Bedarf	U	Kontinuierlich		Herr Wieland (67)	TDL	
5.2.9	Fußgängerleitsystem	1	Erste Erweiterung des Systems in 2004 vorerst abgeschlossen. Erweiterung bei Bedarf jederzeit möglich.	R	Kontinuierlich		Herr Kurt (61)	67	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.10	Sonstige Orientierungssysteme für Fußgänger	2	Erhebung von Standorten für Aushang von Stadtplänen abgeschlossen, dabei wurden Wegweiser speziell an Ausgängen der Parkhäuser einbezogen.	U	Kontinuierlich		AK Öffentlicher Raum, Frau Boos (61)	PAG, 67	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.11	Orientierungssysteme am Bahnhof für Fahrgäste optimieren	1	Einrichtung einer Infostelle für Bahnkunden am Bahnhof über infrastrukturelle Schwerpunkte in der Innenstadt. Installation eines Fahrgastinformationssystems für Bahnkunden (Förderantrag wurde gestellt, Entscheidung steht noch aus).	P	2. Halbjahr 2009		Herr Reiter (61)	67, ÖPNV, LVL, Ref. NSE, Blüba, Schloss	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.12	Elektronische Werbeanlagen	1	Tunnelmund B 27 in Richtung Süden wurde als Standort näher untersucht. Technische Voraussetzungen (breit und schmal), Kosten (Sonderanfertigung und Rahmenbedingungen (kommerzielle Werbung) stellen einen wirtschaftlichen und zweckmäßigen Betrieb in Frage. Die Konzession für Werbung im öffentlichen Raum wurde in 2008 für drei Jahre an die U&U GmbH vergeben. City-Light-Poster im Stadtgebiet wurde zurückgestellt.	R R	bei Bedarf weitere Umsetzungen prüfen 2. Halbjahr 2011	nein	Herr Boy (89) AK Öffentlicher Raum, Frau Boos (61)	23, 32, 60, 67, 23, Prof. Giers	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.13	Stadtgestaltung durch Beleuchtungskonzepte	1	An den Torhäuser abgeschlossen. Einbindung weiterer öffentlicher Gebäude durch neues Beleuchtungskonzept vorgesehen. Entscheidung für ein Büro zur Erarbeitung einer Konzeption steht an.	P	3. Quartal 2009		Herr Mihm (61)	65, Ref. NSE, HochTief	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.14	Sicherheit	1	Die "Sicherheitsrunde Bahnhof" hat am 13.11.2007 zuletzt getagt. Fortsetzung erfolgt am 22.4.2008. Mit Studenten der Evang. FH und der Wohnungslosenhilfe läuft ein Projekt zur Befragung des "Bahnhofs-klientels". Im Jahr 2007 und auch 2008 fanden mehrere, erfolgreich durchgeführte Kontroll-Aktionen der Polizei zum Thema "Jugend, Gewalt, Alkohol" statt.	U	Kontinuierlich		Herr Winkler (32), Herr Henning (17)	Polizei, Gebäudeeigentümer, Bahnhofsmanagement, Sicherheitsdienste, Deutsche Bahn, städt. FB	
5.2.15	Sauberkeit / Stadterscheinungsbild	1	Jährliche Aktion „saubere Stadt, saubere Landschaft“ und Stadtputzete. Einführung einer Samstags- und Sonntagsreinigung durch die TDL und ALG II-Kräfte ab 2006. Weitere Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements im Zusammenhang mit dem Projekt "Sauberes Ludwigsburg". Aktion "gelbe Karte" wurde durchgeführt. Umfrage zum Thema "Sauberkeit" bei Einwohnern, Innenstadtakteuren und Besuchern im Rahmen der Zertifizierung der TDL läuft.	U	Kontinuierlicher Ausbau		Herr Lob (TDL) Herr Henning (17)	32, LUIS, Bürgerschaft	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.2-16	Abfallkörbe	1	Austausch der veralteten Abfallkörbe durch drei neue Grundmodelle im Innenstadtbereich. Im Rahmen der Straßensanierungsmaßnahmen werden in der Kirchstraße, Asperger Straße und am Stadtkirchenplatz die alten Exemplare ausgetauscht. Die angeordneten Gelder reichen hierfür aus.	E	Beginn 03/2006 Ende 06/2007		Herr Albrecht (TDL)	61, 67	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.17	Verbesserung des Zustands öffentlicher Toiletten	1	Die Umsetzung der "Netten Toilette" ist erfolgt. 23 Betriebe haben ihre Teilnahmebereitschaft erklärt. Marktplatz-Toilette nun in städtischer Hand. Eine Ausweitung auf die Stadtteile wird geprüft. Begleitende Überlegungen zu automatischen Toiletten im Bereich Bahnhof oder Bärenwiese sind zurückgestellt.	P R	2. Halbjahr 2009	Entschädigung der Gastronomiebetriebe in Höhe von ca. 15.000,- € Fipo: 1.7650.5700.000	Herr Steinert (Ref. NSE) AK Öffentlicher Raum, Frau Boos (61)	1B, 32, 67	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.18	Sondernutzungssatzung	1	Arbeitsgruppe hat Vorschlag erarbeitet, der nun mit der Verwaltungsspitze und im politischen Raum beraten werden muss.	P	3. Quartal 2009		Herr Winkler (32)	61	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.19	Gestalterische Verbesserung der Innenstadt über die Sondernutzungssatzung und die Werbesatzung hinaus	3	Verbesserung der Innenstadt durch gestalterische Vorgaben, die über die Sondernutzungssatzung und die Werbesatzung hinaus gehen.	P	Kontinuierlich		Herr Kurt (61)	67	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.20	Ausbau der Stadtmöblierung	3	Verbesserung der Aufenthaltsqualität durch mehr Grün und Nachverdichtung von öffentlichen Bänken. Prüfung im Rahmen des SEKs.	R	Kontinuierlich		Herr Schilling, 67	61	Bestandteil des Themenfeldes "Grün in der Stadt" zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2-24	Straßenbeleuchtung Kirchstraße	1	Anpassung der Beleuchtung auf der Restfläche (Kirchstraße / nördliche Asperger Straße) im Rahmen der Straßensanierung Innenstadt.	E	bis Ende 1. Quartal 2007		Herr Uhl (67)	61	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.22	Grundsatzüberlegungen zu zeitlich befristeten und unbefristeten Elementen im öffentlichen Raum	3	Im AK Öffentlicher Raum wird eine Grundsatzkonzeption festgelegt (Wo?, welche Art?, welche Qualität? usw.)	P	2. Halbjahr 2009		AK Öffentlicher Raum, Frau Boos (61)	23, 32, 41, 60, 65, 67, Ref. NSE, LUIS, PH	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.23	Stadtgestaltung durch befristete Elemente (< 1 Jahr)	2	Vorlage eines abgestimmten Jahreskonzeptes im Januar des laufenden Jahres. Über die Winterdekoration an der Sternkreuzung erfolgt eine Abstimmung spätestens im Oktober des laufenden Jahres.	P	Jährlich		AK Öffentlicher Raum, Frau Boos (61)	23, 32, 41, 60, 65, 67, Ref. NSE, LUIS, PH	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.24	Stadtgestaltung durch zeitlich unbefristete Elemente (> 1 Jahr), z.B. Kunstpfad	2	"Außerdem" Konzept für einen Skulpturenpark im Zusammenhang mit dem Stadtjubiläum 2009 wurde umgesetzt. Rhythmus von drei Jahren vorgesehen. Projekt dient neben der Attraktivierung auch der Verbesserung der räumlichen Orientierung.	U	Realisierung im 2. Quartal 2009		Herr Raitel (41)	23, 32, 60, 61, 65, 67, Ref. NSE, LUIS, PH	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.25	Innenstadtpfade in Verbindung mit touristischen, kulturellen und architektonisch Aspekten	2	Touristisches, architektonisches, kulturelles Profil für Ludwigsburg festlegen. Im Zusammenhang mit dem Stadtjubiläum wird die Wiederherstellung der historischen "Eier" an bedeutsamen Gebäuden geprüft.	P	3. Quartal 2009		Frau Mitsch (89)	41, Archiv, 61, 65, 67	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.26	Image- und Veranstaltungstafeln an Ortseingängen (Willkommenstafeln)	1	Erwerb der Tafeln und Festeinbau abgeschlossen. Nutzung von Teilflächen der Tafeln für Hinweise auf Spielbegegnungen der Basket- und Handballer. Jährlicher Bespielungsplan wird bis Ende des 3. Quartals für das darauffolgende Jahr erarbeitet.	E U	bis Ende 1. Quartal 2007 beendet Jährlich	Fipo: 2.7900.9351.000 20.000,- € im Nachtrag	Frau Mitsch (89)	32, 41, 48, 60, 61, 67, Blüba, SFS	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.27	Aufwertung bzw. Einrichtung von Infobuchten an den Stadteingängen mit Orientierungshilfen	2	Die Teilnehmer des AK Wifö sind gebeten, gute Beispiele anderer Städte zusammenzutragen. Eine weitere Möglichkeit stellt eine Einbindung des Stadtinformationssystems der Fa. MediaCluster (Kostenvoranschlag ca. 8.000,- € pro Terminal) dar. Die Verträge mit dem Aufsteller der bisherigen Tafeln sind ausgelaufen und könnten umgehend gekündigt werden.	P	4. Quartal 2009		AK Öffentlicher Raum, Frau Boos (61), Herr Brück (61)	Büro OBM, 32, 60, 67, Ref. NSE	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2-28	Vorwegweisung als Beschilderungskonzeption entlang der Bundesstraße 27	2	Realisierung fertiges Beschilderungskonzept ist größtenteils realisiert.	E	Fertigstellung Ende 2. Quartal 2007		Herr Uhl (67)	32, 61, Ref. NSE, Blüba, Schloss	
5.2-29	Sichtbarmachung / Freistellung Stuttgarter Torhaus	2	Außenbereich zur Eröffnung hergestellt; Städtebaulich-gestalterische Aufwertung geprüft.	E	1. Halbjahr 2006		Frau Soltys (65)	61	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.2-30	Optimierung des Parkleitsystems durch neue Bezeichnungen	1	Die Namensgebung wurde mit Realisierung der WilhelmGalerie geprüft und im Status Quo festgeschrieben. Der Bereich um die WilhelmGalerie wird mit den neuen Parkierungshinweisen aufgewertet. Umbenennung würden langjährige Nutzer irritieren.	E	2. Halbjahr 2007		Arbeitsgruppe Parkleitsystem, Herr Ressler (61)	32, 67, Ref. NSE, PAG, Blüba, Schloss	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2.31	Optimierung des Parkleitsystems durch Vorankündigung an den Stadteinfahrten	1	Einsatz neuer Medien oder konventioneller Tafeln prüfen. Kontakt mit Büros zur Frage der Wahrnehmbarkeit von Informationen (Menge, Darstellung Abstraktionsgrad) wurde bereits aufgenommen. Wird in der AG Parkleitsystem bearbeitet.	P	2. Halbjahr 2009		Arbeitsgruppe Parkleitsystem, AK Öff. Raum, Herr Mihm (61) Herr Uhl (67)	32, 67, Ref. NSE, PAG, Blüba, Schloss	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"; zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2-32	Optimierung Parkleitsystem durch ergänzende Beschilderung	1	Ergänzende Ausschilderung der RathausGarage über Schillerstraße ist umgesetzt.	E	4. Quartal 2007		Arbeitsgruppe Parkleitsystem, Herr Ressler (61)	32, 67, Ref. NSE, PAG	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"; zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.33	Optimierung des Parkleitsystems im südlichen Innenstadtbereich	1	Die Hinweise zu den Parkierungsanlagen wurden geändert: Über die Solitudestraße wird nur noch das Parkhaus Solitude ausgewiesen, über die Bahnhofstraße werden Parking und Bahnhofstraße ausgewiesen. Bauliche Formulierung der Einmündung Solitudestraße/Bahnhofstraße von der Keplerbrücke. Ergänzung mit Parkleitsystem Multifunktionshalle.	E P	4. Quartal 2007 nicht vor 2009		Arbeitsgruppe Parkleitsystem, Herr Ressler (61), Herr Uhl (67)	32, 67, Ref. NSE, PAG	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2.34	Optimierung des Parkleitsystems im westlichen Innenstadtbereich	1	Attraktivierung des Bahnhoftunnels durch Verkehrslenkung.	P	nicht vor 2009		Arbeitsgruppe Parkleitsystem, Herr Ressler (61)	32, 67, Ref. NSE, PAG	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2.35	Optimierung der Verkehrslenkung im Bereich Wilhelmstraße/Körnerstraße	2	Primär wird eine Überprüfung alternativer Möglichkeiten zur Lenkung der Kfz Ströme im Umfeld der Körnerstraße stattfinden. Abwägung der Vor- und Nachteile einer Abbiegung aus der Wilhelmstraße. Wird im Rahmen der Verkehrskonzeption Innenstadt bearbeitet. Per Gemeinderatsbeschluss vom 21.12.2006 bis nach Eröffnung WilhelmGalerie zurückgestellt.	P	2009ff		Herr Kurt (61) Herr Ressler (61)	32, 67, Pr. Kölz	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2-36	Optimierung weiterer Orientierungssysteme	3	Integration in Navigationssysteme (z.B. mit ADAC).	E	2006		Herr Bayer (67)	32, 61, PAG, ÖPNV	
5.2.37	Attraktivierung und Komplettierung des Radroutensystems von den Außenbezirken in die Innenstadt zur Steigerung des Radanteils beim Modal Split in Ludwigsburg	1	Verlegung Haltestelle in der Marbacher Straße, Höhe Favoritepark, erfolgt. Feldweg verlängerte Hölderlinstraße, Radweg Schlieffenstraße und Ausbau Feldweg Lochwaldgraben wurden 2007 erledigt. Radwegverlängerung Schlieffenstraße zwischen Mörikestraße und Osterholzallee mit Anschluss Radweg Asperg wurden 2008 realisiert. Vorentwurfsplanungen Bottwartalstraße/Marbacher Straße laufen. Für 2008 werden folgende Maßnahmen zur Umsetzung vorgeschlagen (Abstimmung in BTU): Ausbau Westlicher Parkweg für Herbst 2009 vorgesehen (Prüfung Naturschutz läuft).. Schillerstraße mit Schillerdurchlass. Planung mit Schutzstreifen wurde als Entwurfsprinzip im BTU beschlossen (Vorl. 191/08). Realisierung im Zusammenhang mit Neugestaltung Schillerstraße. Seestraße im Bereich Campus für Radverkehr frei. Seestraße von Süden kann zur Freigabe entgegen der Einbahnrichtung vorgeschlagen werden. Querung zur Hohenzollernstraße in Planung. Entscheidung Herbst 2009. Querung Bismarckstraße - Asperger Straße in 2008 realisiert (teilweise überfahrbare Fahrbahnteiler).	P	2007 - 2010		Herr Ressler (61)	32, 67, Beirat für Verkehr	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.2.38	Optimierung der Erreichbarkeit per Fahrrad aus Richtung Grünbühl / Sonnenberg	3	Sicherheitsaudit für Entwurfspläne Robert-Franck-Allee/B 27 durchgeführt und im Verkehrsbeirat erneut vorgestellt mit Ausbauempfehlung. Erneute Beschlussvorlage im Herbst 2009.	P	2009 vorbehaltlich Zustimmung BTU		Herr Ressler (61)	32, 67, Beirat für Verkehr	
5.2.39	Erneuerung des Orientierungssystems für den Radverkehr	2	Schaffung eines einheitlichen optischen Beschilderungskonzeptes mit grafischen Darstellungen und Komplettierung der externen und internen Wegweisung. Hauptroutenkonzept abgestimmt. Ausschreibung für Routen 1-3 liegt vor. Vor-Ort-Abstimmung der Einzelstandorte weiterer Routen bis Herbst. Umsetzung bis Ende 2009. Abstimmung BTU-Information/Abstimmung.	V	fortlaufend 2009ff		Herr Uhl (67)	32, 67, Ref. NSE	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.40	Verbesserung des internen Radroutensystems - generelle Aspekte	1	Komplettierung eines umfassenden 30 Km/h-Konzeptes 2005 eingerichtet. Durchgängige Öffnung der Einbahnstraßen für den Radverkehr wurde vom BTU auf Basis der Vorlage 669/06 nur für Einzelabschnitte und mit Einzelbeschlüssen akzeptiert. Unterstützung des Radvorteils "small and smart". Entgegen der Einbahnrichtung freigegeben, wurde der Radverkehr in der Körnerstraße, der Gartenstraße und der Stephanstraße. Vorschlag für Seestraße im Herbst im BTU.	P/U	laufende Prüfung und Umsetzung nach Zustimmung BTU		Herr Ressler (61)	32, 67, Beirat für Verkehr	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2.41	Verbesserung des internen Radroutensystems - Einzelmaßnahmen zur Reduktion von Konflikten	1	See-/Friedrichstraße: Konflikt mit Parken lösen. Obere und Untere Reithausstraße. Schillerstraße: Variante Schutzstreifen beschlossen. Maßnahme soll im Zusammenhang mit Schillerplatz realisiert werden. Weitergehende Forderung Fahrradinitiative: Parkverbote und Schutzstreifen kurzfristig umsetzen.	P	laufend ab 2012 im Haushalt vorgesehen		Herr Ressler (61)	32, 67, Beirat für Verkehr	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2.42	Abstellanlagen für Fahrräder	1	Im Bereich Bahnhof werden abschließbare Abstellanlagen installiert, weitere Standorte (z.B. Schloss) werden geprüft.	R	Kontinuierlich		Herr Reiter (61)	67, Schloss	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.43	Attraktivierung des ÖPNV	2	Als erster Ansatz zur Optimierung der Netzstruktur durch ein ergänzendes, tangentiales Citybuskonzept wäre eine innerstädtische Linienverlängerung am Wochenende denkbar. Dabei würden je nach Einsatzzeiten folgende Netto-Jahreskosten entstehen: nur an Samstagen rd. 19.300,- € (10 bis 18 Uhr) sowie an Freitagen (13 bis 18 Uhr) und Samstagen rd. 31.800,- €. Bei einer Ausweitung auf alle Werktage dürften die Kosten bei rd. 120.000,- € liegen. Die Möglichkeit eines einjährigen Probelaufs, der als Werbemaßnahme für die Innenstadt und den innerstädtischen Einzelhandel dienen könnte, besteht. Hierbei ist eine Mitfinanzierung durch den Einzelhandel zu prüfen. Wiederaufnahme des Themas nach Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.	P	4. Quartal 2009		Herr Albrecht (ÖPNV)	32, 61, LVL, IV	
5.2.44	Optimierung des ÖPNV	2	<i>Der Umbau der Arsenal-/Wilhelmstraße vor einigen Jahren hat wesentliche Verbesserungen für den Stadtverkehr gebracht. Die Busse haben seitdem keine Probleme mehr, den Fahrplan einzuhalten. Weitere Maßnahmen zur Verkürzung der Fahrzeit der Busse sind aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich.</i>	E			Herr Ade (ÖPNV)	32, 61, LVL	
5.2.45	Verbesserung der Situation am ZOB durch funktionale und gestalterische Aufwertung	1	Eine erste Machbarkeitsuntersuchung zur funktionalen Aufwertung des ZOB (Anhebung der Bordsteine auf 18 cm Höhe) liegt vor. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 430.000,- Euro. Diese einfache Variante enthält keine gestalterische Aufwertung sondern nur Umpflasterung mit vorhandenem Material. Auch die dringend sanierungsbedürftige Fahrbahn ist darin nicht enthalten. Es handelt sich hierbei mehr oder weniger um ein Provisorium. Der gesamte ZOB ist sowohl in gestalterischer als auch in funktionaler Hinsicht sanierungsbedürftig. Unter diesem Gesichtspunkt muss eine Abwägung getroffen werden, ob eine solche vorausgehende provisorische Aufwertung überhaupt wirtschaftlich und sinnvoll ist.	P	3. Quartal 2009		Herr Wieland (67)	32, 61, LVL, ÖPNV	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.2.46	Verbesserung der Information für ÖPNV-Nutzer	2	Die Fahrplanauskunft war bereits in die Terminals integriert. VVS stellte letztes Jahr sein System um, die Fahrpläne waren daraufhin nicht mehr kompatibel mit dem bestehenden System. Neue, modernere Terminals sollen beschafft werden. Es wird versucht die Terminals über Sponsoren z.B. SWLB und Wohnungsbau zu finanzieren. Neue Terminals bieten wieder die Möglichkeiten der Fahrplanauskunft. Beteiligung an Finanzierung der Terminals (ca. 19.000,-€ auch Leasing möglich) wird geprüft. Realisierung im 2009, wenn es mit den Sponsoren klappt. Fahrgastinformationssystem für ÖPNV (S-Bahn) und ZOB (Bus) aufgrund fehlender Fördermittel derzeit nicht möglich.	P	3. Quartal 2009 2009 ist vorauss. mit weiteren Fördermitteln zu rechnen		Frau Schmieder (D I) Herr Reiter (61)	ÖPNV, LVL, 67, Fa. Media Cluster	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.2.47	Attraktivierung der Situation im und am Bahnhofsgebäude sowie der Fußwegeverbindungen im Bereich Bahnhof / Neuer Westportal	1	Vertrag mit Nestlé und DB wurde abgeschlossen, DB hat Zuschuss vom Innenministerium beantragt. Zuschuss ist bewilligt, Verträge abgeschlossen, Ausführung läuft. Für Öffnung des Durchgangs muss bestehender Vertrag mit Doblinger aktualisiert werden (Eigentümer des Bahnhofsgebäudes auf der Ostseite).	U	Baubeginn 28.04.2008 Fußgängeröffnung vorauss. 01.10.2009		Herr Dienelt (23), STEP Innenstadt	32, 61, 65, 67, ÖPNV	
5.2.48	Attraktivierung der Fußwegeverbindungen Forum-Marktplatz	1	Mit der Neugestaltung des Mathildenareals in Form des Akademiehoofs werden attraktive Fußgängerquerungen zu Forum und Marktplatz angeboten.	V	in 2009	Ja (im Projekt Mathilde/Rathaus enthalten)	Herr Lehmpfuhl (Ref. NSE) Herr Kurt (61)	23, 65, 67, Ref. NSE	abhängig von Entwicklung Mathildenareal
5.2.49	Attraktivierung der Fußwegeverbindungen im Bereich Blüba	3	Schnellere Grünphase für Fußgänger bei der Überquerung Schorndorfer Straße am Haupteingang Blüba	E	in 2005		Herr Bayer (67)		
5.2.50	Attraktivierung der Schulwegverbindungen	2	Optimierung der Querungsmöglichkeiten im Rahmen der Schulwegsicherung durch Verkehrsgutachten vom Büro Hupfer für den Campusbereich empfohlen. Weitere Planungen (Schulcampus) müssen abgewartet werden.	P	2. Halbjahr 2009		Herr Ressler (61)	32, 67	
5.2.51	Verbesserung der Auslastung der Parkhäuser allgemein	1	Hinweise im Parkleitsystem auf alternative Parkieranlagen bei Überlauf und Möglichkeiten einer Vernetzung des Parkleitsystems. Einrichtung von Querungsmöglichkeiten innerhalb der Innenstadt, um die Parkieranlagen nicht nur über Stichstraßen zu erreichen. Beide Maßnahmen sind Bestandteil des Gesamtverkehrskonzepts Büro Hupfer und werden bis zu den Beschlüssen darüber zurückgestellt.	R	2009ff		Herr Ressler (61)	32, 67, PAG	
5.2.52	Optimierung der Parkieranlagen	3	Differenzierung der Parkieranlagen nach Nutzergruppen, z.B. PH Asperger Straße für Dauerparker, Rathausgarage für Kurzparker wird verfolgt. Kontingente für Dauerparker im PH Asperger Straße sind weitgehend ausgeschöpft.	U	Kontinuierlich		Herr Hoffmann (PAG)		
5.2.53	Optimierung der Erreichbarkeit PH Asperger Straße	1	Ab Januar 2008 werden im Parkhaus Asperger Straße (308 Stellplätze) 60 Stellplätze als Ersatz für das Mathildenareal für städtische Mitarbeiter bereitgestellt. Unter Berücksichtigung der Anzahl der Dauerparker/-nutzer (188 Stellplätze) verbleiben nur noch 60 Kurzzeitparkplätze, die durch die reguläre, tägliche Auslastung bereits belegt werden. Eine Optimierung der Beschilderung erfolgt im Zusammenhang mit der Ausschilderung der Hochgarage in der WilhelmGalerie.	E	2. Halbjahr 2007		Herr Ressler (61)	32, 67, PAG	
5.2.54	Optimierung PH Asperger Straße	1	Von Events auf dem Parkhausdach wird aufgrund zu erwartender Beschwerden der unmittelbar umliegenden Anwohner abgesehen. Der Rückgang bei den Kurzparkern ist im wesentlichen auf eine Abwanderung der Kunden in die attraktivere Rathausgarage zu erklären. Bei einer Umbenennung des Parkhauses ist von einem negativen Kosten-Nutzen-Effekt auszugehen. Erste Schritte zur optischen Attraktivierung werden vorgenommen.	E	2007		Herr Hoffmann (PAG)		

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.2.55	Optimierung PH Schloss/Marstall	2	Internes Konzept des Eigentümers sieht vor: Verbesserung der internen Orientierung. Gestaltung Treppenhaus und des gesamten optischen Erscheinungsbildes. Externer Aufzug um den direkten Zugang in die Kirchstraße zu ermöglichen (abhängig von Entwicklungen Marstall Center/ Reithausplatz). Zufahrt durch bauliche Maßnahmen ordnen und vereinfachen. Flexibilisierung der Regelungen für die Vermietung.	P	nicht vor 2010		Herr Kurt (61)	Marstall-Verwaltung, Parkhausbetreiber	
5.2.56	Optimierung PH Solitude	3	Verbesserung der Orientierungsmöglichkeiten im Bereich der Fußgängerwege und der PKW- Ein-/Ausfahrt. Die Beschilderung PH Solitude wurde mit FB 61 abgestimmt und ist bereits beauftragt. Angedacht ist eine Beschilderung analog zur Rathausgarage. Zur höheren Frequentierung: Veranstaltung von Events durch Anlieger geplant (z.B Weißwurstessen). D	E	Fertigstellung bis Ende 2. Quartal 2008 abge- schlossen		Herr Leban (PAG)	61, 67	
5.2.57	Optimierung PH Bahnhof	3	Verbesserte Auffindbarkeit und Anbindung der Fußgänger an Schiller- und Myliusstraße. Durchgang wird weiterhin angestrebt. Vorschlag zur Ergänzung des Parkleitsystems in der Myliusstraße wurde umgesetzt (Vorl. Nr. 191/08).	U	Kontinuierlich		Herr Ressler (61)	32, PAG	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2.58	Optimierung/Veränderung Parkplatz Bärenwiese	1	Verbreiterung der Fußgängerüberwege B 27 auf Höhe Alleenstraße und Wilhelmstraße wird Bestandteil der Sanierungsüberlegungen Innenstadt und der Entwicklung Mathilde. Einbindung und Prüfung im Rahmen Parkraumkonzeption Oststadt. Abhängig von Entwicklung Mathildenareal und Verkehrskonzept Innenstadt.	P	nicht vor 2009		Herr Wieland (67) Herr Ressler (61)	32	Festplatz
5.2.59	Optimierung/Veränderung Parkplatz Bärenwiese	3	Eine Tiefgarage wird wegen möglichen Grundwasserproblemen abgelehnt. Falls eine Garage gebaut wird, muss ein neuer Standort als Festplatz gefunden werden. Abhängig von Entwicklungen in der Innenstadt und in Innenstadtrandlagen (Mathildenareal, Multifunktionshalle, Walcker, Schillerplatz).	R	nicht vor 2010		Herr Ressler (61)	32, 67, PAG, SUN	Festplatz
5.2.60	Optimierung Parkplatz Mathilde	1	Neubau der Akademie Garage im Zusammenhang mit Neubau Akademie für Darstellende Kunst.	U	Realisierung bis Oktober 2009		Herr Lehmpfuhl (Ref. NSE)	23, 32, 61, 67, PAG	
5.2.61	Optimierung der Parkflächen beim neuen Finanzamt	3	Ergebnis: Parkfläche außerhalb der Öffnungszeiten für Öffentlichkeit freigegeben	E	2005		Herr Ressler (61)	32, 67, Land	
5.2.62	Ausräumen der Konflikte beim Straßenparken	2	Bei der Prüfung ist die Neugestaltung einzelner Straßenzüge, insbesondere Myliusstraße, Schillerstraße und Eberhardstraße zu berücksichtigen. Als ein geeignetes Mittel wird eine Taktreduzierung von 30 auf 20 Minuten im Straßenraum vorgeschlagen. Eine entsprechende Vorlage ist derzeit in der politischen Diskussion.	E	4. Quartal 2008		Herr Winkler (32)	61, 67	Bestandteil des Themenfeldes "Mobilität"
5.2.63	Andienung der Geschäfte in der Fußgängerzone verbessern	1	Ausweisung alternativer Flächen für Andienere an den Zugängen zur Fußgängerzone und die Information an die Einzelhändler in 2005 erfolgt. Andienungszonen werden verstärkt kontrolliert.	E	2005		Herr Winkler (32)	61, 67, LUIS	
5.2.64	Attraktive Parkgebühren	1	Fortführung kostenloses Parken für die erste halbe Stunde sowie die stärker rabattierten Gutzeitkarten in den städtischen Parkhäusern wurden von Kunden und Einzelhandel sehr gut angenommen. Mit den Parkgebühren liegt man unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wurde bislang nicht weitergegeben.	E	Jul 05		Herr Hoffmann (PAG)	LUIS	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah-men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.2.65	Rückerstattung von Parkgebühren und ÖPNV-Fahrtkosten	1	Attraktivierung und Ausweitung des "Gutzeitkartensystems" der PAG durch LUIS bei den Innenstadtakteuren. Ziel ist die Einführung eines einheitlichen Systems für die Rückerstattung von Parkgebühren und ÖPNV-Gebühren. Prüfung der Möglichkeiten durch LUIS. Alternativ könnte eine Rückerstattung für ÖPNV-Nutzer im Zusammenhang mit einem Kundenbindungssystem entstehen. Maßnahme auch im Luftreinhalteplan für Ludwigsburg enthalten.	P	2. Halbjahr 2009		Frau Hauser (IB)	PAG, ÖPNV, Innenstadtakteure	
5.2.66	<i>Optimierung Parkraummanagement</i>	1	<i>Einheitliche Parkgebühren in allen Parkhäusern durch neues Gebührensysteem der PAG erreicht; Einheitliches System bei Sonntagsöffnungen und Veranstaltungen am Wochenende verwirklicht.</i>	E	Jul 05		<i>Frau Karg (IV)</i>	<i>PAG, Innenstadtakteure, private Parkhausbetreiber</i>	
5.2.67	Öffentlichkeitsarbeit	1	Einrichtung eines eigenen Internetauftritts des LUIS e.V. und dadurch Präsentation der Mitglieder und Sponsoren; Durchsicht bestehender Flyer und ggf. Auflage neuer/bestehender Veröffentlichungen; Gezielter Presseinsatz; Positive Stimmung durch Einbindung der Innenstadtakteure.	P	2. Halbjahr 2009		Frau Hauser (IB), Herr Steinert (Ref. NSE)	Büro OBM, PAG, LUIS, ÖPNV	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zielzeit	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
Strategisches Ziel 5.3 In der Innenstadt gibt es qualitätsvollen Wohnraum für unterschiedliche Zielgruppen und Generationen.									
5.3.1	Förderung von Wohnen in der Innenstadt ("Bewohntes Zentrum")	1	Einbeziehung im Rahmen des Stadtteilentwicklungsplanes (STEP) Innenstadt. Teil der wohnungspolitischen Konzeption „Kommunale Wohnungspolitik“, deren Ergebnisse 2006 präsentiert wurden.	V	2009		PG Mathilden-/Rathausareal, Herr Lehmpfuhl (Ref. NSE)	61, 65, 23, SUN, WBL	Maßnahmen sind Bestandteil der Themenfelder "Attraktives Wohnen" und "Vitale Stadtteile"
Strategisches Ziel 5.4 Ein attraktiver Mix von Einzelhandel und Dienstleistung in der Innenstadt erfüllt die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden.									
5.4.1	Entwicklung WilhelmGalerie	1	Baugenehmigung erteilt, Beginn der Baumaßnahmen erfolgt. Vermietungsgespräche durch HochTief und Beauftragte. Investor Hannover Leasing. Eröffnung in Zusammenhang mit verk.-offenem Sonntag Antikmeile.	E	Eröffnung vom 28.-30. Sept. 2007	nein	Herr Geiger (60)	61, 65, Ref. NSE, SUN, HochTief (informell)	
5.4.2	Optimierung des Branchenmix	1	Nach Realisierung der WilhelmGalerie und der Entwicklung des östlichen Blocks in der Oberen Marktstraße sind weitere Bereiche für die Entwicklung mit (flächiger) Einzelhandelsflächen und damit weiterem EH-Angebot in der Innenstadt zu untersuchen. Das Marstall-Center könnte bei einer grundlegenden, konzeptionellen Aufwertung essentiell dazu beitragen und wird daher von der Verwaltung mit höchster Priorität begleitet.	P	2. Halbjahr 2009	nein	Frau Hauser (IB), Herr Steinert (Ref. NSE)	LUIS, Innenstadtakteure, Haus- und Grundbesitzer	
5.4.3	Umgang mit Leerständen	1	Bewertung und Qualifizierung der einzelnen Leerstände in einem statischen Kataster liegt vor. Ausbau zu einem umfassenden Leerstandskatasters. Aktualisierung des Katasters und Ausbau des Informationsgehalts steht an. Optimierung des Informationsflusses zwischen Eigentümer und Stadtverwaltung/City Management. Ausloten von künstlerischen Möglichkeiten zur Überbrückung des Erscheinungsbildes bei Leerstand.	U	kontinuierlich	nein	Frau Hauser (IB), Herr Steinert (Ref. NSE)	LUIS, Innenstadtakteure, Haus- und Grundbesitzer	
5.4.4	Öffnung des Bürgerbüros an Samstagen	1	Mit der Samstagsöffnung des Bürgerbüros von 9.00 bis 12.00 Uhr sollte ein weiterer Impuls für die Belebung der Innenstadt erreicht werden. Die Samstagsöffnung wurde für ein Jahr probeweise eingeführt, hat die auferlegten Erfolgskriterien jedoch nicht erfüllt und wurde zum Jahresende 2006 eingestellt.	E	Ende Probephase Dez. 2006		Herr Albrecht (33)		
Strategisches Ziel 5.5 Feste, Aktionen und Gastronomie beleben die Innenstadt zu den Ladenöffnungszeiten und außerhalb.									
5.5.1	Kinderbetreuung	1	Städtische Räumlichkeiten am Marktplatz bezogen. Ausweitung der Öffnungszeiten und der Kapazität in 2007 umgesetzt. Reduzierung der Öffnungszeiten ab 01.01.2008. Gewinnung weiterer Innenstadtakteure zur Unterstützung des Angebots durch den LuKi e.V. wird fortgesetzt. Kooperation mit der VHS. Ausbau des Angebots durch Einbindung von Jugendkunstschule, Jugendmusikschule und Vereinen.	U	kontinuierlich	Übernahme der Raummiete am Marktplatz über 24.000,- € Fipo: 1.7911.7009.000	Herr Raasch (LuKi), Frau Hauser (IB)	Ref. NSE, 65, 41	Maßnahme kann eine Ergänzung im Bereich "Bildung und Betreuung" darstellen.
5.5.2	Attraktionen für Kinder	2	Erarbeitung von Maßnahmen für eine "Kinderfreundliche Innenstadt" wie z.B. Kinderkino, Kinderanimation etc.	P	2009	nein	Frau Hauser (IB), Herr Steinert (Ref. NSE)	LUIS, 41, 48	
5.5.3	Ganzjährige Veranstaltungsoffensive	1	Abgestimmter Jahresplan für das kommende Jahr liegt bis Oktober des laufenden Jahres vor.	P	Okt 09	nein	Herr Boy (89)	LUIS, 41, Blüba, SFS	
5.5.4	Flexibilisierung der Sperrzeiten in der Sommerzeit	3	Außen: grundsätzlich 22.00 Uhr (Beginn Nachtruhe), Abweichungen durch Einzelfallentscheidungen (Standort / Immissionsschutz). Innen: Gesetzliche Sperrzeit 2.00 Uhr bzw. 3.00 Uhr am Wochenende, evtl. Änderungen durch Landesrecht (Föderalismusreform).	P	Kontinuierlich	nein	Frau Schmider (32)	LUIS, 41, 48	
5.5.5	Erlebnisastronomie (Ist Bestandteil beim Sanierungsgebiet Mathildenstraße/Rathausareal)	2	Verbesserung der Gastronomie-Szene mit Orientierung an den Bedürfnissen aller Zielgruppen. Studentenarbeit über marktfähige Konzepte in der Innenstadt liegen vor. Quartiere zur Ansiedlung entsprechender Konzepte (u.a. Mathildenareal) werden Interessenten vorgestellt. Erarbeitung eines Gastronomieführers.	P	Kontinuierlich	nein	Herr Steinert (Ref. NSE)	60, SUN, LUIS	
Strategisches Ziel 5.6 Sanierungsdefizite sind beseitigt. Attraktiver gestaltet werden Gebäude, die nicht Ludwigsburgs städtebaulichen Qualitätsniveaus entsprechen.									

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.6.1	Entwicklung Walcker-Areal, Charlottenstraße	1	Rahmenplan Walcker-Areal liegt vor. Vorkaufssatzung beschlossen. Nutzungskonzept von BTU beschlossen. Vertragsoption zwischen Interessent und Eigentümer abgeschlossen. Ein Bauantrag für Pflegeheim und Wohnungen ist eingereicht und in der Bearbeitung.	V	2009		Herr Pfizenmaier (60) Herr Mihm (61)	23, 60, 65, Ref. NSE	
5.6.2	Entwicklung Mathilden- / Rathausareal	1	Akademie für Darstellende Kunst - GmbH gegründet - Stadt Bauherrenfunktion - Realisierung unter Einbeziehung der Altbausubstanz Stuttgarter Str. 16 (Baudenkmal) und Mathildenstr. 32 Akademiehof - Mehrfachbeauftragung durchgeführt - Gesamtkonzept (Siegerentwurf FP 7) politisch beschlossen - Beseitigung der Langzeitbrache Mathildenareal durch Tiefgaragenbau (s. 5.2.60) und Herstellung Platz Erweiterung Filmakademie und Verwaltungsarrondierung (Mathildenstraße 21, 29 und 31) - Umfassende Sanierung des Gebäudekomplexes Mathildenstr. 29 und 31 als Erweiterungspotential Filmakademie und 1. Baustein Verwaltungsarrondierung Erarbeitung Gesamtkonzept Verwaltungsarrondierung - Verlagerung Stadtarchiv in umfassend zu sanierendes Gebäude Mathildenstr. 21 - Konzeption Bürgerbüro - Verlagerung und Zusammenführung von städt. Verwaltungseinheiten, Gesellschaften (FB 41, 65, WBL) auf dem Rathausareal	V	Fertigstellung Bauteile I-III Aug. 2008 Bühnenturm Nov. 2008 Baubeginn April 2008 Fertigstellung Sept. 2009 Gen.-verfahren läuft Baubeginn Aug. 2008 Fertigstellung Herbst 2009 Grundsatz beschluss Juni 2008 Baubeginn Archiv nach Sommerpause 2009		Herr Lehmpfuhl (Ref. NSE)	61, 67, Ref. NSE, PAG	abhängig von Entwicklung Mathildenareal
5.6.3	Entwicklung der Blöcke in der Oberen Marktstraße	1	Möglichkeiten einer zukunftsorientierten Entwicklung und Aufwertung der Blöcke. Der östliche Block ist durch die Umgestaltung Lotter bis Mitte 2006 und dem Beschluss zur Eberhardstraße 1 mit Kunstverein und Museum vorerst abgeschlossen. Für den westlichen Block wurden den politischen Gremien drei Varianten vorgestellt, deren endgültige Entscheidung zurück gestellt wurde.	E P	2009		Herr Kurt (61)	23, 60, 65, Ref. NSE, Eigentümer	
5.6.4	Gestaltung von Häusern und Fassaden in privatem Eigentum	1	Förderprogramm aufgelegt. Gewinnung weiterer Eigentümer zur Nutzung des Programms durch entsprechende Kontaktaufnahme.	U	Kontinuierlich	Fipo: 2.3650.9880000 Ansatz: 150.000,- €	Frau Deimel (Ref. NSE)	61	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum
5.6.5	Gestaltung von Häusern und Fassaden in städtischem Eigentum	1	Im Rahmen der vorbereitenden Untersuchung zum neuen Sanierungsgebiet Innenstadt sollen die Fassaden an Immobilien in städtischem Eigentum überprüft und im Zusammenhang mit Sanierung Mathildenstraße/Rathausareal ggf. neu gestaltet werden. Entwicklung der Beleuchtungskonzeption in den Sanierungsgebieten Eberhardstraße, Kirchstraße, Asperger Straße, Mathildenstraße, Körnerstraße, Arsenalgärten, Passagenlösungen und Kirchenplatz	U	Kontinuierlich		Frau Barnert (65)	60, 61	zur Abstimmung mit AK Öffentlicher Raum

Strategisches Ziel 5.7

 Die charakteristische Barock-Struktur ist durch eine **angemessene Architektur- und Freiraumgestaltung** konsequent weiterentwickelt. Nicht anpassungsfähige Strukturen werden in

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio- rität 1-3	Arbeitsstand	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
5.7.1	Reithausplatz und Fassade Marstall sowie Öffnung Marstall-Center	3	Unmittelbare Verknüpfung mit der Entwicklung des Marstall-Centers. Seit Oktober 2007 liegt eine gemeinsam mit den großen, gewerblichen Eigentümervertretern und der Stadt beim Büro Blocher & Blocher beauftragten Machbarkeitsstudie vor. Ziel ist, die Eigentümer zu notwendigen Investitionen zu bewegen, da durch Tatenlosigkeit ein weiterer Trading-Down-Effekt zu befürchten ist. Es wurde eine Arbeitsgruppe mit einem Vertreter der Eigentümer und einem der Stadt gebildet. Die Eigentümer prüfen derzeit ein zielgerichtetes Vorgehen zur Verbesserung der Eigentümersituation.	P	1. Halbjahr 2010	nein	Herr Steinert (Ref. NSE) Herr Kurt (61)	65, 67, (32), private Investoren und Grundbesitzer	
5.7.2	Kirchstraße (Bereich nördlich der Lindenstraße) mit Reithausplatz (i.Z.m. Nr. 5.7.1)	2	Abhängig von Entwicklung des Reithausplatzes und Marstall-Centers, Kostenbeteiligung der Eigentümer des MC wird abgestimmt. Im städt. Haushalt 2006 ff. nicht vorgesehen.	R	Nicht vor 2009	nein	Herr Kurt (61)	60, 65, 67, (32), private Investoren, Haus- und Grundbesitzer	
5.7.3	Tunnel Schlossstraße	2	Prioritätenprüfung in Verbindung mit Stadtentwicklungskonzept. Machbarkeitsstudien für Varianten liegen vor.	P	3. Quartal 2009	Rücklage	Herr Reiter (61)	67,32, SUN	
5.7.4	Fortführung der Durchgangskonzeption	1	Umsetzung der Konzeption bei weiteren Innenstadtquartieren	U	Kontinuierlich	nein	Herr Kurt (61)	65, 23, SUN	
5.7.5	Durchgangskonzeption Seestraße / Rathaushof	1	Realisierung des Durchgangs im 2. Quartal 2009	E	Eröffnung im Mai 2009		Frau Beißwenger (23)	61, 65, 67, PAG	
5.7.6	Durchgangskonzeption Parkdeck Bahnhofstraße / Mylius- und Schillerstraße	1	Aufgrund der schwierigen Topographie muss die konkrete Lage des Durchgangs noch untersucht werden. Im Anschluss daran schließen sich ggf. Gespräche mit den erforderlichen Eigentümern an. Liegenschaftliche Sicherung von Grundstücken. PAG prüft, ob sie 3-4 Stellplätze zur Kompensation anbieten kann.	P	in 2009		Frau Beißwenger (23)	61, PAG	
5.7.7	Durchgangskonzeption Cluss-Garten	1	Realisierung abgeschlossen	E	in 2006		Frau Soltys (65)	61, 23	
5.7.8	Durchgangskonzeption Vinum	1	Planungsrechtl. und bautechnisch ist ein Durchgang vorgesehen. Der Rückbau der jetzigen Situation war vertraglich für 2006 vereinbart. Vorgespräche mit Eigentümer zur Durchsetzung der vertraglichen Vereinbarung auf Dezernentenebene haben stattgefunden. Einigung erfolgt.	P	in 2010		Herr Kurt (61)	23	

Legende:

Durchgestrichene Maßnahmennummern mit kursiver Schrift sind Maßnahmen, die erledigt sind.



6

Zusammenleben von Generationen und Nationen

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg
Leitsatz Die Stadt entwickelt sich familienfreundlich und generationengerecht weiter. Menschen und Institutionen sind durch Netzwerke verbunden. Die Menschen leben unabhängig von Herkunft, Weltanschauung, Religion, Nationalität, Alter oder Geschlecht in gleichberechtigter Teilhabe am Stadtgeschehen, in guter Nachbarschaft und sozialen Ausgewogenheit und in gegenseitigem Respekt.

6 Masterplan Zusammenleben von Generationen und Nationen Prozessverantwortlich Saliou Gueye (FB 17)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
-----	----------------------	---------------	--------------	--------	----------	----------	---------------------------------	----------------------------	--

Strategisches Ziel 6.1 Ein **Gesamtkonzept Integration für Generationen, Nationen und Kulturen** liegt vor und wird umgesetzt. Die Chancengleichheit von Frauen und Männern und die Berücksichtigung der

A	Kindergarten / frühe Bildung / Elternbildung								
6.1.1	Sprachförderung in Kindertagesstätten	1	Ab dem ersten Tag in der KiTa findet eine konsequente Sprachförderung statt. Ein umfangreiches Sprachförderkonzept wurde vom BSS beschlossen und wird ab 2009 umgesetzt.	V	2009		FB 48	erweiterte AG Sprachförderung (Mandy Schober)	
6.1.2	KiTa-Besuch von Migrantenkindern	2	Die Verwaltung macht einen Abgleich, wie viele Kinder mit Migrationshintergrund mit 3, 4 oder 5 Jahren in die KiTa's gehen.	U	seit 2007 laufend		FB 48	Integrationsbeirat	
6.1.3	Elterninformation in deutscher und Muttersprache	2	Durch einen Flyer werden die Eltern mit Migrationshintergrund über die Bedeutung des Kindergartenbesuches informiert und zwar in mehreren Sprachen. Gleichzeitig werden hier Ansprechpartnerinnen u. Ansprechpartner des Integrationsbeirates genannt, die den Bürgerinnen und Bürgern weiterhelfen. Diese Broschüre wurde bereits in der 3. Auflage herausgegeben, da sie sich einer großen Nachfrage erfreut.	E	2007 erschienen, laufend	Ja	Saliou Gueye (FB 17)	Integrationsbeirat	
6.1.4	Information über Sprach- und Integrationskurse	2	ISI (Information, Sprachkurse, Integration) ist die Anlaufstelle für Information zu Sprach- und Integrationskursen, die beim FB 17 angesiedelt war. Zugleich ist dies ein Netzwerk-Projekt mit verschiedenen Partnern (ABH, ARGE, LIGA, Sprachkursträger und FB 17). Durch das neue Migrationszentrum werden die Sozialberatungen ab Januar 2009 in der Schlossstrasse 7-9 angesiedelt sein. Der Informationsaustausch (Netzwerk) bleibt bestehen.	UE	laufend	nein	Saliou Gueye (FB 17)	AWO, Caritas, DRK, Diakonie, FB 33, ARGE, LRA	
6.1.5	Migranten werden zu Multiplikatoren	2	Engagierte Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sollen als Multiplikatoren ausgebildet werden, damit sie dann z. B. Elternabende zu Themen wie Erziehungskompetenz, Schullaufbahn, aber auch zu gesellschaftspolitischen Grundlagen halten können.	V	2008 / 2010	Ja	Saliou Gueye (FB 17)	Klaus-Peter Runzer (VHS), FB 48	
6.1.6	Modellprojekt Kinder- und Familienbildung in Tageseinrichtungen für Kinder	1,5	In dem Modellprojekt "KiFa" werden Kinderbetreuung und Familienbildung in einem ganzheitlichen Ansatz zusammengeführt. So kümmern sich Erzieherinnen um das gesamte Familiensystem und werden zu Familienbegleiterinnen. Zielgruppe sind bildungsferne, sozialschwache Familien. Schwerpunkte des Projekts liegen u. a. bei der Sprachförderung und dem Mehrgenerationenhaus. Das Programm findet Anwendung in folgenden Kitas: „Moldaustraße“, „Am Sonnenberg“, (Grünbühl/Sonnenberg), Marstallcenter (Innenstadt) und Kinderhaus Eden, Kindergarten Sonnenschein (Eglosheim).	U	laufend	Ja	FB 48	FB 48	
6.1.7	Frauenkurse für Migrantinnen	2	Die im Jahr 2007 statgefundenen Mütterkurse in Grünbühl, Innenstadt und Eglosheim waren sehr erfolgreich (ung. 100 Frauen haben daran teilgenommen. 2008 haben wir insgesamt 5 Kurse dezentral in den Stadtteilen durchgeführt. Die Mütterkurse sind auch im Jahr 2009 fester Bestandteil der Integrationsarbeit, es laufen derzeit drei Kurse.	U	laufend	ja, 5000 € ab 2009	Saliou Gueye (FB 17)	externe Fachkraft, BAMF	
6.1.8	Elternbildung	1	Auf Initiative des Integrationsbeirates wurde das Thema Elternbildung in Ludwigsburg mit einer neuen Konzeption erarbeitet. Ziel ist es, die Chancen von Kindern aus sozialbelasteten und bildungsfernen Familien sowie Familien mit Migrationshintergrund zu verbessern. Dafür wurde zusätzlich zu den bereits laufenden vielfältigen Maßnahmen für die Jahre 2008 bis 2011 ein lokales Förderprogramm aufgelegt. Das Förderprogramm wird mit 30.000 Euro/Jahr ausgestattet, für das Jahr 2009 stellen wir 10.000 Euro.	U	2008 - 2011	ja	FB 48 und FB 17	Integrationsbeirat, Migrantenfaktion	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
6.1.9	Aktivierung von Eltern mit Migrationshintergrund für die Tätigkeit als Elternbeirat		Mit Unterstützung des Integrationsbeirats soll die Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund an Elterbeiräten gefördert werden. Ein erstes Kooperationsprojekt mit der Uhlandschule (Hauptschule) ist für 2009 geplant.	V	2009	nein	Saliou Gueye (FB 17) und Stefan Kunze (FB 48)	Migrantenfraktion	
	Kongress zum Thema Integration und Elternbildung	3	In Kooperation mit KiFa wird das Konzept für den Kongress erarbeitet.	V	2010	Ja	Saliou Gueye / Angelika Pfeiffer	FB 48	
B	Schule Übergänge Schule Beruf								
6.1.10	Sprachförderung und Hausaufgabenhilfe	1,5	Die Sprachförderung und Hausaufgabenhilfe an den weiterführenden Schulen wird ausgebaut und besser mit der Arbeit der KiTa's vernetzt.	U	2009		FB 48	AG Sprachförderung (FB 48)	
6.1.11	Interkulturelle Schulung für pädagogische Fachkräfte	2	Eine interkulturelle Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte wird angeboten.	U + V	ab 2009	ja	FB 17 / 10		
6.1.12	Paten für Integration	2	Ein Patenprogramm fördert Kinder mit Migrationshintergrund schon während der Grundschulzeit, um ihre Bildungschancen zu erhöhen. Das Angebot hat sich bestens bewährt und wird weiter ausgebaut. Seit dem 3. Quartal 2008 gibt es das Patenprogramm auch als Modellprojekt im Rahmen der Sozialen Stadt Grünbühl-Sonnenberg.	U	seit 2006	nein	FB 17	Netzwerk Integration	
6.1.13	Patenmodell	2	Verschiedene, bereits bestehende Patenmodelle, bei denen Jugendliche Unterstützung im Bereich Berufswahl und Bewerbungen erhalten, werden vernetzt.	U	laufend		extern	Caritas, Karlshöhe, Diakonie	
6.1.14	Informationen zum Berufsleben	3	Im Rahmen einer Informationsveranstaltung wird frühzeitig und umfassend über Ausbildungsmöglichkeiten informiert, Kontakte geknüpft. Weitere Veranstaltungen sind geplant.	U	seit 2007, fortlaufend	ja	Saliou Gueye (FB 17)	Forum Jugend und Migration - Ludwigsburger Bündnis für jugendliche Migranten/innen	
6.1.15	Unterstützung bei Berufswahl und Bewerbung	2	Über ein LOS-Projekt erhielten mehrere Hauptschulabschlussklassen die Möglichkeit einer verstärkten Unterstützung zum Thema Berufswahl und Bewerbung. Eine interkulturelle Schulung war Bestandteil des Projekts.	E	Herbst 2007	nein	Externe	Büro für Integration und Migration	
6.1.16	Kampagne für Ausbildungsplätze für Migranten	2	Eine Kampagne soll Betriebe, die von MigrantInnen geführt werden, besser über die Möglichkeiten, Ausbildungsplätze zu schaffen, informieren - um so die lokale Wirtschaft in die Integrationspolitik direkt einzubeziehen. Am 15.12.2008 fand ein Gespräch zwischen Herrn Gueye und Frau Lechner (IHK LB) diesbezüglich statt. Es wird für die nächsten 3 Jahre eine intensivere Zusammenarbeit mit ABBA angestrebt.	V/U	2009	ja	Saliou Gueye (FB 17)	ABBA (ausländische Betriebe bilden aus), Referat NSE (WiFö) und IHK	
6.1.17	Erfolgreiche MigrantInnen als Vorbild für junge MigrantInnen	1,5	Beruflich erfolgreiche MigrantInnen sollen als Multiplikatoren Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein Vorbild sein. In verschiedenen Veranstaltungen geben sie Auskunft über ihren Bildungs- und Berufsweg, um somit den Jugendlichen eine neue Perspektive zu ermöglichen. Gekoppelt wird diese Veranstaltungsreihe eventuell mit der Informationsreihe zum Thema Berufswelt. Für das Jahr 2008 wurde ein Kooperationsprojekt (Biographienreihe) umgesetzt und im Jubiläumsjahr 2009 ist eine Broschüre mit dem Titel "Erfolgreiche Integration - Ludwigsburger Biographien" erschienen. Auf die Broschüre gibt es bisweilen äußerst positive Rückmeldungen. Über eine Verteilung in Ludwigsbruger Arztpraxen soll ein großer Personenkreis erreicht werden.	U	2009	ja	Saliou Gueye (FB 17)	Frauen für Frauen e. V., Forum Jugend und Migration - Ludwigsburger Bündnis für jugendliche Migranten/innen, LKZ	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
C	Dialog der Religionen und Kulturen								
6.1.18	Integrationsbeirat als Beteiligungsplattform	1	Er hat die Aufgabe, den Gemeinderat und die Stadtverwaltung in allen Fragen, die die Migrantinnen und Migranten betreffen, durch Anregungen, Empfehlungen und Stellungnahmen zu beraten. Die Geschäftsführung des Integrationsbeirats ist Aufgabe des Büros für Integration und Migration. Im großen Wahljahr 2009 wird auch der Integrationsbeirat neu gewählt, die Organisation der Wahlen und die Einführung der neuen Integrationsbeiratsmitglieder steht in diesem Jahr im Vordergrund.	U	laufend	ja	Saliou Gueye (FB 17)	Integrationsbeirat	
6.1.19	Planungsgruppe Dialog der Religionen	1	Die Arbeit der Arbeitsgruppe „Dialog der Religionen“ wird intensiviert, zusätzliche Veranstaltungen werden geplant, die Öffentlichkeitsarbeit verbessert. Der "Interreligiöse Kalender" wurde für das Jahr 2009 zum dritten Mal herausgebracht. Die Planungsgruppe hat neue Mitglieder zu verzeichnen, so wurde auch die Zusammenarbeit mit der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg intensiviert. Interkulturelle Veranstaltungen sollen ein fester Bestandteil des Ludwigsburger Kulturlebens werden. Der neue Flyer "Dialog der Religionen 2009" mit 13 Programmpunkten wurde herausgebracht.	U V	laufend	ja	Saliou Gueye (FB 17)	AG "Dialog der Religionen"	
6.1.20	Anwohnergörachskreis Solitudeallee	1	Der Anwohnergörachskreis (AWGK) sollte den Dialog der AnwohnerInnen mit der Islamischen Gemeinschaft (IGL) ermöglichen, Probleme im Umfeld des Gebetshauses ansprechen und nach gemeinsamen Lösungen suchen. Drei Görachskreise haben bereits stattgefunden, ohne großen Erfolg. Die IGL ist seit September 2008 in ihre neuen Räumlichkeiten eingezogen. Es sind weitere AWGK unter der Leitung von Pfarrer Schützler und unter Federführung der IGL geplant. Es bleibt abzuwarten, ob diese Form des Dialogs funktioniert.	U V	seit 2007 laufend	nein	Saliou Gueye + Volker Henning (FB 17), Pfarrer Schützler	AnwohnerInnen, IGL, Dr. Albert Sting	
6.1.21	Aufbau eines Migrationszentrums	3	Im Migrationszentrum (Beratungszentrum für MigrantInnen), evtl. mit zusätzlichen interkulturellen Angeboten, sollen u. a. alle migrationspezifischen Beratungsangebote in Ludwigsburg unter ein Dach gebracht und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dadurch wird ein Beitrag zur räumlichen Vernetzung der Aktivitäten im Bereich Integration geleistet. Der BSS hat am 02.07.2008 der Überlassung der Räume an das Migrationszentrum zugestimmt und gewährt einen jährlichen Mietkostenzuschuss. Seit Dezember 2008 ist das Migrationszentrum in Betrieb.	E	2008	Mietzuschuss, Raumüberlassung	Liga der freien Wohlfahrtsverbände (AWO, Caritas, Diakonie, DRK)	FB 17, Integrationsbeirat	
6.1.22	Interkulturelle Kompetenz vermitteln/nutzen	2	Die interkulturelle Qualifizierung der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung wird verbessert. Der Anteil von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung wird gesteigert. Bestandsaufnahme wird gerade durchgeführt. Erste Göräche mit FBLs und Führungskräften haben bereits stattgefunden. In naher Zukunft sollen Workshops mit MitarbeiterInnen der Verwaltung durchgeführt werden. Ein Artikel wurde diesbezüglich für die Mitarbeiterzeitung verfasst.	U	2008 / 2011	Ja	Saliou Gueye (FB 17), FB 10, FB 33	Externe Fachkraft	
6.1.23	Fest der Kulturen	2	Als Plattform zum Austausch zwischen den Kulturen. Soll weiter ausgebaut und verstetigt werden. Das Fest 2008 mit zwei neuen Elementen, Literaturnacht und einer Parade der Kulturen vom Bahnhof zum Marktplatz war ein Riesenerfolg! Im Rahmen des Stadtjubiläums 2009 war es noch attraktiver und ein weiterer großer Erfolg.	U/V	jährlich	ja	Caritas / FB 17	DRK, AWO, Diakonie, Migrantenvereine	

6 Masterplan Masterplan Zusammenleben von Generationen und Nationen
Prozessverantwortlich Saliou Gueye (FB 17)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
6.1.24	Interkulturelle Veranstaltungen	2,5	Veranstaltungen mit Künstlern mit Migrationshintergrund werden organisiert. Die ausländischen Kulturvereine intensivieren ihre Kontakte zu Kulturveranstaltern wie der Theaterwerkstatt, der Jugendmusikschule, der Kunstschule Labyrinth usw.. Kultureinrichtungen sollen für die Kultur der MigrantInnen (z.B. SAZ - Unterricht an der Jugendmusikschule) geöffnet werden. (Der erste Afrikatag unter dem Motto "Afrika hilft Afrika" war eine erfolgreiche entwicklungspolitische Begegnungsveranstaltung) In 2009 fand der 2.Afrikatag statt, es wurde eine Zunahme der Besucher verzeichnet und die Veranstaltung erhielt positive Resonanz sowohl in der Presse, als auch durch Privatpersonen. Es konnte ein Raum der Begegnung geschaffen werden. Das Thema interkultureller Austausch stand ebenfalls bei der Veranstaltung "Digitales Geschichten erzählen" im Vordergrund. Hier wurden verschiedene Migrationsbiographien vorgestellt.	V/U	laufend		Saliou Gueye (FB 17)	ausl. Vereine, Kultureinrichtungen	
6.1.25	Ehrenamtlicher Dolmetscherdienst	2	Die ehrenamtliche Tätigkeit engagierter MigrantInnen vermittelt auf sprachlicher und kultureller Ebene. Für das Jahr 2009 ist es gelungen, dieses Projekt zu verstetigen. Durch Kostenübernahme des FB 17 und Kostenbeteiligung der Kooperationspartner konnte es finanziell abgesichert werden. Die Ehrenamtlichen ihrerseits sind gleichzeitig bereit, ihre Aufwandsentschädigung zu reduzieren.	U	laufend	ja	Saliou Gueye (FB 17)	AK Migrantinnen	
6.1.26	Informationsveranstaltungen	2	Vortragsreihe zum Thema „Islam“ in Kooperation mit der VHS. Der Integrationsbeauftragte war 2008 als Referent oder Gast bei folgenden Veranstaltungen oder Einrichtungen: FDP, SPD, CDU, IHK, LRA, Stadt Mannheim, Stadt Kornwestheim, Seniorenbüro, Familienbildungsstätte, Polnischer Verein, alev. Kulturverein, etc. 2009 fanden weitere Themenabende statt.	E	ff	ja	Saliou Gueye (FB 17)	Evangelische Hochschule: Frau Dr. Baur; Frau Dr. Bürkert-Engel, VHS	
6.1.27	Der interkulturelle Wegweiser	2	Der interkulturelle Wegweiser der Stadt Ludwigsburg wurde neu aufgelegt. Er informiert über verschiedene Institutionen, Migrantenvereine, Anlaufstellen und Beratungsangebote, die es in Ludwigsburg besonders im Rahmen der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gibt.	E			Saliou Gueye (FB 17)		
6.1.28	Indikatorenkatalog für Integration		Um die Effektivität der lokalen Integrationspolitik und einen wirkungsvollen Ressourceneinsatz zu gewährleisten, sollen die Integrationsmaßnahmen dokumentiert, evaluiert und ggf. optimiert werden.	V	2009		Saliou Gueye (FB 17)	FB 48, FB 33, Referat NSE (Wifö), FH, LRA, ARGE	
D	Wohnen im Quartier								
6.1.29	Stadtteilaktivitäten	2	Vorhandene Stadtteilaktivitäten werden um interkulturelle Aspekte erweitert.	VU	2009		Saliou Gueye (FB 17)	Migrantenvereine, FB 41, 48, 60	
6.1.30	Wohnungsvergabe	2	Integrationsgesichtspunkte werden bei der Wohnungsvergabe berücksichtigt.	U	seit 2007		Wohnungsbau Ludwigsburg	Saliou Gueye (FB 17)	
6.1.31	Vermittler zwischen den Kulturen	2	Der Integrationsbeirat wirkt bei der Lösung von Konflikten zwischen Einheimischen und Migranten als Moderator/Vermittler mit.	U	ff		Saliou Gueye (FB 17)	Integrationsbeirat u. Migrantenfraktion	
6.1.32	Mütterkurse in Grünbühl	2	(siehe 6.1.7, Seite 1)	U	laufend	ja	Saliou Gueye (FB 17)	LUTEV e.V. (türkischer Elternverein)	
6.1.33	Integrationsprojekte innerhalb des Programms "Soziale Stadt"	1	Mit den Projekten der Sozialen Stadt in Eglosheim und Grünbühl hat die Stadt die Chance, in den beiden Stadtteilen schnell und zielgerichtet entsprechende Projekte zu initiieren und umzusetzen.	U	laufend	nein	Referat Nachhaltige Stadtentwicklung	Saliou Gueye (FB 17)	
6.1.34	Interkulturelles Angebot der Stadtbibliothek	2	Öffentliche Bibliotheken orientieren sich an den Bedürfnissen ihrer Kunden mit Angeboten für Sprache, Bildung, Freizeit, Beruf, etc.. Sie sprechen Menschen aus allen Altersgruppen, sozialen Schichten und Kulturen an. Wer eine der Stadtteilbibliotheken oder die Stadtbibliothek in der Innenstadt besucht, kann sehen: MigrantInnen sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gehören mit einem relativ hohen Anteil zur Stammkundschaft.	U	laufend		FB 48/StB	Saliou Gueye (FB 17)	

6 **Masterplan Masterplan Zusammenleben von Generationen und Nationen**
Prozessverantwortlich Saliou Gueye (FB 17)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
6.1.35	Förderung von Aktivitäten der Migrantenvereine		Es liegt im gesellschaftlichen und im öffentlichen Interesse, dass in Ludwigsburg mehr Möglichkeiten der Begegnung und des Kennenlernens zwischen der ausländischen und deutschen Bevölkerung geschaffen werden. Hierbei übernehmen die Migrantenvereine eine Schlüsselrolle und werden deshalb von der Stadt gefördert. Im Februar 2009 ist ein Workshop zum Thema "Migrantenselbstorganisation" und eine Infoveranstaltung zu den Integrationsbeirats-Wahlen geplant. Zu diesen beiden Veranstaltungen werden alle Migrantenvereine eingeladen.	U	laufend	Ja	Saliou Gueye (FB 17)	Migrantenvereine	
6.1.36	Integration durch Sport	1,5	In Kooperation mit dem Stadtverband für Sport sollen ab 2009 Maßnahmen der Integration durch Sport realisiert werden. Bereits im Jahr 2008 wurde eine Kinderfreizeit des SKV Eglosheim unterstützt, die es insbesondere Kindern mit Migrationshintergrund ermöglichen sollte, Kontakte zu anderen Kindern im Gemeinwesen aufzubauen. Erste Gespräche mit dem Vorsitzenden des TSV Grünbühl, Herrn Kriegisch, und dem Integrationsbeirat haben bereits stattgefunden. Interkulturelle Schulungen für die Trainer und ein Verbundprojekt mit Sportverband Ludwigsburg, TSV Grünbühl, TV Pflugfelden und der Stadt Ludwigsburg	V	2009	Nein	Saliou Gueye (FB 17)	Integrationsbeirat, Stadtverband für Sport	
E	Öffentlichkeitsarbeit								
6.1.37	Internetportal Integration	2	Die Internetpräsentation des Integrationsbeirats bzw. des Themas Integration und Migration bei der Stadtverwaltung wurde verbessert.	U	seit Juli 2007-laufend	nein	Saliou Gueye (FB 17)	Integrationsbeirat	
6.1.38	Interkultureller Veranstaltungskalender	3	Es wird ein gemeinsamer Veranstaltungskalender entwickelt, Vereine zur Teilnahme aufgerufen, zuständige Stellen und Ansprechpartner benannt.	V	2009	nein	Saliou Gueye (FB 17)		
6.1.39	Publikationen	3	Ein Falblatt Integrationsbeirat wurde erstellt. Zusätzlich wurden die Flyer „Kindergarten macht fit für die Schule“, Jahresprogramm „Dialog der Religionen“ und ISI erstellt. Die 2. Auflage des interkulturellen Wegweisers ist erschienen. Verschiedene Projekte erschienen in der Öffentlichkeit mit Publikationen, z. B. die "Kochbroschüre" des Ehrenamtlichen Dolmetscherdienstes. Die Broschüre "Erfolgreiche Miganten/innen" wurde im Jahr 2009 veröffentlicht, desweiteren ist im Jahr 2009 ein Informationsflyer des Ehrenamtlichen Dolmetscherdienstes	U	laufend	ja	Saliou Gueye (FB 17)	Integrationsbeirat	
6.1.40	Pressearbeit	1	Eine professionelle und interkulturell orientierte Pressearbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Integrationsarbeit. Deshalb wird der unmittelbare Kontakt zur Presse und zu den Medien gepflegt.	U	laufend	nein	FB 17	Büro OBM	
F	Integrationsdialog								
6.1.41	Integrationsdialog	1	Die Stadt Ludwigsburg sieht eine dringende Notwendigkeit darin, dem Thema Integration eine Diskussionsplattform zu bieten. Mit einer vielfältigen Veranstaltungsreihe soll das Verständnis zum Thema Integration zwischen den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt gefördert werden. Gespräche und Diskussionen über kulturelle, politische oder religiöse Belange und andere Veranstaltungen stehen stets im Zeichen des Abbaus von Barrieren und begünstigen somit die Vertrauensbildung. Eine AG wurde diesbezüglich im IB gegründet. Seither fanden erste Expertengespräche statt und im Austausch wurde beschlossen, sich von der Begrifflichkeit Integration zu lösen und nun den Diversity-Aspekten mehr Raum zum geben. Im Oktober 2009 wird eine Auftaktveranstaltung eine Diskussionsreihe zum Thema in Ludwigsburg einleiten.	V	2009	nein	Saliou Gueye (FB 17)	Integrationsbeirat, Migrantenfraktion	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
Strategisches Ziel 6.2 Internationale sowie interkulturelle Bildungs- und Betreuungsangebote stehen bereit.									
6.2.1			siehe Untertitel A und B						
Strategisches Ziel 6.3 Es sind dezentral Stätten der Begegnung und des Miteinanderlebens von Generationen und Nationen eingerichtet, wie Mehrgenerationenhäuser oder Kinder- und Familienzentren.									
			siehe Maßnahme 6.1.19						
Strategisches Ziel 6.4 Sozial Benachteiligte werden gefördert.									
			Wird in allen Kapiteln punktuell umgesetzt.						
Strategisches Ziel 6.5 Das Ehrenamt für Migranten und von Migranten wird systematisch gefördert. Dabei wird ihre besondere Lebenslage berücksichtigt.									
			siehe Kapitel B (6.1.12, 6.1.13, 6.1.15)						
Strategisches Ziel 6.6 Das Netzwerk Integration / Ludwigsburg - Partner der Welt ist installiert und funktioniert.									
			Ein Netzwerk Integration besteht bereits und soll ausgebaut werden.						
Strategisches Ziel 6.7 Begegnung zwischen Migranten und Deutschen werden gefördert. Besondere Möglichkeiten und Angebote für Senioreninnen und Senioren sind geschaffen.									
			Wird teilweise unter Kapitel C erfüllt.						
Strategisches Ziel 6.8 Interkulturelle Angebote machen es leichter, voneinander zu lernen und stärken die Gemeinsamkeiten in einer vielfältigen Bürgerschaft.									
			siehe Kapitel C						



7 Grün in der Stadt

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg
Leitsatz Das durchgängige Grün in der Stadt verbindet Ludwigsburg mit dem Neckar, der grünen Nachbarschaft und der Region. Es bietet Aufenthalts- und Lebensqualität und wertet das Stadtklima auf.

7 Masterplan Masterplan Grün in der Stadt Prozessverantwortlich Gerhard Kohler (FB 67)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Stat- us	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						

Strategisches Ziel 7.1 Der Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan und Grünleitplan ist das zentrale Element für die „Grüne Zukunft“ Ludwigsburgs. Dieses wird ergänzt durch einen Spielplatz-									
7.1.1	Grünleitplan	1	Vorstellung des überarbeiteten Entwurfs im Umweltbeirat , 08.04.2009. Abstimmung mit Landwirtschaft und Umweltverbände Herbst 2009 , Vorstellung in den Gremien Anfang 2010, Arbeitsstand Ludwigsburger Neckar, siehe 7.3.3	U	1. Quartal 2010	2.6110.9500.000 - 0007	Schilling (67)	Schlecht(67)	Ökokonto
7.1.2	Spielplatz-Entwicklungsplan	3	Überarbeitung von bestehendem Plan von 1985	V	Ende 2010	2.5800.9540.000 -0002	Schilling (67)	Grieshaber, Reyser (67); FB 48, extern	Themenfeld 1 , Attraktives Wohnen, Ziel 3
7.1.3									

Strategisches Ziel 7.2 Die Verwaltung fördert und stärkt das bürgerschaftliche Engagement. Das „Grüne Forum“ bündelt bürgerschaftliches Interesse und Engagement für Natur und Umwelt.									
7.2.1	Förderung bürgerschaftliches Engagement	1	Vereinbarung von neuen Patenschaften wird angestrebt. Die Entwicklung der Patenschaften soll über den Indikator 7-2 Nr.1 "Anzahl der Patenschaften" verdeutlicht werden. Patenschaften für Grünflächen: 48 (Zunahme im Grünzug Pflugfelden von 24 auf 40 Patenschaften), für Bäume: 11, für Kinderspielplätze: 5. Im Rahmen der Teilnahme am Bundeswettbewerb "Unsere Stadt blüht auf - Entente Florale" wurden am 03.05.2009 alle Paten zur Pflanzung eines Patenschaftsbaumes auf der Bärenwiese eingeladen und dadurch deren Engagement anerkannt und geehrt.	U			Schilling (67)	Grieshaber (67)	Masterplan Bürgerschaftliche Projekte
7.2.2	Forum Grün	2	Unterstützung von FB 67 zugesagt, bisher von grünem Forum noch nicht in Anspruch genommen worden.	R			Schilling (67)		Masterplan Bürgerschaftliche Projekte
7.2.3	B 27 wird zur Allee	3	Bisher mehrere Informationsgespräche mit der Projektgruppe. Vorschläge der Projektgruppe wurden vorgestellt. Weitere Behandlung des Themas ist in Verknüpfung mit dem Themenfeld Mobilität zu sehen.	R	langfristig		Schilling (67)	Wenger (67)	Verkehrsentwicklungsplan, Alleenrahmenplan, Themenfeld Mobilität

Strategisches Ziel 7.3 Es gibt mehr „Grün in der Stadt“. Die bestehenden Grünflächen werden erhalten, ausgeweitet, aufgewertet und vernetzt. „Weiße“ Flächen werden zeitweise genutzt. Haus-, Dach-,									
7.3.1	Alleenrahmenplan	2	Kurzfassung ist fertiggestellt und wurde im Nov. 2008 im BTU vorgestellt. Langfassung wird bis Herbst 2009 überarbeitet.	U	4. Quartal 2009	2.6300.9540.000-0002	Schilling (67)	Wenger (67)	
7.3.1.1	Königsallee		Sanierung Baumbestand, Straßenraum, Leitungen Abschnitt Friedrichstraße- Robert- Franck- Allee.	E	Fertigstellung Herbst 2008	2.6300.9540.000-0005	Wenger (67)		
7.3.1.2	Grüne Bettlade	2	Sanierung Grüne Bettlade als herausragendes Denkmal der Kartenkunst des Barock u. Rokoko mit den Funktionen hochwertige Aufenthaltsfläche und Campus evangelische Fachhochschule. Zukünftige Verkehrsführung über Paulusweg und nordwestliche Ecke Grüne Bettlade mit dem Ziel einer verkehrsfreien Aufenthaltsfläche im Zentrum der Grünen Bettlade.	V	mittelfristig	2.6300.9540.000-0002	Schilling (67)	Wenger (67)	
7.3.2	Historische Gärten								
7.3.2.1	Sanierung Ratskellergarten		Herstellung des Durchgangs von der Fußgängerzone Seestraße zum Rathaushof durch den Ratskellergarten.	E	2. Quartal 2009	2.8420.9540-000	Wenger (67)		
7.3.2.1	Sanierung Ratskellergarten	1	Sanierung des denkmalgeschützten Ratskellergartens als innerstädtische Grünfläche und Biergarten	R	mittelfristig	2.8420.9540-000	Schilling (67)	Wenger (67)	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
7.3.3	Grünzug Ludwigsburger Neckar								
7.3.3.1	Neckarseitenarm Zugwiesen	1	Sachstandbericht BTU 13.12.2007, Planfeststellungsbeschluss Juni 2008, die Aufhebung des Wasserschutzgebietes ist beantragt. Auf Grund von Uferunterhaltungsmaßnahmen des WSA im Projektgebiet mit großflächigem Dammbau ist eine Planänderung notwendig. Dadurch verzögern sich die Ausführungsplanungen und der Baubeginn. Baubeschluss Juli 2009, Grundsteinlegung für Beobachtungsplattform Juli 2009, symbolischer Baggerbiss Sept. 09, Baubeginn Ende 2009/Anfang 2010.	U	Fertigstellung 2011		Schilling (67)	Schlecht (67)	
7.3.3.2	Anlage von Still- und Laichgewässer Uferwiesen Hoheneck	1	Bauarbeiten laufen seit Feb. 2009, Fertigstellung der Baumaßnahme mit den Pflanzarbeiten im Herbst 2009.	U	Fertigstellung 2009	2.6110.9550.000-0002	Wenger (67)	Schlecht (67)	
7.3.3.3	Grünanlage Hungerberg		Die Grünanlage Hungerberg wurde im April 2007 fertiggestellt.	E			Schilling (67)	Wenger (67)	
7.3.3.3	Grünanlage Hungerberg	1	Für die Grünanlage Hungerberg sind Patenschaften zur Biotop und Spielplatzpflege mit der Grundschule Hoheneck vorgesehen.	V	2009		Schilling (67)	Wenger (67)	
7.3.4	Baumpflanzungen im Stadtgebiet	1	Im Frühjahr 2009 wurden 220 Bäume gepflanzt (hauptsächlich Nachpflanzungen abgestorbener Bäume).	U/V			Grieshaber (67)		Luftreinhalteplan
7.3.5	Teilnahme am Bundeswettbewerb "Unsere Stadt blüht auf"	1	Teilnahme läuft. Bereisung der Stadt durch die Bewertungskommission am 06.07.09	U	2009	2.5800 9540.000-0004 u. Verw. HH FB 67	Schilling (67)	Wenger (67)	SEK, Stadtjubiläum 2009
7.3.6	Landschaftspflegeprogramm Streuobstgebiet Hörnle/Hoheneck	1	Verbuschte Streuobstwiesen in Hanglage im Landschaftsschutzgebiet, überwiegend in Privatbesitz, sollen durch die Zusammenarbeit von Privatleuten, Stadt und Umweltverbänden wieder hergestellt und dauerhaft unterhalten werden. Eigentümer und Bewirtschafter wurden angeschrieben. Erste Pflegeaktion Ende Februar 08 und Sommer 08 (Sommerschnittkurs mit Fachwarten des Kreises) sind erfolgt. Pachtvereinbarungen mit Eigentümern von verbuschten Grundstücken wurden abgeschlossen und weitere Flächen im Winter 2009 entbuscht.	U	fortlaufende Maßnahme		Schilling (67)	Schlecht (67)	
7.3.7	Ackerwildkrautprojekt	1	Stillgelegte und aus der Produktion genommene Äcker in Hoheneck wurden in Zusammenarbeit mit Landwirten mit Ackerwildkräutern angesät. Die Flächen werten optisch durch bunte Blühaspekte das Landschaftsbild auf und sichern gleichzeitig eine ökologisch wertvolle Ackerwildkrautflora. Im Rahmen der Grünen Nachbarschaft wurde das Projekt den Nachbarkommunen vorgestellt und an sämtliche landwirtschaftliche Obmänner in der Grünen Nachbarschaft Informationen verschickt, um somit das Projekt auf weitere Gebiete auszudehnen. Zusätzliche Flächen wurden von Landwirt aus Poppenweiler in Aussicht gestellt.	U	fortlaufende Maßnahme		Schlecht (67)	Heusel-Voraus (Geschäftsstelle Grüne Nachbarschaft)	
7.3.8	Gewässerentwicklung Eglosheim, Optimierung der Quellzuflüsse Monrepos	2	Auf der Grundlage des bereits für Eglosheim erstellten Gewässerentwicklungsplans soll gutachtlich geprüft werden, welche Möglichkeiten bestehen, Quellen als natürliche Zuflüsse für den Monreposee zu aktivieren bzw. zu optimieren. Bereits umgesetzt wird die von der Stadt unterstützte Belüftung des Sees sowie die von der Stadt finanzierte Sanierung der Altschleusenleitung.	P, U	langfristig		Schilling (67)	Schlecht (67)	
7.3.9	Broschüre Ludwigsburg "natürlich"	2	Unter diesem Titel werden zu bedeutenden "Grünprojekten" Broschüren erstellt, um die durchgeführten Maßnahmen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Veröffentlicht sind bisher zum Ackerwildkrautprojekt das Heft "Wiedersehen mit alten Freunden" und zur Grünanlage Hungerberg das Heft "Das grüne Wunder vom Hungerberg" Vorgesehen sind weitere Ausgaben zu den Projekten Streuobstgebiet Hörnle, Grünzug Ludwigsburger Neckar sowie Grünleitplan	U			Schilling (67)	Schlecht (67) Wenger (67) Heusel-Voraus (67)	
7.3.10	Umgestaltung Synagogenplatz	2	Umgestaltung des Synagogenplatzes zu einem begrünten, innerstädtischen Platz mit hoher Aufenthaltsqualität und deutlich ablesbarer geschichtlicher Bedeutung.	V	mittelfristig		(61), Schilling(67)	Wenger (67)	

7

Masterplan Masterplan G r ü n in der Stadt
 Prozessverantwortlich Gerhard Kohler (FB 67)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
-----	----------------------	------------------	--	--------	----------	----------	------------------------------------	-------------------------------	---

Strategisches Ziel 7.4 Offene, begrünte Innenhöfe beleben die Innenstadt.									
7.4.1	Versteckte Oasen in der Stadt - Ludwigsburger Innenhöfe	2	Öffnung der Innenhöfe zur Erweiterung der Grünräume in der Stadt	V	mittelfristig		67 60/61		
7.4.2	Akademiehof	1	Auf der Oberfläche der neuen Akademiegarage sollen Verbindungswege für die Fußgänger vom Rathausplatz zum Forum und zwischen Film- und Theaterakademie angelegt werden. Ebenso soll auf dem Platz eine urbane Aufenthaltsqualität geschaffen werden. Daneben kann der Platz auch für Außenvorstellungen der Theaterakademie genutzt werden. Die Fertigstellung ist für Oktober 2009 vorgesehen.	U	Herbst 2009		Leban (PAG)	61/67	



8 Mobilität

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg
Leitsatz In Ludwigsburg wird die Mobilität der Bürgerschaft umwelt- und sozialverträglich sichergestellt. Gezielte Baumaßnahmen und bessere Information helfen, die Verkehrsanlagen wirtschaftlich zu nutzen, die Kooperation der Verkehrsträger zu stärken und die Verkehrsströme stadtverträglich zu lenken.

8 Masterplan Gesamtverkehrsplan (GVP) / Mobilitätskonzept für Ludwigsburg Verantwortlich Julius Mihm (FB 61)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht									
Strategisches Ziel 8.1 Zentrum und Stadtteile sind gut erreichbar. Dabei wird der Nachteil der Stadtstruktur – die Verkehrsachsen verlaufen von Nord nach Süd, Siedlungsschwerpunkt aber von Ost nach West –									
8.1.1	Projekt Verkehrsentslastung Eglosheim	1	<p>Untersuchungen haben gezeigt, dass ein 4-spuriger Tunnel unter der Frankfurter Straße Eglosheim zwar wirksam vom Autoverkehr entlasten kann, jedoch ca. 100 Mio. € kosten dürfte. Hierzu hat die Stadt alle verkehrswirksamen Alternativen untersucht, die in einer Matrix gegenüber gestellt und bewertet wurden.</p> <p>Die Realisierbarkeit des Autobahnanschlusses "Ludwigsburg Mitte", als Alternative zum Tunnel Frankfurter Straße (T4B2) wird mit Nachdruck weiter ermittelt. Dazu sind in 2007 Gespräche mit dem Land, RP, VRS, den IKARUS-Kommunen Freiberg, Bietigheim-Bissingen, Tamm, Asperg, Markgröningen und Möglingen sowie mit Vertretern der Fraktionen von Asperg und LB erfolgt. Das Verkehrsmodell der Region Stuttgart, von Dr.Vallée dem BTU vorgestellt, bestätigt die Wirksamkeit der Variante A10B4. Eine Machbarkeitsuntersuchung des Ingenieurbüros Rauschmaier weist eine mögliche Umsetzung nach.</p> <p>Der BTU beauftragte am 16.Mai 07 die Verwaltung die Gespräche mit Bund und Land intensiv weiter zu führen, um die Realisierungsmöglichkeit der Trassenvariante A10B4 festzustellen. Staatssekretär Köberle (IM) sowie MP Öttinger signalisieren eine positive Begleitung des Projektes "Anschluss LB-Mitte". Gemeinsames Ziel ist es, die Planung für eine Aufnahme in den nächsten Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015 weiterzuführen.</p> <p>Nächste Schritte: Gespräch DI, DIII, und beteiligte FB mit Vertretern der Landes- und Bundesstraßenbauverwaltung (BMVBS) am 20.2.08 erfolgt mit dem Ziel, die gesamte Maßnahme "Umfahrung Eglosheim" als Bundesfernstraßen-Maßnahme in den nächsten Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen. Präsentation und Erörterung bei Staatssekretärin Roth in Berlin am 6.6.2008 durch OBM mit MdL Schmiedel und Referatsleiter F 22 BMVBS. Weitere Gespräche auf Arbeitsebene mit dem RP Stuttgart laufen, insbesondere über die Auswirkungen auf den regionalen Verkehr.</p> <p>Zur Unterstützung der politischen und fachlichen Diskussion wurde eine Zusammenfassung des Planungsprozesses in einer Broschüre dem GR vorgelegt (IV 2008).</p>	U	Ergebnisse Machbarkeit und Kosten liegen vor. Realisierungschancen 2007 geklärt. Informationskampagne 2008 (Anschauliche Zusammenfassung der Ergebnisse) Vorbereitung für BVWP 2015		Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	Extern: Varianten zur Entlastung Eglosheim Anträge 566/07, 596/07 und 598/07, Lärmschutz BAB Antrag 276/08. Die ursprünglich Tunnelrücklage wurde in eine Mobilitätsrücklage umbenannt, aus der auch andere Straßenbau- oder Mobilitätsprojekte finanziert werden können. Vorlage 532/06, 580/06, 667/06, 503/07	
8.1.2	Masterplan Straßenneubauprojekte - Südrandspange - Eisenbahnstraße - Westrandstraße - Strombergstraße - Ostrandspange	3	<p>Auf der Ebene der Gesamtstadt müssen alle Straßenbau-Neubauprojekte auf Verkehrswirksamkeit untersucht und bewertet werden. Sinnvolle Projekte müssen in einem Zusammenhang mit den gesamtstädtischen Finanzen gestellt werden. Über eine Priorisierung soll ein "Masterplan Straßenneubauprojekte" entwickelt werden. Erste Untersuchungsergebnisse liegen vor. Gesamtbewertung erst möglich, wenn entschieden ist, welche Variante für die Entlastung Eglosheim weiterverfolgt werden soll.</p>	V	Weiterbearbeitung 2009ff		Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	Extern: Alle Nachbarkommunen (IKARUS), RP, Land und Bund. Intern: 61, 67, SEK	Finanzierbarkeit vorerst ungeklärt, Konkurrenz zu anderen wichtigen Investitionsprojekten wie Bildung und Betreuung

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
8.1.3	Projekt Machbarkeit Stadtbahn prüfen	1	Region und Landkreis haben mit Beteiligung der betroffenen Gemeinden die notwendige Machbarkeitsstudie im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung beim Büro Switch Consult in Auftrag gegeben. Über die zusätzlichen Planungskosten zur Klärung der Machbarkeit der von den Grünen beantragten Stadtbahnlinie nach Ludwigsburg-Nord (Vorl. 550/05) wurde noch nicht beraten. Die öffentliche Vorstellung der Studie beim Landkreis erfolgte 9.06.2008. Beratung in LB BTU 3.07.2008 und GR am 23.7.2008.	V	Gesamtergebnis liegt vor: Ergänzende Studien notwendig. 2010		Landkreis Ludwigsburg und Helmut-Mario Reiter (FB 61)	Extern: Verband Region Stuttgart; Gemeinden Markgröningen, Möglingen, Remseck Intern: 61, 67, ÖPNV	Verkehrsverlagerung Bus / Straße - Schiene, Konkurrenz LB-Nord - Innenstadt; Vorlage 325/08
8.1.4	Projekt Busnetzoptimierungen prüfen (Teilmasterplan ÖPNV)	2	Technische Machbarkeit, Kosten und erkennbare Auswirkungen von Vorschlägen werden zur Zeit von Verwaltung und Busunternehmen geklärt: - Neuer Wartehaustyp wird schon aufgestellt. Vereinbarung mit Werbeunternehmen für ein Austauschprogramm in Arbeit. - Kostenübernahme Taktverdichtung auf der Buslinie 424 (ZOB - LB-Nord) gescheitert. Inzwischen nur Sicherung der Buslinie. - Taktverdichtung auf der Buslinie 533 (Markgröningen - LB - Pattonville - RE) realisiert. - Gesamtoptimierung Busnetz (u.a. Busbeschleunigung über Betriebsleitsystem)	U	Beratung in den Gremien erfolgt.		Planung: Helmut-Mario Reiter (FB 61); Thomas Albecht (ÖPNV); Bau: FB 67	Extern: Landkreis, VVS, RBS, LVL	Verkehrsverlagerung Bus / Straße - Schiene, Konkurrenz LB-Nord - Innenstadt
8.1.5	Projekt Fußgänger- und Radfahretnetze ergänzen (Teilmasterplan Radverkehr)	1	Der Entwurf eines Maßnahmenplans zur Förderung des Radverkehrs auf Basis des beschlossenen Radwegezielnetzes wurde beschlossen. Der Maßnahmenplan beinhaltet folgende Teile: Teil A: Radnetzlücken schließen Teil B: Örtliche Verbesserungsmaßnahmen und Mängelbeseitigung Teil C: Beschilderung und Leitsysteme Teil D: Abstellanlagen Teil E: Marketingmaßnahmen Aus diesem Maßnahmenplan wurde eine Prioritätenliste der einzelnen Maßnahmen und Teilkonzepte, die seit 2007 konsequent umgesetzt werden, als verwaltungsinterne, jährlich fortzuschreibende Prüf- und Arbeitsliste beschlossen. Diese Maßnahmen werden schrittweise im Rahmen von BTU-Beschlüssen und laufendem Geschäft umgesetzt. Für das Fußwegezielnetz soll ebenfalls ein Maßnahmenplan, besonders im Hinblick auf eine barrierefreie Stadtgestaltung erarbeitet werden. Wegweisung z.Zt. über Tourismusprogramm (Zuschuß 180.000,- €) in Umsetzung. Radparkhaus Westportal in Ausführungsplanung. Verhandlungen mit potentiellm Betreiber laufen.	U	Wegweisung und bauliche Umsetzung Radnetzschlüsse laufend	180.000,-	Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	Extern: ADFC, VCD, Selbstbestimmt Mobil, Stadtseniorenrat Intern: 61, 67, 32	Anfrage/Antwort 183/08; Solitudeallee Antrag 646/02; Vorlage 250/03, 669/06, 702/06, 631/07
8.1.6	Programm "Über-Stock-und-Stein" (Überprüfung der Radachsen und Hauptradwege hinsichtlich baulicher Qualität)	1	Die bauliche Qualität (Oberflächenbelag, Bordsteine, Übergänge, Führung) der Radachsen und Hauptradwege soll vor Ort aufgenommen und Mängel festgestellt werden. Zur Behebung der Mängel liegt eine fortzuschreibende Maßnahmenliste vor; die zeitliche Umsetzung muss festgelegt werden (siehe 8.1.5). Projektgruppe Radverkehr und Radverkehrsbeauftragte dazu eingesetzt. Zwei Radtouren (süd- und nordwestliche Stadt) mit BM Schmid im März und Juli 2009 durchgeführt. Sofortmaßnahmen bereits umgesetzt.	V	Ab 2007	Haushaltsstelle Radwege	Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	32 Jutta Kernstock (ÖPNV, Radverkehrsbeauftragte) Gerhard Ressler (FB 61) Oskar Frühwirth (FB 67) Fahrrad-Initiative Vorsitzender Andreas Stier	
8.1.7	Kreisverkehrsprogramm	2	Das Kreisverkehrsprogramm mit Prioritätenliste hat der BTU am 18.02.2009 beschlossen.	U	Ab 2009 laufend		Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	61, 67, 32	Vorlage 566/08

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
-----	----------------------	---------------	--------------	--------	----------	----------	---------------------------------	----------------------------	--

In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht

Strategisches Ziel 8.2 Fußgänger erleben die Stadt neu, weil Brüche zwischen touristischen Zielen, attraktiven Zonen und der Innenstadt gemildert oder beseitigt sind. Zäsuren wie auf der Bundesstraße 27

8.2.1	Machbarkeitsuntersuchungen: 1. Tieferlegung der B27 zwischen Schloss und Innenstadt und Schloss und Favoritepark	2	Vom Büro BS-Ingenieure wurde zum "Schlostunnel" verschiedene Dimensionierungen und Führung der Tunnelröhren aufgezeichnet und bewertet. Dabei wurde als weitestgehendes Konzept erarbeitet, zwischen Schloss und Stadt nur noch den örtlichen Erschließungsverkehr abwickeln zu müssen. Im BTU im Juli 2007 nicht-öffentlich vorgestellt. Unterlagen wurden den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Eine politische Diskussion hat noch nicht stattgefunden. Die Anregungen der Bürgergruppe "B27 wird zur Allee" wurde verwaltungsintern geprüft. Anschließend fand ein Gespräch mit der Bürgergruppe bei DIII statt, bei dem auch die Einschätzung der Stadtverwaltung eingeflossen ist. Thema fließt in Masterplan Straßenneubauprojekte (siehe 8.1.2) und in den STEP Innenstadt ein. Vorstellung des Projektes erfolgte im Rahmen der Berichterstattung zum Stand "BAB-Anschluss LB-Mitte" und "Nord-Ost-Ring" am 27.2.2008 im Gemeinderat. Das Projekt wurde für das GVFG-Programm vorangemeldet, die Zuschussfähigkeit angefragt. Das "Städtebauliche Leitbild" zur Oberflächengestaltung von Herrn Professor Möhrle liegt vor. Zur Vorbereitung der Umsetzung der Gesamtmaßnahme soll die Oberflächenplanung als Landesgartenschauplanung weiterentwickelt werden.	U	Ergebnisse liegen vor		Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)	Extern: Bürgergruppe "B27 wird zur Allee", Land BW Intern: Blüba	Vorlage 667/06, STEP Innenstadt
	2. Waiblinger Str. (Ostrandspange)	3	Die Wirksamkeit einer Ostrandspange zur Entlastung der Friedrichstraße konnte nachgewiesen werden. Die Waiblinger Str. ist zur Erschließung der ehem. Flakkaserne nicht notwendig, bündelt aber den Ziel- und Quellverkehr der östlichen Stadtgebiete erheblich und entlastet die Ortsdurchfahrt Oßweil. Die Waiblinger Str. zwischen Friedrich- und Schorndorfer Straße wird im FNP gesichert; über ihren Bau nach der Bebauung der ehem. Flakkaserne entschieden. Weitere Entscheidungen über die bisher geplante Ostumfahrung Oßweil und eine Verlängerung der Waiblinger Str. als Ostrandspange sollen auf Ebene des FNP erfolgen.	R	2008		Julius Mihm (FB 61); Gerhard Kohler (FB 67)		Vorlagen 121/05, 244/05, 670/06
	3. Eglosheim	1	Kreisverkehr Comburg Straße/Schorndorfer Straße siehe 8.1.1	P					

Strategisches Ziel 8.3 Die wichtigsten Knoten unterschiedlicher Verkehrsträger im Stadtraum sind optimal erschlossen und funktional optimiert. Bahnhof und Haltestelle Favoritepark sind in ihrer Funktion

8.3.1	Neukonzeption ZOB und Westportal	1	Mit der neuen Arena bekommt auch das Westportal des Bahnhofs den notwendigen Entwicklungsimpuls. Die Fußgängertunnelverlängerung ist gebaut. Damit ist auch der Startschuss für die Inbetriebnahme der neuen Bus-Haltestellen in der Pflugfelder Str. für Herbst 2009 vorgesehen. Fahrrad-Parkraum vom GR beschlossen.	U	Inbetriebnahme Westportal Herbst 2009		Helmut-Mario Reiter (FB 61), Gerhard Kohler (FB67)	Extern: Landkreis, VVS, RBS, LVL, DB AG Intern: 67, ÖPNV	Bahnhof LB Antrag 481/07
-------	----------------------------------	---	--	---	---------------------------------------	--	--	---	--------------------------

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
		3	Mit der Neukonzeption des ZOB besteht im Zusammenhang mit dem neuen Westportal des Bahnhofes die Chance, das Busnetz hinsichtlich durchgängig kürzerer Reisezeiten für alle Ziele grundsätzlich neu zu konzipieren. Die Neukonzeption ZOB stellt sich als umfangreichere Aufgabe dar als ursprünglich angenommen. Der behindertengerechte Ausbau bedingt einen kompletten Umbau der Warteinseln und der Fußgängerbereiche. Eine Untersuchung des Büros KMB hat ergeben, dass vor allem zur Topographie grundsätzliche neue Überlegungen angestellt werden müssen. Damit zeichnet sich die Aufgabe auch einer baulichen Neukonzeption des ZOB ab. Denkbar ist, diese Aufgabe an ein geeignetes Büro zu vergeben ggfs. sogar als Mehrfachbeauftragung. Die Vorarbeiten zur Optimierung des Busnetzes müssen dazu erst abgeschlossen werden.	V	2009				
8.3.2	Neugestaltung Umsteigepunkt S-Bahn Haltestelle Favoritepark	3	Zur Akzeptanz von ÖPNV gehört auch eine ansprechende Gestaltung der Haltepunkte. Der S-Bahn-Haltepunkt Favoritepark zeigt diesbezüglich Mängel. Deshalb soll dieser Bereich planerisch untersucht und konkrete Mängel aufgelistet werden. Daraus soll ein Handlungskonzept erstellt werden.	R	Nach Umsetzung Westportal Beginn der Untersuchung		Julius Mihm, Sabine Schröder (FB 61)	Bahn; Region, Land	STEP Eglosheim

Strategisches Ziel 8.4 Die Innenstadt ist verkehrlich klar und nachvollziehbar geordnet Funktion der Straßenräume (Verbindung, Erschließung, Aufenthalt), Orientierung im Stadtraum und Erreichbarkeit									
8.4.1	Erreichbarkeit der Innenstadt	3	Vorschläge des Büro Hupfer-Ingenieure wurden öffentlich vorgestellt. Im Rahmen von Werkstattgesprächen wurde mit den Innenstadt-Akteuren das Gesamtbild der Innenstadt geklärt, dieses sollte in einer Rahmenplanfortschreibung gesichert werden. Die Schillerstraße wurde im Zweirichtungsverkehr als Grundlage der weiteren Entwurfsplanung beschlossen. In einem Gesamtkonzept mit der Mathildenstraße wurden auch die Erschließungsfragen des Akademiehofes geklärt. Für die Myliusstraße ist eine Einbahnstraßen- und Parkraumkonzeption mit Optimierung Bahnhofsumfeld erarbeitet worden. Planungen Arsenalplatz werden vorläufig auch nach Inbetriebnahme Wilhelmgalerie weiter zurückgestellt (auch Linksabbieger Wilhelm-/Körnerstr.). Für den Schillerplatz wurde im Rahmen einer Mehrfachbeauftragung der Erweiterungswunsch der KSK städtebaulich in Varianten überprüft zur Zeit ergreift die Verwaltung die Initiative zur weiteren Entwicklung der KSK und des Schillerplatzes. Am 29. Mai 2008 hat der BTU folgendes beschlossen: Schillerplatz: Busverkehr wird diagonal über den Platz geführt, der Individualverkehr um den Platz herum. Schillerstraße: Funktionstrennung und Einrichtung von beidseitigen Schutzstreifen für Radfahrer Myliusstraße: Versuchsweiser Rückbau Parkierung Ostseite und Einrichtung einer "unechten" Einbahnstraße, außer für den Busverkehr, inzwischen eingerichtet.	U	2009ff		Julius Mihm, Gerhard Ressler (FB 61), Herbert Wieland (FB 67)	Innenstadt-Akteure auch Schulvertreter	Arsenalplatz Anträge 079/06 und 575/06; Vorlagen 547/06, 668/06, 191/08
8.4.2	Fortschreibung Masterplan Innenstadt	3	Die Planungen für Kreisverkehre Sternkreuzung, Wilhelm-/Umlandstr. sowie Schiller-/Umlandstr. sind abgeschlossen. Das Ergebnis ist ebenfalls in Vorlage 191/08 (siehe 8.4.1) dargestellt. Die weitere Planungen wurden zurückgestellt. Studien für ebenerdige und unterirdische Querung der östlichen Sternkreuzung liegen vor.	R	Laufende Umsetzung		Angelika Boos, Gerhard Ressler (FB 61)	61, 67, 32, 89	Steht im engen Zusammenhang mit dem Stadtteilentwicklungsplan Innenstadt (siehe Masterplan Kapitel 1: attraktives Wohnen Vorlage 191/08)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
Strategisches Ziel 8.5 Innovationen bei der Steuerung von Mobilität bündeln und mindern Verkehrsströme. Die Stadt ist vom Durchgangsverkehr entlastet – neben einzelnen Entlastungsstraßen auch									
8.5.1	Mobilitätsmanagement für Betriebe	1	<p>Die Überlastung von Verkehrsanlagen zu den täglichen Spitzenstunden wird vom Berufsverkehr verursacht. Mit dem Mobilitätsmanagement für Betriebe lässt sich die homogene Verhaltensgruppe des Berufsverkehrs durch nachfragegerechte Angebote, die ihre Mobilitätsbedürfnisse gezielt erfasst, beeinflussen. Zugleich kann ein Beitrag zur Entlastung der Umwelt geleistet werden. Am 26. März 2007 fand eine erste Informationsveranstaltung zu diesem Thema statt, zu welcher IHK und Stadt gemeinsam eingeladen hatten. Anlässlich der problematischen Parkierungssituation wurde im Gewerbegebiet Au in 2007 als Pilotprojekt das Mobilitätsmanagement für Betriebe eingeführt. (Befragung der Mitarbeiter der Firmen Heidelberg Postpress und Jetter zum Thema Mobilität).</p> <p>Die Ergebnisse dienen als Entscheidungsgrundlage für die nächsten Arbeitsschritte: Neben Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs haben beide Unternehmen im Herbst 2008 einen gemeinsamen Aktionstag zum Thema Mobilität durchgeführt, weitere Maßnahmen sind bereits umgesetzt (Fahrgemeinschaftsbörse). Die Stadtverwaltung hat ebenfalls als erster innerstädtischer Betrieb mit dem Mobilitätsmanagement begonnen (Befragungsergebnisse liegen vor, Umsetzung erster Maßnahmen). Im April 2008 erfolgte Information über Mobilitätsmanagement für Betriebe beim jährlichen Gespräch mit den Personalratsvorsitzenden der großen Ludwigsburger Firmen und Behörden.</p> <p>Das Stadtquartier mit den stärksten Anspruchs-Konkurrenzen bezüglich Parken ist die Oststadt im Bereich der größeren Firmen und Behördendienstleister. Begleitend zur Entwicklung und Umsetzung einer Parkraumkonzeption bieten Maßnahmen zum Mobilitätsmanagement für Betriebe die Möglichkeit, die Parkraumnachfrage durch Pendler (Dauerparker) zu reduzieren und zugleich die Akzeptanz von Parkraumbewirtschaftungsmaßnahmen zu erhöhen (Vorl.Nr. 257/ 08) und den Bedürfnissen der Kunden, Mitarbeiter, Anwohner, Forums- und Innenstadt-Besucher Rechnung zu tragen.</p> <p>Nächste Schritte: Auftaktgespräche durch DIH in 2008 mit Firmen und Behörden in der Oststadt erfolgt, Präsentation von Maßnahmen gemeinsam mit der DENA hat am 18.5.2009 stattgefunden, gleichzeitig Auftaktworkshop "Effizient Mobil". Mit finanzieller Unterstützung der DENA sind weitere Beratungen geplant.</p>	U	Befragungsergebnisse liegen vor. Maßnahmenplan 1.Quartal 2008		Christine Ahbe (FB 61)	IHK, Firma Heidelberg, Firma Jetter Krankenhaus, LRA Pol. Dir., M+H intern: ÖPNV, 10, Büro OBM, 17	Starker Bezug zu Wirtschaft und Arbeit. Der Wunsch von Unternehmen (insbes. Heidelberg Postpress) nach Verbesserung der Verkehrs- und Parkierungssituation im Gewerbegebiet Au ist der Anlass, hier konkret ins Thema einzusteigen. Vorlage 257/08
8.5.2	Gesamtverkehrsplan (GVP)/ Mobilitätskonzept für Ludwigsburg	1	<p>Zusammenfassende Darstellung aller (übergeordneter) Themen, die die Diskussion über Mobilität in Ludwigsburg prägen (Querschnittsthemen). Vorarbeiten zu Verkehrsträger bezogener Einzeldarstellung sind begonnen (siehe z.B. Entlastung Eglosheim), Ergebnisse werden für eine Diskussion in den politischen Gremien und mit den Bürgern vorbereitet. Ziel ist, einen Handlungskatalog für Ludwigsburg zu erstellen (GVP).</p> <p>Bevölkerungsentwicklung Unterschiede und Entwicklung im Mobilitätsverhalten Finanzen, HH-Lage der Stadt Verfügbarkeit von Rohstoffen/ Treibstoffen (Erdölprodukte), Preisentwicklung Maut Entwicklung alternativer Antriebsarten LKW-Lenkung/Güterverkehrskonzeption (Straße, Schiene, Wasser) Entwicklung Interneteinkauf</p>	V	2008		Martin Kuhnert (FB 61), Helmut-Mario Reiter (FB 61), Gerhard Ressler (FB 61)	Fachplaner	Kosten des Autoverkehrs Antrag 253/06; starker Bezug vor allem zu den Themenfeldern: Wohnen, Kulturelles Leben, Wirtschaft und Arbeit, Vitale Stadtteile und Grün in der Stadt

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
	Parkierungskonzept östliche Stadt	1	<p>Verkehrsbedingte Umweltbelastungen (Lärm, Luft, Feinstaub)</p> <p>Lärmaktionsplanung: Aufstellung beschlossen, Bürgerversammlung erfolgte am 4.6.2008, Entwurf Herbst 2009, Auslegung, Beteiligung Regionale Erschließungsqualitäten der Stadt LB: S-Bahn, N-O-Ring, Autobahn, Fernbahn Straßennetz</p> <p>Parkraumerhebung (Kfz-Kennzeichenerfassung): 21.10.08 Entwurf Parkraumkonzept mit folgenden Maßnahmenvorschlägen: 1. prinzipiell Einführung von Parkgebühren in Kombination mit Bewohnerparken (zunächst jedoch ohne Bewohnerparkvorrechtigung) 2. Bewirtschaftung der beiden Parkplätze Bärenwiese über Schrankenanlage, um Parkplatzangebot für Veranstaltungen im Forum und/oder Film- u. Medienzentrum flexibel steuern zu können 3. stufenweise Umsetzung (1. Stufe im Abschnitt B27 bis Alt-Württemberg-Allee und Schorndorferstraße bis Friedrichstraße)</p> <p>Beteiligungs- und Abstimmungsprozess: 1. Forum, Film- und Medienzentrum, BlüBa und Schloss unterstützen vorgeschlagene Maßnahmen sehr 2. verwaltungsinterne Abstimmung mit 32, 67, PAG, PD hinsichtlich Sperrung Bärenwiese und 'Bewohnerparken' läuft 3. Herr Schmid führt Gespräche mit Schlüsselpersonen 4. Bürgerversammlung geplant 5. Vorstellung in Gremien nach der Sommerpause mit neuem GR</p> <p>Öffentlichkeitsarbeit</p>	U	<p>Grenzwert NOX 2010 wirksam</p> <p>Beschluss 2009/2010</p> <p>Beschluss 2009/2010</p>		<p>FB 32, Helmut-Mario Reiter (FB 61), Gerhard Ressler (FB 61)</p> <p>FB 61, Christine Ahbe</p>	<p>Forum, Film- und Medienzentrum, Blühendes Barock, Schloß, Oststadtverein, Bewohner, Unternehmen intern: FB 32, 67, (PAG)</p>	<p>Lärm: Vorlage 232/06, Luft: Vorlage 339/06</p> <p>Anträge 476/04, 568/05, 545/07; Vorlage 061/08</p> <p>Bezüge: Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen führt zur Verschlechterung der Parksituation für Dauerparker/ Beschäftigte: Mit Hilfe des betrieblichen Mobilitätsmanagements sollen den Unternehmen bzw. deren Beschäftigten mögliche Alternativen in der Verkehrsmittelwahl angeboten werden.</p>



9 Bildung und Betreuung

Stand 27.09.07

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg
Leitsatz Der Aus- und Umbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dies erfolgt zukunfts- und bedarfsorientiert. Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen wird unabhängig von Geschlecht, Nationalität, sozialer Herkunft und individuellen Voraussetzungen ermöglicht, ihre Persönlichkeit zu entwickeln, an der Gesellschaft teilzuhaben und eine Beschäftigungsfähigkeit zu erreichen.

9 Masterplan Bildungs offensive Prozessverantwortlich Dr. Wolfgang Zoll (FB 48)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zielzeit	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht									
Strategisches Ziel 9.1 Die Erziehungskompetenz der Eltern wird gestärkt Es werden stadtteilbezogen leicht zugängliche Angebote zielgruppenorientiert geschaffen und miteinander vernetzt.									
9.1.1.	Kinder- und Familienbildung (KiFa)	1	Übertragung von KiFa auf Grünbühl-Sonnenberg, Einbindung in Soziale Stadt, Finanzierung gesichert, weiterer Ausbau geplant	U		Halbe Stelle ist im FB 17 geschaffen	Pfeiffer FB 17	FB 48, FB 60	
9.1.2.	Prävention und Intervention für Kinder in Krisensituationen	1,2	Besteht der Verdacht auf Gefährdung des Kindeswohls, muss die Leiterin im Kita sich an das Jugendamt/ASD Landratsamt wenden, Umsetzung läuft – Fortschreibung der Zusammenarbeit	U			Pfeiffer FB 17	FB, 48 – Kitas, LRA	
9.1.3.	Angebot der VHS für Elternabende	2	Den Schulen werden pädagogische Themen und Referate für den 2. Elternabend im Schuljahr angeboten	V	2007		Runzer FB 48	VHS/ Schulen	
9.1.4.	Zwei Pilotprojekte zur Elternbildung werden mit der Arbeitsgruppe der Erweiterten Lenkungsgruppe auf den Weg gebracht	2	Entsprechende Standorte werden gesucht	V	2007	15.000 €	Pfeiffer FB 17; Runzer		
Strategisches Ziel 9.2 In Schulen und Kindertagesstätten werden übergreifende Projekte in Bereichen wie Theater, Musik, Sport, Kunst, etc. bedarfsorientiert um- und ausgebaut.									
9.2.1 Im musischen Bereich									
	1. Förderung von musischen Projekten an Schulen und Kindertageseinrichtungen		Die bestehenden musischen Projekte werden bis 2009 fortgeführt. In Kooperationen soll das Angebot in die Breite getragen werden.	U	2007	Kein HH relevanter Aufwand. Fondsmittel für Finanzierung Land, städtischer Fond, Eltern	FB 48, Schober, Piepkorn,	Piepkorn, Layher (Schulamtsdirektor); Schulen, Kitas, Vereine, Jugendmusikschule; Karlskasernen	
	2. Bläserklasse Elly-Heuss-Knapp-Realschule	1	Ab 09/06 jährlich Einrichtung einer Bläserklasse in Kooperation mit dem Musikverein Ossweil und der Jugendmusikschule – jede Klasse läuft jeweils zwei Jahre in zwei Klassen. 2007/08 muss jeweils ein Bläserklasseinstrument angeschafft werden – die Eltern beteiligen sich an den Instrumenten. 1. Klasse zum Schuljahr 06/07	U	2007	Kein HH relevanter Aufwand. Fondsmittel Instrumente – inkl. Schulbudget + Deputatsstd. Land + Elternbeiträge	FB 48 Schober, Piepkorn	LRA Dezernat Schulaufsicht und Schulberatung, Musikverein Ossweil, Jugendmusikschule, Herr Gierke (Rektor Elly-Heuss-Knapp-Realschule)	
9.2.2. Im naturwissenschaftlichen Bereich									
	1. Astronomiecurriculum an einer Kindertagesstätte und Grundschule	1	Die Arbeitsgruppe der Erweiterten Lenkungsgruppe Pädagogische Konzeption implementiert ein Pilotprojekt zum Thema Astronomie	V	2007/2008		FB 48 Zoll	Herr Hohloch (Oberstudiendirektor Mörike-Gymnasium) VHS	
9.2.3 Im sportlichen Bereich									

In der Weiterentwicklung - Masterplan



10 Vielfältiges Sportangebot

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Ludwigsburg bietet jedermann durch ansprechend gestaltete städtische Freiräume vielfältige Bewegungsmöglichkeiten. Das große Angebot des Breitensports und die herausragenden Möglichkeiten des Spitzensports durch geförderte Sportvereine bilden die Basis für Jugendarbeit und Integration, für die Gesundheitsprävention und das bürgerschaftliche Engagement.

11

Masterplan Vielfältiges Sportangebot

Prozessverantwortlich Wolfgang Fröhlich (FB 48)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio- rität 1-3	Arbeitsstand In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht	Sta- tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnah- men

Masterplan in Aufstellung / Sportentwicklungsplan



11 Energieversorgung

Stand Juli 2009

Themenfeld im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Leitsatz Der Umgang mit Energie ist nachhaltig. Die Versorgungssicherheit für Haushalte und Unternehmen wird erhöht durch:

- Einsparung von Energie und durch deren effiziente Nutzung,
- regenerative Energien, deren Anteil unter ökologischen und ökonomischen Aspekten stetig steigt.

Dies hat positive Auswirkungen auf allgemeine Klimaentwicklungen und die Luftqualität unmittelbar vor Ort.

11 **Masterplan Energiekonzept**
 Prozessverantwortlich Tanja Lukasik (Referat NSE)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
-----	----------------------	---------------	--------------	--------	----------	----------	---------------------------------	----------------------------	--

In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht

Strategisches Ziel 11.1 Leuchtturmprojekte sind umgesetzt in den Bereichen regenerative Energieformen, besonders effiziente Anlagen sowie beispielhafte Energiesparmaßnahmen in Neubau und									
11.1.1	Kompetenzzentrum für Energie, Klimaschutz und Ökodesign - Energetikom e.V.	1	Mehrere Gebäude wurden geprüft und bewertet. Standortentscheidung fiel Anfang 2009 für das Werkzentrum West. Momentan Unterbringung in "Keimzelle" mit einigen Mitgliedern des am 20.06.09 gegründeten Vereins "Energetikom e.V. - Zentrum für Energiekompetenz und Ökodesign". Für 2010 Umzug in die Halle 2Z geplant, die nach einem "Haus in Haus"-Konzept energetisch sehr hochwertig umgebaut wird.	V			R 05, Frau Lukasik	LG Energie, Wifö, 65, DI, DIII, WBL, SWLB	
11.1.1.1	Einbindung in ein Kompetenzzentrum (Datenliste)	1	Erstellung einer Datenliste mit allen Unternehmen und Handwerksunternehmen in (und im Landkreis) Ludwigsburg, die sich jetzt schon mit dem Thema Energie beschäftigen. Aufbau eines Netzwerks mit dem Energetikom e.V.	R			R05, Frau Lukasik, Wifö	Energetikom e.V.	
11.1.1.2	Auftaktveranstaltung für ein Kompetenzzentrum	1	Energiekolloquien fanden am 20. Juli und am 14.11.07 in LB statt. Gründungsfeier für den Energetikom e.V. war am 30.06.09, Eröffnungsfeier ist für Herbst 2009 geplant.	V			R05, Team E+E		
11.1.1.3	Einbindung universitärer Einrichtungen in ein Kompetenzzentrum		Enge Kontakte zum Institut für Erneuerbare Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) der Uni Stuttgart und zur FHT Stuttgart bzw. zum ZAFH sowohl zum Thema Kompetenzzentrum als auch bei verschiedenen Projekten.	V	laufend		R05, Team E+E		
11.12.1	Beteiligung Energieprojekte EU		Beteiligung an folgenden Projekten: - Sustainable NOW : EU-Förderung über das Aktionsprogramm Intelligente Energie Europa II. Förderung der Erarbeitung und Implementierung der Ludwigsburger Energie- und Klimastrategie. Partner sind u.a. München, Bologna, Woking Borough Council. Projektlaufzeit 10/08 bis 09/11. <u>Livinggreen.eu</u> : EU-Förderung über das Programm: INTERREG IV B Nordwesteuropa (Transnationale Zusammenarbeit). Ein wesentlicher Punkt des Projektes ist die Gründung von sogenannten "Centres for Sustainable Living" in bereits bestehenden, aber nicht mehr genutzten historischen Gebäuden. Diese sollen als Vorzeigeprojekte unter nachhaltigen ökologischen sowie energetischen Gesichtspunkten saniert und der Öffentlichkeit dies veranschaulicht werden. Durch das Projekt wird insbesondere der Standort des Energetikoms unterstützt. Partner sind u.a.: Lille, Antwerpen und verschiedene Organisationen aus fünf europäischen Ländern. Projektlaufzeit Ende 2008 bis Ende 2013.						

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
11.1.2.2	Beantragte Energieprojekte EU		<p><u>EnSure</u>, INTERREG IV B, Antragstellung durch WHS, Lead partner: LB Call: 18. März 2009</p> <ul style="list-style-type: none"> • EnSure (Energy Savings in Urban Quarters: Rehabilitation of the building stock and new ways of Energy Supply) • Ziel: Integrierte Energiekonzepte für Stadtquartiere mit Fokus auf Mobilisierung von Eigentümern. In LB soll Oststadt/ Schloßlesfeld als Modellgebiet dienen. • Verzahnung mit EnEff:Stadt erforderlich <p>Geplante Partner: u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Graz (energ. Sanierung bestehender Gewerbegebiete) • Kaufbeuren (Wärmeversorgung der Altstadt durch abgepumptes Grundwasser) • Stiftung Baukultur (Konferenzmanagement, Öffentlichkeitsarbeit) • Savinjska (SI) (Energ. Sanierung von MFH der 70er) • Regensburg (Nutzung von Abwasser zur Energieversorgung) <p><u>EnerCity</u>, INTERREG IVB, Lead Partner: Bologna Call: 18. März 2009</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung eines GIS-basierten Monitoringinstruments zur Steuerung der CO2-Reduktion • Räumliche Lokalisierung von Maßnahmen der Energieeinsparung und Energieeffizienz • Durch Erweiterung der Datenbasis: neue Möglichkeiten für die 	U	laufend		R05, Team E+E		
11.1.2.3	Förderung Energieprojekte Bund und Land Baden-Württemberg	1	<p><u>Projektauftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR)</u> im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik für innovative Projekte mit Modellcharakter. Stadt hat Kompetenzzentrum als Leuchtturmprojekt eingereicht. Es wurden 122.000 € für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation als Modellprojekt bewilligt.</p> <p><u>Leitprojekt „Integrierte Bedarfs-Netzwerke in Gewerbe- und Industriestandorten“</u> im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg. Ludwigsburg wurde mit Industrie-/Gewerbegebiet "Weststadt" gemeinsam mit Achern als Modellprojekt ausgewählt. Projektbeginn 3. Quartal 2008, Projektdauer 3 Jahre. Zusammenarbeit mit Wirtschaftsministerium Land B-W, Wirtschaftsregion Stuttgart und Uni Stuttgart. Teilnahme von 9 Ludwigsburger Unternehmen.</p> <p><u>EnEff:Stadt</u> • Antragsstellung mit den Projektpartnern zaft.net Stuttgart und Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim</p> <ul style="list-style-type: none"> • Projektgebiet: Hartenecker Höhe, Schloßlesfeld • Beantragte Förderbausteine: Integriertes Energiekonzept (LowEx- 	V/U	laufend		R05 / Team E+E	61, 65, 89, SWLB	
11.1.3	Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Liegenschaften		<p>Grundsätzlich werden geeignete städtische Dächer bei Anfragen für Solarenergienutzung zur Verfügung gestellt (z.B. Gottlieb-Daimler-Realschule, Sporthalle Eglosheim und Schloßlesfeldschule für Gemeinschaftssolaranlagen der Solarinitiative Ludwigsburg. Weitere Vorhaben werden geprüft. Auf dem Dach der Multifunktionshalle "Arena Ludwigsburg" wird von der Solarinitiative eine große Bürgersolaranlage initiiert,</p>	U	laufend		FB 65	Solarinitiative	
11.1.4	Umstieg auf Ökostrom	1	<p>Durch die künftige Deckung eines 30 % igen Anteils ihres Strombedarfs (ca 3,5 Mio kWh/Jahr) durch Ökostrom wird die Stadt Ludwigsburg ihrer Vorbildfunktion gerecht, fördert die regenerativen Energien und trägt so zur Reduktion des CO2-Ausstoßes bei (Einsparung von ca. 3.300 t CO2 / Jahr)</p>	U			FB 65	SWLB	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
Strategisches Ziel 11.2 Die energetische Optimierung ist ein wichtiger Grundsatz der Bauleitplanung und auch bei städtischen Bauvorhaben Routine.									
11.6.1	Holzheizkraftwerk	1	Die SWLB baut ein Holzheizkraftwerk mit einer thermischen Leistung von ca. 10 MW und einer elektrischen Leistung von etwa 2 MW. Als Brennstoff kommt ausschließlich naturbelassenes Holz aus der Landschaftspflege und von sogenannten Häckelplätzen aus der Region zum Einsatz. Das Vorhaben ist inzwischen genehmigt. Baubeginn 2. Halbjahr 2008, Inbetriebnahme voraussichtlich Oktober 2009. Der Betrieb der Anlage führt zu einer CO2-Einsparung von ca. 20.000 Tonnen pro Jahr.	U	2009		SWLB		
Strategisches Ziel 11.7 Energieeinsparungen im Bereich Verkehr sind erzielt.									
11.7.1	Erstellung eines Masterplanes für die Entwicklungsachse Innenstadt mit Unterstützung des EU-Projektes Snowball		Derzeit wird ein Maßnahmenpaket geschnürt, um die Achse zwischen Bahnhof und Wilhelmallee städtebaulich und verkehrlich zu optimieren (integrierter Planungsansatz). Die energetischen Aspekte dazu sind: - Reduzierung der Lärm- und Abgaswerte - Verbesserung des Verkehrsflusses - Optimierung der Fuß- und Radwegebeziehungen - Verbesserung der Aufenthaltsqualität - Verbesserung der Verkehrssicherheit	V/U	1 Quartal 2009	Über EU-Mittel finanziert	Herr Mihm (FB 61)	Herr Kuhnert (FB 61) Herr Weeber (FB 60) Herr Geiger (FB 60) Herr Messerschmidt (extern)	11.1.4. 11.3.1.
11.7.2	Radwegekonzept		Wichtige Maßnahmen des Radwegekonzeptes sind umgesetzt worden: 1. Radweg Schlieffenstraße (neu) 2. Radweg Lochwaldgraben (erstmalig radtauglich befestigt) 3. Verbindung Hölderlinstraße - Heilbadweg (verbreitert, saniert) 4. Lückenschluss Schlieffenstraße - Waldacker längs der Schwieberdinger Straße (Oberflächenbefestigung) Die Umsetzung weiterer Maßnahmen wird geprüft. Wichtige Beispiele dafür: 1.) Verbindung R.-Wagner-Str. - R.-Franck-Allee; 2.) Marbacher Str. bei Schlosspark; 3.) Beschilderung von Radrouten in LB 4.) Fahrradparkhaus am Westausgang Bahnhof LB; 5.) Gestaltung Radachse Seestraße i.V. mit Schulcampus; 6.) Einführen Radverleihsystem; 7.) Freigabe von Innenstadt-Einbahnstraßen für Radfahrer 8.) Querung Schorndorfer Straße im Zuge Radachse Schlosstraße; 9.) Radachse Wilhelm-/Schorndorfer Str. 10.) Radachse Marbacher Straße 11.) Neugestaltung Radachse Solitudeallee						Förderung des Projekts durch das Programm "Sanfter Tourismus" prüfen, FB 89 (f)
11.7.3	Bus-+Bahnverkehrskonzept		Erste Maßnahmen für attraktiveren Bahn+Busverkehr sind umgesetzt worden: 1. Verstärkte RE/R/S-Bahnbedienung Bahnhof LB (2003) 2. Reorganisation des Busnetzes mit 10/20 Min-Taktraster (2003) 3. Verbesserte Anbindung Poppenweilers (2003) 4. Neugestaltete Haltestellen Wilhelm- + Arsenalstr. (2005) 5. Prototyp Warthalle Ludwigsburg aufgestellt Die Umsetzung folgender Maßnahmen wird geprüft. 1.) Machbarkeit Stadtbahn; 2.) Optimierte Antriebskonzepte (Hybridantrieb); 3.) Erneuerung von Warthallen in LB 4.) Westausgang Bahnhof LB; 5.) Linienoptimierung in Eglosheim; 6.) Linienoptimierung im Bereich Innenstadt; 7.) Mobilitätsberatung Neubürger 8.) Effekte stadtweiter Tarifs-/Angebotsverbesserungen; 9.) Effekte	U/V	2008	Mittelsparungen durch PPP-Projekte	Herr Albrecht (ÖPNV) Herr Reiter (FB 61)	Herr Uhl (FB 67); Herr Wieland (FB 67); LVL, RBS, VVS; DB AG	

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name (Fachbereich)	Beteiligte intern / extern	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
11.7.4	Fußwegekonzept		Erste Maßnahmen des Fußwegekonzeptes sind umgesetzt worden: 1. Fuß+Radwegesteg "Gieshaussteg" (2005) 2. Touristische Fußgängerwegweiser (2003) 3. Erweiterung Fußgängerbereiche Innenstadt (2003-07) 4. Neugestaltung Hofer- + Brenzstraße Die Umsetzung folgender Maßnahmen wird geprüft. 1.) Sanierung Königs-Allee; 2.) Marbacher Str. bei Schlosspark; 3.) Beschilderung von Fußwegachsen in LB 4.) Westausgang Bahnhof LB; 5.) Gestaltung Seestraße i.V. mit Schulcampus 6.) Querung Schorndorfer Straße im Zuge Fußwegachse Schlosstraße; 7.) Fuß+Radwegetunnel Wilhelm-/Werner Str.; 8.) Neugestaltung Radachse Solitudeallee	U/V	2007/09	Mitteleinsparungen durch PPP-Projekte	Herr Mihm (FB 61)	FB 32, 67, ÖPNV, 89	
11.7.5	Parkierungskonzept		Erste Maßnahmen des Parkierungskonzeptes sind umgesetzt worden: 1. elektr. Parkleitsystem (2000) 2. Flächendeckende Parkgebühren Innenstadt (2001) 3. Zusätzliche Parkkapazitäten in der Innenstadt (2003-07) Die Umsetzung folgender Maßnahmen wird geprüft: 1.) Zusätzliches Parkhaus Bahnhof; 2.) Parkraummanagement in Oststadt; 3.) Förderung Gemeinschaftsautos; 4.) Stellplatzzuordnung in Neubaugebieten; 5.) Fortschreiben der Parkgebührensatzung.	U/V	2008/9	Erhebliche Mittelersparungen möglich	Herr Ressler (FB 61)	FB 32, 67, 89	
11.7.6	Bau einer Stadtbahn		Weitergehende Planungen werden zur Vorbereitung einer Entscheidung beauftragt.		2008/9		FB 61		
Strategisches Ziel									
Strategische Ziele des Themenfelds 3 Bezug zur Wirtschaft & Arbeit (u.a. Ziel 3.1; 3.6; 3.7; 3.8): Definition der Ziele siehe Themenfeld 3									
3.8.7.1	Unternehmensmonitoring		REF 05, Wifö recherchiert und nimmt Kontakt zu neuen Firmen auf, die sich mit dem Thema Erneuerbare Energien beschäftigen. (Unternehmensmonitoring). Ein Ziel dabei ist es, weitere Mitglieder für den Energetikom e.V. zu finden.	U					3.8.7



14 Bürgerschaftliche Projekte

Stand Juli 2009

Erfolgsfaktor im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Ludwigsburg

Ein Ziel des Prozesses zum Stadtentwicklungskonzept war es auch, das Potenzial und Engagement der Bürgerschaft für die zukunftsfähige Ausrichtung Ludwigsburgs zu wecken. Ein Beleg dafür sind die im Rahmen der Zukunftskonferenz Teil II entstandenen bürgerschaftlichen Projektgruppen. Diese lassen sich den vom Gemeinderat beschlossenen Themenfeldern für die Stadtentwicklung zuordnen.

14 Masterplan Bürgerschaftliche Projekte

Prozessverantwortlich Volker Henning (FB 17)

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Priorität 1-3	Arbeitsstand	Status	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name	Beteiligte PG / Verwaltung	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
-----	----------------------	---------------	--------------	--------	----------	----------	-------------------	----------------------------	--

In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht

Themenfeld 1 Attraktives Wohnen

14.1	Vielfältige Wohnformen in der Innenstadt		Nach den Sommerferien 2006 fand noch eine Sitzung statt, ebenso 2007. Seit 2007 ist die Projektgruppe nur noch beratend tätig, da ihre zeitlichen Ressourcen sehr knapp bemessen sind. Die Teilnehmer der PG kommen eventuell als Schlüsselpersonen für den Stadtteilentwicklungsplan Innenstadt in Betracht.	R			Herr Kai Dongus	PG: Kai Dongus, Armin Klotz, Bettina Weidenbach, Birke Hörner, Brigitte Seiferheld, Christine Boguschewski, Dorothee Batz, Günter Schlecht, Heike Hager, Ingrid Hönlinger, Jochen Zeltwanger, Julia Minguillon, Mariele Kerkhoff, Michael A. Müller, Reinhardt Weiss, Rosina Kopf, Ulrich Pantle, Uwe Meyer. Verwaltung: FB 61 Hennig Hiss	
14.2	Flakkaserne - Netzwerk für Bewohner/innen aufbauen		Zusammenlegung mit der zweiten PG Flakkaserne zur Gruppe "Forum Bewohnernetzwerk".	R			Frau Marion Pohl	FB 60 Peter Fazekas	
14.3	Flakkaserne - Mitwirkung bei der Gestaltung und Nutzung der Wohnformen		Im 2. Halbjahr 2006 fanden zwei PG-Sitzungen statt. In der ersten wurde die Fusion beschlossen und das weitere Vorgehen abgesprochen. In der zweiten die Prioritäten, welche Themenfelder bei der Entwicklung der ehemaligen Flakkaserne mitgestaltet werden sollen, abgeklärt. Die Gruppe ruht derzeit, Aktivitäten sind erst wieder geplant, wenn die Bauplätze im Gebiet Hartenecker Höhe zugeteilt sind. Dadurch ist das ursprünglich angedachte Mitwirkungsprojekt aber nicht mehr relevant.	R			noch nicht geklärt	PG: Sylvia Effe, Dr. Hans Ulrich Jordan, Brigitte Seiferheld, Uwe Müller, Marion Pohl, Henning Hiss, Roland Glasbrenner, Bettina Weidenbach. Verwaltung: FB 60 Peter Fazekas	
14.4	Walcker-Areal		Die Projektgruppe ist nicht zustande gekommen.	R				FB 61 N.N.	

Themenfeld 2 Kulturelles Leben

14.5	Kreativ-Kulturmeile neu: KunstStadt Ludwigsburg		PG hat sich umbenannt in "KunstStadt Ludwigsburg". Die Gruppe ist sehr aktiv und hat ein Konzept für den "langen Ludwigsburger Kultur-Tag im Juli 2009 vorgelegt, das u.a. die Sperrung des B 27-Tunnels vorsieht. Das Projekt wurde inzwischen eingestellt, da nicht wie geplant realisierbar.	R			Frau Ingrid Müller-Raiser	PG: Dimitra Potsi, Jochen Faber, Frank Handel. Verwaltung: FB 41 Jochen Raithel	
------	--	--	--	---	--	--	---------------------------	---	--

Nr.	Maßnahmen / Aufträge	Prio-rität 1-3	Arbeitsstand	Sta-tus	Zeitziel	Bezug HH	Federführung Name	Beteiligte PG / Verwaltung	Bezüge / Konflikte zu anderen Zielen / Maßnahmen
			In Vorbereitung / In Umsetzung / Prüfauftrag / Erledigt / Ruht						
14.6	Haus für freies Theater mit pädagogischem Profil		Es fanden bisher regelmäßige Treffen der Gruppe statt. Diskutiert wurde über Bedarf, Sinn und Machbarkeit eines Hauses für freies Theater. Das Thema ruht derzeit und wird im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung Scala diskutiert.	R			Herr Fabian Piwonka	PG: Anja Beenken, Fabian Piwonka. Verwaltung: FB 41 Dörthe Eggers	
14.7	Forum zur Integration Jugendlicher durch Kunst und Kultur		2006 und 2007 fanden zahlreiche PG-Sitzungen statt. Projektideen sind entstanden, müssen noch konkretisiert werden. Eine schnelle Umsetzung ist geplant. Die verwaltungsinterne Projektgruppe "Sozio-interkulturelle Persönlichkeitsbildung" wurde in diese Projektgruppe integriert. Die Projektgruppe plant für 2007 unter Beteiligung Jugendlicher ein Schreibprojekt, in Kooperation mit der Jugendförderung, der Stadtbibliothek, den Schulen usw. Derzeit wird das Schreibprojekt zusammen mit Jugendlichen entwickelt. Ein Auftakttreffen und Arbeitssitzungen fanden statt. Die Strukturgruppe hat Ende 2006 eine Abfrage gestartet, welche Integrationsangebote es in den verschiedenen Bereichen gibt. Die Zusammenstellung soll allen Interessierten auf einer interaktiven Plattform zur Verfügung gestellt werden. Die Vernetzung der verschiedenen Anbieter soll vorangetrieben werden. Das Schreibprojekt war beim Projekt Zivilcourage beteiligt und präsentierte sich bei der Auftaktveranstaltung am 17.07.08. Derzeit keine neuen Aktivitäten.	U			Frau Gabriele Moersch	PG: Hermann Dengel, Fabian Piwonka, Anja Beenken, Margit Stark, Rainer Kittel, Gabriele Moersch. Verwaltung: FB 17 Volker Henning	

Themenfeld 3 Wirtschaft und Arbeit

14.8	Existenzgründungs- und Innovationscenter		Im 2. Halbjahr 2006 fanden vier PG-Sitzungen statt. Es soll eine „Existenzgründer-Plattform“ auf der städtischen Internetplattform zur Verfügung gestellt werden. Diese wird von der Karlshöhe gepflegt. Mögliche Existenzgründer kommen über diese Plattform in Kontakt mit Institutionen und Einrichtungen, bei denen sie sich weiter informieren und beraten lassen können. LUPEX ist inzwischen umgesetzt. Die Datenbank funktioniert, erste Einträge wurden vorgenommen. Ein Flyer zur weiteren Akquise liegt aus und wurde in einem Pressegespräch am 31.01.08 vorgestellt. Jetzt geht es den Projektgruppenmitgliedern darum, weitere Inserate zu generieren und den Service zu optimieren.	E			Herr Andreas Länge	PG: Andreas Länge, Martin Müller, Ingrid Hönlinger, Stephan R. Wolf. Verwaltung: Referat NSE/Frank Steinert	Zusammenarbeit mit Wirtschaftsförderung
------	--	--	---	---	--	--	--------------------	---	---

A: Leitsatz und Strategische Ziele

LEITSATZ

Der Aus- und Umbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dies erfolgt zukunfts- und bedarfsorientiert.

Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen wird unabhängig von Geschlecht, Nationalität, sozialer Herkunft und individuellen Voraussetzungen ermöglicht, ihre Persönlichkeit zu entwickeln, an der Gesellschaft teilzuhaben und eine Beschäftigungsfähigkeit zu erreichen.



STRATEGISCHE ZIELE

Dies bedeutet:

1. Die **Erziehungskompetenz** der Eltern wird **gestärkt**. Es werden stadtteilbezogen leicht zugängliche Angebote zielgruppenorientiert geschaffen und miteinander vernetzt.
2. In Schulen und Kindertageseinrichtungen werden **übergreifende Projekte** in Bereichen wie Theater, Musik, Sport, Kunst oder Soziales bedarfsorientiert um- und ausgebaut.
3. Vorhandene **Bildungs- und Betreuungsangebote** werden vernetzt und der breiten Öffentlichkeit zielgruppengerecht bekannt gemacht. Eltern bringen sich aktiv ein.
4. **Kinder und Jugendliche** werden individuell entsprechend ihrer Voraussetzungen und ihrer Lebenssituation **gefördert**.
5. Die **Schule ist ein attraktiver Lebensort** für Kinder und Jugendliche. Die **Förderung von Chancengleichheit** unabhängig von Geschlecht, Nationalität, sozialer Herkunft, Einkommen der Eltern und individuellen Voraussetzungen ist als Querschnittsziel durchgängig bei allen Angeboten berücksichtigt.
6. Bildungs- und Betreuungsangebote **mit einem interkulturellen Profil** werden gefördert. Die **Sprachförderung** von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen erfolgt möglichst frühzeitig in der Muttersprache und in Deutsch.
7. Bei der Schaffung und Weiterentwicklung von Lebens- und Lernfeldern sind die **Betroffenen zugleich Beteiligte**. Sie arbeiten maßgeblich in den Prozessen mit.

GLIEDERUNG des Masterplanes

1. Die Ludwigsburger Bildungslandschaft wird durch die Stadt Ludwigsburg aktiv gestaltet. 2
2. Zur Verbesserung der Bildungschancen und zur Förderung eines gleichberechtigten Zuganges zur Bildung werden Angebote zur Elternbildung und Integrationsförderung unterbreitet. 2
3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitativvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung. 3
4. Ludwigsburg baut seine Schullandschaft nachhaltig, attraktiv, zukunftsorientiert und demographiegerecht aus. Allen Schülerinnen und Schülern werden optimale Bildungs- und Lernchancen ermöglicht, die langfristig gesichert werden. 8
5. Die außerschulische Kinder- und Jugendbildung bringt ihre Konzepte und Stärken in die Ludwigsburger Bildungslandschaft ein. Sie macht damit deutlich, dass Bildung mehr als Schule ist. 12
6. Die Stadtbibliothek Ludwigsburg bietet allen Bevölkerungs- und Altersgruppen Zugang zu Bildung, Kultur, Information und Wissen in Form umfassender Medienbestände und Dienstleistungen. Sie leistet die zielgruppengerechte Vermittlung der Angebote und die Förderung der Lese- und Medienkompetenz in enger Kooperation mit allen wichtigen Bildungseinrichtungen. 13
7. Die Volkshochschule bietet allen Bevölkerungsgruppen grundlegende Bildungsangebote sowie Weiterbildung in den Programmbereichen Allgemeinbildung, Kunst und Kultur, Gesundheit, Sprachen und berufliche Bildung. 15

Masterplan in der Weiterentwicklung

Zwischenstand 1.09.2009

B: Maßnahmen

1. Die Ludwigsburger Bildungslandschaft wird durch die Stadt Ludwigsburg aktiv gestaltet.			Priorität	Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	FiPo	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen				In Vorbereitung/	In Umsetzung/	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht				
1)	Eine Landkarte der Ludwigsburger Bildungslandschaft soll angelegt werden.	- Bis zum <u>31. 12. 2009</u> findet bei allen Bildungsinstitutionen eine Abfrage statt, die das Angebotsportfolio, die Zahl der Mitarbeiter und die Art der Finanzierung erhebt.										
2)	Träger von Bildungsangeboten werden vernetzt. Ein Bildungsdialog wird gestaltet.	- In Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule und der Evangelischen Hochschule wird zweimal im Jahr ein Bildungsforum durchgeführt. - Halbjährlich organisiert die Stadt Ludwigsburg ein Treffen mit den Ludwigsburger Hochschulrektoren. - Einmal jährlich präsentiert sich die Ludwigsburger Hochschullandschaft auf der Ausbildungsmesse in Stuttgart. - In Kooperation mit den Ludwigsburger Hochschulen bietet die Kinderuniversität sechs Vorlesungen und 2 Exkursionen jährlich an. - Halbjährlich organisiert die Stadt Ludwigsburg ein Treffen mit den Vertretern der Evangelischen und der Katholischen Kirche.										
3)	Der Fonds Jugend, Bildung, Zukunft wird zur Finanzierung anstehender Bildungsprojekte weiter ausgebaut.	- Bis zum <u>31. 12. 2009</u> soll das Fondsvermögen auf 2 Mio. € aufgestockt werden, um insbesondere aus den Zinseinnahmen die musischen Kooperationen in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen tragen zu können. - Weitere Premiumpartner werden gewonnen. Ziel ist, die jährliche Ausgaben Summe durch entsprechende Einnahmen decken zu können.										

2. Zur Verbesserung der Bildungschancen und zur Förderung eines gleichberechtigten Zuganges zur Bildung werden Angebote zur Elternbildung und Integrationsförderung unterbreitet.			Priorität	Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	FiPo	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen				In Vorbereitung/	In Umsetzung/	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht				
1)	Es wird ein stadtweites Netzwerk zur Frühkindlichen Bildung und Förderung entwickelt, welches Verbesserungspotenzial aufdeckt und Maßnahmen entwickelt.	Ein Grundkonzept einschließlich der Zusammensetzung des Netzwerkes wird entwickelt. Ein erstes Treffen findet statt, es werden Handlungsfelder definiert und bearbeitet.										
2)	Es werden Elternbildungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Stärkung der	<ul style="list-style-type: none"> Das Programm KiFa umfasst im Kindergartenjahr 2009/2010 folgende neun Einrichtungen: Städt. KiFaZ Am Sonnenberg, 										

B: Maßnahmen

2. Zur Verbesserung der Bildungschancen und zur Förderung eines gleichberechtigten Zuganges zur Bildung werden Angebote zur Elternbildung und Integrationsförderung unterbreitet.				Priorität	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	FIPO	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel			Projektstand	Bezüge/ Konflikte	Federführung (f) Beteiligte				
	Erziehungskompetenz entwickelt und weiterentwickelt. Dabei wird auf einen niederschweligen Zugang geachtet, d. h. die Angebote werden in den Kindertageseinrichtungen erbracht.	<p>Städt. Kita Vaihinger Straße, Städt. Kita Theodor-Haug-Straße, Städt. KiFaZ Häslenweg, Kath. Kita St. Elisabeth, Kath. Kita Sonnenschein, Kath. KiFaZ Eden, Ev. Kita Sterntaler, Ev. KiFaZ Kindertagesheimat</p> <ul style="list-style-type: none"> Im KiTa-Jahr 2008/2009 wurden 65 Familien und dadurch ca. 130 Kinder erreicht. 9 MentorInnen konnten gewonnen werden. Sie führten insgesamt 10 Elternkurse durch. Für das Kita-Jahr 2009/2010 werden min. 3 weitere MentorInnen benötigt. Ca. 40 neue Familien können dann am Programm teilnehmen. Das Programm KiFa wird jährlich um drei Einrichtungen erweitert. Anpassung von Raumkonzepten. Schaffung von Räumen für Eltern. Bei neuen Einrichtungen und Umbauten in Kinder – und Familienzentren wird im Besonderen auf angemessene Raumangebote geachtet. 										

3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitativvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.				Priorität	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel			Projektstand	Bezüge/ Konflikte	Federführung (f) Beteiligte			
1)	Die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren werden bis 2013 sukzessive ausgebaut. Neben der institutionellen Betreuung zählen auch die Betreuungsplätze der Kindertagespflege mit in die Versorgungsquote.	<p><u>Allgemeine Maßnahmen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Bedarfs- und Finanzplan für die Ausbaustufen 2009-2013 Regelmäßige Überprüfung alternativer, wirtschaftlicher Alternativen (wie z.B. Spielgruppen) unter Einbeziehung der als Nachrücker definierten Kindertageseinrichtungen. Anpassung der Finanzplanung Beantragung der Bundesmittel für die Baumaßnahmen. <p><u>Ausbau der Kindertagesbetreuung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Im Kindergartenjahr 2009/2010 wird eine Versorgungsquote von 20% (Ziel des Tagesbetreuungsausbaugesetzes-Städtetag) erreicht. Um die Versorgungsquote von 20% zu erreichen, werden folgende Maßnahmen umgesetzt: 									

B: Maßnahmen

3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitativvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.				Status	In Vorbereitung/ In Umsetzung/ Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht	Aktualisiert: 1.09.2009	Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel						
		<p>2009 eine Krippengruppe für Kinder unter drei Jahren eingerichtet (10 Plätze). In den kath. Einrichtungen Parkstr. und Hirschbergstr. wird jeweils eine Krippengruppe geschaffen (jeweils 10 Plätze). Dasselbe gilt für die PH bereits ab Juni 2009 (10 Plätze) und den Waldorfkindergarten ab Dezember 2009 (10 Plätze). In der Kindertageseinrichtung Abelstraße (AWO), werden durch Umwandlung zweier Gruppen ab September 2009 10 weitere Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen. Zudem wird die Integration einer zusätzlichen Krippengruppe im Gebäudebestand für die städt. Kindertageseinrichtung Theodor-Haug-Str. geprüft (10 Plätze). Dafür werden ggf. 10 der geplanten 30 Plätze vom Häslenweg übertragen. Die Maßnahme im Häslenweg zur Schaffung weiterer 20 Plätze für Kinder unter 3 Jahren wird im BSS separat behandelt. Die Realisierung wird sich voraussichtlich verzögern.</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Stadt entwickelt 2009/2010 gemeinsam mit dem Landkreis und der Kindertagespflege Modelle zum Ausbau und zur Finanzierung der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Die Einrichtung von bis zu 20 zusätzlichen Kleinkindplätzen durch Wüstenrot wird 2009/2010 geprüft. Es erfolgen Beratungen sowie die Überprüfung einer Aufnahme in den Bedarfsplan. Im Kindergartenjahr 2010/2011 wird eine Versorgungsquote von 25% erreicht. <p>Dies geschieht durch einen Anbau an das Kath. Kinder- und Familienzentrum Bäderwiesen/Lange Straße für eine Krippengruppe (10 Plätze) und durch die Umwandlung einer Hortgruppe in der Evang. Kurfürstenstraße in eine Krippengruppe (10 Plätze). Zudem werden in der Evang. Peter-Eichert-Straße Räumlichkeiten im Gemeindezentrum für einen neue Krippengruppe genutzt (10 Plätze) sowie in der Evang. Egerländer Straße zwei neue Krippengruppen in zwei bisher vermieteten Wohnungen eingerichtet (20 Plätze). In der Kath. Einrichtung Uhlandstraße wird ebenfalls eine Krippengruppe in Betrieb genommen (10 Plätze). Des Weiteren werden zum September 2010 zwei neu entstehende Krippengruppen der Einrichtung Schwupp di Wupp (Mahale) in die Bedarfsplanung aufgenommen (20 Plätze).</p>							

B: Maßnahmen

3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitativvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.				Status	Aktualisiert: 1.09.2009	Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel					
		<ul style="list-style-type: none"> Im Kindergartenjahr 2011/2012 wird eine Versorgungsquote von 30% erreicht. Dies geschieht durch den Neubau der Kinder- und Familienzentren Poppenweiler (20 Plätze), Hartenecker Höhe (20 Plätze) und Grünbühl/Sonnenberg (10 Plätze). Im Kindergartenjahr 2012/2013 wird eine Versorgungsquote von 34% erreicht. Dies geschieht durch Maßnahmen im Städt. Kindergarten Reichertshalde (10 Plätze), in den Evang. Einrichtungen Stammheimer Str. (10 Plätze), Johannes Ebel-Str. (10 Plätze), Kurfürstenstraße (10 Plätze), Wilhelm-Nagel-Str. 65 (10 Plätze) sowie in den Kath. Einrichtungen Moldastr. (10 Plätze), Landäckerstr. (10 Plätze), Tulpenweg (10 Plätze) und Gänsfußallee (10 Plätze). In der Charlottenkrippe erfolgt die Umwandlung von zwei Hortgruppen in zwei Krippengruppen (20 Plätze). 						
2)	Die Betreuungsplätze für Kinder von 3-6 Jahren werden bedarfsgerecht weiterentwickelt und der Rechtsanspruch wird erfüllt.	<p><u>Allgemeine Maßnahmen</u>, die jedes Jahr durchgeführt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> Jährliche Umfrage bei den Nutzern und Auswertung Festlegung der Einzelmaßnahmen in der Steuerungsgruppe und Mitteilung an die Trägerkonferenz. Bedarfsplanung – Beschluss herbeiführen Anpassung der Strukturqualität (Räume, Verwaltungsabläufe, Personal) <p>Aufstellung und Fortführung der Personalplanung</p>						
	2 a) Die Anzahl der Schließtage wird, in Einrichtungen für die der Kindergartenvertrag gilt, schrittweise und in Abstimmung mit der Steuerungsgruppe der Trägerkonferenz verringert.	<p><u>Konkrete Maßnahmen Kindergartenjahr 2009/2010:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Im Kindergartenvertrag werden 2009 maximal 28 Schließtage vorgesehen. Diese Regelung gilt für die evangelischen, katholischen und städtischen Kindertageseinrichtungen. Darstellung der Auswirkungen einer gestuften Reduzierung der Schließtage am Beispiel einer städt. Kindertageseinrichtung. Herbeiführen einer politischen Entscheidung über die Stufen der Reduzierung von Schließtagen auf 23 Tage. 						
	2 b) Die Ganztagesplätze werden bedarfsgerecht ausgebaut. Es wird darauf geachtet, dass möglichst durchgängige Angebotsstrukturen entstehen, d.h. dass Eltern von Kleinkindern, die ganztags betreut werden, dieses Angebot auch nutzen können, wenn das	<p>Im Moment <u>existieren 496 Ganztagesplätze</u> für Kinder von 3-6 Jahren (inkl. 10 GT-Plätze, die im Oktober 2009 im Häslenweg hinzu kommen). Um eine Bedarfsdeckung an Ganztagesplätzen zu erzielen (für die Kinder, die aus Ganztages-Krippengruppen herauswachsen), sind bis 2013 in den Kindertageseinrichtungen und in der <u>Tagespflege weitere 269 Ganztagesplätze</u> für Kinder über</p>						

B: Maßnahmen

3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitativvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.				Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Projektstand			Bezüge/ Konflikte	Federführung (f)/ Beteiligte				
	Kind aus der Krippe herauswächst (ohne die Kindertageseinrichtung wechseln zu müssen).	<p>3 Jahren zu schaffen (Dies führt dann zu insgesamt 765 Ganztagesplätzen, die der angestrebten Anzahl an Plätzen durch die 34%-Vorgabe für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2013 entsprechen.)</p> <p>Dies kann unter anderem geschehen durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> Umwandlung von 10 VÖ Plätzen in 10 GT Plätze in der städtischen Kindertageseinrichtung Wieselweg und in der Welzheimer Str. zum September 2010. (Es entstehen somit je Kindertageseinrichtung 10 Ganztagesplätze d.h. insgesamt 20 Ganztagesplätze). Es erfolgt eine Anpassung des Raumkonzeptes, Beratung des Teams, Informationen an die Eltern und Ausbau des Mittagessenangebotes. Im städtischen Kinder- und Familienzentrum Häslenweg wird eine 1 VÖ Gruppe für 2-6-Jährige (5 Plätze für 2-Jährige, 12 Plätze für Kinder über 3 Jahren) in eine 1 GT Gruppe für Kinder von 0-6 Jahren umgewandelt. Es entstehen insgesamt 15 Ganztagesplätze (5 für Kinder unter drei, 10 für Kinder von 3-6 Jahren). Es erfolgt eine Anpassung des Raumkonzeptes, Beratung des Teams, Information an die Eltern und Einführung des Mittagessenangebotes. Für das Kindergartenjahr 2010/2011 wird eine Pauschale für die Mischgruppe VÖ/GT mit 10 GT Plätzen aus den bestehenden Pauschalen des Kindergartenvertrages für GT und VÖ definiert und mit den Trägern besprochen. Die Anpassung des Kindergartenvertrages wird 2010 im Gemeinderat beschlossen. 									
3)	2 c) In den Stadtteilen gibt es ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder von 3-6 Jahren wird auf der Gesamtstadtebene erfüllt, indem 2.960 Plätze (+ 39 Plätze in der Tagespflege) bereitgestellt werden (Stand 31.12.2008).	<ul style="list-style-type: none"> Keine Umwandlungen von Gruppen in den Stadtbezirken Oßweil, Oststadt und Schlößlesfeld, welche eine Reduzierung der Rechtsanspruchplätze mit sich bringen. Die Versorgungsquote für Kinder mit einem Rechtsanspruch, in der Oststadt, erhöht sich im Kindergartenjahr 2009/2010 von 79% auf 81% durch die Inbetriebnahme einer zusätzliche Gruppe (AM/GT 3-10) im MTV Kindersporthaus. 									
4)	In jedem Stadtteil gibt es ein Kinder- und Familienzentrum, welches ein differenziertes bedarfsgerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot bereitstellt.	<p><u>Allgemeine Maßnahmen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Entwicklung eines Konzeptes zur Flexibilisierung der Betreuungsangebote Entwicklung von Raumprogrammen, Begleitung erforderlicher Baumaßnahmen. Aufbau von Beteiligungs- und Begleitstrukturen 									

B: Maßnahmen

3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitätsvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.				Status	Projektstand	Bezüge/ Konflikte	Aktualisiert: 1.09.2009 Erledigt/ Ruht Federführung (f)/ Beteiligte	Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel							
		<ul style="list-style-type: none"> Einführung von Platz-Sharing-Angeboten und Anpassen der Strukturen sowie Verwaltungsabläufe. Anpassung der Strukturqualität (Räume, Verwaltungsabläufe, Personal) Transparenz für Familien und die Öffentlichkeit herstellen - Berichte erstellen und Projekt evaluieren. <p>Im Jahr 2007 haben sich folgende Kinder- und Familienzentren auf den Weg gemacht:</p> <ul style="list-style-type: none"> Am Sonnenberg (Stadt) Steinbeisstraße (AWO) Auf dem Wasen (Evangelisch) Hirschbergstraße (Katholisch) <p>Im Jahr 2008 wurden folgende Kinder- und Familienzentren ausgewählt:</p> <ul style="list-style-type: none"> Häslenweg (Stadt) Kindertagesheimat (Evangelisch) Bäderwiesen; Lange Straße (Katholisch) <p>Für das Kindergartenjahr 2009/2010 sollen erneut drei Einrichtungen ausgewählt werden.</p>								
5)	In der Stadt Ludwigsburg wird bis 2011 ein Mehrgenerationenhaus als Dienstleistungszentrum für Familien aufgebaut, welches ein Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren bereitstellt und einen Sozialraumbezug herstellt.	<ul style="list-style-type: none"> Sukzessive Weiterentwicklung der Vernetzungsstrukturen und Integration der Dienstleistungen und Anbieter unter einem Dach. Entwicklung des Raumprogramms und Entscheidung im Rahmen der Mehrfachbeauftragung sowie Einstieg in die konkrete Umsetzungsplanung. Anpassung der Strukturqualität (Räume, Verwaltungsabläufe, Personal) Erhöhung der Nutzerfrequenz in der zusätzlich angemieteten Wohnung Am Sonnenberg durch Sprachkurse, Eltern-Kinder-Kurs sowie KiFa. Transparenz für Familien und die Öffentlichkeit herstellen durch Stadtteilzeitung und Veröffentlichung der Entwicklungsschritte im Bürger- und Jugendhaus Sonnenberg. Das Monitoring wird regelmäßig durchgeführt. 2009 wird der Antrag auf Fortführung des Projektes und der damit verbundenen Bezuschussung durch den Bund im Rahmen des Bundesprogramms beantragt. 								

B: Maßnahmen

3. Die Stadt Ludwigsburg stellt den Familien ein qualitativvolles nachfragegerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot zur Verfügung.				Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel		In Vorbereitung/ Projektstand	In Umsetzung/ Bezüge/ Konflikte	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht Federführung (f)/ Beteiligte			
6)	Es werden Standards für die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen einschließlich des Übergangs in die Grundschule entwickelt und umgesetzt.	<ul style="list-style-type: none"> Das Ludwigsburger Modell wird implementiert. Die Einrichtungen werden fachlich begleitet und die Mitarbeiter/innen werden an der Pädagogischen Hochschule qualifiziert. Fortbildungen werden durch die Träger angeboten. Auf Stadtebene wurden 99 Fördergruppen eingerichtet, in denen 979 Kinder sprachlich gefördert werden. Dies bedeutet eine finanzielle Belastung der Stadt von 532.500 €. Die Förderung findet in Kindergärten mit einem Förderbedarf ab 30% statt. Innerhalb der Projektlaufzeit von fünf Jahren werden auf Stadtteilebene nachhaltige und verlässliche Kooperationsbeziehungen zwischen Grundschulen und Kindertageseinrichtungen entwickelt. 								
7)	Die Anschlussfähigkeit zwischen Kindertageseinrichtung und Grundschule wird hergestellt.	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklung eines Konzeptes zum Übergang Aufbau eines Netzwerkes zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschule je Stadtteil, Beginn 2009 in Eglosheim. 								
8)	Die Ferienbetreuung für Kindergarten und Schulkinder wird bedarfsgerecht ausgebaut.	<ul style="list-style-type: none"> Bedarfsumfrage Kooperation mit Vereinen und Institutionen, Einbeziehung des Ferienprogramms (Ferienspaß), Anmelde- und Abfragesystem für Eltern entwickeln bzw. überprüfen. 								

4. Ludwigsburg baut seine Schullandschaft nachhaltig, attraktiv, zukunftsorientiert und demographiegerecht aus. Allen Schülerinnen und Schülern werden optimale Bildungs- und Lernchancen ermöglicht, die langfristig gesichert werden.				Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel		In Vorbereitung/ Projektstand	In Umsetzung/ Bezüge/ Konflikte	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht Federführung			
1)	Der „Schulentwicklungsplan“ ist in der planmäßigen Umsetzung. Für das Schuljahr 2011/2012 ist eine Aktualisierung des Schulentwicklungsplans vorgesehen.	<ul style="list-style-type: none"> a) Die Uhlandschule wird mit der Justinus-Kerner-Schule im bisherigen Gebäude der Pestalozzischule (wird nach deren Auszug saniert) zu einer Innenstadt Hauptschule verbunden. b) Die Gebäude der Anton-Bruckner- und Uhlandschule werden saniert. Die Anton-Bruckner-Schule zieht in das sanierte Gebäude der Uhlandschule um. c) Die Pestalozzischule zieht in das sanierte Gebäude der Anton-Bruckner-Schule um. d) Der Ganztagesbetrieb an der Pestalozzischule und der Anton-Bruckner-Schule in der Schulgasse 								

B: Maßnahmen

4. Ludwigsburg baut seine Schullandschaft nachhaltig, attraktiv, zukunfts offen und demographiegerecht aus. Allen Schülerinnen und Schülern werden optimale Bildungs- und Lernchancen ermöglicht, die langfristig gesichert werden.				Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	In Vorbereitung/			In Umsetzung/	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht	Projektstand			
		wird vorrangig ausgebaut. An der Gartenstraße wird der Pavillon abgerissen und durch ein neues Gebäude für die Ganztagesbetreuung ersetzt. e) Die bisherigen Räume der Justinus-Kerner-Schule werden dem Goethe-Gymnasium und den Campus – Gymnasien zur Verfügung gestellt. f) Alle Schulen werden durch die Stadtverwaltung bei ihren Veränderungen und Umzügen unterstützt. g) Die Osterholzauptschule wird an die Hirschbergschule verlegt. h) Die Dependance der Oststadtschule II am Berliner Platz wird aufgelöst und an die Danziger Straße verlegt. i) Um den dynamischen demographischen Veränderungen rechtzeitig begegnen zu können, wird der Schulentwicklungsplan für das Schuljahr 2011/2012 aktualisiert.									
2)	Jedem Stadtteil ist eine Grundschule mit Kernzeitenbetreuung vorhanden. Die Kernzeitenbetreuung greift den hohen pädagogischen Standard der Elementarstufe auf und begleitet und unterstützt die Grundschülerinnen und Grundschüler mit geeigneten Maßnahmen. Die Grundschulen werden Zug um Zug zu Ganztageschulen ausgebaut.	a) Die Übergänge der Kindertageseinrichtungen zu den Grundschulen werden im Rahmen des Ludwigsburger Sprachförderkonzeptes koordiniert. b) Augenblicklich werden im Rahmen der Kernzeitbetreuung mit 802 Kinder in 26 Gruppen betreut. c) Es werden pädagogische Betreuungsstandards als Grundlage für die weitere Entwicklung von Grundschulen zu Ganztageschulen geschaffen (allgemeine Standards: Betreuungsräume, Personalschlüssel, Mensa/Mittagessen usw. – pädagogische Angebote: Maßnahmen der Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen (HSL), Jugendbegleiter, Sportliche Angebote usw.). d) Ein Fortbildungsprogramm zur Sicherung der pädagogischen Voraussetzungen beim Personal der Kernzeitenbetreuung wird auf- bzw. weiter ausgebaut. e) Jährlich sollen Budgets zur Verfügung gestellt werden, um den Ausbau der Schulen zu Ganztageseinrichtungen sukzessive zu ermöglichen. f) In der Innenstadt wird ein Grundschulcampus errichtet, der beispielgebend ist für die weitere Entwicklung von gebundenen Ganztages-Grundschulen.									
3)	3. Die Hauptschulen sind mindestens zweizügig und werden als Werkrealschulen geführt. Zusätzliche pädagogische Angebote stellen optimale	a) Eine Projektgruppe, bestehend aus den Verantwortlichen der Schulen, des Schulamtes, dem Team Pädagogische Angebote an Schulen, dem Jugendreferenten, den Schulsozialarbeitern und Vertretern der IHK, begleitet die drei Hauptschulen -									

B: Maßnahmen

4. Ludwigsburg baut seine Schullandschaft nachhaltig, attraktiv, zukunfts offen und demographiegerecht aus. Allen Schülerinnen und Schülern werden optimale Bildungs- und Lernchancen ermöglicht, die langfristig gesichert werden.				Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	In Vorbereitung/			In Umsetzung/	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht	Projektstand			
	Bildungs- und Lernchancen sicher. An jeder Hauptschule ist Schulsozialarbeit etabliert. Alle Hauptschulen werden Zug um Zug zu Ganztageschulen ausgebaut.	Hirschbergsschule, Innenstadtschule und Oststadtschule - auf ihrem Weg der Weiterentwicklung zu Werkrealschulen. b) Zusätzliche Angebote aus Sport, Musik, Theater und Kunst sollen dazu beitragen, soziale Schlüsselqualifikationen zu schaffen bzw. zu stärken und die hohen Unterschiede aus den Migrationsverhältnissen abzubauen. c) Ein Konzept für die Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit wird erarbeitet. d) Wie an den Grundschulen werden Standards für den Ganztagesbetrieb entwickelt.									
4)	Die beiden Realschulen sind profiliert ausgebaut. Die Gottlieb-Daimler-Realschule besitzt ein Sportprofil, die Elly-Heuss-Knapp-Realschule ist Teil des Schulcampus Innenstadt und entwickelt ein Musik-Profil. An beiden Schulen ist eine Schulsozialarbeit eingerichtet.	a) Die Gottlieb-Daimler-Realschule soll in ihrer Schwerpunktsetzung im Fach Sport mit dem Otto-Hahn-Gymnasium und dem Stadtverband für Sport vernetzt werden. Der Kontakt zu den beiden Sportinternaten soll intensiv gepflegt werden. b) Die Elly-Heuss-Knapp-Realschule sucht die Kooperation mit der Jugendmusikschule, den Musikvereinen und dem Goethe-Gymnasium. Sie greift Angebote des Schulcampus Innenstadt auf. c) Es wird geprüft, ob die beiden Schulen bei der Neukonzipierung der Schulsozialarbeit Berücksichtigung finden können.									
5)	Ludwigsburg bietet mit seinen Gymnasien vier unterschiedliche Profile an. Das Friedrich-Schiller-Gymnasium besitzt ein soziales Profil, das Goethe-Gymnasium ein Musik-Profil, das Mörike-Gymnasium ein Kunst-Profil und das Otto-Hahn-Gymnasium ein Sport-Profil. Alle Gymnasien arbeiten im Schulcampus Innenstadt bzw. im Bildungszentrum West federführend mit.	Die Gymnasien werden ausgebaut und auf die kommenden Veränderungen vorbereitet (Ganztage, Lehrerarbeitsplätze, Kurssysteme usw.). Bedarf an Schulsozialarbeit ist gegeben. Diese ist jedoch über die Fördervereine zu finanzieren.									
6)	Die Schulentwicklungen werden laufend evaluiert. Neue Bildungstendenzen werden beobachtet und aktiv begleitet.	Die Schulevaluierungen werden grundsätzlich ausgewertet und mit den Schulen besprochen, um positive Ergebnisse zu sichern und Veränderungsbedarf abzudecken. Die Evaluierungsergebnisse fließen in die Schulentwicklungsplanung ein. Der Schulbeirat wird über Veränderungen im Bildungssektor frühzeitig informiert. Er berät dabei die Stadtverwaltung und schlägt ggf. entsprechende Schritte vor. Die Entwicklungen des									

B: Maßnahmen

4. Ludwigsburg baut seine Schullandschaft nachhaltig, attraktiv, zukunfts offen und demographiegerecht aus. Allen Schülerinnen und Schülern werden optimale Bildungs- und Lernchancen ermöglicht, die langfristig gesichert werden.				Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	In Vorbereitung/			In Umsetzung/	Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht	Projektstand			
		dreigliedrigen Schulsystems sind dabei besonders zu beobachten.									
7)	Die beiden Ludwigsburger Förderschulen arbeiten eng zusammen und sollen sich dem Anliegen öffnen, gehandicapte Schülerinnen und Schüler im Bereich der Regelschulen zu unterstützen.	Die Schulsozialarbeit beider Schulen wird über den Jugendreferenten eng vernetzt. Die räumlichen Bedingungen sind bei beiden Förderschulen vorhanden, auch wenn die Silcherschule in zwei Gebäuden untergebracht ist. Mittelfristig wird die Verlagerung der Silcherschule in die ehemalige KO-Kaserne angestrebt. Sie ist dann Teil des Bildungszentrums West.									
8)	Der Schulcampus Innenstadt entwickelt sich mit seinen Freiflächen kontinuierlich weiter und besitzt ein gemeinsames pädagogisches Konzept. Alle auf dem Campus vertretenen Schulen arbeiten schulartenübergreifend zusammen.	Der Ausbau der ARGE Campus zum zentralen Organ aller auf dem Schulcampus zusammenhängenden Maßnahmen wird durch regelmäßige gegenseitige Unterrichtsungen weiter unterstützt. Doppelstrukturen sollen vermieden werden. Freiflächenplanung und Entwicklung einer pädagogischen Konzeption werden von der Stadtverwaltung koordiniert.									
9)	Das Bildungszentrum West wird weiter profiliert. Das Otto-Hahn-Gymnasium, die Gottlieb-Daimler-Realschule, das Voll- sowie das Teilzeit-Sportinternat arbeiten dabei eng zusammen.	Die im Bildungszentrum West vorhandenen Strukturen werden optimal genutzt. Die Entscheidungsgremien der beteiligten Akteure bilden eine Arbeitsgemeinschaft, die die weitere Entwicklung des Zentrums koordiniert. Die Stadt begleitet diesen Prozess aktiv. Das Zentrum wird grundlegend saniert und erhält die erforderlichen Ganztageseinrichtungen.									
10)	Zahlreiche zusätzliche Angebote unterstützen die Ludwigsburger Schulen. Die Betreuung von Schülerinnen und Schülern ist in allen Ferien gewährleistet. Die Stadt Ludwigsburg versteht sich als aktiver Schulträger.	<p>a) Die Kernzeitenbetreuung wird kontinuierlich pädagogisch ausgebaut. An den Schulstandorten August-Lämmle-Schule, Friedrich-von-Keller-Schule, Grundschule Pflugfelden, Osterholzscheule und Oststadtschule II bestehen auch in den Ferien Betreuungsangebote. Die Kinder- und Jugendförderung koordiniert dabei die Angebote, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Die Ferienbetreuung in Ludwigsburger Grundschulen umfasst 137 Kinder in 6 Gruppen, Ferienspaß mit ca. 4.500 Kinder, Kinder-Uni: 3 – 4 Vorlesungen für 300 – 4000 Kinder, 2 – 3 Firmenexkursionen mit ca. 50 – 75 Kinder.</p> <p>b) Das Jugendbegleiterprogramm wird finanziell weiter unterstützt und begleitet so die Schulen auf ihrem Weg zu Ganztagesesschulen.</p> <p>c) An jeder Schule wird ein Essen zu einem einheitlichen Preis angeboten.</p>									

B: Maßnahmen

4. Ludwigsburg baut seine Schullandschaft nachhaltig, attraktiv, zukunfts offen und demographiegerecht aus. Allen Schülerinnen und Schülern werden optimale Bildungs- und Lernchancen ermöglicht, die langfristig gesichert werden.				Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	In Vorbereitung/ In Umsetzung/ Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht								
			Projektstand	Bezüge/ Konflikte	Federführung						
		d) Besonders hilfebedürftige Schüler erhalten ein auf ein Euro reduziertes Mittagessen. e) Schüler mit Unterstützungsbedarf können Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen in Anspruch nehmen (HSL-Maßnahmen). f) Das Ludwigsburger Modell der Sprachförderung wird durch das Projekt der Mercator-Stiftung fortgeführt. g) Über den Fonds Jugend, Bildung, Zukunft werden weitere spezielle Angebote unterstützt, die den Schulen zur Profilschärfung dienen. h) Dem Aspekt der Sicherheit an Schulen wird besondere Bedeutung zugemessen.									
11)	Ein den veränderten Gegebenheiten angepasstes Konzept zur Schulsozialarbeit wird erarbeitet.	a) In Zusammenarbeit mit der Jugendförderung wird das Profil und Aufgabenspektrum der Schulsozialarbeit weiter geschärft. b) Die nötigen Beschlüsse zur Sicherstellung der Ressourcen für die Schulsozialarbeit werden herbeigeführt. c) Es wird insbesondere der benötigte Umfang an Schulsozialarbeit am Campus Innenstadt und am Bildungszentrum West geprüft.									

5. Die außerschulische Kinder- und Jugendbildung bringt ihre Konzepte und Stärken in die Ludwigsburger Bildungslandschaft ein. Sie macht damit deutlich, dass Bildung mehr als Schule ist.				Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	In Vorbereitung/ In Umsetzung/ Prüfauftrag/ Erledigt/ Ruht								
			Projektstand	Bezüge/ Konflikte	Federführung						
1)	Die Kinder- und Jugendförderung ist mit ihren Maßnahmen auf den Rhythmus und den Anforderungen der Schule abgestimmt. In allen Stadtteilen stehen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung. Die Jugendförderung koordiniert, ggf. mit Hilfe von örtlichen Trägern, die Zusammenarbeit der im Stadtteil ansässigen Akteure. Dabei stehen die besonderen Interessen von Jugendlichen im Mittelpunkt.	Die städtische Jugendförderung wird dezentral organisiert. Die Teams vor Ort erstellen die jeweils notwendige Konzeption zusammen mit Trägern offener Jugendarbeit. Es gilt das Subsidiaritätsprinzip. Die Treffpunkte bzw. Jugendcafes werden ausgebaut. Dabei wird auf einen angemessenen Standard Wert gelegt, auch unter betriebswirtschaftlichen und personellen Gesichtspunkten.									

B: Maßnahmen

- 2) Die vier Aktivspielplätze sind in das Konzept der Kinder- und Jugendförderung eingebunden. Der Jugendreferent achtet auch die notwendige Vernetzung. Die Spielplätze sind in das Ferienkonzept der Stadt eingebunden.

Mit den Aktivspielplätzen wird eine Leistungsvereinbarung in Anlehnung an die Leistungsvereinbarung im Bereich der Schulsozialarbeit abgeschlossen.
- 3) Die Kinder- und Jugendförderung begleitet besondere soziale Projekte (z.B. Soziale Stadt Grünbühl/Sonnenberg).
- 4) Besondere kinder- und jugendspezifische Angebote ergänzen die schulbezogene und offene Jugendarbeit.

Die bisher begonnenen Aktionen wie

 - Mitmischer
 - Kinderstadtteilführer
 - Stadtteilaktionen
 - Spielplatztester

werden ggf. mit Hilfe Dritter fortgeführt.
- 5) Der Jugendreferent pflegt und koordiniert die Vernetzung aller Aktivitäten aus dem Bereich der offenen Jugendhilfe.

Der Jugendreferent prüft und koordiniert die Einsatzmöglichkeiten anderer Träger der Jugendhilfe. Er hält insbesondere Kontakt zum ASD des Landratsamts. Er beobachtet Entwicklungen und reagiert darauf mit Vorschlägen bzw. initiiert ggf. Maßnahmen.

Die Zusammenarbeit mit der PH, der dualen Hochschule und der Evangelischen Hochschule wird verstärkt und ausgebaut.

6. Die Stadtbibliothek Ludwigsburg bietet allen Bevölkerungs- und Altersgruppen Zugang zu Bildung, Kultur, Information und Wissen in Form umfassender Medienbestände und Dienstleistungen. Sie leistet die zielgruppengerechte Vermittlung der Angebote und die Förderung der Lese- und Medienkompetenz in enger Kooperation mit allen wichtigen Bildungseinrichtungen.				Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel		Projektstand	Bezüge/ Konflikte	Federführung			
1)	Die Stadtbibliothek im Kulturzentrum erfüllt die Funktion einer zentralen Schulbibliothek für die Innenstadt. Entsprechendes gilt für die Bibliothek im BZ West	1. Ein erweitertes Angebot an Einzel- und Gruppenarbeitsmöglichkeiten, EDV-Arbeitsplätzen mit Lernsoftware und der Ausbau spezifischer Medienangebote sind Voraussetzung. Dazu werden Flächen im freiwerdenden Museum umgewandelt. 2. Innerhalb der Bibliotheksräume im Kulturzentrum wird ein gemeinsam mit der VHS betriebenes räumlich abtrennbares Lernzentrum geschaffen. Es soll pädagogisch betreute multimediale Schulungs- und Übungsmöglichkeiten für Einzelne wie für Gruppen bis Klassenstärke schaffen. Dazu werden Flächen im freiwerdenden Museum umgewandelt.								

B: Maßnahmen

6. Die Stadtbibliothek Ludwigsburg bietet allen Bevölkerungs- und Altersgruppen Zugang zu Bildung, Kultur, Information und Wissen in Form umfassender Medienbestände und Dienstleistungen. Sie leistet die zielgruppengerechte Vermittlung der Angebote und die Förderung der Lese- und Medienkompetenz in enger Kooperation mit allen wichtigen Bildungseinrichtungen.				Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Zeitziel		Projektstand	Bezüge/ Konflikte	Federführung			
		<ol style="list-style-type: none"> 3. Die Bibliothek/Mediothek im BZ West wird entsprechend modernisiert und weiterentwickelt. Die Öffnungszeiten werden erweitert – in Anpassung an den zunehmenden Ganztagesbetrieb. Ein neuer Außenzugang zur Bibliothek wird geschaffen, der nicht mehr durch einen Aufenthaltsraum führt. 4. Bibliothekspädagogische Angebote, wie z.B. Rechenschulungen, Einführungen für Schulklassen werden ausgebaut. Zusätzlich werden Schulungsangebote für Lehrkräfte entwickelt.. 								
2)	Das Bibliotheksprofil wird zu einem Gesamtkonzept „Lernzentrum Bibliothek“ weiterentwickelt. Die Stadtbibliothek unterstützt alle Lernformen und trägt besonders dem Bedürfnis nach Flexibilität und Individualisierung Rechnung. Sie schafft Strukturen, die sowohl dem schulischen Lernen, wie auch der Erwachsenenbildung dienen.	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ein erweitertes Angebot an Einzel- und Gruppenarbeitsmöglichkeiten, EDV-Arbeitsplätzen z.B. mit Lernsoftware und der Ausbau spezifischer Medienangebote sind Voraussetzung. Dazu werden Flächen im freiwerdenden Museum umgewandelt. 2. Innerhalb der Bibliotheksräume im Kulturzentrum wird ein gemeinsam mit der VHS betriebenes räumlich abtrennbares Lernzentrum geschaffen. Es soll pädagogisch betreute multimediale Schulungs- und Übungsmöglichkeiten für Einzelne wie für Gruppen bis Klassenstärke schaffen. Dazu werden Flächen im freiwerdenden Museum umgewandelt. 3. Weiterer Ausbau der Onlinebibliothek-LB 4. Ausbau der fremdsprachigen Medienangebote 5. Verbesserung der Nutzbarkeit und Bekanntheit von Datenbank-gestützten Informationsangeboten 								
3)	Für Kindertagesstätten und Schulen sowie andere Akteure des Bildungsbereichs werden differenzierte Leistungen erbracht	<ol style="list-style-type: none"> 6. Für Schulen außerhalb der Einzugsgebiete der ortsfesten Bibliotheken werden bestehende Lösungen analysiert und ggf. optimiert. In der Stadtbibliothek wird eine Beratungsstelle eingerichtet, die die Schulen bei Einrichtung und Betrieb unterstützt. 7. Einrichtung einer Sportbibliothek zur Unterstützung der Trainer in Sportvereinen 8. Weiterer Ausbau des Angebots an thematischen Medienkisten für Kitas und Grundschulen 9. Weitere Bereitstellung von Lektüren für das „Antolin“ Leseförderungsprogramm, das in vielen Schulen eingesetzt wird 10. Absicherung der Stelle einer Medienpädagogin im Stellenplan 								

B: Maßnahmen

6. Die Stadtbibliothek Ludwigsburg bietet allen Bevölkerungs- und Altersgruppen Zugang zu Bildung, Kultur, Information und Wissen in Form umfassender Medienbestände und Dienstleistungen. Sie leistet die zielgruppengerechte Vermittlung der Angebote und die Förderung der Lese- und Medienkompetenz in enger Kooperation mit allen wichtigen Bildungseinrichtungen.				Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Projektstand			Bezüge/ Konflikte	Federführung				
		11. Weiterführung Vorlesepatennetzwerk									
		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterführung Aktion Lesestart für Schulanfänger 									
4)	Für Kinder und Jugendliche werden attraktive, motivierende Medien- und Raumangebote gemacht. Dazu ist auch die Präsenz der Stadtbibliothek in den Stadtteilen erforderlich.	<ol style="list-style-type: none"> 1. Schaffung eines Jugendbereichs in der Stadtbibliothek im KUZ , der jugendspezifischen Interessen und Bedürfnissen entspricht und sich inhaltlich und gestalterisch an nicht-schulischen Interessen ausrichtet. 2. Familienfreundliche Erweiterung des Kinderbereichs im Kulturzentrum 3. Schaffung eines abgrenzbaren Aktions- und Veranstaltungsbereichs 4. Zweigstelle Schlösslesfeld mit Ausweitung des Einzugsgebiets auf die Hartenecker Höhe und des Bücherbus mit Erweiterung der Öffnungszeiten 									
5)	Die Stadtbibliothek dient auch der Kultur- und Literaturvermittlung bzw. -förderung	<p>Die Stadtbibliothek führt ihre literarisch-kulturellen Veranstaltungs- und Werkstattangebote fort bzw. baut sie aus:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Beteiligung am Ludwigsburger Literaturfest. 2. Leseförderung für Kinder und Jugendliche 3. Medienpädagogische Programme 4. Lesungen und Vorträge 									

7. Die Volkshochschule bietet allen Bevölkerungsgruppen grundlegende Bildungsangebote sowie Weiterbildung in den Programmbereichen Allgemeinbildung, Kunst und Kultur, Gesundheit, Sprachen und berufliche Bildung.				Zeitziel	Status	Aktualisiert: 1.09.2009			Finanzierung im Haushalt	HH-Jahr	Betrag in €
Nr.	II Ziele	III Maßnahmen	Projektstand			Bezüge/ Konflikte	Federführung				
1)	Förderung der musischen Bildung im Bereich der KiTas	Singen im Kindergarten. Einmal wöchentlich eine UE. Aufgabe der VHS: Die „Singpaten“ schulen und einsetzen.									
2)	Verbesserung der Berufschancen von Schülern	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ergänzende Maßnahmen zum Unterricht, z. B. EDV-Unterricht an Hauptschulen (XPert European Computer Passport) 2. Vorbereitungslehrgang zur Schulfremdenprüfung für Schulabbrecher (Hauptschulabschluss) 									

B: Maßnahmen

- | | | |
|-----------|--|---|
| 3) | Unterstützung beim weiteren Ausbau der Ganztagesbetreuung | Aufbau „junge VHS“. Personalmaßnahme: eine 20%-Stelle |
| 4) | Chancengleichheit von Männern und Frauen wird gefördert | „Azubinen“ stark machen (Projekt der Beratungsstelle Frau und Beruf) |
| 5) | Die Chancen von Migranten werden verbessert | <ol style="list-style-type: none"> 1. Integrationskurse „Deutsch als Fremdsprache“ (zur Zeit jährlich 8000 Unterrichtsstunden). Finanzierung über Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. 2. Vorbereitungslehrgang zur Schulfremdenprüfung für Migranten (Hauptschulabschluss). Zentrale Maßnahme: drei Unterrichtsräume insgesamt für die Kurse „Deutsch als Fremdsprache“ und für den Vorbereitungslehrgang. Organisation über VHS, Finanzierung des Unterrichts über Landesmittel, Finanzierung der Räume durch die Stadt. 3. Alphabetisierungskurse |
| 6) | Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern | Aufbau einer Elternschule, teilweise im Rahmen des Landesprogramms STÄRKE |
| 7) | Die berufliche Bildung wird ausgebaut | <ol style="list-style-type: none"> 1. Aufbau Beratungsstelle Bildungsprämie (Projekt des BMBF) 2. Beratungsstelle Frau und Beruf (Projekt des WiMi BW) 3. Frauen wieder in den Beruf 4. Maßnahmen für Betriebe und Institutionen. <p>Berufsbildende Lehrgänge für Einzelpersonen, z. B. kaufmännische Qualifizierung mit IHK-Abschluss oder EDV-Schulungen</p> |
| 8) | Weiterbildungsangebote werden in allen Bildungsbereichen ausgebaut | <ol style="list-style-type: none"> 1. Studium generale 2. Kunstschule für Erwachsene 3. Sprachenschule 4. Gesundheitszentrum VHS |



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Kultusministerin genehmigt 84 neue Ganztagsschulen zum kommenden Schuljahr

Die Zahl der Schulen mit Ganztagsangeboten in Baden-Württemberg steigt zum kommenden Schuljahr um 84 neue Schulen an. Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD) hat jetzt insgesamt 84 Anträge zum Beginn des Schuljahres 2012/13 genehmigt: 73 Neugenehmigungen und 11 Erweiterungen bereits bestehender Ganztagsschulen.

"Wir müssen es in den kommenden Jahren erreichen, nach der Einrichtung der Betreuungsplätze für die Kleinsten flächendeckende ganztägige Angebote in den Grundschulen zu schaffen", betonte die Ministerin bei der Bekanntgabe der Genehmigungen. Sie betrachte den weiteren Ausbau von Ganztagsschulen als einen Schwerpunkt der Bildungs- und Familienpolitik des Landes. Und sie räumte ein: "Baden-Württemberg hat einen großen Nachholbedarf bei der Einrichtung von Ganztagsschulen."

Dabei gehe es auch um die pädagogische Qualität des Schulwesens. Insgesamt würden die Ganztagsschulen dazu beitragen, die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem zu verbessern, erklärte die Kultusministerin. Wie der Ausbau bei den Ganztagsschulen in allen Schularten in den kommenden Jahren fortschreite, hänge von den Anträgen der Kommunen und von den finanziellen Möglichkeiten des Landes ab. Auf jeden Fall strebe sie aber an, dass bis 2020 jede Grundschule Ganztagschule werden könne, wenn dies lokal gewünscht werde.

Unter den 63 genehmigten Ganztagsschulanträgen in offener Angebotsform befinden sich 25 Grundschulen (Neuanträge), zwölf Haupt-/Werkrealschulen (zehn Neuanträge und zwei Erweiterungsanträge), 13 Realschulen (elf Neuanträge und zwei Erweiterungsanträge) sowie 13 Gymnasien (Neuanträge).

Die 21 genehmigten Ganztagsschulanträge mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung setzen sich aus zehn Grundschulen (sieben Neuanträge und drei Erweiterungsanträge), neun Werkrealschulen (fünf Neuanträge und vier Erweiterungsanträge) und zwei Förderschulen (Neuanträge) zusammen.

Im Schuljahr 2010/11 wurden 259 der rund 2.500 öffentlichen und privaten Grundschulen des Landes als Ganztagsschulen im Sinne des Landeskonzepts Baden-Württemberg 2006 (mindestens 4 Tage Ganztagsangebot pro Woche und hochwertiges pädagogisches Konzept als Genehmigungsvoraussetzung) geführt. Weitere 64 Grundschulen erfüllen die Standards der Kultusministerkonferenz (mindestens 3 Tage Ganztagsangebot pro Woche). Von den rund 1.076 öffentlichen und privaten Werkrealschulen sowie den Hauptschulen boten 365 Standorte ein Ganztagsangebot nach Landeskonzept an und 54 Standorte eines nach den Maßgaben der KMK. Im Bereich der insgesamt 489 öffentlichen und privaten Realschulen führten 72 Schulen ein Ganztagsangebot nach Landeskonzept und weitere 39 eines nach KMK. Unter den 449 öffentlichen und privaten Gymnasien hatten sich 99 Schulen für ein Ganztagsangebot nach Landeskonzept entschieden und weitere 106 Schulen für Angebote im Sinne der KMK-Standards.

Autor/in: Stephan Lücke

Datum: 20.04.2012

© www.ganztagsschulen.org

Die Übernahme von Artikeln und Interviews - auch auszugsweise und/oder bei Nennung der Quelle - ist nur nach Zustimmung der Online-Redaktion erlaubt. Wir bitten bei Zustimmung um folgende Zitierweise: Autor/in: Artikelüberschrift. URL: <http://www.ganztagsschulen.org>. Datum des Zugriffs: xx.xx.xxxx

Eckpunkte des Jugendbegleiter-Programms

Bildung, Betreuung und Erziehung sind Aufgaben der ganzen Gesellschaft und können sowohl von schulischen als auch von außerschulischen Institutionen wahrgenommen werden. Ziel muss es deshalb sein, die Schulen für außerschulische Institutionen und für engagierte Bürgerinnen und Bürger noch viel weiter zu öffnen als dies bisher der Fall ist. Hierzu soll qualifiziertes Ehrenamt von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Eltern in die Ganztagsbetreuung integriert werden.

Mit dem Jugendbegleiter-Programm werden mehrere gesellschaftspolitisch aktuelle Ziele verfolgt:

- Zunächst gilt es, ganztägige Betreuungsangebote im schulischen Raum zu sichern und neu zu schaffen.
- Gleichzeitig soll die gemeinsame Arbeit aller für Kinder und Jugendliche Verantwortung tragenden Personen gestärkt und das Ehrenamt sowie das bürgerschaftliche Engagement in den schulischen Lebensraum junger Menschen intensiv einbezogen werden.
- Schließlich wird die außerschulische Bildung Teil eines Gesamtbildungskonzeptes, verbunden mit einem Angebot, zusätzliche Kompetenzen zu erwerben.
- Der Zugang der Schülerinnen und Schüler zur außerschulischen Jugendbildung und Jugendarbeit soll bewusst hergestellt werden.

Als eine Perspektive dieses gesamtgesellschaftlichen Engagements bietet sich ein flächendeckendes, am Bedarf orientiertes Angebot an allgemein bildenden Schulen mit Ganztagsbetreuung an, die sich auf diese Weise als Bindeglieder beim Zusammenwirken von Schule und Gesellschaft erweisen und sich dem kommunalen Umfeld gegenüber öffnen.

Menschen, die sich als Jugendbegleiter engagieren möchten, können - bei Bedarf nach entsprechender Schulung und Qualifizierung - in der Ganztagsbetreuung in der Primarstufe und Sekundarstufe I der allgemein bildenden Schulen mitarbeiten. Soweit möglich, sollen die Jugendbegleiter durch Hauptamtliche unterstützt werden. Mit ihrer Persönlichkeit, ihrer Lebenserfahrung und ihrer Professionalität werden sie Jugendliche im außerunterrichtlichen Bereich in verschiedenen Themenbereichen unterstützen und begleiten.

Anforderungen an den Jugendbegleiter

1. Tätigkeitsbeschreibung

Jugendbegleiter unterscheiden sich in ihrer Funktion und Anspruchsebene von hauptamtlichem Personal wie Lehrkräften oder Schulsozialpädagogen. Sie bilden mit ihren ehrenamtlichen Angeboten eine zusätzliche Brücke zum Gemeinwesen und zum gesellschaftlichen Umfeld.

Im Sinne offener, von den Schülern freiwillig wahrgenommener Angebote werden sie für unterrichtsergänzende Bildungs- und Betreuungsaufgaben eingesetzt, geben Hilfestellung bei der Verwirklichung von Eigeninitiativen der Schüler (z.B. Schulsportinitiativen, Schülerbands, Bibelkreise, Theaterspiel etc.) und werden in der Regel von der Schule in Kooperation mit dem Schulträger und mit Organisationen (Vereinen, Kirchengemeinden, Schulfördervereinen, Weiterbildungsorganisationen usw.) herangezogen. Ebenso können auch entsprechend qualifizierte Einzelpersonen wie Eltern, Senioren oder Geschäftsleute aus dem schulischen Umfeld mitwirken.

Dabei werden unterschiedliche inhaltliche Themenbereiche für die Jugend erschlossen: Sport, Musik (Gesang, Chor, Instrumentalmusik, Orchester), kulturelle Aktivitäten (Kunst, Medien, Theater, Tanz, Literatur, Heimat und Geschichte), Wirtschaft, Umwelt, Naturwissenschaften. Die Jugendbegleiter können

auch wertebezogene Angebote machen, sich mit sozialen Tätigkeiten in die Schule einbringen, klassische Betreuungsaufgaben übernehmen sowie Themen aus der Arbeitswelt und aus Umwelt- und Naturschutz zu ihrem Wirkungsfeld erklären. Beispiele sind: kirchliche Jugendarbeit, Streitschlichterschulung, Erste-Hilfe-Kurse, direktes soziales Engagement, interkulturelle Arbeit mit Kindern mit Migrationshintergrund, Hausaufgabenbetreuung, Betreuung während der Mittagspause/des Mittagessens u. a. Methoden der Kinder- und Jugendarbeit (z.B. Erlebnispädagogik) können eingesetzt werden.

Als Jugendbegleiter eignen sich insbesondere pädagogisch bereits qualifizierte Personen wie ausgebildete Übungsleiter, Jugendgruppenleiter, Schülermentoren und Bürgermentoren, Musikschulpädagogen, Fachleute aus der Wirtschaft u. a. Es erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem hauptamtlich tätigen Personal der Schule und der Kooperationspartner, das seinerseits die Arbeit der Jugendbegleitung unterstützt.

Zur Planungssicherheit verpflichten sich Jugendbegleiter für mindestens ein Schulhalbjahr. Ein abgestimmter Einsatz mehrerer Jugendbegleiter für ein Angebot in diesem Zeitraum ist ebenfalls möglich, wenn eine verlässliche Planung sichergestellt bleibt. Die wöchentliche Einsatzzeit richtet sich nach den örtlichen Erfordernissen und wird zwischen den außerschulischen Partnern und der Schule entsprechend den Rahmenvorgaben der Schulleitung und des Schulträgers vereinbart.

2. Qualifikation

Die Tätigkeit als Jugendbegleiter erfordert eine Grundqualifikation, die neben pädagogischen Grundkenntnissen auch organisatorische und administrative Kompetenz umfasst. Ferner sind Kooperationsbereitschaft und Konfliktfähigkeit erforderlich. Vorhandene Qualifikationen - etwa als Übungsleiter oder als Gruppenleiter, als Schüler- oder Bürgermentor oder als Musikschullehrkraft - werden genutzt und ggf. bei Bedarf modulartig ergänzt. Für die Qualifizierung von Jugendlichen bietet sich als Basis insbesondere das Schülermentorenprogramm an.

Standardisierte Grundausbildungen und ergänzende Fortbildungen von künftigen Jugendbegleitern zur Schulung ihrer pädagogischen, organisatorischen und administrativen Kompetenz können in Modulform an geeigneten Bildungseinrichtungen im Land durchgeführt werden. Die Qualifizierung kann von den Vereinen, Verbänden oder von den Kirchen verantwortet werden. Die Fortbildungsangebote im Auftrag des Landes werden vom Land finanziert; bei Angeboten der außerschulischen Einrichtungen entscheidet das Land, welche standardisierte, finanzielle Förderung es für die Fortbildungsmaßnahmen gewährt.

Formaler Rahmen

1. Landesweite Rahmenvereinbarung

Im Einvernehmen mit den betroffenen Landesorganisationen (vor allem Landessportverband, Landesverband der Musikschulen, Laien-Musikbünde, Landesjugendring, Landesarbeitsgemeinschaft offene Jugendbildung, Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung, Rettungsorganisationen, Umwelt- und Naturschutzverbände, Wirtschaftsverbände, Landesverband der Schulfördervereine, Weiterbildungsverbände sowie Kirchen und kommunale Landesverbände) wird eine Rahmenvereinbarung getroffen, die Grundlinien zur Qualifikation und Leistung sowie zur Finanzierung des Jugendbegleiter-Programms festlegt. Die Vereinbarung stellt die Basis für die örtlichen Koordinierungsgruppen dar.

Durch Beitritt zur Rahmenvereinbarung entsteht ein Kreis von Institutionen, deren Mitglieder - auch mit eigenen Angeboten - als Jugendbegleiter an Schulen tätig werden können. Die konkrete Festlegung der Angebote und des Personals erfolgt dann in der Regel durch die örtlichen Koordinierungsgremien, die abschließende Entscheidung über den Einsatz durch die Schulleitung.

2. Rahmenkatalog

Als Ratgeber beim Einsatz von Jugendbegleitern auf örtlicher Ebene wird eine Handreichung herausgegeben. Diese enthält Informationen über Eckdaten der Rahmenvereinbarung, Qualifikationsmerkmale, Verfahrenswege, kooperierende Verbände bzw. Institutionen, mögliche Themenbereiche sowie Hinweise zur effektiven Kooperation und Koordinierung.

3. Verfahren auf örtlicher Ebene

Jugendbegleitung ist kein starres, von oben aufgesetztes Programm, sondern ein individuell zu entwickelndes Angebot vor Ort für jede einzelne Schule, das, abgestimmt auf die konkreten lokalen Gegebenheiten, Partner und Bedürfnisse, entwickelt wird. Wesentlich ist deshalb die enge Zusammenarbeit von Schule, Vereinen, Kirchen, Kommune und Eltern innerhalb der Schulgemeinschaft. Von Bedeutung ist insbesondere eine gute Zusammenarbeit zwischen den Jugendbegleitern und den Lehrkräften. Im Übrigen wird das Jugendbegleiter-Programm über das mit der Schule zu entwickelnde pädagogische Konzept eng in bestehende Kooperationen von Schulen und außerschulischen Institutionen eingebunden.

Zur Umsetzung des Jugendbegleiter-Programms wird der einzelnen Schule - unter Einbeziehung der beteiligten außerschulischen Partner - eine kleine Planungs- und Koordinierungsgruppe empfohlen, in der auch ein Vertreter der Kommune die Leitung übernehmen kann. Sie erarbeitet dem Schulprofil entsprechend die Vorschläge für die inhaltlichen Angebote, die personelle Besetzung sowie die Nutzung von Räumen und der anderen Lernorte innerhalb und außerhalb der Schule.

Eine Zusammenarbeit der einzelnen Schulen bei der Jugendbegleitung auf der Ebene der Gemeinde oder eines Stadtteils wird empfohlen. Der Schulträger kann für „seine“ Schulen die Koordinierung der Angebote wahrnehmen. Grundsätzlich ist ein Einvernehmen zwischen Schulträger, Schule und den außerschulischen Kooperationspartnern herzustellen.

Handlungsbasis für die örtlichen Koordinierungsgruppen ist die landesweite Rahmenvereinbarung. Die letzte Verantwortung für den Einsatz der Jugendbegleiter sowie die pädagogische, fachliche und organisatorische Aufsicht obliegt der Schulleitung.

Um dem mit der Jugendbegleitung verbundenen zusätzlichen Planungs- und Koordinierungsaufwand Rechnung zu tragen, wird geprüft, den Schulleitungen von Ganztagschulen eine zusätzliche Leitungsstunde zu geben.

4. Kosten

Das Land gewährt im Rahmen des verfügbaren Mittelkontingents von im Endausbau bis zu 40 Mio. Euro p. a. einen Zuschuss zur Einrichtung eines "Schulbudgets", aus dem Kosten des Jugendbegleiter-Programms an Ganztagschulen bestritten werden können. Daneben werden aus diesem, über 800 Stellenwegfälle aufgrund des Schülerrückgangs finanzierten, Programmvolument Qualifizierungskosten, ggf. zu gewährende zusätzlichen Leitungsstunden sowie evtl. Mehrkosten für die Versicherung der Jugendbegleiter abgedeckt (Gesamtprogramm Jugendbegleitung).

Vor Ort wird für jede teilnehmende Schule ein Schulbudget eingerichtet, über das die Schulleitung letztverantwortlich entscheidet. Es wird von den Kommunen verwaltet. Die Landesmittel fließen in dieses Budget ein. Eine Aufstockung des Schulbudgets durch kommunale Gelder ist seitens des Landes erwünscht. Ferner können evtl. Betreuungsentgelte erhoben werden, über die vor Ort befunden wird. Ebenso können Sponsorengelder in das Schulbudget eingehen. Die Mittelauszahlung übernimmt der kommunale Schulträger. Die Kommune schafft hierfür in ihrem Haushalt eine entsprechende Haushaltsstelle.

5. Rechtliche Position/Versicherung

Betreuungsangebote im Rahmen des pädagogischen Konzepts der Schule sind schulische Veranstaltungen, so dass die Jugendbegleiter einen ausreichenden Versicherungsschutz erhalten (Haftpflichtversicherung, Unfallversicherung). Dieser orientiert sich an den Kriterien für ehrenamtlich tätige Personen.

Daneben treten mit Wirkung zum 01. Januar 2006 Sammelversicherungsverträge des Landes zur Verbesserung des Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutzes für bürgerschaftlich und ehrenamtlich engagierte Menschen in Baden-Württemberg in Kraft. Diese Rahmenverträge sind subsidiär ausgestaltet. Dieser Versicherungsschutz tritt demnach zurück, wenn bereits ein anderweitiger privatvertraglicher oder gesetzlicher Unfallversicherungsschutz oder ein privatvertraglicher oder institutioneller Haftpflichtversicherungsschutz besteht. Das ist bei einem Großteil der ehrenamtlich Tätigen der Fall. Damit umfasst die Sammelversicherung des Landes zwar auch grundsätzlich die Jugendbegleiter, jedoch nur insoweit als ein anderer Unfall- oder Haftpflichtversicherungsschutz nicht besteht.

6. Koordinierung auf Landesebene

Die Abstimmung des Programms in grundlegenden Fragen der Durchführung, der Qualifizierung und der Evaluation erfolgt auf Landesebene in einer Koordinierungsgruppe, in der Vertreterinnen und Vertreter der wichtigsten Verbände und Institutionen, der kommunalen Landesverbände und des Kultusministeriums mitwirken. Darüber hinaus wird beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Rahmen der vorhandenen Ressourcen eine zentrale Brokerstelle eingerichtet.

7. Modellprojekte

Der Einsatz des Jugendbegleiters wird derzeit in einer Modellphase erprobt, die am 1. Februar 2006 beginnt. Interessierte Schulen bzw. Städte und Gemeinden sind eingeladen, sich für die Teilnahme am Projekt Jugendbegleiter zu bewerben.

Die Modellprojekte sollen nach Einzelfallregelungen arbeiten, die im Sinne der Konzeption Jugendbegleitung getroffen werden. Gleichzeitig werden Ansätze zu verschiedenen inhaltlichen, organisatorischen und kooperationsbezogenen Fragestellungen projektartig erprobt. Rechtzeitig vor Abschluss der Modellphase wird das Ergebnis des Modellversuchs ausgewertet. Auf dieser Basis werden Land und Kommunale Landesverbände über die endgültige Gestaltung dieses Elements entscheiden und prüfen, ob eine weitere Entflechtung der Aufgaben- und Finanzverantwortung erfolgen soll.

8. Evaluation

Nach jedem Modelljahr wird eine Zwischenevaluation des Jugendbegleiter-Programms (einschließlich Qualifizierung und Coaching) durchgeführt. Rechtzeitig vor Abschluss der Modellphase erfolgt die abschließende Auswertung des Modellversuchs.

9. Konzeptionelle Weiterentwicklung

Im Verlauf der weiteren Entwicklung wird geprüft, inwieweit entsprechend der sich abzeichnenden Nachfrage und der Mitwirkungsbereitschaft Ehrenamtlicher, Regelungen hinsichtlich des Umfangs bei Einsatz und Finanzierung von Jugendbegleitern festgelegt werden müssen. Schließlich wird eine Harmonisierung mit anderen Angeboten der Ganztagsbetreuung - etwa der flexiblen Nachmittagsbetreuung - erfolgen.

5 Jahre Kinderland Baden-Württemberg – eine Zwischenbilanz

Christine Ehrhardt, Tanja Zähle

5 Jahre nach Start von „Kinderland Baden-Württemberg“ im Jahr 2005 zieht die Landesregierung eine erste Zwischenbilanz. Die FaFo Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt wurde beauftragt, hierzu einen Indikatorenbericht zu erarbeiten. „Trends und Fakten Kinderland Baden-Württemberg“ beschreibt auf rund 180 Seiten die Entwicklung der Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Familien im Land in den letzten 5 Jahren. Der Bericht zeigt: Wo stehen wir auf dem Weg zum „Kinderland“? Welche Erfolge sind zu verzeichnen? Was bleibt zu tun? Der Bericht basiert im Wesentlichen auf Daten der amtlichen Statistik. Den Leser erwartet eine kompakte, systematische und zugleich praxisnahe Übersicht zu den Handlungsfeldern von „Kinderland Baden-Württemberg“ mit seinen zahlreichen vernetzten Themenkomplexen und Maßnahmen, die es erleichtert, „Kinderland Baden-Württemberg“ mit all seinen Facetten als Gesamtheit zu erfassen und zu bewerten. Darüber hinaus bieten Portraits innovativer Praxisbeispiele aus dem kommunalen Bereich konkrete Anregungen und Motivation für die praktische Arbeit vor Ort. Dieser Artikel stellt Ergebnisse des Berichts vor (siehe i-Punkt Seite 39).

Im Rahmen des ersten großen Kinderland-Handlungsfelds „Kinder und Jugendliche“ ist der individuelle Bildungserfolg das zentrale Anliegen. Bildung wird dabei als ein kontinuierlicher Prozess über den gesamten Lebensverlauf hinweg verstanden. Bildung – verbunden mit Erziehung und Betreuung – beginnt bereits im Kleinkindalter in der Familie und in Kindertageseinrichtungen. Mit der Einschulung, dem anschließenden Wechsel auf eine weiterführende Schule sowie schließlich dem Erwerb eines beruflichen oder akademischen Ausbildungsabschlusses setzt sich der individuelle Bildungsweg fort (siehe i-Punkt Seite 32).

Fortschritte beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für unter 3-Jährige

Für den individuellen Bildungserwerb und Bildungserfolg wird mehr und mehr die Bedeu-

tung der ersten Lebensjahre unterstrichen. Zu Beginn der Bildungskarriere werden die kognitiven und motorischen Grundlagen für den weiteren Bildungsweg gelegt. Darüber hinaus ist die frühkindliche Bildung ein zentraler Ansatzpunkt, um herkunftsbezogene Bildungsungleichheiten abzubauen. Im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ schlägt sich dieser hohe Stellenwert der frühkindlichen Erziehung, Bildung und Betreuung im zunehmenden und qualitätsorientierten Ausbau der Kinderbetreuungsangebote nieder. Für das Kindergartenalter war 2009 mit einer landesweiten Besuchsquote von 95 % annähernd Vollversorgung zu verzeichnen. Außerdem werden immer mehr Kinder auch unter 3 Jahren ergänzend zum Leben in der Familie in Kindertageseinrichtungen oder in der Kindertagespflege betreut. 2009 waren es bereits rund 44 000 Kinder, 3 Jahre zuvor noch 25 000. Die Betreuungsquote hat sich entsprechend von 9 % im Jahr 2006 auf fast 16 % im Jahr 2009 erhöht. Ziel der Landesregierung ist eine landesweite bedarfsgerechte Betreuungsquote von 34 % bis zum Jahr 2013 (Schaubild 1).

Wachsende Nachfrage nach verlängerter und ganztägiger Betreuung

Für beide Altersgruppen ist dabei eine zunehmende Nutzung längerer Öffnungszeiten festzustellen. Von den 3- bis 6-Jährigen wurde 2009 fast die Hälfte in einer Tageseinrichtung mit verlängerten Öffnungszeiten zwischen 5 und 7 Stunden täglich betreut. Weitere 12 % besuchten eine ganztägige Einrichtung. Im Vergleich dazu besuchten 2006 noch 42 % der Kindergartenkinder eine Einrichtung mit verlängerten Öffnungszeiten und 7 % wurden ganztags betreut. Bei den unter 3-jährigen Kindern zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. 2009 wurden 37 % in Einrichtungen mit verlängerten Öffnungszeiten und 25 % ganztägig betreut. Dies sind zusammen über 60 %, die Angebote mit längeren Öffnungszeiten nutzen, was einem Zuwachs von fast 7 Prozentpunkten im Vergleich zu 2006 entspricht. Für beide Altersgruppen hat sich damit der Anteil der Kinder in Halbtagsbetreuung verringert und es zeigt sich eine wachsende Nachfrage nach verlängerten und ganztägigen Betreuungsangeboten.

Christine Ehrhardt, Politologin, M. A. ist Referentin im Referat „Sozialwissenschaftliche Analysen, Familienforschung Baden-Württemberg“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Dipl.-Soziologin Tanja Zähle ist Referentin im gleichen Referat.



Kinderland Baden-Württemberg

„Kinderland Baden-Württemberg“ wurde 2005 von der Landesregierung ins Leben gerufen, um die Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und Familien in Baden-Württemberg mit vereinten Kräften weiter zu verbessern.

„Kinderland Baden-Württemberg“ steht für einen ganzheitlichen familienpolitischen Ansatz, der sich am Lebensverlauf des Kindes orientiert und sich dabei auf drei Handlungsfelder konzentriert:

- Im ersten Handlungsfeld „Kinder und Jugendliche“ stehen die Bildungsbeteiligung, die Bildungschancen und Bildungserfolge vom Kleinkindalter bis zum Berufseinstieg im Mittelpunkt.

- Das zweite Handlungsfeld „Eltern und Familie“ weitet den Blick auf die Lebenssituation von Kindern in der Familie aus: Themen sind zum einen die Vereinbarkeit von Familie, Beruf, Ausbildung oder Studium, zum anderen das Leben in der Familie und in der Kommune.

- Im dritten Handlungsfeld „Gesellschaft und Umwelt“ stehen die sozialen Rahmenbedingungen für Kinder und Familien im Fokus. Schwerpunkte sind dabei die Gesundheit von Kindern und der Kinderschutz sowie die übergeordneten Themen Umwelt und Generationengerechtigkeit.

„Kinderland Baden-Württemberg“ verbindet ressortübergreifend sämtliche Politikfelder, begegnet der demografischen Herausforderung und berücksichtigt die Bedürfnisse und Möglichkeiten von Kindern, Jugendlichen und Eltern im Land. Partner im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ sind alle gesellschaftlichen Kräfte: Landesregierung und Verbände, Kirchen, Kommunen, Kreise und Regionen, Vereine, Wirtschaft, Gewerkschaften, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher und natürlich Eltern, Kinder und Jugendliche.

Verstärkte Qualifizierung von Erziehungskräften

Erziehung und Bildung im Kleinkindalter bedeutet aber weit mehr als bloße „Betreuung“. Im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ wurde die Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern sowie von Tageseltern

intensiviert. Seit 2007 müssen Tageseltern verpflichtend an einem umfassenden und wissenschaftlich geprüften Qualifizierungskurs teilnehmen. Diesen hatten 2009 bereits über 90 % der Tagesmütter und -väter belegt. Deutschlandweit waren es 71 %. Im Bereich der Kindertagesstätten dominiert in Baden-Württemberg traditionell die Erzieherausbildung. Drei Viertel der Betreuungskräfte hatten 2009 eine Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher. Bislang verfügen nur sehr wenige Erziehungskräfte über einen Hochschulabschluss. Um diese Zahl zu erhöhen, werden seit dem Wintersemester 2007/08 von den pädagogischen Hoch- und Fachhochschulen im Land sieben Bachelor-Studiengänge im Bereich Früh-/Elementarpädagogik angeboten (*Schaubild 2*).

Zur Frühförderung im Bereich der Kindertagesstätten steht den Einrichtungen seit 2009 außerdem der „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung“ zur Verfügung. Der Orientierungsplan will Erziehungskräften Impulse zur pädagogischen Begleitung der kindlichen Entwicklung geben. Ein besonderer Schwerpunkt dabei ist die Sprachförderung. Davon sollen vor allem Kinder mit Migrationshintergrund oder aus bildungsfernen Elternhäusern profitieren. Darüber hinaus ist es wichtig, nicht nur die Kinder zu fördern, sondern auch die Eltern mit einzubeziehen. Dass dies gelingen kann, zeigt zum Beispiel das Projekt KiFa in Ludwigsburg, das die kindliche Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen systematisch mit Kursen für die Eltern verknüpft.

Immer mehr Schulen im Land mit Ganztagsangebot

Im Bereich der schulischen Bildung liegen die Schwerpunkte im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ auf dem Ausbau der Ganztagschulen und auf der Förderung von höherqualifizierenden Bildungsabschlüssen. Ganztagschulen sollen bis 2015 einen Anteil von 40 % an allen allgemeinbildenden baden-württembergischen Schulen ausmachen. Denn gerade Ganztagschulen sind eine Chance, wenn es darum geht, Bildungsungleichheiten und Chancenunterschiede abzubauen, die Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erhöhen sowie die individuelle Förderung zu optimieren. Denn nach wie vor prägt die soziale Herkunft wesentlich den späteren Bildungserfolg.

Die Zahl der Ganztagschulen in Baden-Württemberg hat sich spätestens seit 2006 mit Start der Landesprogramme zum Ausbau von Ganztagschulen deutlich erhöht. Im Schuljahr 2008/09 waren insgesamt 20 % der allgemein-

bildenden Schulen Ganztagschulen. Dies sind rund 1 000 Schulen mit ganztägigem Angebot. 2004 waren es noch halb so viele Schulen. Dabei verläuft die Entwicklung je nach Schulart unterschiedlich. Besonders dynamisch ist die Entwicklung bei den Gymnasien und bei den Hauptschulen mit einem Ganztagsanteil von jeweils rund 30 %. Deutlich geringer fiel der Anteil 2009 noch bei den Realschulen (15 %) und bei den Grundschulen (9 %) aus (Schaubild 3).

Ein wichtiger Baustein des Ganztagschulprogramms sind die Jugendbegleiter, die als qualifizierte ehrenamtliche Kräfte ergänzende Betreuungs- und Bildungsangebote an den Schulen anbieten. 2009 engagierten sich rund 15 000 Schüler, Eltern, Vereinsangehörige und Einzelpersonen als Jugendbegleiter.

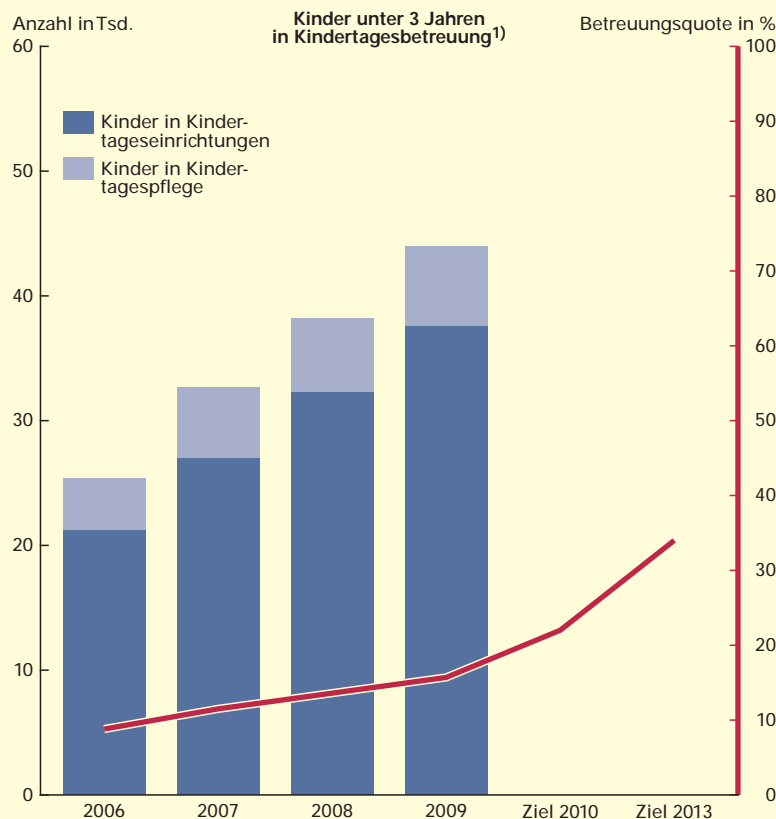
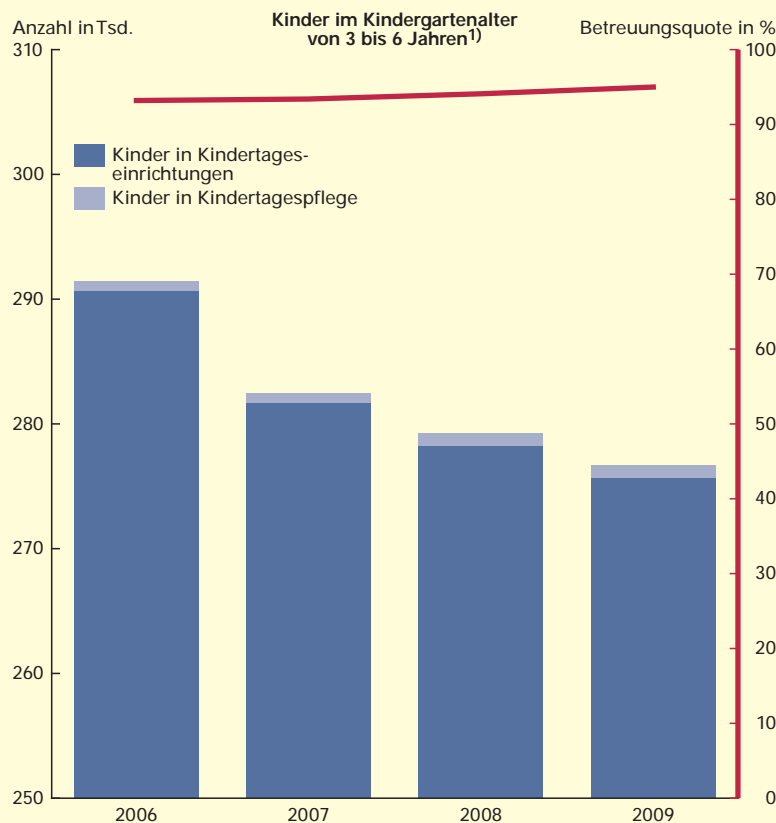
Zunehmend höherqualifizierende Schulabschlüsse

Ganztagschulen unterstützen nicht nur die Eltern bei der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern fördern auch Kinder und Jugendliche in ihren schulischen Leistungen. Seit längerem zeigt sich ein anhaltender Trend zum Besuch höherqualifizierender Schularten und zum Erwerb entsprechender Abschlüsse. Allein im Zeitraum von 2004 bis 2008 hat sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule mit der (Fach-)Hochschulreife beendet haben von 30 % auf 35 % erhöht. Gleichzeitig ging der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hauptschulabschluss von 29 % auf rund 25 % zurück. Zugleich verlassen weniger Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss. 2008 waren dies noch 6 %. Im Rahmen dieser Entwicklung zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede zwischen ausländischen und deutschen Schülerinnen und Schülern: Die (Fach-)Hochschulreife erwarben im Jahr 2008 mit 13 % deutlich weniger ausländische Schülerinnen und Schüler als insgesamt. Vielmehr zeigt sich bei ausländischen Schülerinnen und Schülern ein Trend zum Erwerb eines mittleren Bildungsabschlusses. Einen solchen haben 2009 rund 29 % der ausländischen Absolventinnen und Absolventen erreicht. Die häufigste Abschlussart bleibt aber nach wie vor der Hauptschulabschluss mit 48 % – wenn auch mit abnehmender Tendenz. Ohne Abschluss haben 14 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler ihre Schullaufbahn beendet (Schaubild 4).

Ein Indikator für die Durchlässigkeit des Schulsystems sind Schulartwechsel. 2008 haben in Baden-Württemberg 1,4 % der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I die Schul-

S1

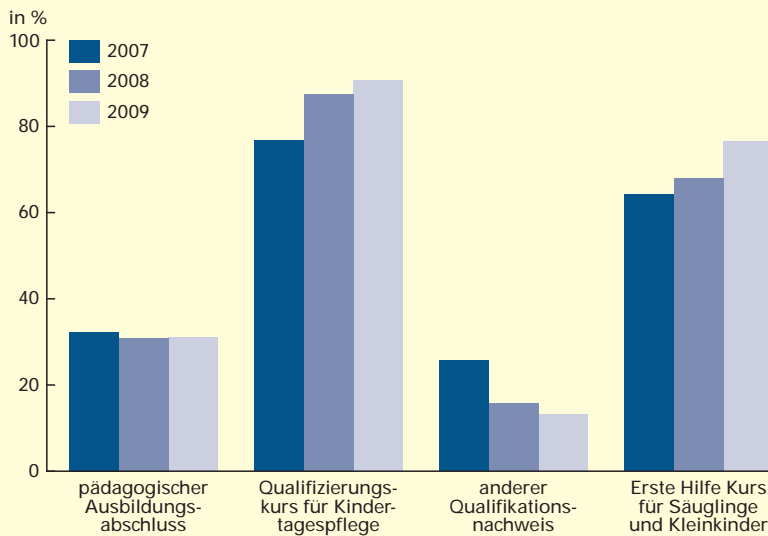
Kindertagesbetreuung von Kindern unter 6 Jahren in Baden-Württemberg seit 2006



1) Erhebungszeitpunkt ist jeweils der 1. März eines Jahres.

S2

Qualifikationsniveau in der Kindertagespflege in Baden-Württemberg 2007 bis 2009



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

987 10

art gewechselt. Davon wechselte ein Großteil (42 %) vom Gymnasium auf die Realschule, weitere 19 % von der Real- auf die Hauptschule. 33 % wechselten von der Haupt- auf die Realschule, und weitere 5 % von der Realschule auf das Gymnasium. Von quantitativ größerer Bedeutung sind in Baden-Württemberg Wechsel auf die beruflichen Gymnasien. Zum Schuljahr 2008/09 wechselten fast 17 000 Schülerinnen und Schüler auf ein berufliches Gymnasium. Das waren 14 % mehr als zum Schuljahr 2004/05. Dabei kamen 2008/09 die meisten Neuzugänge auf die beruflichen Gymnasien von der Realschule (71 %), mit großem Ab-

stand folgten Schülerinnen und Schüler von Gymnasien (15 %), beruflichen Schulen (9 %) sowie von Hauptschulen (5 %). Die beruflichen Gymnasien scheinen damit besonders für Jugendliche mit Realschulabschluss ein attraktiver Weg zur Hochschulreife zu sein, für Hauptschüler dürfte der Weg zur Höherqualifizierung häufiger zunächst über den Erwerb eines mittleren Bildungsabschlusses im System der beruflichen Bildung führen.

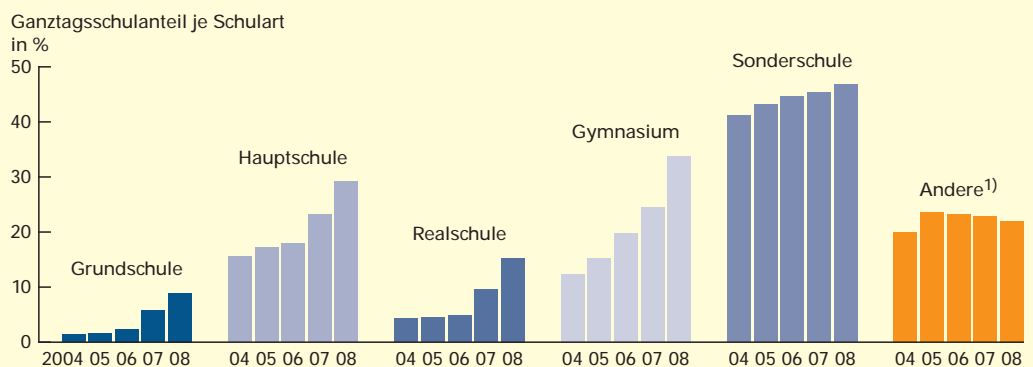
Chancen in Berufsausbildung und Studium

Mit dem Abschluss der Schullaufbahn ist die Bildungskarriere nicht beendet, vielmehr setzt diese sich mit einer Lehre oder einer Ausbildung im beruflichen Bildungswesen oder mit dem Studium an einer Hochschule fort. Berufsausbildung und Studium sind dabei prägend für die Integration in die Gesellschaft und entscheiden mit darüber, wie sich die jungen Erwachsenen später auf dem Arbeitsmarkt behaupten. Es ist daher ein zentrales Ziel von „Kinderland Baden-Württemberg“, jedem ausbildungswilligen Jugendlichen eine berufliche Ausbildung bzw. ein Studium zu ermöglichen. 2009 wurden in Baden-Württemberg knapp 77 000 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Dabei standen – wie bereits in den Vorjahren – die Chancen der Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz gut. Seit 2007 werden mehr Ausbildungsplätze angeboten als nachgefragt.

Neben der klassischen Lehre im Betrieb besteht für Jugendliche die Möglichkeit, in schulischer Ausbildung einen Beruf zu erlernen. Diesen Weg zum Erwerb eines beruflichen Abschlusses nahmen zum Schuljahr 2008/09 rund 33 000

S3

Ausbau der Ganztagsangebote in Baden-Württemberg 2004 bis 2008*)



*) Öffentliche und private Schulen, ohne gymnasiale Oberstufe. – 1) Schulartunabhängige Orientierungsstufe und integrierte Gesamtschulen.

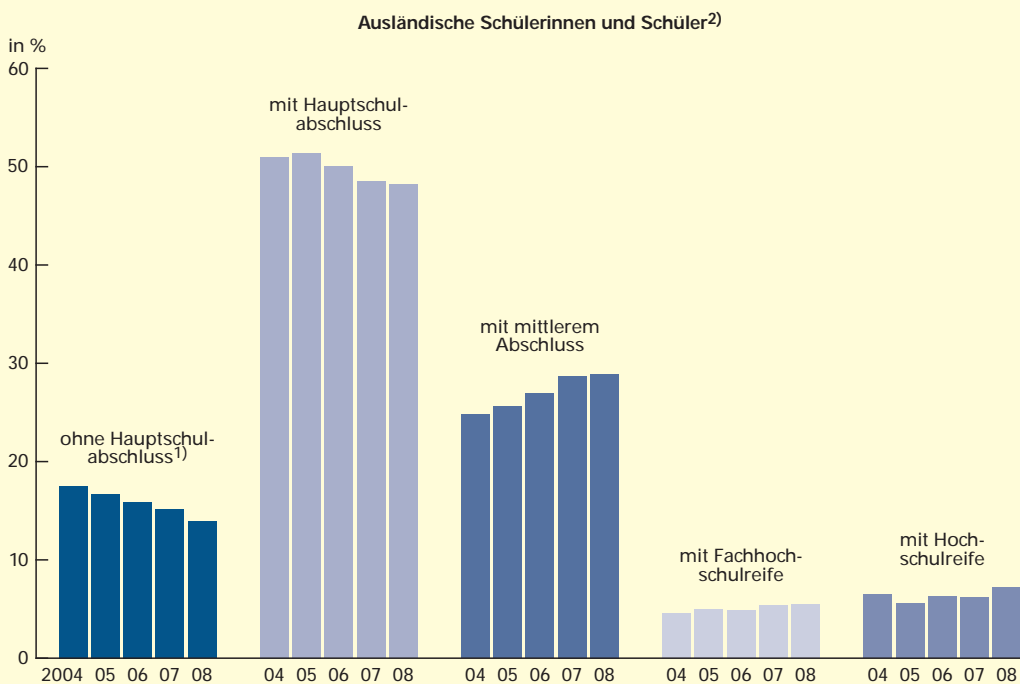
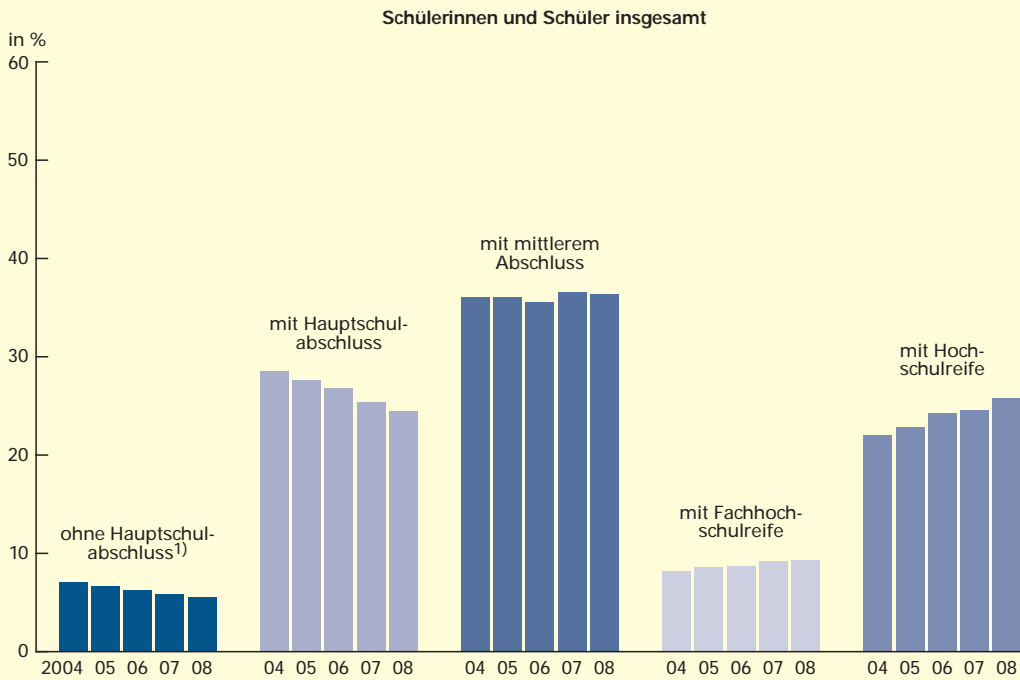
Datenquellen: Kultusministerkonferenz 2009, Kultusministerium Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

988 10

S4

Schulabschlüsse an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Baden-Württemberg 2004 bis 2008*)



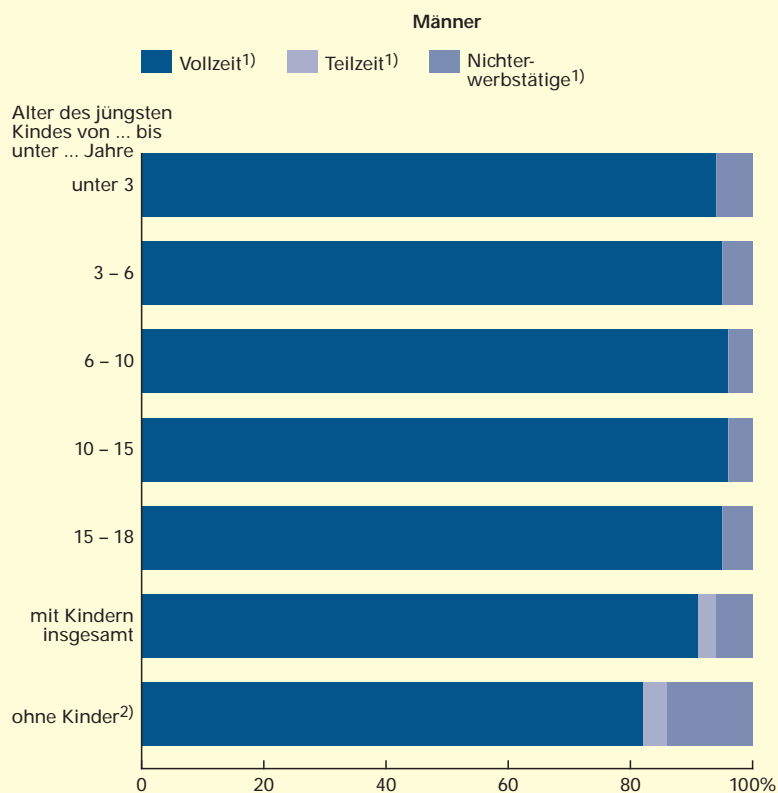
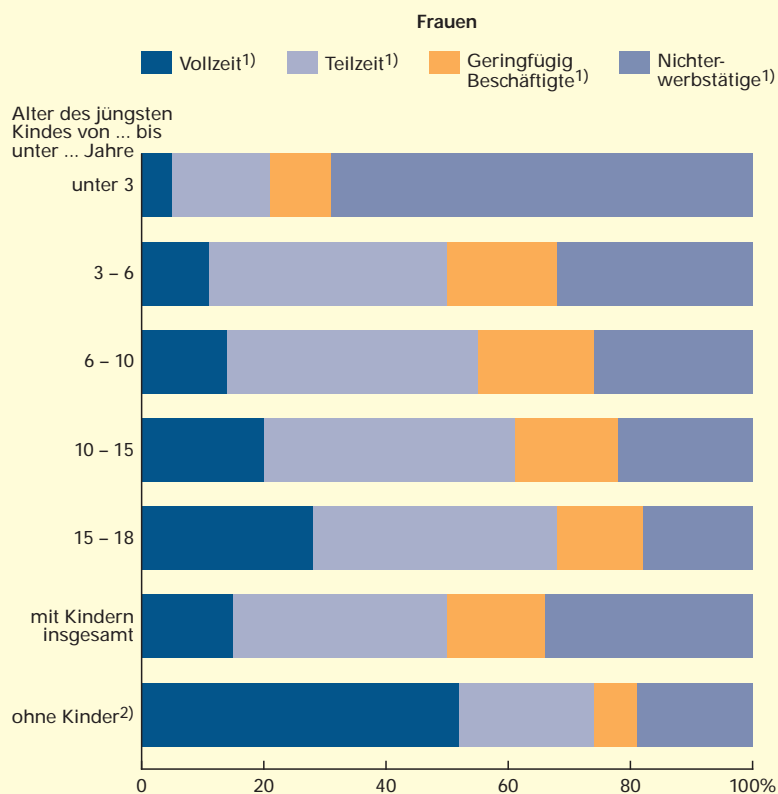
*) Anteil der Abgängerinnen und Abgänger mit dem jeweiligen Abschluss an allen Abgängerinnen und Abgängern (inklusive 2. Bildungsweg). - 1) Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss an Abgängerinnen und Abgängern von allgemeinbildenden Schulen. - 2) Anteil der ausländischen Abgängerinnen und Abgänger mit dem jeweiligen Abschluss an allen ausländischen Abgängerinnen und Abgängern (ohne Absolventinnen und Absolventen von Schulen des 2. Bildungswegs; an diesen wird die Staatsangehörigkeit erst seit 2007/08 erhoben).

Ausbildungsanfänger auf. Weitere 64 000 Ausbildungsanfänger besuchten das so genannte Übergangssystem, das der Berufsvorbereitung und der beruflichen Grundbildung dient und die Chancen leistungsschwächerer Jugendlicher auf eine Berufsausbildung erhöhen soll.

Neben einer beruflichen Ausbildung kommt in einer wissensbasierten Gesellschaft insbesondere dem Hochschulstudium hohe Bedeutung zu. Im Wintersemester 2008/09 lag die Studienanfängerquote, also der rechnerische Anteil junger Menschen eines Jahrgangs, die ein

S5

Erwerbsbeteiligung*) in Baden-Württemberg 2008 nach Alter des jüngsten Kindes**)



*) Männer und Frauen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren in Baden-Württemberg in eigenem Haushalt; Mütter in Elternzeit sind bei Nichterwerbstätigen enthalten und machen 12 % bei Müttern von unter 3-jährigen und 3 % bei Müttern insgesamt aus. – **) Minderjährige Kinder im Haushalt lebend. – 1) Selbstausskunft der Befragten. – 2) Männer und Frauen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren in Baden-Württemberg in eigenem Haushalt ohne im Haushalt lebende Kinder.

Studium aufgenommen haben, bei 47 %. Einen besonderen Schwerpunkt legt Baden-Württemberg dabei auf die Förderung des Studiums so genannter MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Der Anteil der MINT-Absolventen an allen Absolventen lag in Baden-Württemberg mit 37 % höher als im Bundesdurchschnitt mit 32 %. Weiteres Potenzial liegt unter anderem in der Ermutigung von jungen Frauen zur Aufnahme eines MINT-Studiums. Von allen MINT-Absolventen in Baden-Württemberg sind weniger als ein Drittel Frauen. Programme wie zum Beispiel „Schülerinnen forschen – Einblicke in Naturwissenschaft und Technik“ sollen dazu beitragen, diesen Anteil zu erhöhen.

Erwerbsbeteiligung von Müttern über dem Bundesdurchschnitt

Die Entscheidung, eine Familie zu gründen, ist von vielen Faktoren abhängig. Das zweite große Kinderland-Handlungsfeld „Eltern und Familie“ greift mit seinen Prioritäten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung und Studium sowie Familienleben wichtige Aspekte auf.

Wie wichtig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Baden-Württemberg ist, zeigt die hohe Erwerbsbeteiligung von Müttern. Rund zwei Drittel (67 %) der Mütter im Land waren 2008 erwerbstätig. Die Quote liegt damit sowohl höher als im Jahr 2004 als auch etwas über dem Bundesdurchschnitt von 64 %. Dabei nimmt sowohl die Erwerbsbeteiligung an sich als auch der Anteil vollzeiterwerbstätiger Mütter mit zunehmendem Alter der Kinder zu (Schaubild 5).

Während mit 91 % die große Mehrheit der Väter Vollzeit arbeitet, hat nur jede sechste Mutter eine Vollzeitstelle, gut die Hälfte der Mütter arbeitet Teilzeit oder in geringfügiger Beschäftigung. Oft wird übersehen, dass nicht nur erwerbstätige Mütter ein Vereinbarkeitsproblem haben können, sondern auch junge Mütter, die sich noch in einer Ausbildung oder in einem Studium befinden. 2008 hatten rund 5 % der Studierenden in Baden-Württemberg Kinder. Um diese Gruppe besser zu unterstützen, wurde in Baden-Württemberg die Zahl der Kinderbetreuungsplätze an Hochschulen seit 2005 um 50 % auf knapp 1 750 im Jahr 2008 erhöht. Außerdem sind mittlerweile 14 Hochschulen im Land mit dem Zertifikat „familien-gerechte Hochschule“ ausgezeichnet, darunter zum Beispiel die Universität Hohenheim mit ihrer „Kinderfeuerwehr-Betreuung“ bei kurzfristigem Betreuungsbedarf.



1) Die Metropolregion Rhein-Neckar und die Region Donau-Iller werden vollständig (auch mit außerhalb Baden-Württembergs liegenden Gebieten) dargestellt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

63-31-10-003
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

Zukunftsthema: Vereinbarkeit von Pflege und Berufstätigkeit

In Zukunft wird auch die Vereinbarkeit von Pflege und Berufstätigkeit weiter an Bedeutung gewinnen. 2007 wurde knapp die Hälfte aller pflegebedürftigen Menschen in Baden-Württemberg zu Hause von Angehörigen versorgt – über 106 000 Personen. Die Pflegenden sind dabei oft selbst noch erwerbstätig oder müssen die Pflege von Eltern oder Schwiegereltern mit der Betreuung von Kindern vereinbaren. Dieser Herausforderung müssen sich künftig angesichts der demografischen Entwicklung zunehmend mehr Familien stellen.

Bei der Verbesserung der Vereinbarkeit ist auch die Arbeitgeberseite gefragt. Die Bausparkasse Schwäbisch Hall zum Beispiel engagiert sich bereits seit längerer Zeit im Bereich Vereinbarkeit und bietet ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

- flexible Arbeitszeitmodelle und vielfältige Unterstützungsangebote für Eltern und Pflegenden sowie
- die Möglichkeit einer Pflegepause.

Auch das Land Baden-Württemberg setzt sich als Arbeitgeber für eine bessere Vereinbarkeit ein und bietet seinen Beschäftigten

- ein erweitertes Angebot zum Beispiel an Telearbeitsplätzen und flexiblen Arbeitszeitmodellen,
 - frühzeitige Unterstützung beim Wiedereinstieg über Schulungen und Begleitung durch Mentoren,
 - mehr Plätze zur arbeitsplatznahen Kinderbetreuung, so zum Beispiel in Stuttgart und in Tübingen für den Nachwuchs von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz und weiterer Landesbehörden sowie
 - mittlerweile rund 700 Betreuungsplätze für Kinder unter 3-Jahren des wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen im Land.
- aktuelle Informationen, innovative Praxisbeispiele und Arbeitshilfen zur familienfreundlichen Kommunalentwicklung im Portal www.familienfreundliche-kommune.de,
 - Beratung und Prozessbegleitung zur familienfreundlichen Kommunalentwicklung,
 - „Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune“;
 - „RegioKonferenzen zur Familienfreundlichkeit“ sowie
 - Bilanz-Werkstätten und Workshops für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Bessere Lebensbedingungen für Familien durch Beteiligung vor Ort

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt für bessere Lebensbedingungen von Familien ist deren direkte Beteiligung vor Ort in den Kommunen. Dazu wurde im Rahmen von „Kinderland“ das Landesprogramm „Kompetenzzentrum Familienfreundliche Kommune“ gestartet, das bei der FaFo FamilienForschung im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg angesiedelt ist. Das Kompetenzzentrum trägt mit seinen Beratungs- und Unterstützungsangeboten dazu bei, die Ziele einer nachhaltigen familienfreundlichen Kommunalentwicklung in die Fläche zu tragen. Es bietet familienpolitisch Aktiven im Land

Bis Anfang 2010 wurden mit über 40 Kommunen und über 4 000 Beteiligten „Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune“ durchgeführt. In sechs der zwölf Regionen des Landes fanden außerdem RegioKonferenzen zur Vernetzung und zum Austausch familienfreundlicher Praxisbeispiele statt. Weitere Veranstaltungen sind in Vorbereitung (Schaubild 6).

Das dritte zentrale Kinderland-Handlungsfeld „Gesellschaft und Umwelt“ hebt die Bedeutung der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Familienleben hervor. Dabei stehen die Gesundheit und das Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen sowie der Kinderschutz an erster Stelle.

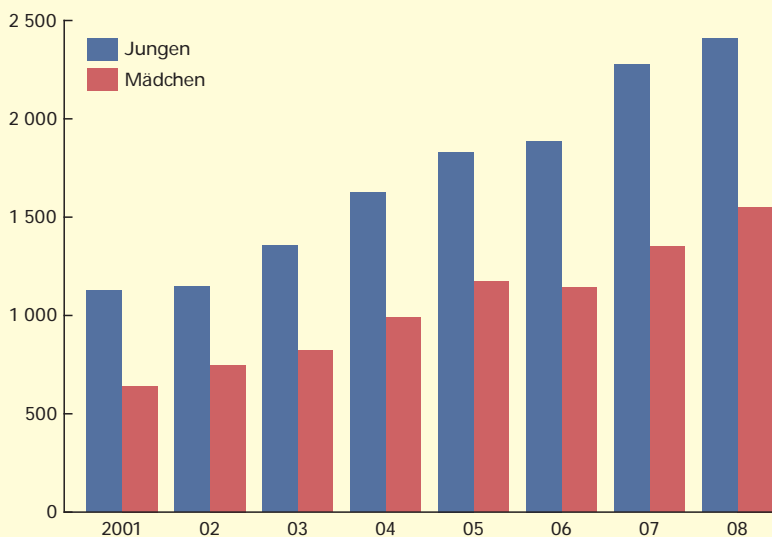
10 % der Kinder bereits im Grundschulalter übergewichtig

Wichtige Themen im Bereich Gesundheit sind Über- und Untergewicht von Kindern und Jugendlichen, das Rauchverhalten und der Alkoholkonsum. 2007 waren rund 10 % der Kinder in Baden-Württemberg bereits im Grundschulalter übergewichtig. Haupt- und Förderschüler sind häufiger von Übergewicht betroffen. Gleichzeitig betreibt ein Großteil der Kinder in Baden-Württemberg Sport. So waren 2008 fast zwei Drittel der unter 18-Jährigen in einem Sportverein aktiv.

Kritisch für die Gesundheit sind auch der übermäßige Genuss von Alkohol oder Rauchen. In Baden-Württemberg rauchen 21 % der Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren. Im Bereich Alkoholkonsum ist zwar die große Mehrheit der Jugendlichen abstinent oder trinkt nur maßvoll Alkohol. Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass sich in den letzten 5 Jahren die Zahl der alkoholbedingten Krankenhausbehandlungen bei Jugendlichen auf fast

S7

Alkoholbedingte Krankenhausbehandlungen bei 13- bis 19-Jährigen in Baden-Württemberg 2001 bis 2008



4 000 Fälle im Jahr 2008 verdoppelt hat. Mit einem Anteil von 60 % sind Jungen dabei häufiger betroffen als Mädchen (*Schaubild 7*).

Innovative Ansätze zur Gesundheitsförderung in den Kommunen

Um ein gesundheitsförderliches Verhalten möglichst frühzeitig zu verankern, arbeitet in Baden-Württemberg zum Beispiel das Landesprogramm „Jugendbegleiter“ an Ganztagschulen mit Sportvereinen zusammen. Und auch in den Kommunen gibt es innovative Ideen, wie die Gesundheit von Kindern gefördert werden kann:

Um Kinder zu mehr Bewegung zu motivieren und gleichzeitig einen sicheren Schulweg zu garantieren, wurde zum Beispiel in der Gemeinde Mauer (Rhein-Neckar-Kreis) ein „Walking-Bus“ ins Leben gerufen. Die Schüler werden von ehrenamtlich Engagierten zu Fuß zur Schule begleitet. Dabei gibt es wie bei einem Schulbus einen „Fahrplan“ und feste „Haltestellen“ an denen der „Busfahrer“ anhält.

Ebenfalls von ehrenamtlichem Engagement profitiert das Projekt „b.free“ im Landkreis Konstanz. Ziel des Projektes ist es, Jugendlichen einen verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol nahe zu bringen. Dafür werden neben Informationsveranstaltungen zum Beispiel alkoholfreie Discos oder Dance Nights mit alkoholfreien Cocktails veranstaltet.

Beim Kinderschutz setzt „Kinderland Baden-Württemberg“ insbesondere darauf, die Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung zu stärken. Sind die Eltern mit der Erziehung überfordert oder kommt es zu Misshandlungen, greift als eines der letzten Mittel die Inobhutnahme Minderjähriger: Die Zahl der Inobhutnahmen nahm von 2004 bis 2008 um über 60 % auf rund 2 700 Fälle zu. Zugleich ging die Zahl der Misshandlungen von 2004 bis 2009 um 10 % auf 357 Fälle zurück. Häufigste Gründe für Inobhutnahmen waren eine Überforderung der Eltern oder Beziehungsprobleme, wesentlich seltener waren Misshandlungen oder Vernachlässigung die Ursache.

Um Inobhutnahmen von vornherein zu vermeiden und Eltern in ihren Erziehungskompetenzen zu unterstützen, werden im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ verstärkt Elternkurse angeboten, zum Beispiel über die Landesprogramme „STÄRKE“ oder „Guter Start ins Kinderleben“. Aber auch private Initiativen in Baden-Württemberg unterstützen Projekte gegen Kindesmissbrauch. Die Stiftung



Zur Reihe „Trends und Fakten“

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg erarbeitet im Rahmen der Reihe „Trends und Fakten“ im Auftrag der Landesregierung Berichte zu gesellschaftlichen Zukunftsthemen, um Diskussions- und Entscheidungsprozesse in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft Baden-Württembergs mit Hilfe von Daten und Fakten zu unterstützen.

Bisher sind Ausgaben zu folgenden Themen erschienen:

- 2004: Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Pflege- und Krankenhausversorgung
- 2005: Perspektiven der Globalisierung für Baden-Württemberg – Chancen einer Wissenswirtschaft
- 2007: Regionales Wirtschaftswachstum in Baden-Württemberg
- 2010: Kinderland Baden-Württemberg

Die Berichte stehen im Internetportal des Statistischen Landesamtes zum Download zur Verfügung und können außerdem in der Regel auch als Printbroschüren bestellt werden.

Kontakt:
vertrieb@stala.bwl.de,
 Telefon 0711/641-2866

„Hänsel + Gretel“ beispielsweise betreibt Aufklärungsarbeit und betreut Kindern, die Opfer von Missbrauch geworden sind.

Aufwachsen mit Handy, PC und Internet

Oft wird die zunehmende Mediennutzung für nicht gesundheitsförderliche Gewohnheiten von Kindern und Jugendlichen verantwortlich gemacht. Insgesamt nutzen Jugendliche täglich fast 6 Stunden Internet, Computer, TV, Spielkonsolen und Handy. Ein Handy gehört mittlerweile zur Grundausstattung von Jugendlichen. 2009 besaßen 95 % der Jugendlichen ab 12 Jahren ein Handy. Bereits die 6- bis 13-Jährigen besitzen zur Hälfte ein eigenes Handy. Das sind doppelt so viele Kinder wie noch 2003. Einen eigenen Computer hatten drei Viertel der Jugendlichen und 15 % der Kinder. Die Internetnutzung entwickelte sich



Trends und Fakten
 Kinderland Baden-Württemberg



entsprechend: 2009 nutzen 90 % der Jugendlichen täglich oder mehrmals pro Woche das Internet. 2007 waren es noch 75 %. Gleichzeitig nahm die Nutzungsdauer um 20 Minuten auf rund 130 Minuten werktags zu.

Um Kinder an einen reflektierten Umgang mit den neuen Medien heranzuführen wurde im Rahmen von „Kinderland Baden-Württemberg“ die Initiative „Kindermedienland“ ins Leben

gerufen. Die Initiative bündelt Projekte in Schulen und Kindertageseinrichtungen und bezieht auch Eltern und weitere Multiplikatoren mit ein. ■

Weitere Auskünfte erteilt

Christine Ehrhardt, Telefon 0711/641-26 68,
Christine.Ehrhardt@stala.bwl.de

Tanja Zähle, Telefon 0711/641-28 40,
Tanja.Zaehle@stala.bwl.de

kurz notiert ...

Geburtenrate auf niedrigem Niveau

In Baden-Württemberg sind im vergangenen Jahr rund 89 700 Kinder geboren worden – so wenig wie noch nie seit Bestehen des Landes (2008: 91 900, 2000: 106 200). Allerdings blieb die Geburtenhäufigkeit, das heißt die durchschnittliche Kinderzahl je Frau, auch im Jahr 2009 praktisch unverändert. Sie lag bei 1,35 Kindern je Frau. In den Jahren 2007 und 2008 war sie nur geringfügig höher (jeweils 1,37). Dennoch geht die Zahl Neugeborener weiter zurück, weil die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter abnimmt und künftig auch weiter zurückgehen wird.

Innerhalb des Landes zeigen sich durchaus bemerkenswerte Unterschiede in der Geburtenhäufigkeit: Spitzenreiter unter den 44 Stadt- und Landkreisen war im vergangenen Jahr Biberach mit einer Geburtenrate von 1,51 Kindern je Frau, gefolgt vom Landkreis Tuttlingen (1,50) und dem Schwarzwald-Baar-Kreis (1,49). Am Ende der Rangskala befinden sich die Stadtkreise Heidelberg mit einer Geburtenrate von 1,07 Kindern je Frau, Freiburg im Breisgau (1,18) und Stuttgart (1,20).

Die Gründe für die regional unterschiedliche Geburtenhäufigkeit sind vielfältig. Auffällig ist noch immer ein traditionelles „Land-Stadt-Gefälle“; das heißt in den meisten ländlich geprägten Gebieten liegt die Kinderzahl je Frau deutlich über der der Städte. In den Hochschulstandorten wie Heidelberg und Freiburg im Breisgau ist die Geburtenrate besonders niedrig, weil dort viele jüngere Frauen leben, bei denen Studium und Berufseinstieg im Vordergrund stehen und deshalb (noch) keine Familiengründung geplant ist.

Einen Einfluss auf die Höhe der Geburtenrate dürfte auch der regional unterschiedliche Anteil der ausländischen Frauen besitzen. Zwar hat sich das generative Verhalten der Ausländerinnen im Laufe der Zeit dem der einheimi-

schen Bevölkerung mehr und mehr angenähert. Dennoch liegt die Geburtenhäufigkeit bei ausländischen Müttern immer noch über der deutscher Mütter in Baden-Württemberg (1,6 gegenüber 1,3 Kindern je Frau).

Schließlich ist bei der Bewertung der Ergebnisse zu bedenken, dass es sich bei der Betrachtung nur eines Jahres lediglich um eine Momentaufnahme handeln kann. Die regionalen Muster sind zwar relativ stabil: So hat Heidelberg seit Jahren die niedrigste, die Kreise Biberach und Tuttlingen (mit) die höchste Geburtenrate. Das Beispiel des Main-Tauber-Kreises zeigt aber, dass es durchaus auch „Ausreißer“ geben kann: Dieser sehr ländlich strukturierte Kreis hatte in den letzten Jahren fast durchgehend eine überdurchschnittliche Geburtenrate; im Jahr 2009 lag sie dagegen im nördlichsten Landkreis Baden-Württembergs geringfügig unter dem Landesdurchschnitt.

483 Gemeinden 2009 noch mit Geburtenplus

In 483 der 1 102 Gemeinden Baden-Württembergs und damit in 44 % der Gemeinden wurden 2009 mehr Menschen geboren als starben. Vor 10 Jahren gab es noch in 74 % der Gemeinden einen Geburtenüberschuss. Weiter kann etwa jede vierte der 91 großen Kreisstädte in Baden-Württemberg heute noch einen positiven Geburtensaldo vorweisen. Bezogen auf die jeweilige Zahl der Einwohner liegt der Geburtensaldo in den Großen Kreisstädten Ostfildern (3,9 je 1 000 Einwohner), Remseck am Neckar (3,6 je 1 000 Einwohner), Tübingen (2,2 je 1 000 Einwohner) und Ditzingen (2,0 je 1 000 Einwohner) vorn.

Am stärksten wandelte sich das Geburten-Gestorbenenverhältnis in den vergangenen 10 Jahren im ländlichen Raum und in den Randzonen um die Verdichtungsräume. Dies ergibt die Auswertung nach den Raumkategorien des Landesentwicklungsplans (LEP 2002). ■

Originaltext der Rahmenvereinbarung zum Jugendbegleiter-Programm



Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung am 14.2.2006 in Stuttgart

Bildung, Betreuung und Erziehung sind in erster Linie Recht und Pflicht der Eltern. Diese Aufgaben verdienen jedoch die Unterstützung der ganzen Gesellschaft und können sowohl von schulischen als auch von außerschulischen Institutionen mit wahrgenommen werden. Ziel muss es deshalb sein, die Schulen für außerschulische Institutionen und für engagierte Bürgerinnen und Bürger noch viel weiter zu öffnen, als dies bisher der Fall ist. Hierzu soll **qualifiziertes Ehrenamt** von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Eltern in die Ganztagsbetreuung integriert werden.

Mit dem Jugendbegleiter-Programm werden mehrere gesellschaftspolitisch aktuelle Ziele verfolgt:

- Zunächst gilt es, ganztägige Betreuungsangebote im schulischen Raum zu sichern und neu zu schaffen.
- Gleichzeitig soll die gemeinsame Arbeit aller für Kinder und Jugendliche Verantwortung tragenden Personen gestärkt und das Ehrenamt in den schulischen Lebensraum junger Menschen intensiv einbezogen werden.
- Schließlich wird die außerschulische Bildung Teil eines Gesamtbildungskonzepts, verbunden mit einem Angebot, zusätzliche Kompetenzen zu erwerben.
- Der Zugang der Schülerinnen und Schüler zur außerschulischen Jugendbildung und Jugendarbeit soll bewusst hergestellt werden.

Als eine Perspektive dieses gesamtgesellschaftlichen Engagements bietet sich ein flächendeckendes, am Bedarf orientiertes Angebot an allgemein bildenden Schulen mit Ganztagsbetreuung an, die sich auf diese Weise als Bindeglieder beim Zusammenwirken von Schule und Gesellschaft erweisen und sich dem kommunalen Umfeld gegenüber öffnen.

Es wird vereinbart, das Jugendbegleiter-Programm nach folgenden Grundsätzen durchzuführen:

1. Aufgabe

Jugendbegleiter führen eigenständige Bildungs- und Betreuungsangebote in der Ganztagsbetreuung in der Primarstufe und Sekundarstufe I der allgemein bildenden

Schulen durch. Ein Einsatz im Pflichtunterricht erfolgt nicht.

Die Verantwortung für den Einsatz der Jugendbegleiter sowie die pädagogische, fachliche und organisatorische Aufsicht obliegt der Schulleitung.

2. Qualifikation

Jugendbegleiter weisen eine Grundqualifikation für ihre Tätigkeit auf, die in der Regel durch Ausüben eines qualifizierten Ehrenamtes nachgewiesen wird. Darüber hinaus bieten Land, Kirchen, Vereine oder Verbände modulartig bei Bedarf eine Qualifizierung in pädagogischen, organisatorischen und administrativen Fragen an.

3. Zuverlässigkeit

Der ehrenamtliche Einsatz erfolgt zuverlässig im Rahmen des schulischen Wochenplans. Jugendbegleiter bzw. die entsendenden Institutionen verpflichten sich, mindestens ein Schulhalbjahr an der Schule tätig zu sein.

4. Kooperation

Die Jugendbegleiter kooperieren mit den Mitgliedern der Schulgemeinschaft, insbesondere den Lehrkräften, und werden von diesen unterstützt. Über die Durchführung des Jugendbegleiter-Angebots kann zwischen dem Schulträger, der sich mit der Schule abstimmt, und der örtlichen außerschulischen Einrichtung eine Vereinbarung geschlossen werden.

5. Einsatz

Das Angebot des einzelnen Jugendbegleiters, der Zeitraum sowie die Nutzung der schulischen Räume und anderer Lernorte werden von der Schulleitung genehmigt. Die Bildung eines beratenden Kooperationsgremiums, in dem Vertreter der Kommunen und der kooperierenden Institutionen mitwirken, wird empfohlen.

6. Versicherung

Betreuungsangebote im Rahmen des pädagogischen Konzepts der Schule sind schulische Veranstaltungen, so dass die Jugendbegleiter einen ausreichenden Versicherungsschutz erhalten (Haftpflichtversicherung, Unfallversicherung). Dieser orientiert sich an den Kriterien für ehrenamtlich tätige Personen.

Daneben treten mit Wirkung zum 01. Januar 2006 Sammelversicherungsverträge des Landes zur Verbesserung des Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutzes für bürgerschaftlich und ehrenamtlich engagierte Menschen in Baden-Württemberg in Kraft. Diese Rahmenverträge sind subsidiär ausgestaltet. Dieser Versicherungsschutz tritt demnach zurück, wenn bereits ein anderweitiger privatvertraglicher oder gesetzlicher Unfallversicherungsschutz oder ein privatvertraglicher oder institutioneller Haftpflichtversicherungsschutz besteht. Das ist bei einem Großteil der ehrenamtlich Tätigen der Fall. Damit umfasst die Sammelversicherung des Landes zwar auch grundsätzlich die Jugendbegleiter, jedoch nur insoweit als ein anderer Unfall- oder Haftpflichtversicherungsschutz nicht besteht.

7. Kosten

Das Land gewährt einen Zuschuss zur Einrichtung eines "Schulbudgets" beim kommunalen Schulträger, aus dem Kosten des Jugendbegleiter-Programms bestritten werden können.

Eine Aufstockung des Schulbudgets durch kommunale Gelder ist seitens des Landes erwünscht. Ferner können evtl. Betreuungsentgelte erhoben werden, über die vor Ort befunden wird. Ebenso können Sponsorengelder in das Schulbudget eingehen. Die Mittelauszahlung übernimmt der kommunale Schulträger. Die Kommune schafft hierfür in ihrem Haushalt eine entsprechende Haushaltsstelle.

Durch ihren Beitritt zu dieser Rahmenvereinbarung sichern die beteiligten Verbände und Institutionen ihre Mitwirkung am Jugendbegleiter-Programm unter verbindlicher Anerkennung der dargestellten Grundsätze zu.

Stuttgart, den 14. Februar 2006

Günther H. Oettinger, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Helmut Rau, Minister für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

.....



Dokumentation

***Auswertung des Vorlaufes des Modellprojekts
„Jugendbegleiter-Management“ zur Unterstützung
von anfallenden Koordinierungsaufgaben und
Netzwerkbildungen an ausgesuchten Modellschulen
im Rahmen des Jugendbegleiter-Programms***

**Servicestelle Jugend
in der Jugendstiftung
Baden-Württemberg**

Überblick:

1. Zur Ausgangssituation
2. Konzeptionelle Bewertung
3. Zum Jugendbegleiter-Manager
4. Einschätzungen
5. Fazit

1. Zur Ausgangssituation

Anhand der ersten Zwischenevaluation zum Jugendbegleiter-Programm im Herbst 2006 wurde deutlich, dass die Umsetzung des Programms an den Modellschulen mit erheblichem organisatorischem und zeitlichem Aufwand verbunden ist. Dies zeigt sich vor allem an Schulen, die Schwierigkeiten mit dem Aufbau von Kooperationsnetzwerken und der Implementierung des Jugendbegleiter-Programms in das Schulkonzept haben. Um derartige Koordinierungsleistungen und organisatorische Aufgaben bewerkstelligen zu können, haben in einer ersten Durchlaufphase 14 ausgewählte Modellschulen das Pilotprojekt Jugendbegleiter-Manager im Zeitraum von März 2007 bis September 2007 umgesetzt. Jede Schule erhielt pro Manager eine Fördersumme von 1000,- €.¹

Folgende Schulen nahmen am Pilotprojekt mit je **einem Jugendbegleiter-Manager**² teil:

- Friedrich-von-Keller-Schule, Ludwigsburg
- Osterholzschule, Ludwigsburg
- Karl-Maybach-Gymnasium, Friedrichshafen
- Albertus-Magnus-Gymnasium, Rottweil
- Konrad-Witz-Schule, Rottweil
- Johanniterschule, Rottweil
- Realschule am Schillerpark, Esslingen
- Johannes-Kepler-Grundschule, Mannheim
- Schule im Park, Ostfildern
- Adalbert-Stifter-Schule, Ulm
- Mozartschule, Neuhausen
- Eduard-Spranger-Schule, Reutlingen

Zwei Schulen haben das Pilotprojekt mit jeweils **zwei Jugendbegleiter-Managern** umgesetzt:

- Schrotenschule, Tuttlingen
- Kirbachschule, Sachsenheim

¹ Elf Modellschulen haben bestätigt, dass die Projektschritte von je 1000,- € programmgerecht an der jeweiligen Schule eingesetzt wurde. Bei den restlichen drei Schulen werden die nicht eingesetzten Beträge rückgefordert.

² Auf die weibliche Form wird aufgrund der besseren Lesbarkeit verzichtet.

Mit Ablauf des Pilotprojekts (September 2007) haben die Schulen ihre Erfahrungen anhand eines von der Servicestelle Jugend erstellten Fragebogens dokumentiert.³ Entsprechend wurde die Idee des Jugendbegleiter-Managers seitens der Schulen beurteilt und die Auswirkung auf eine Netzwerkbildung hin bewertet.

Im Weiteren haben die Modellschulen den Hintergrund, die Aufgaben des jeweiligen Managers sowie genaue Angaben der an der Schule eingesetzten Jugendbegleiter skizziert. Schließlich wurden Anregungen und sonstige Anmerkungen in Bezug auf die weitere Installation des Jugendbegleiter-Managers gegeben.

2. Konzeptionelle Bewertung

Der Fragebogen ist inhaltlich in zwei Abschnitte gegliedert. Der erste Teil beschäftigt sich mit allgemeinen Aussagen zum Jugendbegleiter-Manager. Im zweiten Teil der schriftlichen Befragung werden detaillierte Ausführungen zu den an den Modellschulen eingesetzten Managern konkretisiert. Ferner ist eine Einschätzung zur weiteren Installation des Jugendbegleiter-Managers Bestandteil der Befragung.

Im ersten Teilabschnitt wurde die Grundidee des Jugendbegleiter-Managers eingeschätzt. Alle Schulen beurteilen die Tätigkeit des Managers als durchweg positiv. Die Schulleitungen halten den Einsatz eines Jugendbegleiter-Managers an ihren Schulen derzeit für unverzichtbar. Dabei steht die Entlastung der Schulleitung durch die Übernahme von Organisationsaufgaben von Seiten des Jugendbegleiter-Managers im Vordergrund.

Dem Jugendbegleiter-Manager wird somit von den Modellschulen ein hoher Stellenwert zugeschrieben. Insbesondere in Bezug auf die Netzwerkbildung ist feststellbar, dass die Manager an den Schulen Aufgaben übernehmen, die den Aufbau von Kooperationsnetzwerken zum Inhalt haben. Sie werden als Schlüsselstelle für den Einsatz der Jugendbegleiter vor Ort angesehen.

Damit geht einher, dass etwa 87,5 % der Schulen eine erhöhte Aufwandsentschädigung für den Jugendbegleiter-Manager und deren Tätigkeiten im Vergleich zu anderen ehrenamtlichen Kräften für angemessen halten. Diese hohe Befürwortung manifestiert sich in den gegebenen Aussagen:

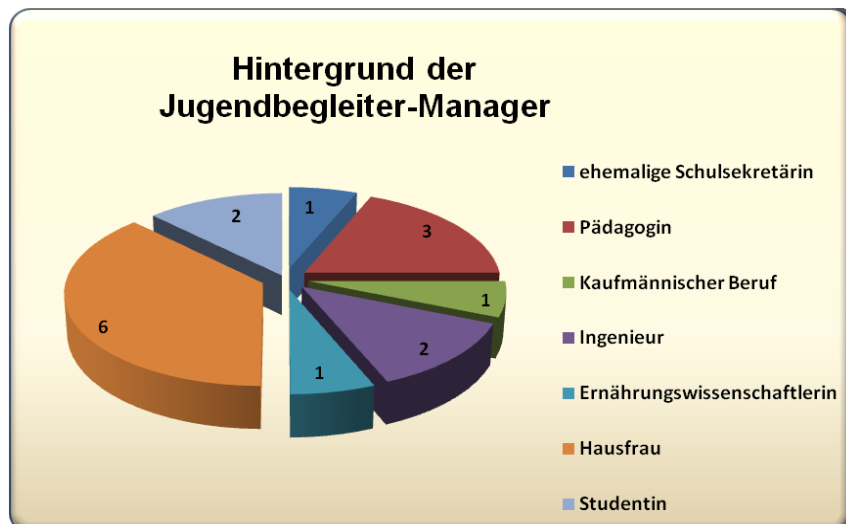
³ Die ausgefüllten Fragebögen der Modellschulen befinden sich im Anhang.

Gründe für eine erhöhte Aufwandsentschädigung	Anzahl der Bewertungen
Erhöhter Zeit- und Organisationsaufwand	10
Hohe Verantwortungsübernahme	6
Erhöhte kommunikative Aufgaben	1
Hohes Engagement	1
Qualifizierung	2

Hierbei wird deutlich, dass die Jugendbegleiter-Manager an den Modellschulen im Vergleich zu anderen Ehrenamtlichen weitaus mehr mit Aufgaben konfrontiert sind, die ein sehr hohes Engagement als auch ein großes Verantwortungsbewusstsein voraussetzen. Ob und in welcher Form ein Jugendbegleiter-Manager hinreichend qualifiziert ist, liegt im Ermessen der Schulleitung.

3. Zum Jugendbegleiter-Manager

Der zweite Teilabschnitt der schriftlichen Befragung demonstriert die Hintergründe der jeweiligen Manager an den Modellschulen. Gegenstand waren dabei das Alter, die Geschlechtszugehörigkeit sowie die berufliche Qualifizierung. Es zeigt sich, dass die Jugendbegleiter-Manager im Alter zwischen 35 Jahren bis hin zu 60 Jahren vertreten sind. Im Schnitt sind die Manager etwa 44 Jahre alt. 15 von 16 Jugendbegleiter-Managern sind weiblich. Der hohe Frauenanteil deckt sich wiederum mit den allgemeinen Ergebnissen der Ehrenamtsforschung. Im Falle einer Modellschule konnte bis zum jetzigen Zeitpunkt kein geeigneter Manager akquiriert werden, was die Schulleitung dazu bewogen hat, die Aufgabe selbst zu übernehmen. Bezogen auf den beruflichen Hintergrund ist festzustellen, dass die Manager vielseitig qualifiziert sind und aus unterschiedlichen Berufsbranchen kommen. Die folgende Abbildung verdeutlicht die verschiedenen Hintergründe der Manager an den Modellschulen:

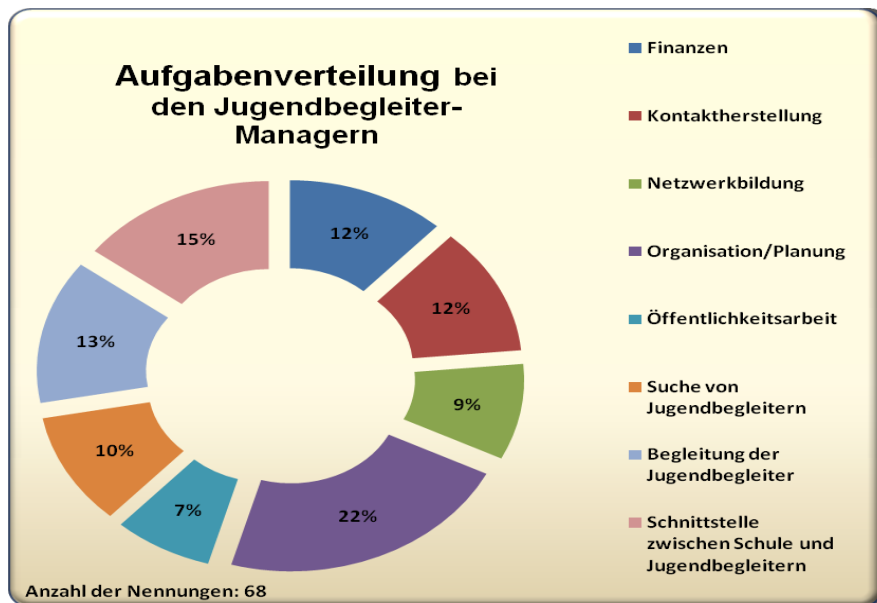


Ersichtlich ist, dass auch Studenten als Jugendbegleiter-Manager eingesetzt sind. Dies ist deshalb sinnvoll, da die Studenten die Praxis kennenlernen und direkten Kontakt zu Schülern und Lehrern aufbauen. Weiterhin gewöhnen sich Schüler schnell an junge Erwachsene, was eine Zusammenarbeit erleichtert.⁴

Ein weiterer Aspekt ist die Rekrutierung der Jugendbegleiter-Manager. In acht von 16 Fällen wirkte der Jugendbegleiter-Manager schon vor Beginn des Projekts an der Schule und deckte Managementaufgaben ab. Sechs Manager waren bereits vor Projektbeginn an der Schule ehrenamtlich tätig, jedoch nicht für Managementaufgaben zuständig. Bei den verbleibenden zwei Fällen wurde der Jugendbegleiter-Manager eigens für das Projekt gesucht. Fast alle Befragten heben dabei hervor, dass der Bezug zur Schule im Hinblick auf den Einsatz der Manager dringend notwendig ist.

Die Manager übernehmen an den Modellschulen vielfältige Aufgaben. Neben Organisations- und Planungsangelegenheiten, wie das Erstellen von Übersichtsplänen, die Vorbereitung von Veranstaltungen, das Organisieren von Vertretungen oder Terminplanungen, sind die Manager auch für die Abrechnungsmodalitäten und die Begleitung der Jugendbegleiter verantwortlich. Im Einzelnen stellt sich die Aufgabenverteilung wie folgt dar:

⁴ Vgl. Zwischenevaluation Herbst 2006: 31 % aller Jugendbegleiter gehören der (älteren) Schülerschaft an.



Folglich lässt sich sagen, dass die Jugendbegleiter-Manager Tätigkeitsfelder bearbeiten, die eine gewisse Qualifizierung voraussetzen. Dabei gab es in Bezug auf den Einsatz der Manager an den jeweiligen Modellschulen keinerlei Schwierigkeiten. Der Jugendbegleiter-Manager ist nach Aussage der Schulleiter für die Umsetzung des Jugendbegleiter-Programms unentbehrlich geworden. Im Schnitt erbringen die Manager für etwa 15 Jugendbegleiter Koordinierungsleistungen. Die Manager benötigen für ihre Leistungen zwischen drei bis 15 Zeitstunden an den jeweiligen Modellschulen. Je mehr Jugendbegleiter ehrenamtlich an einer Schule Betreuungsangebote durchführen, desto mehr organisatorische Aufgaben gilt es zu bearbeiten. Damit einhergehend nimmt der Zeitaufwand zu, der von den Schulleitungen - laut eigener Aussage - nicht mehr zu bewerkstelligen ist. Einige der befragten Modellschulen setzen zwei Manager für die Implementierung des Jugendbegleiter-Programms ein. An diesen Schulen machen jeweils 20 bis 30 Jugendbegleiter Betreuungsangebote.⁵ Dies spricht für einen erheblichen Mehraufwand und demzufolge für den Einsatz von Jugendbegleiter-Managern.

⁵ Vgl. hierzu Kirbachschule, Sachsenheim und Schrotenschule, Tuttlingen.

Zwischenfazit: Alle befragten Modellschulen halten eine dauerhafte Installation des Manager-Projekts für sehr sinnvoll. Ein wesentlicher Aspekt ist der kaum leistbare Planungs- und Organisationsaufwand für die Schulleitungen. Der Jugendbegleiter-Manager ist für die Modellschulen unverzichtbar geworden. Erforderlich für den dauerhaften Einsatz der Manager an den jeweiligen Schulen ist jedoch, dass diese verlässlich sind. Ein ständiger Wechsel wäre für das Umsetzen des Jugendbegleiter-Projekts hinderlich und unerwünscht. Durch Koordinierungsleistungen seitens der Manager konnten an vielen Modellschulen Kooperationen und Netzwerke geknüpft werden, welche weiterhin von den Managern begleitet und betreut werden. In diesem Zusammenhang wirken die Manager als Ansprechpartner vor Ort und sind eine Art Schlüsselstelle zwischen Schule und Kooperationspartnern.

4. Einschätzungen

Grundsätzlich wird der Jugendbegleiter-Manager als Unterstützung beim Aufbau von netzwerkartigen Strukturen und als organisierende Kraft im Rahmen des Jugendbegleiter-Projekts als dringend notwendig angesehen. Wie oben bereits erwähnt, besteht jedoch das Problem des längerfristigen Einsatzes und somit einer kontinuierlichen Verlässlichkeit der Manager. Ein Wechsel ist mit zusätzlichem Zeitaufwand für die Schulleitung verbunden, wenn ein neuer Manager eingearbeitet und anfangs betreut werden muss. Weiterhin wird die Suche nach einem qualifizierten Jugendbegleiter-Manager als schwierig befunden. Die professionelle Lehrertätigkeit ist - laut Aussage einer Modellschule - durch den Einsatz eines Managers nicht ersetzbar.

Positiv wird von Seiten der Modellschulen geäußert, dass eine schon länger an der Schule tätige Person für den Einsatz als Jugendbegleiter-Manager von Vorteil ist. Die Person besitzt bereits einen gewissen Bekanntheitsgrad und ist mit den schulischen Strukturen vertraut. Für notwendig wird erachtet, dass die Manager über Erfahrungen im Umgang mit dem Computer verfügen sowie allgemeine organisatorische Kenntnisse mitbringen.

5. Fazit

Zusammenfassend kann anhand der Befragung festgestellt werden, dass alle Modellschulen den Einsatz eines Jugendbegleiter-Managers sehr befürworten und eine weitere Installation des Programms begrüßen. Die Manager konnten alle, bis auf eine Ausnahme, zeitgemäß - zum Beginn des Pilotprojekts im März 2007 - rekrutiert werden oder waren schon vor Projektstart an der Schule tätig. Weiterhin spricht die Fragebogenerhebung für eine schnelle Einsetzbarkeit eines Jugendbegleiter-Managers. Sind Schulen zu Beginn des Jugendbegleiter-Programms mit Umsetzungsschwierigkeiten konfrontiert, kann ein Manager dem möglichst schnell entgegenwirken und Tätigkeitsfelder übernehmen, um das Programm reibungslos an der Schule zu implementieren. Der Jugendbegleiter-Manager kann die Schulleitung flankierend mit Koordinierungs- und Betreuungsleistungen unterstützen. Nach Aussage der Modellschulen lässt sich wiederholt herauslesen, dass Zuverlässigkeit wie auch Verantwortungsbewusstsein Voraussetzung für einen gelingenden Einsatz eines Jugendbegleiter-Managers sind. Von Seiten der Schulleitung sollte zudem die Bereitschaft bestehen, den Managern Aufgabenbereiche eigenverantwortlich zu übergeben. Eine Würdigung - in Form einer kleinen Aufmerksamkeit - für das ausgesprochen hohe Engagement der Jugendbegleiter-Manager sollte ebenfalls gegeben sein.

gez. S. Köppe

Der Jugendbegleiter in der verbandlichen Jugendarbeit Informationsblatt der Kooperationsfachstelle

Am 14. Februar 2006 hat der Vorsitzende des Landesjugendrings zusammen mit über 80 weiteren VertreterInnen verschiedener Institutionen die Rahmenvereinbarung zum Jugendbegleiter-Programm unterzeichnet.

Im Folgenden sind die wichtigsten Informationen für Jugendverbände, die das Jugendbegleiter-Programm betreffen aufgelistet. Am Ende dieser Auflistung werden Einschätzungen und Erfahrungen des Landesjugendrings zum Jugendbegleiter-Programm skizziert.

Hintergründe und Ziele

Durch das von der Landesregierung initiierte Jugendbegleiter-Programm sollen vielfältige Möglichkeiten zur Kooperation von Schule und außerschulischen Partnern eröffnet werden. Vor allem ehrenamtlich Tätige aus den Vereinen, Verbänden und Kirchen sollen die Arbeit von LehrerInnen mit ihren Qualifikationen ergänzen.

Übergeordnetes Ziel des Jugendbegleiter-Programms ist es, Schulen für außerschulische Institutionen und für engagierte BürgerInnen noch viel weiter zu öffnen, als dies bisher der Fall ist.

Folgende gesellschaftspolitischen aktuellen Ziele werden verfolgt:

- Zunächst gilt es, ganztägige Betreuungsangebote im schulischen Raum zu sichern und neu zu schaffen.
- Gleichzeitig soll die gemeinsame Arbeit aller für Kinder und Jugendliche Verantwortung tragender Personen gestärkt und das Ehrenamt in den schulischen Lebensraum junger Menschen intensiv einbezogen werden.
- Schließlich wird die außerschulische Bildung Teil eines Gesamtbildungskonzeptes, verbunden mit einem Angebot, zusätzliche Kompetenzen zu erwerben.
- Der Zugang der Schülerinnen und Schüler zur außerschulischen Jugendbildung und Jugendarbeit soll bewusst hergestellt werden.

Aufgaben der JugendbegleiterInnen

JugendbegleiterInnen sind Menschen ab 16 Jahren, die sich im Rahmen des Jugendbegleiter-Programms an Schulen für mindestens ein Schulhalbjahr verbindlich und regelmäßig mit erweiterten Bildungs- und Betreuungsangeboten engagieren. Die Form der Angebote hängen vom Bedarf der Schule und von den Interessen und Qualifikationen der/s jeweiligen Jugendbegleiterin/s ab. JugendbegleiterInnen führen wöchentlich ihre Angebote in der Primarstufe und Sekundarstufe I der allgemein bildenden Schulen durch. Ein Einsatz im Pflichtunterricht erfolgt nicht.

Aufgaben der Schule

Für die Suche nach JugendbegleiterInnen ist die Schule zuständig. Sie kann dafür Kontakt zu Vereinen, Verbänden etc. aufnehmen. Am Jugendbegleiter-Programm können alle Schulen teilnehmen, die langfristig den Ausbau zur Ganztageschule planen. Die Schule schließt Vereinbarungen mit den JugendbegleiterInnen ab. Es ist auch möglich Vereinbarungen mit Institutionen wie bspw. dem Herkunftsverband abzuschließen.

Beginn der Regelphase und Neuerungen im Programm

Zum Schuljahr 2011/12 geht das Jugendbegleiter-Programm von der Modell in die Regelphase über. Es erfolgt eine Öffnung für berufliche Schulen, die mit ausgewählten Klassen mit ganztägigem Förderbedarf in das Programm einsteigen können. Anmeldeschluss für die Teilnahme im jeweils folgenden Schuljahr ist der 30. Juni bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg.

Anders als in der Modellphase können Kosten für Koordinierung und Qualifizierung der Ehrenamtlichen nicht mehr gesondert abgerechnet werden. Die Schulen können jetzt bis zu 20% ihres Grundbudgets dafür verwenden und entscheiden damit selbst darüber, ob sie in Koordination und Qualifizierung investieren wollen.

Neu ist die Möglichkeit, dass Schulen neben dem Grundbudget ein so genanntes Kooperationsbudget beantragen können, das ausschließlich für Kooperationen mit außerschulischen gemeinnützigen Vereinen und Organisationen vorgesehen ist. Dafür muss zusätzlich zur bisherigen bereits üblichen Vereinbarung zwischen Schule und Jugendbegleiter, eine schriftliche Vereinbarung zwischen Schule und Verein oder Organisation geschlossen werden. Für das Kooperationsbudget muss die Schule angeben, wie viele Jugendbegleiter des Kooperationspartners darüber finanziert werden. Die Abrechnung erfolgt analog zum Grundbudget aufgrund geleisteter Stunden. Darüber hinaus können solche Kooperationen auch wie bisher schon aus dem Grundbudget finanziert werden.

Finanzierung

Schulen, die sich am Jugendbegleiter-Programm beteiligen, erhalten einen Zuschuss zur Einrichtung eines „Schulbudgets“ beim kommunalen Schulträger zur praktischen Umsetzung.

Anzahl Stunden/Woche	Grundbudget	Kooperationsbudget	Summe
4-10	2.500.-€	500.-€	3.000.-€
11-20	4.500.-€	500.-€	5.000.-€
21-40	5.500.-€	1.000.-€	6.000.-€
41-60	6.000.-€	1.500.-€	7.500.-€
ab 61	7.000.-€	1.500.-€	8.500.-€
ab 21		1 Deputatsstunde	

Vom Land wird es ausdrücklich als wünschenswert erachtet, dass die Schulen weitere Mittel zur Aufstockung ihres Budgets erschließen können, zum Beispiel von der Kommune. Den Schulen ist es freigestellt, ihre JugendbegleiterInnen für den Einsatz mit einer Aufwandsentschädigung zu honorieren. Der zweiten Evaluation zufolge erhielten 30% der JugendbegleiterInnen keine Aufwandsentschädigung, bei 29% betrug die Aufwandsentschädigung sieben bis acht Euro, die übrigen JugendbegleiterInnen erhielten einen Betrag zwischen einem und sechs sowie neun oder mehr pro Jugendbegleiter-Stunde.

Qualifizierung

JugendbegleiterInnen müssen eine Grundqualifikation für ihre Tätigkeit aufweisen, die in der Regel über Ausüben eines qualifizierten Ehrenamtes nachgewiesen wird. Wer eine Juleica besitzt oder die Ausbildung zum/r SchülermentorIn absolviert hat, kann als JugendbegleiterIn eingesetzt werden.

Vereine, Verbände, Kirchen und andere außerschulische Träger können bei Bedarf eine Qualifizierung anbieten. Eine Finanzierung ist nur noch im Rahmen des Grundbudgets einer Schule möglich.

Schulungen für JugendbegleiterInnen müssen sich am Aufriss des vorgegebenen Qualifizierungskonzeptes orientieren und für die TeilnehmerInnen kostenlos sein. Es kann nicht zusätzlich ein Antrag an den Landesjugendplan gestellt werden.

Organisation des Jugendbegleiter-Programms

Für die Durchführung und Beratung zur Rahmenvereinbarung zum Jugendbegleiter-Programm ist die Servicestelle Jugend und Schule der Jugendstiftung Baden-Württemberg zuständig:

Servicestelle Jugend und Schule in der Jugendstiftung Baden-Württemberg, Jugendbegleiter-Team, Tel. 07042 376 713-0, EMail: jugendbegleiter@jugendnetz.de
Die Servicestelle ist Ansprechpartner für Qualifizierungsangebote im Jugendbegleiter-Programm.

Einschätzungen und Erfahrungen

Der Landesjugendring spricht sich für die Entwicklung von Ganztageschulen mit schlüssigen Konzepten und ein Engagement im Kooperationsfeld Jugendarbeit-Schule aus. Die Prinzipien von Jugendarbeit wie Freiwilligkeit, Selbstorganisation, Ehrenamtlichkeit, Beteiligungs- und Lebensweltorientierung stehen nicht nur als Merkmale, sondern vielmehr als Qualitäten von Jugendarbeit. Aus diesen Qualitäten heraus entfaltet sich Jugendarbeit und kann Schule bereichern und vielfältige Bildungsprozesse in Gang setzen.

Das Jugendbegleiter-Programm nimmt mittlerweile in Baden-Württemberg eine zentrale Stellung im weiten Feld der Kooperation von Jugendarbeit mit Schule ein. In der Rahmenvereinbarung zum Jugendbegleiterprogramm sind wenige Eckpunkte vorgegeben, Details sollen sich in der praktischen Umsetzung vor Ort entwickeln. Dadurch eröffnen sich für die Jugendverbände vielfältige Kooperationsmöglichkeiten. Fakt ist, dass mit dem Jugendbegleiterprogramm das einzige auf Dauer angelegte Förderprogramm für Schulkoooperationen angelegt ist.

Angedacht als ein Ehrenamtsprogramm hat sich das Jugendbegleiter-Programm vielerorts zu einem Honorar- und Hauptberuflichengeschäft entwickelt. Besonders dort, wo der Schulträger noch zusätzliches Geld in das Programm investiert sind sehr viele Honorarkräfte oder gar Hauptberufliche aus den verschiedenen Institutionen und Verbänden gegen Bezahlung aktiv. An vielen Schulen wird das Jugendbegleiterprogramm zudem überwiegend schulintern und im engen Umfeld der Schule umgesetzt, indem v.a. (ältere) SchülerInnen und Eltern als JugendbegleiterInnen eingesetzt werden. Bisher werden Kooperationsvereinbarungen in erster Linie zwischen Schulen und diesen Einzelpersonen geschlossen. Aus Sicht des Landesjugendrings sind Kooperationen vorzuziehen, bei denen Schulen Vereinbarungen mit den Trägern der Jugendarbeit abschließen, die dann ihre Kompetenzen einbringen können, z.B. in der Begleitung von Ehrenamtlichen.

Vereinzelt werden solche Modelle umgesetzt. In einigen Schulen und Kommunen haben sich Koordinierungsgremien gebildet, die die inhaltliche und organisatorische Gestaltung der Jugendbegleiter-Angebote steuern und welche die Kommunikation der Programmpartner wesentlich erleichtern. Wo diese Koordinierungsgremien oder hauptberufliches Personal fehlen, leiden die Kommunikation und ein förderlicher Austausch unter den Partnern; hier gilt es entsprechende Koordinierungs- und Austauschgremien zu schaffen. Da Schulen selbst entscheiden können, ob sie sich am Jugendbegleiter-Programm beteiligen, besteht kein Anspruch darauf, dass in allen Städten und Gemeinden

JugendbegleiterInnen aus den Jugendverbänden aktiv werden können. Dort wo sich aber die Möglichkeit bietet, lohnt es sich als Verband Erfahrungen zu sammeln. Die Kooperationsbedingungen im Einzelnen sind mit der Schule vor Ort auszuhandeln. Das Jugendbegleiterprogramm macht hier wenig Vorgaben. Der Landesjugendring ermutigt Träger der Jugendarbeit, selbstbewusst in solche Verhandlungen zu gehen und Kooperationen zwischen Institutionen anzustreben. So können beispielsweise Personen des kooperierenden „Jugendbegleiter-Verbandes“ im Wechsel ein wöchentliches Angebot durchführen.

Ausführliche Informationen sowie Richtlinien und Downloads der Servicestelle Jugendbegleiter und der Geschäftsstelle Qualifizierung-Jugendbegleiter finden Sie unter www.jugendbegleiter.jugendnetz.de

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen auch unter folgendem Kontakt zur Verfügung:
Kooperationsfachstelle Jugendarbeit und Schule
beim Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.
Ansprechpartner: Jürgen Dorn
Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart
Tel. 0711 16447-0, E-Mail: info@ljr bw.de



Neues Ganztagschulprogramm "Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg"

Der Ministerrat hat am 20. Februar 2006 über den Ausbau von Ganztagschulen an allen allgemein bildenden Schulen und den Grund- sowie Hauptschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung entschieden. Ziel ist, ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Netz von Ganztagschulen zu schaffen, d.h. jede Schülerin und jeder Schüler soll bei Bedarf die Möglichkeit haben, eine Ganztagschule in erreichbarer Nähe zu besuchen. Neben Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung sollen in den kommenden Jahren "Ganztagschulen in offener Angebotsform" in allen Schularten der allgemein bildenden Schulen eingerichtet werden können.

Das vom Ministerrat im Jahr 2006 beschlossene Ganztagschulprogramm des Landes wird von drei Bausteinen gekennzeichnet:

A. Ganztagschulen in offener Angebotsform

Ganztagschulen in offener Angebotsform können in allen Schularten der allgemein bildenden Schulen eingerichtet werden.

B. Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung

Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen und unter besonderen Voraussetzungen Förderschulen, an denen der Bildungs- und Erziehungsauftrag nur unter erschwerten Bedingungen erfüllt werden kann, können als Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung eingerichtet werden.

C. Jugendbegleiterprogramm

Qualifizierte ehrenamtliche Personen sollen in der Ganztagsbetreuung der Schulen ergänzend eingesetzt werden. Hierfür sollen im Endausbau bis zu 40 Millionen Euro bereitgestellt werden.

1. Eckpunkte und Voraussetzungen der Ganztagschulkonzeption

Ganztagschulen in offener Angebotsform

- Zeitrahmen: an vier Tagen mindestens sieben Zeitstunden täglich.
- Die Ganztagsform ist offen, d.h. die Teilnahme am Ganztagsbetrieb erfordert eine Anmeldung. Bei Anmeldung der Schülerin / des Schülers zum Ganztagsbetrieb ist die Teilnahme aus Gründen der Planungssicherheit für ein Schuljahr verbindlich.
- Grundlage ist ein pädagogisches Konzept. Kommunale Angebote über Jugendbegleiter und andere außerschulische Partner sind wichtiger Bestandteil dieses Konzepts.
- Es muss vom Schulträger ein (beaufsichtigtes) Mittagessen an allen Tagen mit Ganztagsangebot bereitgestellt werden.

- Die Entscheidung über den Antrag trifft das zuständige Regierungspräsidium.

Ganztagsschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung

- Zeitraumen: an vier Tagen mindestens acht Zeitstunden täglich.
- Die ganze Schule ist im Ganztagsbetrieb eingerichtet oder ein Teil der Schülerinnen und Schüler, beispielsweise ein Zug, nehmen am Ganztagsbetrieb teil.
- Grundlage ist ein pädagogisches Konzept. Angebote des Jugendbegleiters und anderer außerschulischer Partner sind wichtiger Bestandteil dieses Konzepts.
- Es muss vom Schulträger ein (beaufsichtigtes) Mittagessen an allen Tagen mit Ganztagsangebot bereitgestellt werden.
- Die Entscheidung über den Antrag trifft das Kultusministerium.

2. Ausbauziel

Die Erreichbarkeit einer Ganztagsschule in zumutbarer Entfernung soll gewährleistet werden.

3. Höhe der zusätzlichen Lehrerzuweisung für Ganztagsschulen

Ganztagsschulen in offener Angebotsform:

Grundschulen:	6 Lehrerwochenstunden (LWS) je GT-Klasse
Haupt- und Werkrealschulen / Realschulen:	2 LWS je GT-Klasse
Gymnasien / Förderschulen:	1 LWS je GT-Klasse

Ganztagsschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung

Grundschulen:	8 LWS je GT-Klasse
Haupt- und Werkrealschulen:	5 LWS je GT-Klasse
Förderschulen:	ca. 0,75 Deputate je Schule (Einzelfallentscheidung)

Als Schulleiterleitungszeit für die mit einem Ganztagsbetrieb verbundene zusätzliche Leitungs- und Verwaltungsarbeit ist je Ganztagsschule eine Leitungszeit von bis zu einer Stunde vorgesehen.

4. Rhythmisierung

Die Konzeption "Ganztagsschulen in offener Angebotsform" und die Weiterentwicklung der Ganztagsschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung sehen eine Neuverteilung der Unterrichtsstunden einschließlich der (längeren) Pausen auf den Vor- und Nachmittag vor (maximal vier bis fünf Unterrichtsstunden am Vormittag, eine bis drei Unterrichtsstunden am Nachmittag). Die Pausenzeiten werden so verändert, dass die kleinen Pausen statt fünf nun zehn Minuten und die große Pause mindestens 20 Minuten betragen. Mindestens eine

Vormittagspause täglich soll eine Bewegungspause sein.

Die neue Rhythmisierung wird nicht verpflichtend vorgegeben, da die Umsetzung von verschiedenen Rahmenbedingungen abhängig ist, z. B. den Fahrplänen des ÖPNV und der Schülerbeförderung. Wird die neue Rhythmisierung nicht umgesetzt sind die Gründe anzugeben.

5. Genehmigungsverfahren

Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung

Der Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule ist vom kommunalen Schulträger über das Staatliche Schulamt und das zuständige Regierungspräsidium beim Kultusministerium zu stellen. Über den Antrag entscheidet gemäß § 30 i. V. mit § 22 SchG das Ministerium.

Dem Antrag (Antragsformular) des Schulträgers sind beizufügen:

1. Gemeinderatsbeschluss / Gemeinderatsbeschlüsse (bei mehreren beteiligten Kommunen)
2. Erklärung des Schulträgers / der Schulträger zur Übernahme der Sachkosten für die Ganztagschule und der Personalkosten für Betreuung, auch beim Mittagessen und in der Mittagsfreizeit
3. Stellungnahme der Jugendhilfe
4. Angaben der Schule zu den formalen Genehmigungsvoraussetzungen
5. Pädagogisches Konzept der Schule inkl. exemplarischem Stundenplan
6. Schulische Gremien:
 - a. Zustimmung der Gesamtlehrerkonferenz
 - b. Zustimmung der Schulkonferenz
 - c. Anhörung des Elternbeirats
7. Vordruck zur Stellungnahme des Staatlichen Schulamtes
8. Vordruck zur Stellungnahme des Regierungspräsidiums

Ganztagschulen in offener Angebotsform

Der Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule in offener Angebotsform ist vom kommunalen Schulträger über das Staatliche Schulamt beim Regierungspräsidium unter Vorlage u.a. eines pädagogischen Konzepts zu stellen. Das Regierungspräsidium entscheidet über den Antrag auf Einrichtung. Hierbei ist das Verfahren nach § 30 SchG i. V. mit § 22 SchG entsprechend anzuwenden.

Dem Antrag (Antragsformular) des Schulträgers sind beizufügen:

1. Gemeinderatsbeschluss / Gemeinderatsbeschlüsse (bei mehreren beteiligten Kommunen)

2. Erklärung des Schulträgers / der Schulträger zur Übernahme der Sachkosten für die Ganztagschule und der Personalkosten für Betreuung, auch beim Mittagessen und in der Mittagsfreizeit
3. Angaben der Schule zu den formalen Genehmigungsvoraussetzungen
4. Pädagogisches Konzept der Schule inkl. exemplarischem Stundenplan
5. Schulische Gremien:
 - a. Zustimmung der Gesamtlehrerkonferenz
 - b. Zustimmung der Schulkonferenz
 - c. Anhörung des Elternbeirats
6. Vordruck zur Stellungnahme des Staatlichen Schulamtes (nur GS, HS, WRS, RS)
7. Vordruck zur Stellungnahme des Regierungspräsidiums

6. Antragsfristen

Der Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule ist spätestens zum 1. November eines Jahres auf dem Dienstweg dem zuständigen Regierungspräsidium vorzulegen, damit die Entscheidung rechtzeitig bis zur Lehrerrzuweisung des nächsten Schuljahres getroffen werden kann. Die Regierungspräsidien leiten die Anträge für Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung bis zum 1. Dezember an das Kultusministerium weiter.

7. Serviceagentur "Ganztägig lernen" Baden-Württemberg

Seit Januar 2009 ist am Regierungspräsidium Stuttgart die regionale Serviceagentur "Ganztägig lernen" Baden-Württemberg eingerichtet. Sie berät und unterstützt insbesondere Schulen auf dem Weg zur Ganztageschule bei der Konzeptentwicklung und Ganztageschulen bei der Weiterentwicklung ihrer Konzeption. Weitere Informationen zum Programm "Ideen für mehr! Ganztägig lernen" finden Sie unter <http://www.ganztaegig-lernen.de/>.

8. Informationen im Internet zum Thema Ganztagschulen

Auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung bietet Interessierten Informationen zum Thema Ganztagschulen. Adressen, Links und Veranstaltungshinweise sind ebenfalls abrufbar. [Ganztagschulen](#)

9. Programm "Chancen durch Bildung - Investitionsoffensive Ganztagschulen"

Die Landesregierung und die Kommunalen Landesverbände haben am 4. November 2005 das Programm "Chancen durch Bildung - Investitionsoffensive Ganztagschulen" vereinbart. Dieses Investitionsprogramm wird im Rahmen der kommunalen [Schulbauförderung](#) umgesetzt und unterstützt den Ausbau der Ganztagschulen in Baden-Württemberg.





Neuerungen im Jugendbegleiter-Programm

Kultusstaatssekretär Georg Wacker: Erfolgreiches Jugendbegleiter-Programm geht gestärkt in Regelphase

Öffnung für berufliche Schulen / Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen durch Gesamtbudget

Kultusstaatssekretär Georg Wacker MdL zog am Mittwoch (2. Februar 2011) in Stuttgart ein positives Fazit nach Abschluss der Modellphase des Jugendbegleiter-Programms. „Wir haben es geschafft, die Schulen für das gesellschaftliche Umfeld zu öffnen und die Bildungslandschaft mit Jugendbegleitern zu bereichern. Dies ist ein weiterer Beleg für die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs zu ehrenamtlichem Engagement. Deshalb stärkt die Landesregierung das Programm auf dem Weg in die Regelphase zum neuen Schuljahr und setzt auf einen weiteren Ausbau“, erklärte Wacker.

Am Vortag hatte er im Kabinett einen Bericht zur Modellphase des Programms vorgestellt. Ehrenamtliche Betreuungsangebote seien eine wichtige Ergänzung des Unterrichts an öffentlichen Schulen, da sie ein breites Spektrum an zusätzlichen Angeboten für Schülerinnen und Schüler eröffneten, so Wacker. „Ab dem Schuljahr 2011/12 können erstmals die beruflichen Schulen in das Programm einsteigen. Somit profitieren die Schülerinnen und Schüler aller Schularten von Jugendbegleitern“, sagte Wacker. Bisher beteiligten sich nur allgemein bildende Schulen am Programm. Verschiedene Mittel, die bisher von den Schulen getrennt beantragt und abgerechnet werden mussten, werden jetzt in einem Gesamtbudget gebündelt. Damit stehen künftig jeder Schule im Programm automatisch Mittel für Qualifizierungen und Koordinierung zur Verfügung. Die Verwaltung für die Schulen wird dadurch vereinfacht. „Wir stärken so die Eigenständigkeit der Schulen bei der Programmverwaltung und der Schwerpunktsetzung“, so Wacker. Ein klares Zeichen an die Verbände sei das neue Kooperationsbudget im Umfang von bis zu 1.500 Euro, das Schulen für ihre Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Vereinen und Organisationen erhalten können.

Da das Programm an vielen Schulen stark ausgebaut wurde, werden die Kategorien zur Einstufung der Fördermittel weiter differenziert und um weitere Kategorien für Schulen mit 41 bis 60 und mit über 60 Jugendbegleiter-Stunden pro Woche ergänzt. Die Schulen erhalten, abhängig von der Zahl der wöchentlichen Jugendbegleiter-Stunden, ein Förderbudget zwischen 2.500 und 7.000 Euro, das mit dem Kooperationsbudget auf bis zu 8.500 Euro anwachsen kann. Bislang erhielten Schulen in der höchsten der drei Einstufungen 5.000 Euro bei einem Angebot von mehr als 40 Jugendbegleiter-Stunden pro Woche. Zugleich kann an Schulen ab 21 Jugendbegleiter-Stunden wie bisher eine Lehrkraft mit einer Deputatsstunde für die Programmverwaltung eingesetzt werden.

Infos an die Redaktionen:

Im Schuljahr 2009/10 machten 15.001 Jugendbegleiter in Baden-Württemberg an 1.003 Schulen Bildungs- und Betreuungsangebote im Umfang von 25.777 Stunden pro Woche. Im Schuljahr 2010/11 beteiligen sich 1.272 Schulen am Programm. Das Programm wurde von Seiten des Landes 2009 mit 5,65 Millionen Euro unterstützt. 2010 waren es rund acht Millionen Euro. Das Jugendbegleiter-Programm wurde von Anfang an umfassend evaluiert. Neben den jährlichen Befragungen aller Schulen im Programm gab es Anfang 2009 eine Direktbefragung von Jugendbegleitern durch das Institut für angewandte Sozialwissenschaften (IfaS) in Stuttgart sowie Anfang 2010 eine Evaluation zu den Netzwerkstrukturen von Schulen im Jugendbegleiter-

Programm, die vom IfaS in Zusammenarbeit mit der Jugendstiftung durchgeführt wurde. Die Evaluationen haben die hohe Zufriedenheit der Programmbeteiligten belegt.

Kategorien zur Einstufung der Fördermittel:

Bisherige Regelung:

- 4-10 Std.: 2.000 €
- 11-40 Std.: 4.000 €
- ab 41 Std.: 5.000 €
plus zusätzlich zu beantragende Mittel u.a. für Jugendbegleiter-Manager

Neue Regelung:

	Grundbudget	Kooperationsbudget	Summe
--	-------------	--------------------	-------

Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

http://www.baden-wuerttemberg.de/de/Pressemitteilungen_des_Kultusministeriums/88435.html